Donnerstag, 17. November 1983 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 268 - 46. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Zypern: Der abtrünnige Norden Zyperns kann nicht mit internationaler Anerkennung als eigener türkisch-zyprischer Staat rechnen. Die eigenmächtige Proklamation zur Republik stieß – mit Ausnahme der Türkei – auf weltweite Ablehnung. Heute erörtert der Weltsicherheitsrat die Lage. Besorgt äußerten sich auch die NATO und die EG.

Reiseziel „DDR": Das Interesse junger Menschen in der Bundesrepublik an Reisen in die „DDR" wächst: Fuhren 1982 noch 11 000 Jugendliche nach Mitteldeutschland, so waren es dieses Jahr bereits 22 000. Aus der „DDR" kamen rund 1200 Jugendliche, meist ausgesuchte Mitglieder der SED. (S. 4)

Kohl: Der Bundeskanzler sieht keinen Anlaß für eine Regierungsumbildung. Zu Spekulationen über ein Ministeramt für den CSU-Vorsitzenden Strauß sagte er, solche Wünsche seien nicht an ihn herangetragen worden. (S. 10)

Neues Post-Abkommen: Für Mehrleistungen im innerdeutschen Postverkehr erhält die „DDR" künftig 200 statt bisher 85 Millionen Mark jährlich. Die „DDR" will die Zustellung von Briefen und Paketen verkürzen, die zahlenmäßige Begrenzung von Geschenkpaketen aufheben und den Selbstwählferndienst ausweiten. (S. 1)

Nordlibanon: Die Gegner von PLO-Chef Arafat haben gestern offensichtlich Arafats letzten Stützpunkt, das Palästinenserlager Baddawi, überrannt. Die Hafenstadt Tripoli, wo Arafat sein Hauptquartier aufgeschlagen hat, lag unter Artilleriebeschuß. Die israelische Luftwaffe bombardierte am Morgen ein Ausbildungslager proiranischer schiitischer Milizen.

Israel-Reise: Bundeskanzler Kohl wird Ende Januar/Anfang Februar Israel besuchen, verlautete in Bonn.

Neue Sitzung in Genf: Trotz der angelaufenen Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Großbritannien setzen die USA und die Sowjetunion heute ihre Verhandlungen in Genf fort. Parallel dazu laufen auch die Gespräche über strategische Waffen (START) weiter. (S. 1 und 10).

Heute: Zypern-Debatte im Weltsicherheitsrat und Europa-Parlament. – Kanzler Kohl entscheidet über Gesetz zur Regelung des Vorruhestandes. – FDP-Führung bereitet in Karlsruhe Bundesparteitag vor. – Voraussichtliche Entscheidung der SMH-Bank über Massenkredit an IBH-Holding. – Finanzminister und Notenbankchefs der westlichen Industrieländer tagen in Paris. – Costa Rica verkündet Neutralität.

ZITAT DES TAGES



„Bei der Verabschiedung des NATO-Doppelbeschlusses 1979 hatte die Sowjetunion eine Überlegenheit an Sprengköpfen von 420 zu null. Jetzt beträgt die sowjetische Überlegenheit weit über 1000 zu null."

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, in einem WELT-Gespräch (S. 4) FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

Höheres Wachstum: Finanzminister Stoltenberg rechnet für 1983 mit einem realen Wirtschaftswachstum von einem Prozent. Der Jahreswirtschaftsbericht ging noch von Null aus. Das für 1984 prognostizierte Wachstum von 2,5 Prozent, so der Minister, sei eher die Untergrenze des Erreichbaren. (S. 1)

Insolvenzen: Die Zahl der Insolvenzen stieg in den ersten drei Quartalen um 6,6 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum '82 auf 12 157. In den vergangenen Monaten flachte sie jedoch deutlich ab.

Zusage der Sowjets: Die Ein- und Ausreise für deutsche Geschäftsleute soll erleichtert und der Selbstwähl-Telefonverkehr wiederhergestellt werden.

Kapitalauszehrung: Als existenzbedrohend wertet die Bundesbank die geringe Eigenmittelausstattung der Unternehmen. Eigenkapital und Rücklagen nahmen 1981 und 1982 um sieben Milliarden DM ab. (S. 12)

Gemeindefinanzen: Nach Dekkungslücken von 7,5 bzw. 10,1 Milliarden DM in den beiden vergangenen Jahren wird das Defizit der Kommunen für 1983 auf nur vier Milliarden veranschlagt. (S. 12)

Börse: Trotz einer unverkennbaren Nervosität zeigten sich die Aktienmärkte am Dienstag widerstandsfähig. Der Rentenmarkt war etwas leichter. WELT-Aktienindex 149,0 (148,6). Dollarmittelkurs 2,6747 (2,6681) Mark. Goldpreis pro Feinunze 383,25 (383,25) Dollar.

KULTUR

Theater für Essen: Nach 25jährigem Ringen um den Theaterneubau in Essen wurde jetzt der erste Spatenstich getan. Das Gebäude soll rund 135 Millionen Mark kosten und 1100 Besuchern Platz bieten. Die Eröffnung ist für die Spielzeit 1988/89 geplant.

Musik und Politik: Die „DDR" hat drei Musikern die Teilnahme an den 9. Epiphanien-Orgeltagen in West-Berlin verweigert. Zur Begründung wies die „DDR"-Künstleragentur unter anderem auf die Nachrüstungsdebatte im Bundestag am kommenden Montag hin.

SPORT

Fußball: Horst Franz (43), im Januar vom Karlsruher SC entlassen, wurde vom Bundesliga-Verein Borussia Dortmund als neuer Trainer verpflichtet.

Fußball: Die deutsche Nationalmannschaft unterlag Nordirland mit 0:1. Sie braucht jetzt einen Sieg über Albanien, um die EM-Endrunde zu erreichen.

AUS ALLER WELT

Zugspitze: Das im Dienst des Massentourismus arg gemarterte Zugspitzplatt erhält eine weitere „Attraktion": Rechtzeitig zur Skisaison wird ein neues Großrestaurant eröffnet. (S. 18)

Großbrand: 19 Tote und zehn Verletzte gab es bei einer Brandkatastrophe in einem evangelischen Heim für psychisch geschädigte Kinder im „DDR"-Bezirk Dresden.

Wetter: Stark bewölkt, meist niederschlagsfrei. 4 bis 8 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Weltweite Kritik an Ausrufung des Türkenstaates auf Zypern

Anerkennung nur durch Ankara / Nikosia alarmiert die Nationalgarde

DW. New York/Nikosia

Die einseitige Proklamation einer unabhängigen „Türkischen Republik Nordzypern" ist weltweit verurteilt worden. Die Türkei hat diese Republik noch am Tag der Sezessionserklärung anerkannt, von den beiden anderen Garantiemächten der Unabhängigkeit Zyperns – Großbritannien und Griechenland – kam allerdings entschiedene Ablehnung.

Dem auf Antrag der Regierungen in London, Athen und Nikosia für heute einberufenen Weltsicherheitsrat liegt ein britischer Resolutionsentwurf vor, der die Nichtanerkennung der Teilrepublik und deren Rückkehr in den zyprischen Staatsverband verlangt. Aus britischen Regierungskreisen verlautete, Premierministerin Thatcher wolle baldige Gespräche zwischen den drei Garantiemächten, und London könnte ein möglicher Tagungsort sein.

UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar bedauerte die Schaffung eines türkisch-zyprischen Staates. Dieser Schritt, erklärte er, widerspreche den UNO-Beschlüssen über Zypern. Die UNO unterhält gegenwärtig auf Zypern eine internationale Friedenstruppe von 2348 Mann. Großbritannien stellt mit 761 Mann das größte Kontingent und unterhält Militärstützpunkte an der Südküste der Mittelmeerinsel.

Der einzige Grenzübergang zwischen dem griechisch-zyprischen Norden in Nikosia ist seit Dienstag morgen geschlossen. Die griechisch-zyprische Nationalgarde wurde in Alarmbereitschaft versetzt. Der zyprische Präsident Spyros Kyprianou erklärte, seine Regierung werde sich mit allen Mitteln bemühen, die Proklamation des türkisch-zyprischen Staates rückgängig zu machen. Verteidigungsminister Veniamin wurde von einem Besuch in Jugoslawien nach Zypern zurückgerufen.

In Athen tagte der Kabinettsrat für Äußeres und Verteidigung. Gerüchte über eine Alarmbereitschaft bei den griechischen Streitkräften und über Flottenbewegungen wurden von einem Regierungssprecher als unzutreffend bezeichnet.

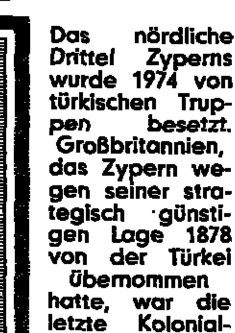
SEITE 2:
Aus Zyperns heiterem Himmel
SEITE 3:
Nach der Teilung nun Trennung

Ein Regierungssprecher in Ankara wollte nicht mitteilen, ob die mehr als 20 000 türkischen Soldaten im Norden Zyperns in Alarmbereitschaft versetzt worden sind. Das Außenministerium in Ankara ließ erklären, die türkische Regierung sei von dem Schritt der Zypern-Türken „überrascht" worden. In Ankara tagte der „Nationale Sicherheitsrat" unter Vorsitz des Staatschefs Kenan Evren.

Die USA haben die Proklamation des türkischen Separatstaates auf Zypern verurteilt und vor negativen Auswirkungen auf die Sicherheit der Südflanke der NATO gewarnt. Ein Regierungssprecher mahnte zur Besonnenheit.

In Brüssel verurteilten die zehn EG-Länder in einer gemeinsamen Erklärung die Ausrufung des Teilstaates. Sie forderten alle Länder auf, die Staatsgründung nicht anzuerkennen, die „eine sehr ernste Lage in dem Gebiet" schaffe. Die EG bekräftigte ihre „bedingungslose Unterstützung" für die Unabhängigkeit, terri-

■ Fortsetzung Seite 10



Das nördliche Drittel Zyperns wurde 1974 von türkischen Truppen besetzt. Großbritannien, das Zypern wegen seiner strategisch günstigen Lage 1878 von der Türkei übernommen hatte, war die letzte Kolonialmacht der Insel. 1960 wurde Zypern unabhängige Republik.

DER KOMMENTAR

Aufwärts

PETER GILLIES

Regierungen haben keinen verbrieften Anspruch auf regelmäßigen Applaus der Bürger. Nicht der Beifall, sondern die Kritik der Regierten pflegt den Regierenden Beine zu machen. Diese stets nötige Kritik an der Wirtschafts- und Finanzpolitik bedarf, will sie glaubwürdig und konstruktiv sein, des Augenmaßes, der Kenntnisnahme der Realität.

Leider sei es „Mode" geworden, in Sachen Ökonomie über die Regierung herzufallen, klagt der Bundesfinanzminister. Richtig bleibt, daß die neue Koalition manches versäumte, daß sie manches Prinzip, dem sie sich einst zutiefst verpflichtet zeigte, kurzerhand über Bord beförderte.

Freilich sollten auch die rigoristischen Anmahner der Wende Realitäten zur Kenntnis nehmen. Einige Nachrichten von der Konjunkturfront: Erstmals seit drei Jahren wieder Wirtschaftswachstum, dazu mit erstaunlich kräftigem Tempo; Halbierung der Inflationsrate; Belebung der Verbrauchs- und Kreditnachfrage, in jüngster Zeit auch Belebung des wichtigen Exports; sichtbare Ansätze für eine Sanierung der maroden Staatsfinanzen; eine abebbende Pleitewelle und sogar Besserungstendenzen am Arbeitsmarkt.

Es ist eine Torheit der Modischen, diese Erholungstendenzen gering zu schätzen. Man stelle sich vor, diese Erfolge wären unter der alten Bundesregierung erzielt worden: Die Republik wäre in freudigen Jubel ausgebrochen, Kundgebungen des Frohlockens wären über den Bildschirm gebrandet.

Das Motto „Tue Gutes und rede darüber" liegt dem eher bedächtigen Finanzminister fern. Aber er weiß um den hohen Anteil der Psychologie am Konjunkturgeschehen. An dieser Börse wird Zukunft gehandelt. Um sie zu gewinnen, bedarf es des Bewußtseins der Tatsachen. Dazu gehört, daß ein selbsttragender Aufschwung zwar noch nicht erreicht, der Weg dorthin aber erstaunlich weit beschritten ist. Wer die Situation vor Jahresfrist im Gedächtnis hat, müßte zu den „Mode-Schöpfern" auf kritische Distanz gehen. Das gebietet das schiere Eigeninteresse.

„Der Aufschwung ist in vollem Gange"

Stoltenberg wendet sich gegen Kritik / Reales Wachstum zeigt Steigerung von drei Prozent

HEINZ HECK, Bonn

Die wirtschaftliche Erholung sei „voll in Gang gekommen", gewinne an Tempo, erhöhe die Kaufkraft breitester Schichten und entspanne bereits den Arbeitsmarkt. Mit dieser Kennzeichnung des Aufschwungs wendet sich Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg gegen die Kritik an der Wirtschafts- und Finanzpolitik, die „in Mode" gekommen sei.

Seit dem Regierungswechsel habe die wirtschaftliche Belebung zunehmend an Fahrt gewonnen, sagte der Minister vor der Presse in Bonn, denn im Jahresverlauf weise das reale Wachstum schon eine Steigerungsrate von rund drei Prozent aus. Während man noch zu Jahresbeginn ein Nullwachstum als erreichbare Obergrenze betrachtet hatte, liege die Schätzung für 1983 jetzt bei gut einem Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Stoltenberg korrigierte vor dem Hintergrund dieser „positiven Entwicklung" auch die Wachstumserwartungen für 1984 leicht nach oben. Dem Etat liege die Annahme von plus 2,5 Prozent zugrunde. Das gelte mittlerweile „als Untergrenze des Erreichbaren".

Der Minister kennzeichnete die „eindeutig nach oben" gerichtete Wirtschaftsentwicklung mit folgenden Eckdaten: – Die Inflationsrate sei in den vergangenen 15 Monaten mehr als halbiert worden. Ihr Rückgang von 5,6 auf 2,6 Prozent erhöhe die Kaufkraft der privaten Haushalte und mache die nötigen Sparmaßnahmen „sozial erträglich". Stoltenberg forderte die Kritiker am Regierungskurs und vor allem die Gewerkschaften auf, diese Verbesserung nicht länger „zu unterschlagen". Die Preisberuhigung sollte niedrige Lohnabschlüsse begünstigen, mahnte der Finanzminister. – Export und Investitionsneigung verbesserten sich, während bislang der private Verbrauch das konjunkturelle Zugpferd darstellte. – Selbst auf dem Arbeitsmarkt mache sich eine Erholung bemerkbar. Bei Ausschaltung der saisonalen Einflüsse sei die Erwerbslosenzahl im September/Oktober um 30 000 Personen zurückgegangen, während sie in der gleichen Vorjahreszeit noch um 150 000 geklettert sei. Kurzarbeit habe sich um ein Drittel verringert. – Auch das „über Erwarten günstige" Steueraufkommen belege die Aufschwungkräfte. Die Neuverschuldung des Bundes 1983 könne statt der geplanten 40,7 auf 37 bis 38 Milliarden Mark gedrosselt werden. Für 1984 ist jetzt eine Kreditsumme von 35 (statt 37) Milliarden Mark möglich, was vor allem auf den höheren Bundesbankgewinn zurückzuführen ist. – Die Leistungsbilanz der Bundesrepublik werde erneut positiv abschließen.

Stoltenberg kündigte den Abbau investitionshemmender Vorschriften im Gewerbe- und Baurecht an, bekräftigte die Entscheidung zu Steuerentlastungen und stellte ein Modell für verkürzte Lebensarbeitzeit in Aussicht.

Genf: Westen wartet auf Antwort Moskaus

rtr/AFP/DW. Genf/Bonn

Die USA und die Sowjetunion haben gestern ihre Verhandlungen über den Abbau der nuklearen Mittelstreckenwaffen (INF) auf Expertenebene fortgesetzt, obwohl die Vereinigten Staaten in Großbritannien mit der Stationierung ihrer neuen Waffensysteme begonnen haben.

Westliche Diplomaten glauben, daß die UdSSR heute in Genf eine offizielle Antwort auf die jüngsten US-Vorschläge zur Rüstungsbegrenzung geben wird. Die USA hatten vorgeschlagen, sich in Europa und Asien insgesamt auf die Stationierung von je 420 sowjetischen und amerikanischen Atomsprengköpfen bei Mittelstreckenraketen zu einigen.

Ob und wie die Verhandlungen über den heutigen Tag hinaus weiterverlaufen, war gestern unklar. Die Sowjets hatten wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß weitere Verhandlungen nach dem Beginn der Stationierung ihren Sinn verloren hätten, ohne allerdings zu sagen, in welcher Phase der Aufstellung westliche Raketen eine solche Situation eintritt. Die Amerikaner hatten erklärkt, daß sie auf jeden Fall nach der Weihnachtspause weiter verhandeln wollen.

Die Bundesregierung rechnet offenbar mit der Möglichkeit, daß Moskau in Genf noch einen Vorschlag vorlegen wird. Staatsminister Alois Mertes vom Auswärtigen Amt sagte, man werde die Hoffnung nicht aufgeben, daß der Kreml das Unfaire seiner bisherigen Position erkenne.

Seite 4: WELT-Gespräch mit Dregger
Seiten 5 und 10: Weitere Beiträge

Amnesty: Syrien verletzt die Menschenrechte

DW. London

Die syrischen Sicherheitskräfte verletzen nach Angaben der Gefangenenhilfe-Organisation Amnesty International (ai) „systematisch" die Menschenrechte. Ein in London von ai veröffentlichter Bericht kommt zu dem Schluß, daß sich in Syrien „niemand auf den Schutz des Gesetzes verlassen" könne.

Im einzelnen werden die syrischen Sicherheitskräfte der Folter, des politischen Mordes, der Inhaftierung von Menschen ohne Gerichtsverhandlung und der Geiselnahme beschuldigt. Der Bericht von ai zählt insgesamt 23 Arten von Mißhandlungen auf. Es gebe Beweise dafür, daß es zwischen März 1980 und Februar 1982 zu Massenmorden an politischen Gegnern gekommen sei, in deren Verlauf zwischen 10 000 und 25 000 Menschen getötet worden seien. So sollen am 27. Juli 1980 im Gefängnis von Palmyra bis zu 1000 Häftlinge umgebracht worden sein, die verdächtigt wurden, der verbotenen Muslim-Brüderschaft anzugehören. Nach Schätzungen von ai sind im Februar 1982 bei dem niedergeschlagenen Aufstand in Hama Zehntausende von Menschen durch Sicherheitskräfte getötet worden. Ebenso geht die Organisation davon aus, daß die Behörden auch für die Ermordung von Regimegegnern im Ausland verantwortlich sind.

Das in Syrien operierende Netz von Sicherheitsdiensten habe, wie es in dem Bericht heißt, absolute Handlungsfreiheit. Es berufe sich immer auf die 20 Jahre alten Notstandsverordnungen der Regierung.

Entscheidung für Weizsäcker gefallen?

Kohl denkt an Sondersitzung des CDU-Präsidiums nach Sicherheitsdebatte im Bundestag

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl beabsichtigt, nach der sicherheitspolitischen Debatte des Bundestages am 21. und 22. November eine Sondersitzung des CDU-Präsidiums einzuberufen. In diesem Führungsgremium seiner Partei will Kohl dann seinen Vorschlag für die Nachfolge von Karl Carstens im Amt des Bundespräsidenten unterbreiten. Im Bundeskanzleramt hieß es, aller Wahrscheinlichkeit nach werde Kohl den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, dafür nennen. Was den Zeitplan betrifft, so will Kohl auf jeden Fall noch vor dem am 3. Dezember stattfindenden Landesparteitag der Berliner CDU Klarheit schaffen.

Nach den Beratungen im CDU-Präsidium, das einer Benennung von Richard von Weizsäcker zustimmen dürfte, will der Kanzler die notwendigen Gespräche mit der CSU und der FDP führen. Auch Kontakte mit der SPD werden erwogen.

Kohl hat die Entscheidung über die Nachfolge von Carstens über viele Wochen hindurch offengehalten, obwohl es drängende Anfragen auch aus den eigenen Reihen heraus gegeben hat. Der Kanzler sondierte, ob außer von Weizsäcker noch andere CDU-Politiker in Betracht kommen. In diesem Zusammenhang waren die Namen von Gerhard Stoltenberg und Ernst Albrecht, beide protestantisch und Repräsentanten der norddeutschen CDU, gefallen. Aber beide, so hieß es im Bundeskanzleramt, stünden für eine Kandidatur nicht zur Verfügung. Die CSU hat von vornherein auf einen eigenen Personalvorschlag verzichtet.

Die Bedenken gegen eine Wahl von Weizsäckers, die auch beim Kanzler noch nicht restlos ausgeräumt sind, richten sich nicht gegen die Qualifikation des Regierenden Bürgermeisters für das höchste Staatsamt. Vielmehr steht dahinter die Frage, wer von Weizsäcker in Berlin ersetzen und gemeinsam mit dem Koalitionspartner FDP die nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhaus gewinnen könne. Die FDP hat sich intern für einen Verbleib von Weizsäckers in Berlin ausgesprochen. Auch die Mehrheit der Berliner CDU ist dieser Meinung, aber von Weizsäcker strebt die Kandidatur um das Amt des Bundespräsidenten an.

Polnische Behörden wollen Priester einschüchtern

Tausende bekunden Solidarität mit Walesas Beichtvater

DW. Warschau

Mehr als 2000 Menschen haben in Danzig dem Beichtvater und Freund des polnischen Arbeiterführers Lech Walesa, Henryk Jankowski, ihre Solidarität bekundet. Der Priester hatte sich bei der Staatsanwaltschaft der Stadt am Dienstag abermals gegen den Vorwurf des Mißbrauchs der religiösen Freiheit zum Schaden Polens verteidigen müssen.

Das Danziger Justizgebäude war von starken Polizeieinheiten abgeriegelt worden. Dennoch durchbrachen mehrere hundert Personen die Sperre und drangen bis auf die Treppe zum Eingang vor. Jankowski wurde mit brausendem Beifall bedacht und mit Blumen beschenkt. Anschließend zogen die Demonstranten vor Jankowskis Pfarrhaus an der Brigittenkirche und sangen die Hymne der verbotenen Gewerkschaft und patriotische Kirchenlieder. Nahezu 70 Personen wurden festgenommen, darunter westliche Journalisten und Kameraleute – vorwiegend aus der Bundesrepublik Deutschland, Schweden und den USA.

Jankowski, der etwa eine Stunde lang vom Staatsanwalt befragt wurde, hatte nach eigenen Angaben die Verdächtigungen von sich gewiesen. Die gegen ihn erhobenen Vorwürfe bezeichnete er als „unannehmbar" und „schlicht unwahr". Jankowski droht nach dem polnischen Gesetz eine Haftstrafe von einem bis zehn Jahren.

Der Vorwurf des Religionsmißbrauches richtet sich nach kirchlichen Angaben gegen insgesamt 68 Priester in Polen, darunter sind auch Pfarrer Jerzy Popieluszko aus Warschau sowie der Seelsorger der Warschauer Arbeitervorstadt Ursus, Pater Mieczyslaw Nowak.

Nowak, der ebenfalls am Dienstag von der Staatsanwaltschaft in Warschau vernommen wurde, hatte auf den Vorwurf, er halte „politische" Predigten, nach eigenen Angaben erwidert, er sage nichts anderes als „das, was die Leute in Ursus von einem Priester erwarten". Nowak: „Als Solidarität zugelassen war, war ich auf ihrer Seite, und das bin ich auch heute noch. Man kann eine Gewerkschaft auflösen, aber nicht die Menschen."

Besserer Postverkehr mit der „DDR"

Briefe, Päckchen und Pakete sollen ihre Empfänger schneller und sicherer erreichen

GISELA REINERS, Bonn

Briefe, Päckchen und Pakete sollen künftig schneller und sicherer ihre Empfänger in der „DDR" erreichen; Telefongespräche sollen in vergrößertem Umfang selbst gewählt und über zusätzliche Leitungen geschaltet werden. Diese Verbesserungen im innerdeutschen Post- und Fernmeldeverkehr bringen die Postverhandlungen mit der „DDR", die nach mehr als einem Jahr durch die Unterzeichnung eines Briefwechsels durch die Staatssekretäre Winfried Florian vom Bundespostministerium und Manfred Calov vom Postministerium der „DDR" abgeschlossen wurden.

Zu den Verbesserungen gehören auch die Schaltung zusätzlicher Telexleitungen, die Lockerung der Einfuhrbestimmungen sowie die Vereinbarung über die Verlegung eines Glasfaserkabels zwischen dem Bundesgebiet und West-Berlin über das Gebiet der „DDR". Das bedeutet im einzelnen, daß künftig Briefe und Postkarten spätestens am vierten, Päckchen und Pakete spätestens am sechsten Werktag nach Einlieferung den Empfänger erreichen sollen. Anfang 1984 werden 96 neue Telefonleitungen geschaltet, und die Zahl der im Selbstwählferndienst erreichbaren Ortsnetze wird auf 1000 von insgesamt 1400 erweitert. Gegen Verluste im Paketdienst soll durchgegriffen werden und die Einfuhrbestimmungen im Geschenk- und Päckchenverkehr werden gelockert. In Zukunft dürfen mehr als nur zwölf Geschenksendungen pro Jahr und Empfänger geschickt werden, der Versand von Medikamenten wird erleichtert.

Die von der Bundespost zu zahlenden Pauschalen werden von 1983 bis 1990 rund 200 Millionen Mark jährlich betragen, gegenüber 85 Millionen pro Jahr für die Zeit von 1977 bis 1982. Das Bundespostministerium begründet diese Erhöhung mit der veränderten Kostensituation, den neuen Mehrleistungen der „DDR" und dem in östlicher Richtung stärkeren Verkehrsstrom. So sei die Zahl der in die „DDR" geschickten Pakete fast doppelt so hoch wie die Gesamtzahl der Pakete für den restlichen Weltverkehr der Bundespost.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Das Machtwort

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Der Bundeskanzler hat dem Gerede über eine Kabinettsumbildung ein Ende gemacht – bis auf weiteres. Offenbar sah er sich durch die in München mit der Parole „Strauß nach Bonn“ aufs neue aufgebaute Kulisse öffentlichen Druckes dazu genötigt, sein Machtwort offiziell im Kabinett zu verkünden. Der Kanzler tut recht daran, sich von niemand unter Handlungsdruck setzen zu lassen, auch von Strauß nicht. Aber er begnügte sich nicht mit dieser Klarstellung. Kohl versah seine Erklärung im Kabinett mit einem bestimmten Akzent und ließ sie obendrein veröffentlichen.

Der Akzent besteht darin, daß er die CSU-Minister zwar in seinen Dank für „ausgezeichnete Arbeit“ einschloß, sie aber aussparte, als er Sachgebiete aufzählte, um vor Augen zu führen, „was die einzelnen Kollegen geleistet haben“. Seinem Katalog der „Außen-, Sicherheits-, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik“ hätte er gerechterweise zumindest die Umweltpolitik des Bundesinnenministers Zimmermann hinzufügen müssen.

Man ersieht daraus nicht nur, daß der Kanzler sich nicht schurigeln läßt, sondern auch, wie er die Prioritäten setzt. Die Koalitionsräson, so wie er sie begreift, erfordert, daß er die FDP pfleglichst behandelt – nicht zuletzt mit dem Ziel, ihr gute Chancen im Bundestagswahljahr 1987 zu eröffnen. Dabei geht er so weit, dem FDP-Vorsitzenden Genscher auch dann unverbrüchlich zur Seite zu stehen, wenn dieser in seiner Eigenschaft als Bundesaußenminister anfechtbare Positionen bezieht – siehe Grenada.

Solcher Koalitionsräson des Kanzlers muß wohl die Gewißheit zugrunde liegen, daß die zweitgrößte der drei Koalitionsparteien, die CSU, zu sehr Unionspartei ist, als daß sie den CDU-Kanzler je in existentielle Schwierigkeiten stoßen würde. Das mag so sein. Aber die Treue durch dick und dünn zu Genscher bringt Kohl in harten Gegensatz zu Strauß, der von der FDP nichts und vom Außenminister Genscher wenig hält.

Wie lange will sich der Kanzler solchen Dissonanzen aussetzen? Er befände sich in besserer Position, wenn er sein Wort einlöste und dem Vorsitzenden der zweitgrößten Koalitionspartei angemessenen Einfluß auf den politischen Entscheidungsprozeß dieser Regierung und dieser Koalition einräumte. Man muß ja nicht gleich von einem „Dreier-Direktorium“ reden.

Schiwkoff demonstrativ

Von Enno v. Loewenstern

Zum Abschluß des Papandreou-Besuchs in Bulgarien ist gemeldet worden – und undementiert stehengeblieben –, daß der bulgarische Partei- und Staatschef Todor Schiwkoff die Aufstellung von neuen sowjetischen Atomraketen auf bulgarischem Boden abgelehnt habe. Die Erklärung hat freilich einen alarmierenden Nebenklang: Er soll gesagt haben, daß die sowjetischen Raketen in drei Ländern aufgestellt würden: der „DDR“, der CSSR und in „einem Land nahe den Vereinigten Staaten“.

Falls die UdSSR tatsächlich nahe den Vereinigten Staaten neue Raketen stationieren sollte, wären die Konsequenzen unabsehbar. Erstens läge darin ein Bruch von SALT. Der Einwand, daß die Pershings und Cruise Missiles in Europa ja auch zusätzlich auf sowjetischen Boden gerichtete Waffen seien, verfängt nicht. Die UdSSR richtet nämlich Raketen auf westeuropäischen Boden. Die USA richten keine Atomwaffen auf Kuba, Nicaragua oder welches Land auch immer gemeint sein mag. Überdies ist die Aufstellung von Raketen in der Karibik ein Thema, dessen Ernsthaftigkeit seit Oktober 1962 in der UdSSR bekannt sein muß.

Was jedoch Bulgarien betrifft, so sind die Bemühungen Schiwkoffs um einen atomwaffenfreien Balkan möglicherweise als ein Gegenstückchen zur Kreml-projizierten atomwaffenfreien Zone Nordeuropa, also als Vorstufe zu einer atomwaffenfreien und damit schutzfreien Zone Europa gedacht gewesen. Inzwischen bekommt die Sache freilich ein Eigenleben. Nicht ur das Warschauer-Pakt-Mitglied Ceaucescu also stellt die sowjetische Raketenführung in Zweifel. Auch das Warschauer-Pakt-Mitglied Bulgarien, vor kurzem noch Orthodoxester der Orthodoxen, diskutiert öffentlich, wen der heilige Raketen-Florian verschont und wen nicht.

Die einen verschont er, weil ihre Führungen nicht wollen. Die Polen andererseits verschont er offenbar deshalb, weil man in diesem explosiv gestimmten Land keinen zusätzlichen Sprengstoff plazieren will. Bleiben zwei Gebiete, deren Einwohner sich von Schiwkoff regelrecht animiert fühlen müssen, ihrerseits im polnischen Sinn aktiver zu werden. Ist das einer der Gründe, weshalb, wie US-Vizepräsident Bush offen berichtet, auch in der Prager Führung Widerstand spürbar wird? Es scheint, daß Moskaus Überrüstung zur Schwächung des eigenen Lagers beiträgt.

V-Männer als Zeugen

Von Bruno Waltert

Wenn V-Leute in Prozessen als Zeugen vernommen werden, müssen sie ihre Identität voll offenbaren; optische und akustische „Abschirmung“, Vermummung also und elektronische Stimmverzerrung, sei nicht zulässig. Das hat der Große Strafsenat des Bundesgerichtshofs entschieden.

Ein schwerer Schlag für die Sicherheitsbehörden? Auf den ersten Blick mag das so scheinen. Tatsächlich jedoch meinen viele gerade dort, daß der V-Mann nur Hinweislieferant sein sollte, nicht Zeuge; vielmehr muß die Polizei die V-Mann-Tips dazu nutzen, selbst gerichtsverwertbare Beweise zusammenzutragen.

Diese strikte Position kann freilich in Grenzfällen dazu führen, daß ein erkannter Rechtsbrecher aus der Szene des organisierten Verbrechens nicht belangt werden kann. Der „große Boß“ beispielsweise, der aus dem Hintergrund einen Rauschgifthändler-Ring leitet.

Die Richter in Karlsruhe haben dieses Problem gesehen. Sie argumentieren aber: Entweder muß in einem solchen Fall der Leiter der (Polizei-)Behörde ausnahmsweise doch die Identität seines V-Mannes lüften. Oder aber die Polizei muß eben solange weiter ermitteln, bis sie ohne das Zeugnis ihres V-Mannes auskommt.

Die Polizei-Verantwortlichen werden mit diesem Urteil eher zufrieden sein. Ebenso der Verfassungsschutz. Unzufriedenheit dagegen dürfte die Karlsruher Entscheidung bei manchen Staatsanwälten verursachen – vor allem bei jenen, die bislang dazu neigten, die Chefs von Sicherheitsbehörden unter Berufung auf das Legalitätsprinzip dazu zu bringen, ihre V-Leute als Zeugen vor Gericht zu präsentieren. Auch wenn diese dabei optisch und akustisch „abgesichert“ waren – ihren polizeitaktischen Wert für die Zukunft hatten sie oft verloren. Den V-Leuten bringt das Urteil also im Effekt mehr Schutz.



Spiel mit dem Feuer

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Aus Zyperns heiterem Himmel

Von Evangelos Antonaros

„Wir wünschen unseren Brüdern auf Zypern alles Gute für ihre neue Zukunft.“ Mit diesen sehr vorsichtig gewählten Worten reagierte der türkische Außenminister Ilter Türkmen auf die Ausrufung eines türkischen Teilstaates auf Zypern. Vorangegangen war in Ankara eine große Sitzung von Generälen und Politikern unter Staatschef Evren, der bezeichnenderweise kein Wort von sich gab. Auch Ankaras künftiger Ministerpräsident Turgut Özal, der jetzt gleich zu Beginn seiner Amtszeit eine Krise bewältigen muß, verhielt sich äußerst zurückhaltend. Am Dienstag morgen hat das türkische Außenministerium „mit Überraschung“ auf Denktaschs Alleingang reagiert.

Kein Zweifel: Die Entscheidung der Türken Zyperns, ihre Unabhängigkeit ausgerechnet jetzt zu proklamieren, kommt zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt für die Regierenden in Ankara. Den Griechen in Athen und Nikosia ist zwar die an Sicherheit grenzende Wahrscheinlichkeit nicht auszureden, daß Ankara genau im Bilde gewesen sein muß. Ohne das Wissen der Festlandtürken, so lautet das am häufigsten gehörte Argument, wäre die Ausrufung der Pseudo-Republik nicht möglich.

Dennoch spricht sehr viel dafür, daß Ankara tatsächlich von Denktasch überrascht wurde. Seit Wochen haben Regierungsvertreter und Spitzendiplomaten in Ankara den konkreten Versuch unternommen, Denktaschs „Wunschträume“ abzuqualifizieren. Dem Militärregime und allen voran Staatschef Evren ist es klar gewesen, daß die Ausrufung einer Teilrepublik auf Zypern ausgerechnet jetzt, wo die Türkei im Zuge einer politischen Liberalisierung dabei ist, einige Pluspunkte im Westen zu sammeln, dem türkischen Image schaden würde. Ungern sieht auch Özal die Entwicklungen auf Zypern. Unmittelbar nach seinem Wahlsieg vor zehn Tagen hat er sich hartnäckig geweigert, auf das Thema Unabhängigkeit einzugehen. Für ihn hat die Wirtschaft absolute Priorität. Zypern ist eine zusätzliche, sehr unwillkommene – übrigens auch fürchterlich kostspielige – Bürde.

Warum aber haben die Generäle, die ja mehr als zwanzigtausend Soldaten auf der Insel unterhalten, nichts unternommen, um die Ausrufung der Republik zu verhindern? Die Antwort liegt nahe: Gerade jetzt ist ein Machtwechsel im Gange, der sich durch Özals Wahlsieg keineswegs nach den Wunschvorstellungen der Generäle entwickelt hat. Da konnten die Militärs kaum ein starkes Wort gegen eine solche türkische Trotz-Geste riskieren, ohne einen gewaltigen Gesichtsverlust hinzunehmen.

Denktasch hat sich nämlich als ein vorzüglicher Taktiker erwiesen: Er nutzte dieses Interregnum aus, um seinen Wunschtraum zu verwirklichen, indem er zuvor, und zwar sehr geschickt, die öffentliche Meinung in der Türkei auf seine Seite gebracht hatte. In den letzten Wochen haben alle türkischen Zeitungen die Unabhängigkeit von Nordzypern in einer Fülle von Leitartikeln propagiert. Alle Bemühungen des Regimes, diese Töne und Erwartungen zu dämpfen, schlugen fehl.

Weil sich die Stimmung so entwickelt hat, haben die kurz vor dem Machtabtritt stehenden Generäle nicht gewagt, Denktasch die völkerrechtliche Anerkennung zu verweigern. Aus diesem Grunde ist es auch höchst unwahrscheinlich, daß Ankara die zyprisch-türkische Versammlung zwingen kann oder wird, ihre Entscheidung wieder rückgängig zu machen.

Dennoch muß Ankara etwas unternehmen, um diesen gegen alle Rechtsnormen verstoßenden Vorgang wieder ins Lot zu bringen. Insbesondere muß die neue türkische Regierung Denktasch dazu bringen, die vor zwei Monaten präsentierte Friedensinitiative des UN-Generalsekretärs als Basis von neuen Verhandlungen zu akzeptieren. Ohne die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den beiden Volksgruppen wird Zypern in einer Dauerkrise bleiben, die weder die Griechen noch die Türken noch ihre westlichen Alliierten wünschen.



Ankara im Verdacht: Demonstranten in Griechisch-Zypern FOTO: AP

Ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums sagte am Dienstag, daß Denktaschs Alleingang „erheblich Belastungen zwischen zwei NATO-Verbündeten mit sich bringe“. So kann man es mit diplomatischer Behutsamkeit sagen. Zwar sind die Griechen sich ihrer militärischen Ohnmacht auf Zypern bewußt, weil die Versorgungswege zu lang und der Nachteil gegenüber der vor der Tür sitzenden Türkei sehr deutlich ist. Aber Griechenlands Ministerpräsident Papandreou und Zyperns Staatschef Kyprianou haben bereits zu erkennen gegeben, daß sie auf diplomatischem Wege besonders aktiv werden wollen. Eine Dauerkrise zu Lasten der Allianz wäre die Folge.

Wichtig ist allerdings auch, daß der neu gegründete Teilstaat von keinem westlichen Land anerkannt wird. Voraussichtlich wird Denktaschs Republik von einigen islamischen Ländern anerkannt werden. Aber der Westen muß standhaft bleiben und den Alleinvertretungsanspruch Nikosias weiterhin unterstützen. Auf die Dauer reicht dies allerdings nicht aus. Denn die Macht des Faktischen ist oft stärker als die besten Vorsätze. Daher müssen konkrete Versuche unternommen werden, die beiden Volksgruppen an den Verhandlungstisch zu bringen. Eine bedeutende Rolle könnte in diesem Zusammenhang Großbritannien zufallen, das neben Griechenland und der Türkei den Status einer Garantiemacht für Zypern genießt. Frau Thatcher hat bereits vorgeschlagen, daß die drei Garantiemächte eine Konferenz einberufen sollen. Das Problem ist, wie man Denktasch zur Vernunft bringt, ohne einerseits die Geduld der zur Zeit nicht gerade NATO-förderlichen Griechen zu überfordern – und Papandreou ist nicht für Takt und Gelassenheit bekannt – und ohne andererseits die türkische Regierung gegen ihren Willen in Denktaschs Lager zur drängen.

IM GESPRÄCH Kazimierz Zygulski

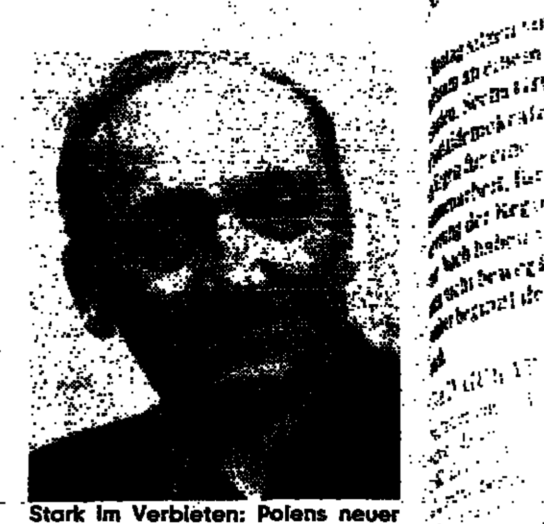
Lieber den Kommunisten

Von Joachim G. Görlich

Zum ersten Mal hat das kommunistische Polen einen Parteilosen und Fachmann als Kulturminister: Professor Dr. Kazimierz Zygulski, Kunsthistoriker und Museumsfachmann, Bruder des bekannten Kunsthistorikers und Professors der Krakauer Uni, Zdzislaw Zygulski. Noch nie allerdings war ein Kulturminister Polens so unbeliebt wie Zygulski; so unglaublich es klingt: viele polnische Künstler denken mit Wehmut an die Zeiten seines kommunistischen Vorgängers Józef Tejchma zurück, der als „Liberaler“ betrachtet wird.

Unter Zygulski wurden die meisten Künstlerverbände verboten, auch solche, die sogar die Stalinära überdauert hatten, wie der polnische Schriftstellerverband. Zwar redet Zygulski nicht dem „sozialistischen Realismus“ in der Kunst das Wort, aber sein permanentes Gerede vom Nachholbedarf in der „Dorfkultur“ und seine Begünstigung drittrangiger Künstler beweist, daß ihm Linientreue mehr bedeutet als Qualität.

Betrachtet man den Lebenslauf des Ministers, so gibt es viele Parallelen mit dem seines Chefs Jaruzelski. Beide kommen sie aus galizischen Kreisen der „Dorfintelligenz“, wie die kommunistische Biographieschreibung gelegentlich Gutsherrensöhne mit vornehmem Stammbaum umschreibt. Jaruzelski geriet als „Junak“, will heißen: als Mitglied einer Jugend-Wehrertüchtigungseinheit des nationalen Widerstands, in die Klauen der Sowjets. Dann gibt es einen dreijährigen weißen Fleck in der Biographie.



Stark im Verbieten: Polens neuer Kulturminister Zygulski FOTO: JÜRGENS

Zygulski, inzwischen Oberleutnant der nichtkommunistischen polnischen „Heimatarmee“ (Armija Krajowa), geriet erst vier Jahre danach, nämlich als die Sowjets wieder nach Ostpolen zurückkehrten, in deren Hände. Dann gibt es eine zwölfjährige Lücke in seinem Lebenslauf, bis er im Schatten des polnischen „Tauwetters“ 1956 als „Repatriant“ aus der UdSSR zurückkehrte und ohne KP-Ausweis – jedoch vorerst verborgen – wissenschaftliche Karriere machte, jedoch stets im Schatten seines Bruders stehend.

Als der General mit der dunklen Brille ihn Anfang 1982 aus dem Hut zog, war er ein unbeschriebenes Blatt. Zufall oder das Wirken der sowjetischen Nomenklatura? Da es im „Sozialismus“ kaum Zufälle gibt, und da Zygulski – im Gegensatz zu anderen Offizierskameraden der Armija Krajowa, die bisher verschwunden blieben – mit einem Uni-Diplom aus der UdSSR zurückkehrte, eher wohl das letzte.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Unabhängigkeitserklärung einer „Türkischen Republik Nordzypern“ beschäftigt viele Kommentatoren:

LIBERATION

Die Ausrufung einer „Türkischen Republik von Nordzypern“ und ihre nahezu unmittelbare Anerkennung durch das Militär-Regime in Ankara sind eine echte Provokation. Immerhin ist die Türkei zusammen mit Griechenland und Großbritannien einer der Staaten, die die Integrität der zyprischen Republik garantieren ... Gewisse Kreise in der NATO könnten dennoch nicht ganz unzufrieden mit dieser den Griechen verabreichten Ohrfeige sein ... Die Gelegenheit zum Aushandeln einer Unterstützung für die Griechen gegen eine vollständige Rückkehr der sozialistischen Regierung von Athen auf die NATO-Linie ist traumhaft. Bedingung für die Verwirklichung dieser Versuchung ist allerdings, daß man über echte Druckmittel gegen die Militärs von Ankara verfügt. **(Paris)**

BERNER ZEITUNG

Man darf gespannt sein, wie sich Athen und die griechisch-zypriotische Regierung aus der Affäre ziehen werden. Ob die Griechisch-Zyprioten ihrerseits mit einer Überraschung aufwarten? Der Gedanke eines Anschlusses an Griechenland ist ja noch keineswegs endgültig begraben worden.

IL MESSAGGERO

Zypern ist ein unverzichtbares Argument für die Regierung in Athen. Für Ankara ist andererseits der Schutz für die türkische Gemeinde auf der Insel unverzichtbar. Es gerät somit der perverse Mechanismus der Schutzmächte in Bewegung. Er bezieht auch die NATO, die Europäische Gemeinschaft und die Vereinigten Staaten ein. Denktasch hat eine Eskalation in Gang gebracht, die inzwischen über seinen Kopf geht. Andere, auf höherer Ebene, werden für ihn, für die türkische Gemeinschaft und für die neue Lage auf der Insel entscheiden, die noch nie eine Periode der echten Unabhängigkeit erlebt hat. **(Rom)**

HESSISCHE ALLGEMEINE

Die Spaltung Zyperns ist vom türkischen Norden zielbewußt und systematisch vorbereitet worden. Unter dem Schutz der Truppen aus Ankara hat Rauf Denktasch alle griechischen Zyprioten aus dem von ihm kontrollierten Teil der Insel vertrieben und Festlandstürken zusätzlich angesiedelt ... Denktasch hat den bevorstehenden Übergang vom Militärregime in Ankara zur gewählten Regierung Özal geschickt ausgenutzt, um auch das Mutterland vor vollendete Tatsachen zu stellen. Er weiß, daß er von dort nur Beifall und Unterstützung zu erwarten hat. Militärisch sitzt die Türkei ohnehin am längeren Hebel. **(Kassel)**

FINANCIAL TIMES

Die Ausrufung eines unabhängigen türkischen Staates auf Nordzypern ist sowohl illegal wie unklug. Sie ist unklug, weil sie die bestehenden Spannungen zwischen den griechischen und türkischen Zyprioten weiter anheizt. Und sie ist illegal, weil sie dem internationalen Abkommen zuwiderläuft, das 1960 die Unabhängigkeit von Großbritannien besiegelte ... Und Ankara hat vertragswidrig gehandelt, als es innerhalb weniger Stunden den Staat anerkannte.

SALZBURGER NACHRICHTEN

Das überflüssigste Ereignis von 1983 ... Schon heute finanziert die Türkei den Nordteil Zyperns zu 50 Prozent. Zudem importiert dieser Kleinstaat ohne industrielle Infrastruktur das Dreifache seines Exportes. Er leistet also an seinem Geburtstag bereits den Offenbarungseid.

Keine Fotomontage: Börners Versuch, die Grünen zu spalten

„Opfergang“ einerseits und „dumme Schuljungen“ andererseits / Von Dankwart Guratzsch

„Politik ist Bühnenwirkung.“ Wenn Karl Kraus mit seiner Feststellung recht gehabt hat, so war es ein denkwürdiger Auftritt, den die Delegationen der SPD und der Grünen bei ihrer ersten Verhandlung über die Anbahnung einer Zusammenarbeit in Hessen hatten. Da betrat der Mann, der noch vor gar nicht langer Zeit seinem Parteivolk (und den Wählern) beteuert hatte, er werde nicht einmal auf einer Fotomontage zusammen mit Grünen an einem Verhandlungstisch zu sehen sein, der geschäftsführende Ministerpräsident Holger Börner, unter dem Klicken der Fotoapparate und dem Surren der Kameras den Verhandlungssaal im Hessischen Landtag, in dem schon sechs Grüne als Verhandlungspartner auf ihn warteten. Vertreter einer Partei, die ihrerseits in Börner noch vor Jahresfrist ihren Todfeind gesehen hatte. Ein fast gespenstischer Maskenreigen.

Die Verhandlungsdelegationen hatten für dieses Zusammentreffen „Öffentlichkeit“ vereinbart – am Ende war kaum zweifelhaft, auf wessen Kosten. Denn die anwesende „Öffentlichkeit“ von etwa 150 Sympathisanten der Grünen wandte sich lärmend gegen die eigenen Leute, mit deren verbindlichem Auftreten sie nicht einverstanden war. Sie wollte statt dessen eine „neue politische Kultur“ praktiziert sehen, für deren Charakter sie gleich selber ein wenig schmeichelhaftes Zeugnis gab.

Holger Börner wirkte gutgelaunt und cool. Er schien seine Rolle in diesem Schaukampf zu genießen. Die Konservativen unter seinen Arbeiterwählern hatte er schon auf dem SPD-Parteitag in Baunatal vor 14 Tagen mit Erklärungen zu beschwichtigen versucht, deren Tenor war: „Für mich ist das ein Opfergang.“ Im Schutz dieser Formel kann er nun an die Verwirklichung seines „Gegenmodells“ zu Bonn gehen (nach diesem ersten Verhandlungsgang gewinnt es fast humoristische Züge). Dazu braucht er die zum erstenmal von Willy Brandt vor einem Jahr in Hessen postulierte „neue Mehrheit links der Mitte“. Um sie herzustellen, will er „die neuen Schichten, die sich der grünen Protestpartei angeschlossen haben, für unsere parlamentarische Demokratie gewinnen“.

Gleichzeitig hat Börner freilich noch etwas anderes angekündigt: Er möchte auch die SPD für „neue Mittelschichten“ und „liberales Bürgertum“ wählbar machen, den Grünen also weiterhin Wähler wegnehmen. Der grüne Bruderzwist kann ihm dabei nur willkommen sein, weil er „Politikunfähigkeit“ dokumentiert. Mit dieser Parole hatte Börner schon vor dem letzten Wahlkampf im grünen Wählerpotential geangelt.

Börners Verhandlungstaktik spiegelt diese Doppelstrategie. Seine Delegation legt von Fachleuten durchgerechnete Handlungsmodelle vor, die offenbar nur Raum für Ergänzungen und geringfügige Korrekturen offenlassen. Zu den „zentralen Anliegen“ der Grünen erklärte er, „da rennen Sie bei mir offene Türen ein“ (Thema Waldsterben), oder auch: „Wenn Sie das in Frage stellen, ist unsere Identität berührt“ (westliches Bündnis). Auf diese Weise können die grünen Delegierten keinen Stich machen und stehen wie „dumme Schuljungen“ (Zwischenrufer) vor ihrer „Basis“ da. Das aber kostet Wählerstimmen, wie schon das von den Grünen mitgetragene Vorschaltgesetz zum Haushalt 1983 gezeigt hat, und hilft, die Spaltung der Grünen in „Realpolitiker“ und „Fundamentalisten“ zu vertiefen.

Börners Trumpf in der Hinterhand ist die unausgesprochene Drohung, beim Scheitern der Verhandlungen geschäftsführend im Amt zu bleiben und auf die Wiederwahl als Ministerpräsident wegen fehlender Mehrheit zu verzichten. Das ist zwar unbequem, denn dann muß sich der „Geschäftsführende“ für jede einzelne Maßnahme einen „Mehrheitsbeschaffer“ suchen. Dafür aber kann der schon vor einem Jahr zurückgetretene, nur noch geschäftsführende Ministerpräsident von Hessen durch kein Mißtrauensvotum gestürzt werden.

Das erinnert an die Vorzugsstellung, die die Weimarer Verfassung den sogenannten „Notverordnungskanzlern“ gab. Die Ausgangsposition war dort wie hier dieselbe: daß im Parlament weder eine positive noch eine negative Mehrheit zustande kam. Vor diesem Hintergrund glaubten sich Kanzler wie Heinrich Brüning berechtigt, im Interesse sogenannter „Sachzwänge“, also zum Beispiel der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, auf die mühsame Suche nach Koalitionspartnern zu verzichten und ohne Mehrheit, gestützt auf die Autorität des Reichspräsidenten, zu regieren. Nichts anderes tut seit einem Jahr der geschäftsführende Ministerpräsident von Hessen, mit dem Unterschied, daß er dafür keinen Reichspräsidenten, sondern nur die hessische Verfassung zu bemühen braucht.

Daß diese Formen neuer Politik, ob mit oder ohne Grüne, allemal das Gefühl der Wähler für Treu und Glauben in der Demokratie berühren könnten, ist freilich ihr Schönheitsfehler.

Am Tisch geht's zur Sache, doch der Saal schießt quer

Seit Montag sitzen sie gemeinsam an einem Tisch in Wiesbaden: Sechs Grüne und fünf Sozialdemokraten suchen nach Wegen für eine Zusammenarbeit, für eine Tolerierung der Regierung Börner. Noch haben sich die Fronten nicht bewegt; am 28. November beginnt der zweite Versuch.

Von D. GURATZSCH

Ein „historischer" Augenblick ist schon dieser 14. November 1983, als sie sich zum erstenmal leibhaftig gegenübertraten, der hessische Ministetpräsident Holger Börner und die sechs Delegierten der Grünen, um über eine „Zusammenarbeit", sprich: die Tolerierung eines Börner-Kabinetts durch die Grünen zu verhandeln. Niemals, so hatten noch vor einem Vierteljahr Kenner der hessischen Szene orakelt, würde sich ausgerechnet Börner, den die Grünen als Beton- und Atompolitiker und als „Börnosaurus" verspottet hatten, einer solchen Demütigung unterziehen.

Aber nun tritt er mit vier SPD-Spitzenpolitikern in den von gelben Neonröhren ausgeleuchteten Saal 119 M im zweiten Stock des Hessischen Landtags, im weiten blauen Anzug, mit seinem Strahlelächeln und mit den breiten Schritten, die die Erinnerung an die Betonfacharbeiterlehre dieses Politikers wachhalten.

Irgend jemand mußte Sicherheitsprobleme befürchtet haben: Unten vor dem Landtag patrouillieren ein paar *grüngekleidete Polizisten*. Aber im überfüllten Verhandlungssaal, wo sich die Delegationen in der Mitte an vier aneinandergeschobenen Tischen vis-à-vis sitzen und die Zuschauer, 150 an der Zahl, auf Sitzreihen wie im Kino der Ereignisse warten, stiften zunächst nur die Fotografen und Kameraleute Unruhe. Dann sagt Holger Börner, ob sie nicht ihre Filme verknipsen könnten, denn man wolle anfangen.

Da geht das Spektakel los. Börners einleitende Sätze ertrinken im Geschrei: „Lauter!", „Hier fehlen noch Stühle!" Nach einem „Rauchverbot" wird gerufen, wie es auf grünen Landesversammlungen üblich ist. Börners Mitstreiter Görlach, Giand und Winterstein rauchen mit gesenkten Blicken vor sich hin. Wohl selten *haben Verhandlungen über vier Jahre* Zusammenarbeit zwischen einer Regierungs- und einer Tolerierungspartei in solcher Atmosphäre begonnen.

Börner gelingt es, seine vorbereitete Erklärung zu verlesen. Danach soll nicht eine Koalition, sondern Zusammenarbeit in wichtigen Sachfragen angestrebt werden. Für die Grünen antwortet Vorstandsmitglied Werner Wentz, seine Partei wolle sich „nicht für ein Butterbrot *zum* Mehrheitsbeschaffer" machen lassen, sondern „eine Umkehr der bisherigen fehlgeleiteten Politik wenigstens einleiten".

Dann hagelt es wieder Zwischenrufe. Und bald wird auch deutlich, aus welchem Lager sie kommen. Die Zwischenrufer gehören zum „radikalökologischen, fundamentalistischen" Flügel der Grünen. Zwei Tage vor ihrem Auftritt in Wiesbaden haben sie in Fulda bekundet, daß ihnen die ganze Richtung nicht paßt, daß sie bei den Verhandlungen „grüne Inhalte" in Gefahr sehen. Und sie haben Rudolf Bahros Rat vernommen, die Verhandlungen der grünen Delegation einfach „platzen" zu lassen.

Zeitweise sieht es am rot-grünen Verhandlungstisch in Wiesbaden so aus, als sollte es dazu kommen. Die Verhandlungen müssen immer wieder unterbrochen werden, weil sich die Grünen über die Köpfe der Delegationen hinweg lauthals beschimpfen. Der grünen Verhandlungskommission fliegen Sätze wie „dumme Bluffer", „Was ihr hier ausmauschelt, ist ein Treffen unter Ausschluß der Öffentlichkeit" und Schlimmeres an den Kopf.

Börner und seine Mannschaft in Schlips und Kragen lehnen sich zurück, die sechs grünen Delegierten in ihren bunten Pullovern und offenen Hemden dagegen wirken zeitweise verstört und hilflos in dem Hexenkessel. Erst ihr Hinweis auf das „Verhandlungsmandat", das ihnen eine grüne *Mitgliederversammlung* nach der jüngsten Hessenwahl mit großer Mehrheit erteilt hatte, kann die Zwischenrufer zeitweise beeindrucken.

Zu den beiden Verhandlungsgegenständen des ersten Tages, Jugendarbeitslosigkeit und Waldersterben (ein Zwischenrufer frotzelte: „Wählersterben"), verliest zunächst Börner jeweils ein Statement, dann tragen Sprecher der beiden Parteien eine „Checkliste" mit Wunschvorstellungen vor, ein paar Kritikpunkte werden ausgetauscht, Ergänzungen diskutiert und dann das Ganze zum Nachdenken, Protokollieren und Neuformulieren an die Delegationen zurückverwiesen, die darüber beim nächsten Treffen am 28. November zu Beschlüssen kommen wollen. Statt Verhandlungen also eher Positionsbeschreibungen.

Am Beispiel der Jugendarbeitslosigkeit wird das Gefälle zwischen den beiden Delegationen deutlich. Börners Fachleute, die im Hintergrund mit Bergen von Aktenordnern sitzen, *haben konkrete* Handlungsmodelle ausgearbeitet, die Kultusminister Krollmann erläutert: Hochschulen öffnen, hessisches Schülergeld einführen, Ausbildungsplätze fördern.

Für die Grünen antwortet Jochen Vielhauer mit einer allgemeinen Belehrung über die „kapitalistische Wirtschaftsstruktur", die er für das Fehlen von Arbeits- und Ausbildungsplätzen verantwortlich macht. Darauf Börner: Er habe „Verständnis für die Anmerkungen zur Gesellschaftsstruktur", wolle aber empfehlen, daß sich die Gespräche am Landeshaushalt orientieren. Gelächter bei den Zuhörern. Börner: „Wir können die arbeitslosen jungen Menschen nicht auf den Tag vertrösten, an dem der Kapitalismus überwunden sein wird." Ein Zwischenruf setzt nach: „Die Sozis haben Angst vor dem Sozialismus!"

Nun erst rücken die Grünen mit eigenen Vorschlägen heraus, die noch sehr unpräzis klingen. Vor Anreizen für die Privatwirtschaft, zusätzliche Lehrstellen *zu schaffen*, wird gewarnt, weil sich da leicht „Gewohnheiten" einstellen könnten. Wenn Ausbildungsbetriebe gefördert würden, solle ihnen eine „Weiterbeschäftigungsgarantie" für den Auszubildenden abverlangt werden. „Da wird die Ausbildungsbereitschaft aber drastisch zurückgehen", meint Börner, und empfiehlt das Gesamtpaket darauf beiden Delegationen zur „Verarbeitung". Am 28. 11. wird es wieder auf den Tisch kommen.

Ähnliches wird für die Pakete Waldersterben, Friedenspolitik und Energie vereinbart, die Vertagung ist an diesem ersten Tag der einzige konkrete Beschluß. Dann aber, in knapp zwei Wochen, wollen auch die „Fundamentalisten" mit konkreten Forderungen, zum Beispiel nach „wenigstens 15 Minuten Rede- und Antragsrecht für alle Anwesenden", aufwarten. Und dafür, so verlangt einer von ihnen, „brauchen wir natürlich einen größeren Saal".



Gesprächspartner: Die Grünen Roland Kern, Karl Kerschgens und der Sozialdemokrat Ministerpräsident Holger Börner (von links) FOTO: DPA



Der Norden Zyperns riegelt sich ab: Die Demarkationslinie zwischen Türken und Griechen ist noch undurchlässiger geworden. FOTO: AP

Nach der Teilung nun die Trennung

Seit dem Sommer 1974, als türkische Truppen den Norden der Insel besetzten, ist Zypern geteilt. Die türkische Minderheit schien dennoch lange Zeit ebenso an dem Ziel der staatlichen Einheit festzuhalten wie die griechische Mehrheit im Süden. Seit Dienstag ist dieses Ziel ferner denn je. Unsicherheit beherrscht die Insel.

Von E. ANTONAROS

Und was nun? Gibt es Krieg? Mit dieser Frage, die Sorge, Unsicherheit und Verwirrung in einem verrät, wird der Besucher konfrontiert, kaum hat er seinen Fuß auf Zypern gesetzt. Der Taxifahrer Alekos gibt eine heiße Information weiter: Im internationalen Flughafen von Laruaca sind am Dienstag, also wenige Stunden nach der Ausrufung der türkischen Republik von Nordzypern, zwei Staffeln griechischer Kampfflugzeuge gelandet.

Seine Angaben stimmen. Nur: Die Maschinen haben mit der Zypern-Krise nichts zu tun. Es handelt sich um Flugzeuge, die Griechenland von Jordanien gekauft hat und nur zufällig zum Auftanken Zwischenstation auf Zypern gemacht haben. Kurz nach der Besiegelung der schon seit 1974 *bestehenden De-facto*-Teilung der Insel ist Nikosia eine große Gerüchteküche. Vom Krieg ist die Rede und von einer angeblichen Einberufung von Reservisten. „Wir wollen kämpfen, vollendete Tatsachen wollen wir nicht hinnehmen", skandieren die Schüler und Schülerinnen, die am Mittwoch nachmittag auf dem Freiheitsplatz im Zentrum von Nikosia gegen die illegale Handlung der Türken lautstark protestieren.

Staatspräsident Spyros Kyprianou, der seit Dienstag mittag ununterbrochen mit seinem Kabinett und den Vorsitzenden der Parteien konferiert, versucht die aufgebrachte Bevölkerung zu beruhigen. Es gebe keinen Grund zur Panik, sagte er in der Nacht zum Mittwoch. Doch die Straßen sind in Nikosia leer. Fast jeder Grieche auf Zypern hockt vor dem Fernseher und verfolgt die Nachrichten am Bildschirm.

Seit dem Zypern-Krieg im Sommer 1974 haben Griechen und Türken auf Zypern noch nie so abgeschirmt voneinander gelebt wie in dieser Woche. Selbst den Grenzübergang beim Ledra Palace Hotel in Nikosia, der bisher für Diplomaten, Angehörige der UNO-Friedenstruppe und Journalisten geöffnet war, haben die Türken seit Dienstag früh für die Presse gesperrt. Der griechische Grenzsoldat bedeutet einem holländischen Fernsehteam: „Von mir aus können Sie passieren, aber Sie kommen nicht weiter." Es ist keine Propaganda. Kurze Zeit später hat man die Fernsehleute zurückgewiesen. Der frisch proklamierte Türken-Staat im Norden, der neben der Türkei nur noch von Bangladesch anerkannt worden ist, will sich der Außenwelt noch nicht offenbaren.

Aus der Ferne kann man sehen, *daß an einigen Stellen entlang der* Demarkationslinie die neue Flagge von Nordzypern gehißt worden ist. Sie sieht der türkischen Flagge sehr *ähnlich, ist knallrot, mit einem Halb*mond und einem Stern und unterscheidet sich nur durch einen schmalen, weißen Streifen. Radio Bayrak, der Rundfunksender der Türken Zyperns, sendet rund um die Uhr Marschmusik und bringt in regelmäßigen Zeitabständen die Unabhängigkeits-Deklaration der türkisch-zyprischen Versammlung. „Der Wunsch aller Türken Zyperns ist jetzt in Erfüllung gegangen", sagt ein Kommentator.

Ankara hat Denktasch immer wieder gebremst

Oder ist es nur der größte Wunsch des türkisch-zyprischen Volksgruppenführers *Rauf Denktasch gewesen*, der jetzt in Erfüllung gegangen ist? Diplomaten in Nikosia ist es seit Jahren nämlich kein Geheimnis gewesen, daß der Präsident des türkischen Föderativ-Staates von Kibris, wie das türkisch-zyprische Staatsgebilde bis Dienstag früh geheißen hat, den großen Staatschef spielen wollte. Ankara hat ihn immer wieder gebremst. Sonst hätte er die Unabhängigkeit schon viel früher ausgerufen.

Seine Absichten hatte der seit 1963 als Sprecher der türkischen Volksgruppe fungierende Anwalt in den letzten Monaten besonders deutlich gemacht. Als im Mai dieses Jahres die UNO-Vollversammlung auf Antrag der zyprischen Regierung mit großer Mehrheit die Besetzung von knapp 40 Prozent des Insel-Territoriums durch die türkischen Streitkräfte verurteilte und ihren Abzug verlangte, reagierte Denktasch mit Entrüstung: Er brach die Verfassungsgespräche mit den griechischen Zyprern sofort ab und konkretisierte, wohlgemerkt zum erstenmal, seine Unabhängigkeits-Vorstellungen. Das türkisch-zyprische Volk werde diese Erniedrigung nicht länger *hinnehmen: „Es ist höchste Zeit*, daß wir unsere Zukunft selbst bestimmen."

Schon viel früher hatte Denktasch *aufbegehrt: Am 13. Februar 1975*, also nur wenige Monate nach der De-facto-Teilung der Insel, hatte die autonome türkisch-zyprische Verwaltung den türkischen Föderativ-Staat von Kibris mit dem Ziel ausgerufen, zu einem späteren Zeitpunkt eine unabhängige türkische Republik auf Zypern zu gründen. Seither besitzt der türkische Teil Zyperns eine eigene Regierung, ein eigenes Parlament und eine eigene Verfassung. Nach dem Zusammenbruch der Gespräche in diesem Sommer ging Denktasch einen wichtigen Schritt weiter: Am 17. Juni 1983 verabschiedet die türkisch-zyprische Volksversammlung mit 33 gegen sechs Stimmen eine Resolution, deren Artikel vier das Recht der türkischen Bevölkerung Zyperns auf Selbstbestimmung proklamiert. Auf diese Bestimmung stützte sich Denktasch jetzt, um die *Unabhängigkeit auszurufen*.

Daß die Griechen sowohl auf dem Festland als auch auf der Insel dennoch nicht hellhörig wurden, hat viele *Gründe: Kaum jemand, weder in* Athen noch in Ankara, glaubte, daß Denktasch seine Drohungen ernst meinte. Er wolle seine Verhandlungsposition ausbauen, *hieß* es immer wieder unter Diplomaten. Und selbst Ankaras Außenminister Ilter Türkmen hatte in einem Gespräch mit der WELT im Juli dieses Jahres gesagt, daß der Zeitpunkt zur Ausrufung einer türkischen Republik auf Zypern nicht günstig sei. Auch Ankaras Generäle hatten zu erkennen gegeben, daß sie von den Plänen Denktaschs, dem sie wegen seiner besonders engen Beziehungen zum früheren konservativen Ministerpräsidenten Demirel mißtrauen, wenig hielten.

Hinzu kommt, daß der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Xavier Perez de Cuellar, eine neue, recht vielversprechende Vermittlungsinitiative ergriffen hatte: Im Auftrag der UNO-Vollversammlung hatte Perez, der die Zypern-Problematik als früherer Sondergesandter der UNO aus erster Hand kennt, ein Papier angefertigt, das die Positionen der beiden Volksgruppen in allen Streitfragen aufführt. Nach Perez' Ansicht sollte dieses Papier Griechen und *Türken als Verhandlungshilfe* dienen.

Der Zick-Zack-Kurs verwirrte die Griechen

Doch während Kyprianou, wenn auch nach anfänglichem Zögern, seine Zustimmung gab, und zwar schriftlich, reagierte Denktasch stur. Hatte er noch vor einigen Wochen die Wiederaufnahme der von ihm abgebrochenen Verhandlungen befürwortet, so machte er schon wieder eine Kehrtwende und wollte vorbereitende Gespräche auf höchster Ebene, also eine Begegnung mit Kyprianou. Gleichzeitig formulierte er ein Ultimatum: Spätestens am 6. November, am Tag der *türkischen Parlaments*wahl, wollte er die Unabhängigkeit proklamieren.

Dieser Zick-Zack-Kurs verwirrte *die Griechen, die Denktaschs* Haltung eher als eine Hinhaltetaktik interpretierten. Gleichzeitig bemerkten sie allerdings, daß durch die Blockierung der Beratungen die *Initiative* der Vereinten Nationen zur Bedeutungslosigkeit verurteilt werden könnte. Solche Erfahrungen hat man auf Zypern immer wieder gemacht: Alle bisherigen Friedenspläne brachten keine Ergebnisse, weil mal die Griechen, mal die Türken glaubten, ihre Maximalpositionen vertreten zu müssen.

Weil er die Ungeduld der Griechen Zyperns immer deutlicher zu spüren bekam, überwand Kyprianou seine Bedenken: Nach Angaben seines Sprechers wäre er unter Umständen zu einem Gespräch mit Denktasch bereit gewesen, vorausgesetzt, daß es gut vorbereitet würde. Denktasch schwieg. Einige Tage später, wenn auch nicht ganz genau zum Termin 6. November, wurde die Unabhängigkeit ausgerufen. (SAD)

Minister Gölter für Abitur nach Klasse zwölf

dpa, Bonn

Die bildungspolitische Diskussion über den Übergang vom Gymnasium zur Hochschule und über die Verkürzung der Schulzeit ist um einen weiteren Vorschlag aus CDU-Reihen angereichert worden: Der rheinland-pfälzische Kultusminister Georg Gölter (CDU) plädierte für ein Abitur bereits am Ende der Jahrgangsstufe 12. Abiturienten mit ernsthafter Studienabsicht sollen danach ein studienvorbereitendes 13. Schuljahr am Gymnasium absolvieren. Eine Verlagerung der Studienvorbereitung an die Universität lehnte Gölter in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur (dpa) ab.

Die Hochschulen seien nicht in der Lage, sich mit der Vorbereitung von Interessenten auf ein Universitätsstudium zu befassen, meinte der Minister. Er kündigte an, sein Modell unter den Unions-Kultusministern sowie in der Kultusministerkonferenz (KMK) zur Diskussion zu stellen. Gölter äußerte auch seine Bereitschaft, mit den Philologen, deren Dachverband eine Reduzierung der Schulzeit auf zwölf Jahre ablehnt, über seine Vorschläge zu sprechen.

„DDR“ verweigert Musikern Ausreise

F. D. Berlin

Die „DDR"-Behörden haben drei Musikern die Reise nach West-Berlin verweigert. Die Organisten aus Potsdam und Cottbus sollten an einer Veranstaltung der Epiphanien-Kirchengemeinde des Bezirks Charlottenburg teilnehmen. Wie ein Gemeindesprecher mitteilte, sei in Gesprächen mit der zuständigen „DDR"-Künstleragentur unter anderem mit Hinweisen auf den NATO-Doppelbeschluß und die Nachrüstungsdebatte im Bundestag am kommenden Montag begründet worden. Vier der sieben eingeladenen „DDR"-Musiker wurde die Teilnahme in Berlin gestattet.

Griechen an der Berliner Mauer

F. D. Berlin

Nach dem politischen Eklat durch eine griechische Parlamentarier-Delegation, die in der vergangenen Woche einen Besuch der Berliner Mauer abgelehnt hatte, haben am Dienstag 20 griechische Mitglieder der konservativen „Nea Democratia"-Partei Berlin besichtigt und sich ausführlich über die Situation in der geteilten Stadt informieren lassen. Die Parteimitglieder unter der Leitung des ehemaligen griechischen Erziehungs- und Kultusministers Ioannis Varvitsiotis wurden im Reichstagsgebäude vom Berliner Innensenator Heinrich Lummer (CDU) begrüßt. Später traf die Delegation auch zu einem Meinungsaustausch mit dem Senator für Bundesangelegenheiten, Rupert Scholz, zusammen.

Urteil zur Auslegung der Mitbestimmung

AP, Karlsruhe

In einem Rechtsstreit um die Auslegung des Mitbestimmungsgesetzes hat der Bundesgerichtshof zugunsten der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat entschieden. Der Zweite Zivilsenat hat zwei Satzungsänderungen der Reemtsma GmbH für unzulässig erklärt, weil sie mit dem Mitbestimmungsgesetz unvereinbar sind. Die GmbH hatte die Entscheidung über den Anstellungsvertrag der Geschäftsführer der Gesellschafterversammlung vorbehalten und dem Vorsitzenden der Geschäftsführung ein Vetorecht eingeräumt.

Der Senat begründete die Entscheidung damit, daß Bestellung und Anstellung der Geschäftsführer, auch in anderen Gesellschaftsformen in einer Hand lägen. Auch in einer mitbestimmten GmbH sei die einheitliche Zuständigkeit des Aufsichtsrates gegeben.

Rechtswidrig sei auch das Vetorecht des Vorsitzenden der Geschäftsfühung, soweit es die Rechtsstellung des Arbeitsdirektors beeinträchtige. Dieser habe ein Recht auf einen eigenständigen Geschäftsbereich. (AZ: II ZR 33/83).

Verfassungsstreit über Etat '84 in Hamburg

Gutachter sieht Verstöße gegen das Haushaltsrecht

UWE BAHNSEN, Hamburg

Hamburg steht vor einem Verfassungsstreit zwischen der sozialdemokratischen Landesregierung und der oppositionellen CDU über den Haushalt für 1984. Es geht dabei zunächst um die vom Senat vorgesehene Umstellung der Kreditfinanzierung vom Brutto- auf das Nettoprinzip, bei der Kredite nicht mehr aus regulären Einnahmen, sondern mit neuen Krediten getilgt werden sollen, und zugleich um die Umschuldung von aufgelaufenen Kassenkrediten in langfristige Kredite. Die CDU hält beides für verfassungswidrig und will den Senat vor dem Verfassungsgericht verklagen, wenn er die Landeshaushaltsordnung entsprechend ändern läßt, was mit der absoluten SPD-Mehrheit der Bürgerschaft geschehen könnte.

Die Opposition stützt sich dabei auf ein ausführliches Gutachten des Hamburger Staatsrechtlers Professor Peter Selmer. Danach verstößt nicht nur die Kreditumstellung gegen die Verfassung der Hansestadt, sondern dazu noch die Umschuldung der Kassen- in langfristige Kredite sowohl gegen das Landeshaushaltsrecht der Hansestadt wie gegen das Haushaltsgrundsätzegesetz des Bundes. Namhafte sozialdemokratische Etatexperten teilen diese Auffassung.

„Personalkosten erdrücken finanziellen Spielraum“

Diese rechtlichen Auseinandersetzungen sind Ausdruck eines Grundsatzkonflikts zwischen der Regierungspartei SPD und der Opposition über die künftige Finanzpolitik des Stadtstaates, für die mit der Änderung des Kreditsystems die Weichen gestellt werden. Dazu CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau bei der Erläuterung des Selmer-Gutachtens: „Es ist nicht unser Ziel, einen Verfassungsprozeß um jeden Preis zu führen. Wir wollen erreichen, daß der Senat endlich mit der strukturellen Haushaltssanierung beginnt. Ständig neue Kredite sind kein Ausweg."

Zur Verfassungsänderung bereit erklärt

In den zurückliegenden zehn Jahren ist das Personal des öffentlichen Dienstes in Hamburg um zwölf Prozent gestiegen, die Bevölkerung jedoch um zehn Prozent zurückgegangen. Perschau: „Diese Scherenentwicklung schneidet Hamburg die Luft ab, die Personalkosten erdrükken jeden finanziellen Spielraum. Notwendig sind Personalabbau und Aufgabenkritik." Statt dessen aber wolle der Senat einseitig die Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu Lasten der Privatwirtschaft sichern. Durch die Wiedereinführung der Getränkesteuer etwa, die 30 Millionen Mark erbringen soll, könnten 600 Staatsdiener besoldet werden; zugleich würden jedoch 1000 bis 1200 Arbeitsplätze in der Gastronomie vernichtet.

Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und SPD-Fraktionschef Henning Voscherau argumentieren, ohne das Nettokreditsystem könnten der Bund und die meisten Länder – und nun eben auch Hamburg – ihre finanziellen Aufgaben nicht mehr erfüllen. Zugleich erklären sie sich zu einer Verfassungsänderung gemeinsam mit der CDU bereit, nicht aber zu dem von der Opposition verlangten Kurswechsel. Am 25. und 26. November werden die Sozialdemokraten sich auf einer zweitägigen Klausur mit dem Haushalt 1984 befassen. An zusätzlichen Sparmaßnahmen von 250 Millionen Mark für 1984 führt kein Weg mehr vorbei – so ein warnendes Positionspapier Vorscheraus.

Kewenig spricht von „ermutigendem Zeichen“

Ein Urteil zugunsten des neuen FU-Präsidenten

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

Am 24. November endet die Amtszeit von FU-Präsident Professor Eberhard Lämmert. Der am 28. Juni vom Konzil der Berliner Freien Universität als sein Nachfolger gewählte Präsident Professor Dieter Heckelmann wird sein neues Amt am 25. November jedoch nicht antreten können. Mit einer Serie von Wahlanfechtungsklagen versuchen politische Gegner des neuen liberal-konservativen Universitätspräsidenten seine Amtsübernahme zu verzögern oder gar ganz zu vereiteln. Die bisher tonangebenden linken und linksliberalen Gruppierungen an der FU, die vor sieben Jahren Professor Lämmert zum Präsidenten wählten, wollen sich mit ihrer Niederlage nicht abfinden.

Ihre Klagen zielen nicht nur auf den Erhalt der bisherigen Machtverhältnisse an der FU, sondern richten sich vor allem auch gegen das neue Berliner Hochschulgesetz.

Klage ohne Erfolg

Die Wahlanfechtungsklage eines zur Alternativen Liste gehörenden studentischen Mitglieds des FU-Konzils vor dem Berliner Verwaltungsgericht blieb jetzt freilich ohne Erfolg. Das Gericht teilte nicht die Auffassung des Klägers, daß bei der Wahl Heckelmanns zum neuen FU-Präsidenten das Wahlgremium keine echten Wahlmöglichkeiten gehabt habe, weil es lediglich über einen Listenvorschlag mit drei vom Akademischen Senat nominierten konservativen Kandidaten habe abstimmen können. Das Gericht stellte vielmehr fest, daß der Akademische Senat der FU bei der Nominierung der Kandidaten für das Präsidentenamt keine Rechtsverstöße begangen habe. Es gäbe auf Grund des Hochschulrahmengesetzes und des Berliner Hochschulgesetzes auch keine Vorschriften, die ein bestimmtes Nominierungsverfahren zwingend vorschreibe.

Amtsantritt verzögert

Trotz der positiven Entscheidung des Berliner Verwaltungsgerichts zugunsten des neuen FU-Präsidenten und seines Ersten Vizepräsidenten Professor Westmeyer kann Heckelmann zum vorgesehenen Zeitpunkt nicht in sein neues Amt berufen werden. Darauf wies der Berliner Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig nach der Urteilsverkündung hin. Der Senator bezeichnete das Urteil als ein ermutigendes Zeichen dafür, daß „nach den vielfachen Versuchen der letzten Zeit, den Amtsantritt der neugewählten Führungsspitze der Universität zu verhindern", jetzt durch ein klärendes Wort des Gerichts die Möglichkeit eines Neuanfangs an der Freien Universität gegeben sei.

Noch haben die Gegner dieses Neuanfangs allerdings die Hoffnung nicht aufgegeben, auf gerichtlichem Wege eine neue Entwicklung an der FU dennoch verhindern zu können. Linke Mitglieder des Akademischen Senats und des Konzils haben beim Verwaltungsgericht Anträge auf einstweilige Verfügungen gestellt, die dem Berliner Senat die Bestallung zum neuen Präsidenten der FU untersagen soll, bis über drei weitere Wahlanfechtungsklagen gerichtlich entschieden worden ist.

Auf dem Campus der Freien Universität und in der Berliner Öffentlichkeit stößt der von linken Kräften angestrengte Rechtsstreit über die Wahl der neuen Universitätsspitze auf betontes Desinteresse. Er ist ein Indiz dafür, wie weit die linken Studentenfunktionäre sich inzwischen von ihrer Basis entfernt haben.

WELT-Gespräch mit CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dregger

„Nein zur Nachrüstung ist ein Votum gegen die NATO“

MANFRED SCHELL, Bonn

Das Votum des Deutschen Bundestages über den Beginn der westlichen Nachrüstung „wird zugleich eine Entscheidung über den Fortbestand der NATO sein". Auf diese Dimension der für den 22. November anstehenden Entscheidung des Parlaments zum NATO-Doppelbeschluß hat gestern der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, in einem WELT-Gespräch hingewiesen. Er antwortete damit auch auf Erklärungen führender SPD-Politiker, ihr Nein zur Nachrüstung sei keine Absage an das Bündnis. Dregger hielt dem entgegen: „Würde es der Sowjetunion gelingen, der NATO ein neues und wichtiges Waffensystem vorzuenthalten, das sie für sich selbst längst in Anspruch genommen hat und weiter in Anspruch nehmen will, würde die NATO nicht nach ihren Einsichten, sondern nach dem Willen der Sowjetunion handeln." Damit aber würde die NATO „ihre Grundlage verlieren", und zwar in doppelter Hinsicht: „Sie verlöre sie militärisch, weil es für die sowjetische Übermacht in Europa dann keine Grenzen mehr gäbe. Sie verlöre sie auch politisch-psychologisch, weil die Mauern des Sich-nicht-mehr-verstehen-Könnens zwischen Amerikanern und Europäern dann wohl unübersteigbar werden dürften", sagte Dregger.

Im Hinblick auf die Aktionen der Friedensbewegung und auch die Standpunkte der SPD sagte der CDU-Politiker, offensichtlich sei vielen das unterschiedliche Verhalten der Sowjetunion und der NATO in den zurückliegenden Jahren nicht bewußt. „Die Sowjetunion hat uns nicht gefragt. Sie hat das neue Teufelszeug, die landgestützten, zielgenauen, weitreichenden SS-20-Raketen, schlicht und einfach stationiert, ohne Rücksicht auf unsere Proteste und ohne Rücksicht auf die Genfer Verhandlungen." Die Propaganda und Desinformation Moskaus seien „meisterhaft" und auf die entsprechenden Stimmungslagen in der westlichen Welt abgestimmt gewesen. Dieser Propaganda habe die demokratische Öffentlichkeit des Westens „nahezu hilflos" gegenübergestanden.

Zu den Fakten gehöre, wie Dregger betonte, auch das Wissen, daß die Sowjetunion anders als der Westen seit 1945 niemals abgerüstet habe. „Sie betreibt seit circa 15 Jahren eine Hochrüstung, für die es in der Geschichte der Menschheit – jedenfalls in Friedenszeiten – kein Beispiel gibt." Selbst während der Genfer Verhandlungen habe sie unvermindert weitergerüstet. „Bei der Verabschiedung des NATO-Doppelbeschlusses 1979 hatte die Sowjetunion eine Überlegenheit an Sprengköpfen von 420 zu null. Jetzt beträgt die sowjetische Überlegenheit weit über 1000 zu null. Von ihnen sind über 700 auf Europa, über 300 auf Asien gerichtet. Auch diese können schnell nach Westen verlegt und ebenfalls auf Europa gerichtet werden."

Eine derartige Überlegenheit biete, wie Dregger formulierte, der Sowjetunion „zum Beispiel die Möglichkeit, in einem einzigen Schlag alle wichtigen Ziele in ganz Europa – Kommandozentralen, Verkehrsknotenpunkte, Raketenstellungen, Flugplätze, Häfen – zu zerstören. Nach einem solchen Schlag wäre Europa nur punktuell, nicht in der Fläche zerstört. Aber es wäre gelähmt und weitgehend verteidigungsunfähig". Er nehme nicht an, daß es auf sowjetischer Seite solche Absichten gebe, aber „allein daß sie es könnte, ist geeignet, unseren Willen zu lähmen und uns untertänig zu machen". Dies sei das Ziel Moskaus.

Die USA, so sagte Dregger, hätten bei den Genfer Verhandlungen „eine außerordentliche Konzessionsbereitschaft unter Beweis gestellt". Das Gegenteil zu behaupten wäre „infam". Für den Fall einer Zwischenlösung, um nur ein Entgegenkommen der USA zu nennen, hätten sich die Amerikaner einverstanden erklärt, daß die asiatischen SS-20-Raketen der Sowjetunion im europäischen Kräftevergleich nicht angerechnet werden. Das bedeute faktische Überlegenheit Moskaus auch im Mittelstreckenbereich größerer Reichweite. Dregger: „Ist dieses amerikanische, von uns gebilligte Zugeständnis nicht eine fundamentale Konzession?" Der Westen habe sich außerdem zu einer Reichweitenbegrenzung seiner Waffen bereit erklärt. Wenn nun von der SPD der Vorwurf erhoben werde, der Westen habe die sogenannte Waldspaziergangformel nicht „ausgelotet", müsse er dem entgegenhalten: Diese Formel sei vom amerikanischen Unterhändler ins Spiel gebracht worden, und es wäre Sache der Sowjets gewesen, sie auszuloten. Aber Moskau habe diese Formel „niemals aufgegriffen", sondern abgelehnt. Die SPD agiere mit ihren Vorwürfen an die westliche, insbesondere an die amerikanische Adresse „in einem Geisterreich", sagte Dregger. Aber dies sei nicht der einzige Vorwurf, den er gegenüber der SPD erhebe. Sie habe in der Schlußrunde der Genfer Verhandlungen durch ihre Landesparteitage der Sowjetunion dem Sinne nach signalisiert: „Was auch immer ihr tut, wir tun nichts." Noch schlimmer als das Abrücken der SPD vom NATO-Doppelbeschluß seien die „Scheingründe", die sie dafür ins Feld führe. „Sie bestehen in einseitigen und völlig unbegründeten Schuldvorwürfen an die Adresse der USA." Die SPD werde ein „zweites Godesberg brauchen, um das zurückzugewinnen", was sie jetzt mit ihrer Ablehnung des Doppelbeschlusses aufgebe, meinte Dregger.

Bei der gesamten sicherheitspolitischen Diskussion dürfe nicht vergessen werden, daß ein Erfolg der Sowjetunion in ihrem Bemühen, ein Monopol an dem neuen Raketensystem SS 20 zu sichern und in diesem Bereich die USA aus Europa zu verbannen, insbesondere das deutsche Sicherheitsinteresse erheblich bedrohen würde. Außer den Amerikanern gebe es niemanden, der bereit wäre, der Bundesrepublik Deutschland atomaren Schutz zu geben. Die sowjetische Führung, so betonte Dregger, habe wiederholt erklärt, eine nukleare Antwort Moskaus würde sich, gleich wo die Raketen abgefeuert worden seien, auf jeden Fall gegen das Kerngebiet USA richten. Daraus ergebe sich, daß die USA mit der Stationierung ihrer Atomwaffen in Deutschland „für uns ein erhebliches Risiko eingehen", das zum Beispiel Frankreich und Großbritannien nicht bereit seien einzugehen. „Dieses Risiko, das die USA für uns zu tragen bereit sind, ist die entscheidende Garantie unserer Sicherheit. Daran sollten diejenigen denken, die unaufhörlich in diesem Bereich amerikanische Konzessionen zugunsten der Sowjetunion verlangen." Dregger: „Diese Konzessionen gingen nicht auf Kosten der USA, sondern auf unsere Kosten."

Interesse an „DDR“-Reisen wächst

Windelen: Jugendliche bekommen Eindruck von Einheit der Nation / Kaum Gegenbesuche

GEORG BAUER, Bonn

Das Interesse der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Bundesrepublik Deutschland an einer Reise in die „DDR" wächst. Waren es im vergangenen Jahr 11 000 Jugendliche, die – statt Rom oder Paris – als Reiseziele Erfurt, Dresden, Potsdam und Leipzig wählten, so schnellte die Zahl für dieses Jahr nach einer Mitteilung des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen um über 100 Prozent auf mehr als 22 000 nach oben. Nach den Worten des innerdeutschen Ministers Heinrich Windelen, der in einem Pressegespräch dazu Stellung nahm, eine erfreuliche Entwicklung. „Wenn die natürlichen Verbindungen der Deutschen untereinander schwächer werden, muß der Reiseverkehr gestärkt werden, damit die Bande zwischen den beiden Staaten in Deutschland nicht völlig gelöst werden", erklärte Windelen.

Wie es im Ministerium heißt, machten die Jugendgruppen, die nach einer Reise ihre Eindrücke in Berichten an das Ministerium festhielten, vor allem zwei Erfahrungen. Zum einen stellten sie fest, daß auch die „DDR" ein Teil von Deutschland ist, in dem Menschen wohnen, die einen starken Willen zur Einheit der Nation haben. Zum andern erlebten sie die große Anzahl von Uniformen und die Gängelung des Einzelnen, die bis in die private Sphäre reiche. „Von ihren Erfahrungen koppeln sie zurück auf die Verhältnisse im westlichen Teil Deutschlands und lernen so die Freiheit in der Bundesrepublik schätzen", urteilte Ministerialrat Jürgen Boecker.

Eine Umfrage, die das Ministerium bei den jugendlichen Touristen durchführte, scheint das veränderte Deutschlandbild zu bestätigen. Während vor den Fahrten weniger als 50 Prozent der Jugendlichen die „DDR" als Nicht-Ausland einstuften, steige die Zahl nach der Fahrt auf mehr als 70 Prozent.

Weniger erfreulich sieht die Entwicklung allerdings in der Gegenrichtung aus. Obwohl auch hier in der Vergangenheit ein leichter Anstieg zu verzeichnen war, kamen in diesem Jahr nur rund 1200 jüngere Erwachsene im Alter von 22 bis 30 Jahren in die Bundesrepublik Deutschland. In der Regel, so die Erkenntnisse des Ministeriums, handele es sich dabei um ausgesuchte und verdienstvolle Mitglieder der SED-Jugendorganisation FDJ, die eine Westreise als Prämie für besondere Leistungen erhielten. In diesem Zusammenhang wiesen Mitarbeiter des Ministeriums darauf hin, daß sich die Bundesregierung durchaus der Tatsache bewußt sei, daß es sich dabei um Kader handele. Dennoch sei Bonn an einem verstärkten Austausch interessiert.

Über einen verstärkten Austausch von Ost nach West wird die FDJ wohl kaum mit sich reden lassen. Schon 1982 signalisierte sie: Eine Völkerwanderung wird es nicht geben. Das Ministerium rechnet daher auch damit, daß im nächsten Jahr nur fünf Prozent mehr Jugendliche den Westen besuchen werden.

Doch bei aller Vorsicht im Grundsatz ist die SED-Nachwuchsorganisation von ihrer Strategie abgekommen, die sie in den 70er Jahren verfolgte. Damals lud sie gezielt ideologisch gleichgesinnte Jugendgruppen in der Bundesrepublik, in erster Linie die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), die Nachwuchsorganisation der DKP, und den MSB Spartakus, zu einer Reise in die „DDR" ein. Ende der 70er Jahre ging die FDJ dann dazu über, auch die großen, für die Bundesrepublik repräsentativen Jugendorganisationen wie die DGB-Jugend und die evangelische sowie katholische Jugend einzubeziehen. „Damit ist die FDJ ein Risiko eingegangen", heißt es im Ministerium unter Hinweis auf die Einheit der Nation.

Um den Gedanken an die nationale Einheit Deutschlands zu fördern, wird das Ministerium daher auch im kommenden Jahr einen ausreichenden Betrag zur Förderung von Studienfahrten für Schüler, Jugendliche und Studentengruppen in die „DDR" und nach Berlin (Ost) bereitstellen. In diesem Jahr wurden die Reisen mit rund 1,5 Millionen Mark unterstützt. Damit die Finanzspritzen in Zukunft nach einem einheitlichen Schlüssel verteilt werden, wird es vom nächsten Jahr an eine bundeseinheitliche Regelung für die Vergabe von Zuschüssen geben.

Synode spricht von zugespitzter Lage in der „DDR“

epd, Berlin

Zum Abschluß ihrer Herbsttagung hat die Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs in einem Schreiben an die Gemeinden auf die bei ihr eingegangenen zahlreichen Eingaben geantwortet, die „von dem Erschrecken über die zugespitzte militärische Lage" gekennzeichnet sind.

In dem Dokument heißt es: „... Als Bürger unseres Landes an der Grenze zwischen zwei Macht- und Verteidigungssystemen können wir in der Aufstellung von Raketen in unserem Land keine Maßnahmen sehen, die uns sicherer macht. Vielmehr erkennen wir gerade im Weiterwirken von Geist und Logik der Abschreckung das Zutreiben auf eine nukleare Katastrophe.

... Dagegen halten wir es für ein ermutigendes Zeichen, wenn Menschen sich von Glauben, Gewissen und Vernunft leiten lassen, auch wenn sie dadurch erhebliche negative Konsequenzen auf sich ziehen. In diesem Sinne stellt sich die Synode auch hinter Wehrpflichtige, die trotz Bindung durch Wehrgesetz und geleisteten Eid sich nicht mehr in der Lage sehen, ihren Dienst mit der Waffe fortzusetzen.

... Eine große Zahl von Eingaben erreichte die Synode zur Problematik des Wehrdienstes für Frauen. Die Synode teilt diese Betroffenheit von Frauen und Familien.

... Vielen wurde erst jetzt deutlich, in welcher Weise das Wehrdienstgesetz vom 23. 3. 1982 angewendet werden kann. Diese Anwendung des Wehrdienstgesetzes ist ein neuer Schritt in Richtung auf eine Militarisierung der Gesellschaft, der besonders tief in den persönlichen und familiären Lebensbereich eingreift."

Grüne in Hannover: Weg von „Rotation“

dpa, Hannover

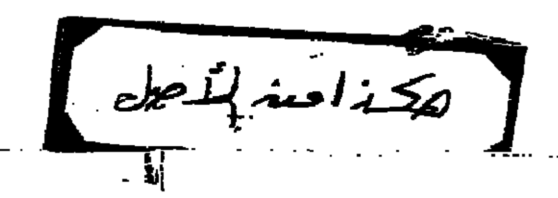
Die niedersächsische Landtagsfraktion der Grünen will vom Prinzip der vollständigen „Rotation" der Fraktionsmitglieder abrücken. Fraktionsvorsitzender Helmut Neddermeyer berichtete nach einer Klausursitzung, die elf Parlamentarier hätten sich auf ein Konzept geeinigt, „mindestens vier" Abgeordnete zur Mitte der Legislaturperiode im Sommer 1984 gegen „Nachrücker" auszutauschen. Damit rückte die Fraktion von Beschlüssen der Landesdelegiertenkonferenzen der Partei vom Januar und Juni 1982 ab, die mehrheitlich für den „Grundsatz der vollständigen Rotation" gestimmt hatten. Lediglich „einzelne Ausnahmen" sollten mit Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit der Landesdelegiertenkonferenz zugelassen werden, hieß es damals. Der neue Vorschlag soll der nächsten Landesdelegiertenkonferenz im Januar vorgelegt werden.

Beauftragter für Zivildienst abgelöst

dpa, Bonn

Bundesfamilienminister Heiner Geißler (CDU) hat den bisherigen Bundesbeauftragten für den Zivildienst, den 55jährigen Hans Iven (SPD), von seinem Amt abgelöst. Nachfolger Ivens wurde der 33jährige evangelische Pfarrer Peter Hintze. Geißler hatte im Frühjahr gegen Iven disziplinarische Schritte eingeleitet, nachdem dieser das neue Gesetz über die Kriegsdienstverweigerung als verfassungswidrig bezeichnet hatte. Von Iven war die Kritik damit begründet worden, daß die Verlängerung des zivilen Ersatzdienstes um ein Drittel gegenüber dem Wehrdienst nur bei Abschaffung des Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer zu rechtfertigen wäre. Das Verfahren sei jedoch mit einigen Veränderungen erhalten geblieben, damit sei das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung dem Wehrinteresse geopfert worden.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.



London steht vor neuer „Zwei-Schlüssel"-Debatte

Erste Spuren eines heißen Herbstes in Großbritannien

FRITZ WIRTH, London

450 Verhaftete, ein leicht derangierter Verteidigungsminister, eine Verhärtung der Fronten im Unterhaus – das sind die ersten Spuren eines heißen Nuklear-Herbstes in Großbritannien, zwei Tage, nachdem die ersten Marschflugkörper auf dem Luftwaffen-Stützpunkt Greenham Common ausgeladen wurden. Das politische Klima im Lande hat sich leicht aufgerauht. Die Labour Party, die sich wegen tiefer Meinungsverschiedenheiten in der Nuklearpolitik seit langer Zeit in der Defensive befand, hat auf Angriff umgeschaltet. Es kam im Unterhaus zur bisher schärfsten Konfrontation zwischen Oppositionsführer Neil Kinnock und Premierministerin Margaret Thatcher, als der Labour-Parteichef ihr unterstellte, daß sie nicht den Unterschied zwischen einer Partnerschaft innerhalb der NATO und der Rolle eines Lakaien des amerikanischen Präsidenten kenne.

Die Strategie hinter dieser Attacke der Opposition ist klar erkennbar: In Ermangelung eines eigenen Verteidigungskonzepts operiert sie mit einem wachsenden Antiamerikanismus, der vor allem den amerikanischen Präsidenten zur Zielscheibe der Kritik macht. Labour versucht, eine Vertrauenskrise gegenüber Reagan zu konstruieren und die britische Regierung in dieses angebliche Vertrauensvakuum hineinzumanövrieren.

Kinnock benutzt diese angebliche Vertrauenskrise, um das Thema hochzuspielen, ob Großbritannien ein hinreichendes Mitsprache- und Vetorecht bei Einsatz der auf britischem Boden stationierten Nuklearraketen habe. Frau Thatcher erklärte, daß der gegenwärtige gemeinsame anglo-amerikanische Entscheidungsprozeß absolut ausreichend sei und praktisch einem britischen Vetorecht gleichkomme. Außerdem habe keine der vorhergehenden Labour-Regierungen an dieser Prozedur etwas auszusetzen gehabt.

Das Thema des „britischen Fingers am Drücker" der Nuklearraketen wird in den nächsten Wochen jedoch immer mehr in den Vordergrund rücken. Alle Oppositionsparteien sehen es als eine willkommene Chance, die Regierung Thatcher in Bedrängnis zu bringen, nachdem eine Meinungsumfrage gezeigt hat, daß 84 Prozent der Briten das sogenannte „Zwei-Schlüssel-System" beim Einsatz von Nuklearraketen befürworten.

Größere physische Opposition hatte Verteidigungsminister Haseltine bei einer Konfrontation mit britischen Studenten in Manchester zu überstehen. Haseltine wurde zunächst beim Betreten der Universität mit roter Farbe übergossen, was zunächst einen Gang zum Friseur und einen Anzugwechsel nötig machte, *bevor er sich mit einstündiger* Verspätung den Studenten stellte, die ihn schließlich mit Eiern bewarfen und kaum zu Wort kommen ließen, so daß er seinen Auftritt vorzeitig beenden mußte.

Haseltine war von konservativen Studenten zu einer Diskussion in Manchester eingeladen worden. Mitglieder der „Kampagne für nukleare Abrüstung" (CND) distanzierten sich später von diesen Zwischenfällen und erklärten, daß dies nicht der Stil ihres Nuklearprotestes sei. Sie machten Studenten der radikalen Linken für die Zwischenfälle verantwortlich. Haseltine ließ sie wissen: „Solche Angriffe schaden Ihrer Sache mehr als der meinen."

Die CND selbst hatte dagegen ihren großen Auftritt am Dienstagabend vor dem britischen Unterhaus, als sie die Eingänge zum Palast von Westminster mit einem „sit in" blokkierte.

Die Demonstration dauerte etwa eine Stunde, bevor die Polizei eingriff. Die Beamten beriefen sich auf ein Gesetz aus dem Jahre 1836, das alle Demonstrationen im Umkreis von einer Meile des Palastes untersagt, solange das Parlament tagt, und schleppten die Demonstranten einzeln in ein Dutzend bereitstehende Busse. Insgesamt wurden 300 Demonstranten verhaftet.

Zu gleicher Stunde entfernten Polizeibeamte vor dem Luftwaffen-Stützpunkt Greenham Common, wo auch am Dienstag weitere Marschflugkörper und vermutlich die ersten nuklearen Gefechtsköpfe eintrafen, 150 weibliche Demonstranten vom Haupteingangstor. Die Frauen wurden jedoch noch in der gleichen Nacht wieder gegen Kaution freigelassen und sollen demnächst vor Gericht erscheinen.

Weizsäcker spricht von „Jalta-Überdruß"

Tagung des Bergedorfer Kreises / Hat Ost-Berlin ein „unverkrampfteres" Verhältnis zur Geschichte als Bonn?

hrk, Berlin

Mit ihrer forcierten Hinwendung zur deutschen Geschichte versucht die „DDR", in ihr Wurzeln zu schlagen. Dabei gelingt es Ost-Berlin augenscheinlich, ein wahrheitsgetreueres Abbild dieser Historie zu schaffen, „als dies in der freieren, aber auch verunsicherteren Bundesrepublik der Fall ist". Diese These stellte jetzt bei der ersten Tagung des „Bergedorfer Gesprächskreises" in Berlin der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker auf. Er referierte vor 20 hochkarätigen Gästen über das Thema „Die Deutsche Frage – neu gestellt" – ohne Fragezeichen.

Berlins Regierungschef und Kandidat für das Bundespräsidentenamt machte auf die zunehmenden Versuche der „DDR" aufmerksam, ihren Staat „in der Geschichte zu verankern". Dazu zähle beispielsweise auch die „Aufarbeitung Preußens". Dabei seien Ost-Berlin Erfolge nicht abzusprechen. „Mir ist jedenfalls ein gut gemachtes sozialistisches Zeughaus Unter den Linden lieber als unser bisher mißglückter Versuch, in Berlin ein Museum für Deutsche Geschichte einzurichten", sagte Weizsäcker auf der nahezu zehnstündigen Arbeitssitzung. Im Zeughaus hat Ost-Berlin sein „Museum für Deutsche Geschichte" etabliert.

Zum gegenwärtigen Bild der „DDR" sagte der Unions-Politiker, es sei zugleich „interessant und ambivalent". Wie beim Dominospiel versuche die andere Seite, bestimmte Sachverhalte und politische Einschätzungen aneinanderzufügen. „Auf der einen Seite ist die DDR selbstverständlich voll in die Absichten der UdSSR einbezogen, durch Stützung der westlichen Friedensbewegung das westliche Bündnis zu lockern; auf der anderen Seite ist ein wachsendes Gewicht der DDR im Warschauer Pakt festzustellen." Die Rolle Polens verringere sich hingegen.

Die Ostberliner Führung bemühe sich dabei, ihre „special relations" zu Moskau auch für sich zu nutzen. Mit der Formel von der „Verantwortungsgemeinschaft der Deutschen" werde in erkennbarer Absicht in propagandistischer Weise versucht, die westliche Sicherheitspolitik zu beeinflussen. Die Betonung dieser Verantwortungsgemeinschaft habe jedoch auch Rückwirkungen auf die eigene Bevölkerung.

Weizsäcker wies auch auf die „Freigabe von Geschichte und Kultur" durch die Führung im Luther-Jahr hin, die bisher beispiellos sei. Ost-Berlin lege jedenfalls ein deutlich „unverkrampfteres Verhältnis" zur deutschen Geschichte als die Bundesrepublik an den Tag. Alle diese „neuen Töne und Entwicklungen" änderten jedoch „nichts am Charakter des Systems selbst".

Auf die Entwicklung in der Bundesrepublik eingehend, sprach Weizsäcker von einem „Jalta-Überdruß" im Westen Deutschlands. Die damals durch die Siegermächte vorgenommene Einteilung Europas in „Interessensphären" werde heute von vielen Deutschen nicht mehr, wie früher noch, als ein Punkt der Friedenssicherung, sondern eher als eine mögliche „Friedensgefährdung" gewertet. Mit Zitaten belegte Weizsäcker die weitverbreitete Enttäuschung über den Stand der atlantischen und europäischen Einigung. Er forderte dazu auf, im Sinne des Helsinki-Prozesses weitere „Felder der Zusammenarbeit" mit dem Osten zu finden, was der „unwiderruflichen Westbindung" der Bundesrepublik nicht zuwiderlaufe.

In der ausführlichen Debatte sprach Professor Werner Weidenfeld (Universität Mainz) beispielsweise von einem „vagabundierenden Identifikations-Bedürfnis" der Deutschen, was es schwermache, die deutsche Frage überhaupt zu stellen. Professor Richard Löwenthal (SPD) konstatierte in der Bundesrepublik eine Abkehr vom bisherigen Grundkonsens in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Friedensbewegung sei wegen ihrer Forderung nach einseitiger Abrüstung „gefährlich", andererseits dürfe sie nicht als eine „Randbewegung" betrachtet werden, was jedoch zweifellos für die Grünen gelte. Es gebe keine „Sonderlösung" für die deutsche Frage; eine Lösung sei nur im Rahmen der Lösung der europäischen Frage möglich. Löwenthal und mehrere Mitdiskutanten betonten wiederholt, daß eine Antwort auf die deutsche Frage in jedem Falle nur unter der Bedingung erfolgen könnte, an der „Substanz Europas und seiner Einigung" festzuhalten. Ohne Europa werde es keine Lösung für Deutschland geben. Wenn die Europäische Gemeinschaft scheitere, sänken die deutschen Chancen in der Zukunft beträchtlich.

Horst Ehmke warnte vor der Annahme, in der Bundesrepublik gebe es tatsächlich einen Antiamerikanismus. Vielmehr handele es sich dabei um eine „kulturelle Gegenbewegung" gegen die in der Nachkriegszeit erfolgte Amerikanisierung vieler Bereiche des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik. Einen vergleichbaren Vorgang habe es in der heutigen „DDR" nicht gegeben. Dort herrsche noch ein weithin ungebrochenes nationales Gefühl.

Der künftige deutsche Botschafter in London, Rüdiger von Wechmar (FDP), brachte den Gedanken ein, wie die westlichen Verbündeten der Bundesrepublik dazu gebracht werden könnten, „sich für die deutsche Frage zu engagieren". Dies zu erreichen setze jedoch ein in sich schlüssiges deutschlandpolitisches Konzept voraus. Er wies auf die Hallstein-Doktrin hin, die zwar später aufgegeben worden sei, aber durchaus ihren Nutzen gehabt habe. Es wäre wünschenswert, wenn sich auf westlicher Seite eine Art „Vereinigungs-Doktrin" formulieren ließe, um die Wünsche und Ziele der Deutschen zu artikulieren.

Der Publizist Jürgen Engert machte auf den Generationswechsel in der „DDR" aufmerksam, der ein wichtiges politisches Moment sei. „Die Bereitschaft, sich zu exponieren, selbst wenn damit existentielle Nachteile verbunden sind, nimmt in der DDR zu."

Haus der Geschichte in Bonn nimmt Gestalt an

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Ein „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland", das Bundeskanzler Kohl in seinen Regierungserklärungen vom 13. Oktober 1982 und vom 4. Mai 1983 angekündigt hatte, wird seine Existenz in naher Zukunft in einer angemieteten Villa im Regierungsviertel beginnen. Das wurde bei der Übergabe eines Gutachtens von vier dazu berufenen Historikern im Bundesinnenministerium bekannt. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren, Horst Waffenschmidt, nannte den jetzt vorliegenden Plan „eine große Einladung an die Gesellschaft, sich am Aufbau dieses Hauses zu beteiligen".

Ausdrücklich betonten Sprecher des Ministeriums und die Historiker, daß das „Haus der Geschichte" in keinem Zusammenhang mit dem geplanten Ehrenmal oder einer „Bundeskunsthalle" stehe. Wegen der Kunsthalle, so Waffenschmidt, stehe man weiter „im Dialog mit den Ländern".

Unter Vorsitz des Geschichtsprofessors und Bismarck-Biographen Lothar Gall brachten er und die Professoren Klaus Hildebrandt, Horst Möller und als Praktiker der Direktor des Landesmuseums Koblenz, Ulrich Löber, auf 34 Schreibmaschinenseiten ein Konzept zu Papier. Darin empfiehlt die Kommission unter anderem, nach Annahme ihrer „Grundlagen" durch die Bundesregierung umgehend mit den ersten Ankäufen von Objekten zur „materiellen Kultur" zu beginnen. Da nach Professor Gall Geschichte in der neuen Sammlung nicht nur als rein politische Ereignisgeschichte dargestellt werden soll, sondern die „Lebenswelt" in ihrer ganzen Breite, ist mit Exponaten zu rechnen wie einem Zwergauto „Gogomobil" für die 50er Jahre oder auch mit einer, wie Löber anläßlich der Präsentation des Gutachtens sagte, bereits vorhandenen „frühen elektrischen Waschmaschine". Für das Jahr 1984 sind zunächst 500 000 Mark für die Planung des Hauses im Etat bereitgestellt.

Das „Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrum", so die vorläufige Bezeichnung, soll „bestimmte Schwerpunkte der Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und des geteilten Deutschland anschaulich machen und gegenwartsorientiert vertiefen".

Zu anderen bestehenden Einrichtungen, wie etwa zu der ständigen Ausstellung im Reichstagsgebäude in Berlin „Fragen an die deutsche Geschichte" oder zu dem geplanten Vorhaben wie dem „Deutschen Historischen Museum" in Berlin, stehe das Bonner Haus nicht in einem Verhältnis der Konkurrenz, sondern der gegenseitigen Ergänzung.

Straßburg: Klare Mehrheit für Nachrüstung

ULRICH LÜKE, Straßburg

In teilweise hektischer Atmosphäre hat das Europäische Parlament am Dienstag über die NATO-Nachrüstung in Westeuropa diskutiert. Christdemokraten, Liberale, britische Konservative und französische Gaullisten sprachen sich für ein uneingeschränktes Festhalten am Doppelbeschluß aus. Dagegen plädierte die Mehrheit der sozialistischen Fraktion, angeführt von deutschen Sozialdemokraten und unterstützt von Kommunisten, für eine Verlängerung der Genfer Verhandlungen und parallel dazu für einen vorläufigen Verzicht auf die Stationierung. Für den Doppelbeschluß machten sich dagegen die französischen Sozialisten in einem eigenen Antrag stark.

Damit war schon rein rechnerisch eine klare Mehrheit für die Bestätigung des Nachrüstungsbeschlusses gegeben. Anlaß für die Debatte war ein Vorschlag des amtierenden Ratspräsidenten, des griechischen Außenministers Yannis Charalambopoulos, gewesen, die Genfer Verhandlungen um sechs Monate zu verlängern. Bonns Außenminister Hans-Dietrich Genscher hatte es, unterstützt von seinen Kollegen, bereits im September abgelehnt, im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) über dieses Thema auch nur zu diskutieren, obwohl die Regierungschefs im Juni in Stuttgart beschlossen hatten, die politischen Aspekte der Sicherheitspolitik künftig in den Themenkatalog der EPZ aufzunehmen.

Der deutsche Christdemokrat Egon Klepsch sagte: „Ich bin sicher, die breite Mehrheit des Konsenses ist nach wie vor vorhanden. Von Kohl zu Mitterrand, von Frau Thatcher zu Herrn Craxi, von Herrn Lubbers zu Herrn Martens reicht unverändert der Bogen des gemeinsamen Konsenses des Sich-keiner-Bedrohung-und-Erpressung-beugen-Wollens."

Auch die Sprecher der britischen Konservativen und der französischen Gaullisten, Adam Fergusson und Christian de la Malene, bekräftigten ihr Festhalten am Nachrüstungsbeschluß. Durch einseitigen Rüstungsverzicht „werden wir die SS 20 nie los", meinte Fergusson. De la Malene sprach von einem „einäugigen und manipulierten Pazifismus".

Sinowatz beim ungarischen KP-Chef

cgs. **Budapest**

Der österreichische Bundeskanzler Fred Sinowatz ist gestern in Budapest zu einem Gespräch mit dem ungarischen Parteichef Janos Kadar zusammengetroffen. Der Tatsache, daß der neue Regierungschef des neutralen Österreichs seine erste offizielle Auslandsreise zum ungarischen Nachbarn angetreten hat, wird in Budapester politischen Kreisen besondere Bedeutung beigemessen. Sie zeige, so heißt es hier, die hervorragende Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern – ungeachtet der verschiedenen politischen Systeme.

Ein besonderer Akzent des österreichischen Besuchs in der ungarischen Volksrepublik: heute abend wird direkt aus Budapest eine Fernsehdiskussion zu den österreichisch-ungarischen Beziehungen ausgestrahlt, die sowohl vom österreichischen wie vom ungarischen Fernsehen übernommen wird. Journalisten und Historiker aus beiden Ländern sind die Teilnehmer. Die Diskussion wird vom österreichischen Ost-Experten Paul Lendvai geleitet, der früher ungarischer Staatsbürger war und seine Heimat nach dem Aufstand von 1956 als politischer Flüchtling verlassen hat.

Fiel Arafats letzte Bastion in Libanon?

AFP/dpa/rtr, **Beirut/Tel Aviv**

Der letzte Stützpunkt der Anhänger des PLO-Chefs Arafat, das nördlich der nordlibanesischen Hafenstadt Tripoli gelegene Palästinenserlager Baddawi, sei gestern von rebellierenden PLO-Verbänden erobert worden, erklärte ein Sprecher der Rebellen in Damaskus. Die Anhänger Arafats dementierten die Meldung jedoch sofort. Über Arafats Schicksal lagen zunächst keine Angaben vor. Möglicherweise konnte er sich in Tripoli in Sicherheit bringen.

Israelische Kampfflugzeuge bombardierten gestern eine von Iran unterstützte Guerrilla-Basis im ostlibanesischen Bekaa-Tal. Die Basis habe den schiitischen Extremisten als Ausbildungslager gedient, sagte ein israelischer Militärsprecher. Die israelischen Piloten hätten Raketenwerfer, Zelte und Fahrzeuge ausgemacht, verlautete aus Militärkreisen. Israel machte die von Iran unterstützte islamische Gruppe Jihad (Heiliger Krieg) für den Anschlag auf das Hauptquartier im südlibanesischen Tyrus verantwortlich, bei dem 61 Menschen starben.

Deutsch-israelischer Appell an Bonn

SAD, **Jerusalem**

Volle Unterstützung für Israels Entschluß, Libanon erst dann zu räumen, wenn „die fremden Truppen abgezogen sein werden" und wenn „Libanon nicht mehr als Basis für Terrorangriffe gegen Israel mißbraucht werden kann", bekundete die deutsch-israelische Konferenz in Jerusalem. Es war dies die siebente Jahreskonferenz der deutsch-israelischen und der israelisch-deutschen Gesellschaften, an der auch eine Abordnung der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe im Bundestag sowie Mitglieder der Knesset teilgenommen hatten.

Die Konferenz kam auch zu der Auffassung, daß die „anhaltenden, blutigen Kämpfe in den Reihen der PLO und die dominierende Rolle Syriens in dieser Auseinandersetzung" die Bundesrepublik Deutschland und die EG zu einer „Überprüfung ihrer Politik gegenüber der PLO bei der Lösung der Palästinenserfrage veranlassen" müßten. Die Bundesregierung und die EG wurden aufgerufen, „den durch Camp David eingeleiteten Friedensprozeß ... aktiv zu unterstützen und in diesem Sinn auf die arabischen Regierungen einzuwirken".

Bishop regierte Grenada mit revolutionärer Willkür und Folter

Augenzeugen und Opfer berichten / „Sie schoben mir brennende Zigaretten in die Nase"

Von UWE SIEMON-NETTO

Die marxistischen Machthaber auf Grenada haben in den vier Jahren ihrer Herrschaft politische Gefangene auf grauenvolle Weise foltern lassen. Echten oder vermeintlichen Gegnern des Regimes wurden brennende Zigaretten in die Nasenlöcher geschoben. Sie wurden mit glühend heißen Macheten gesengt oder mit elektrischen Schlagstöcken, die eigentlich fürs Vieh bestimmt sind, malträtiert. Geschlechtsteile wurden verstümmelt, Füße mit spitzen Gegenständen durchbohrt oder durchschossen.

Die Gespräche des Berichterstatters mit den Opfern ergaben, daß bei mindestens einer Tortur auch der später umgebrachte Premierminister Maurice Bishop anwesend war, der jetzt als Märtyrer dargestellt wird, nach Zeugenaussagen jedoch Mitschuldiger und Mitwissender der Gefangenenmißhandlungen war.

Bei anderen Folterungen hatte Bishops Stellvertreter und Konkurrent, Bernard Coard, zugesehen oder gar mitgewirkt. Auch der kubanische Botschafter Julian Torres Rizo und Linksextremisten von anderen karibischen Inseln waren Zuschauer bei diesen makabren Akten.

Einer der übelsten Folterer war nach übereinstimmenden Angaben der Betroffenen der 59jährige Victor Husbands, der als oberster Ermittlungsbeamter Bishop unmittelbar unterstellt war. Husbands war Generalsekretär des Rates für Menschenrechte auf Grenada, leitete die örtliche Sektion des prokommunistischen Weltfriedensrates und war vor der Machtübernahme der Marxisten ein enger Mitarbeiter von Amnesty International.

Wochenlang gefesselt

Der Chefredakteur der „Grenadian Voice", Leslie Pierre, der selbst jahrelang ein politischer Gefangener war, schätzt die Zahl der Gefolterten auf etwa hundert Menschen. Überträgt man dies auf deutsche Bevölkerungsverhältnisse, so würde das 62 000 gemarterten Bundesbürgern entsprechen.

In dieser Zahl sind noch nicht die vielen Gefangenen enthalten, die oft wochenlang gefesselt auf den Steinfußböden ihrer Zellen lagen und vielfach tagelang nichts zu trinken oder zu essen bekamen.

Wie aus zuverlässigen militärischen Quellen verlautet, haben Teilnehmer der Folterungen beim Verhör im großen und ganzen die nachfolgenden Angaben von Opfern bestätigt, wobei sie freilich behaupteten, nur mißbilligende Zuschauer gewesen zu sein.

Kenneth Budhlall, 33 Jahre alt, christlich-demokratischer Gewerkschaftsführer. Er berichtet: „Das Bishop-Regime nannte mich und zwei meiner Brüder öffentlich ‚Agenten der internationalen Reaktion'. Daraufhin versteckten wir uns auf einer Grenada vorgelagerten, kleinen Insel. Am 8. Juli 1980 wurde ich dort gefangengenommen und auf Fort Rupert gebracht (wo Bishop später exekutiert wurde – d. Red.). Dort warteten Bernard Coard, General Austin sowie kubanische und grenadische Militärs auf mich. Sie spuckten mir ins Gesicht und versetzten mir Schläge in Magen und Unterleib. Danach wurde ich nach Mount Royal gebracht, wo, wie ich später erfahren sollte, die meisten peinlichen Verhöre stattfanden. Ich wurde an einen Stuhl gefesselt. Mir wurden ungefähr anderthalb Stunden lang elektrische Schläge an Hoden, Kopf und Unterleib versetzt, wurde nach meiner angeblichen Zusammenarbeit mit ‚US-Imperialisten' und nach anderen ‚konterrevolutionären Aktivitäten' befragt. Mir waren zwar die Augen verbunden worden, aber ich erkannte sehr wohl die mir vertrauten Stimmen Maurice Bishops und Victor Husbands. Nach einiger Zeit fiel ich ihn Ohnmacht.

Als ich wieder zu mir kam, hörte ich, daß ein Kubaner, der, wie er sagte, zuvor in Angola gekämpft hatte, im Raum war. Justin Roberts, ein Offizier der revolutionären Volksarmee folterte mich jetzt. Wieder erhielt ich Elektroschocks. Roberts drückte eine brennende Zigarette auf meiner rechten Handfläche aus (Budhlall zeigt die Narbe). Anschließend wurde ich ins Allgemeine Krankenhaus gefahren und nach einem Tag wiederum nach Mount Royal gebracht, wo man mir ein Wahrheitsserum in den Arm spritzte. Diesmal vernahm mich Botschafter Torres. Er fragte mich nach meinen Verbindungen zur CIA und behauptete, ich sei von den Amerikanern ausgebildet worden, um Bishop und Coard umzubringen."

Budhlall verbrachte die folgenden drei Jahre im Richmond-Hill-Gefängnis, aus dem er am 25. Oktober während der amerikanischen Intervention auf Grenada befreit wurde – wie alle anderen politischen Gefangenen.

Winston Simon, 38 Jahre alt, Schreiner. Er berichtet: „Am 4. Juli 1980 holten mich Soldaten aus meinem Haus ab und brachten mich zu Hauptmann Lane auf dem Gelände des alten Zivilflughafens. Ich wurde an Händen und Füßen gefesselt und auf eine Bank gesetzt. Plötzlich trieb man mir die Speerspitze eines Vermessungspfahls durch die Füße. Dann wurde ich mit einer Kalaschnikow am ganzen Körper und mit einem Brett auf den Kopf geschlagen. Ich mußte mich hinlegen, die Soldaten bearbeiteten meine Hoden mit Rasierklingen. Dann rieben sie Pfeffer und Salz in meine Wunden und sengten mich am ganzen Körper mit einer glühenden Machete. Zum Schluß wurden mir die Vorderzähne eingetreten. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde mir keine einzige Frage gestellt.

Ich flehte die Soldaten an, mir doch meine Wunden zu verbinden. Sie taten es nicht. Zwei Wochen lang lag ich gefesselt auf meiner Bank im Freien, und erst dann durfte mich eine Krankenschwester behandeln. Danach erfuhr ich, wieso ich gefoltert worden war: Ich hätte den Budhlalls (siehe Fall eins) das Boot für ihre Flucht auf die kleine Insel beschafft, was nicht stimmte. Nun zerschnitt mir ein Soldat mit einem Messer meine linke Hand. Ich wurde anschließend ins Krankenhaus eingeliefert, blieb dort sechs Monate, ohne meine Familie zu sehen. Danach wurde ich ins Richmond-Hill-Gefängnis gebracht. Insgesamt war ich dreieinhalb Monate in Gefangenschaft. Eine Anklage wurde nicht erhoben. Man machte mir nur mündlich den Vorwurf, den Behörden Informationen vorenthalten zu haben."

Wilton Deraveniere, 31 Jahre alt, ehemaliger Polizeikorporal berichtet: „Am 2. November 1979 wurde mein Haus von Volksarmisten umzingelt. Sie zerrten mich heraus, traten mich und schleppten mich auf Fort Rupert. Sie schoben mir brennende Zigaretten in die Nasenlöcher. Dann zwangen sie mich, mit erhobenen Händen zweieinhalb Stunden lang auf einem Bein zu stehen. Als ich Wasser lassen wollte, wurde ich vor das Fort zu einem Bienenstock gebracht und dort natürlich fürchterlich gestochen. Immer wieder wurde ich geschlagen, unter anderem von Bernard Coard."

„Keine Rachegefühle"

Diese und andere Folteropfer traf der Berichterstatter bei einem Dankgottesdienst in der großen, überfüllten St.-Peters-Kirche des Fischerdorfes Gouyave, dessen Pfarrer, der irische Pater Leavey, als der „Engel von Richmond-Hill" gilt, weil er sich so hingebungsvoll der 300 politischen Gefangenen angenommen hatte, ohne dabei auf die Konfessionszugehörigkeit der Häftlinge zu achten.

Pater Leavey beschwor die Gefolterten, auch ihre Folterer zu lieben und keine Rachegefühle aufkommen zu lassen. Die Sprecher der Opfer stimmten ihm zu: „Bernard und Phyllis Coard sind immer noch unser Bruder und unsere Schwester, auch wenn sie auf Irrwege geraten sind", sagte Leavey. „Amen", antwortete die Gemeinde.

Sie reichten einander und den anderen Gemeindemitgliedern die Hände, sangen das Vaterunser, umarmten sich mit Freudentränen in den Augen und jubelten schließlich: „Oh, when the saints go marching in". Es war wahrscheinlich das bewegendste Erlebnis in der Laufbahn des Reporters.

„Provisorischer Rat" für Sondergericht

Übergangsregierung auf Grenada nimmt Arbeit auf / Polizeitruppe geplant

AFP/AP/rtr, **St. George's**

Eine der ersten Aufgaben der provisorischen Regierung Grenadas, die am Dienstag ihre Arbeit aufnahm, wird die Einsetzung eines Sondergerichtes sein, das die fast 150 seit der amerikanisch-karibischen Intervention inhaftierten Grenader aburteilen soll. Dies wurde in der Hauptstadt des Inselstaates bekannt. Unter den Verhafteten sind die Mitglieder des Revolutionsrates, der für den Tod des Regierungschefs Maurice Bishop verantwortlich gemacht wird. Bishops Stellvertreter Bernard Coard und der ehemalige Armeechef General Hudson Austin erklären, mit der Ermordung des Premiers nichts zu tun gehabt zu haben.

Der neunköpfige „Provisorische Rat" war von Generalgouverneur Sir Paul Scoon eingesetzt worden, um bis zu den Wahlen in sechs bis zwölf Monaten die Regierungsgeschäfte zu führen. Der von Scoon zum Ratsvorsitzenden ernannte Alister McIntyre wird erst nächste Woche in Grenada erwartet, weil er in New York bisher als Vize-Generalsekretär der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung tätig war. Der amtierende Ratsvorsitzende Nicolas Braithwaite appellierte an die Grenader, zu erkennen, daß sich die provisorische Regierung für das Wohl aller Bürger und des ganzen Landes einsetze. Ein Hauptziel der Übergangsregierung werde die Aufstellung einer Polizeitruppe zum Schutze aller sein.

US-Botschafter Charles Gillespie sagte nach der Vereidigung des Rates, die amerikanischen Truppen auf Grenada würden spätestens Weihnachten abgezogen. Der Rückzug werde innerhalb der vom Kongreß festgelegten 60-Tage-Frist, die am 24. Dezember abläuft, oder früher stattfinden, falls die Interimsregierung dies wünsche. Wie aus US-Quellen verlautete, suchen die amerikanischen Soldaten in Grenada noch immer nach mehr als 20 Kubanern, die sich in den Bergen versteckt halten sollen.

US-Verteidigungsminister Weinberger sagte in New York, der Einsatz der US-Truppen bedeute keinerlei dramatische Änderung der US-Politik: „Abschreckung ist wie in den letzten vier Jahrzehnten das Kernstück unserer Verteidigungspolitik."

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Hinter Mauern des Schweigens

„Deutsche unter Warschaus Druck"; WELT vom 11. November

Ihrer Zeitung ist dafür zu danken, daß sie die Mauer des Schweigens im Hinblick auf die Not und Unterdrükkung der über einer Million Deutschen in Nieder- und Oberschlesien, Ost- und Westpreußen sowie Pommern und Danzig durchbrochen hat.

Jeder, der in diesem Bereich engagiert ist, weiß, daß dieses Thema tabuisiert worden ist, da es nicht in das Konzept der angeblichen deutsch-polnischen Verständigung seit dem Warschauer Vertrag von 1970 paßt.

In der Frage von Freiheit und Menschenrechten darf es jedoch keine Kompromisse geben, denn Freiheit und Menschenrechte sind unteilbar.

Es wirkt unglaubwürdig, nur gegen Menschenrechtsverletzungen in Chile, El Salvador oder der Türkei zu protestieren, wenn dieser Einsatz für Grundrechte und Grundfreiheiten an Mauer und Stacheldraht haltmacht.

Um eine breite Öffentlichkeit über die Lebenssituation der Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten zu informieren, hat die Schlesische Jugend im Sommer dieses Jahres die „Aktion '83 – Menschenrechte überall in Deutschland – auch jenseits von Oder und Neiße!" gestartet.

Mit einer Unterschriftensammlung soll die Volksrepublik Polen aufgefordert werden, den in ihrem Machtbereich lebenden Deutschen, die der Würde des Menschen innewohnenden Grundrechte und Grundfreiheiten zu gewähren, zu deren Einhaltung sich Polen durch die Ratifizierung mehrerer internationaler Abkommen verpflichtet hat.

Auch das Schlußdokument des KSZE-Nachfolgetreffens in Madrid trägt Polens Unterschrift. Die darin gemachten Zusagen lesen sich jedoch für die im polnischen Machtbereich lebenden Deutschen wie ein „gedruckter Traum". Der Beitrag von Ingo Urban macht dies ja deutlich.

Wir bitten alle Bundesbürger, die sich den Deutschen in Unfreiheit und ohne Menschenrechte verbunden fühlen, um Unterstützung für diese „Aktion '83". Unterschriftenlisten sowie Informationsmaterial sind erhältlich bei der

Schlesischen Jugend
Postfach 12 06 39
5300 Bonn 1.

Es sei daran erinnert, daß die Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten nach Artikel 116 des Grundgesetzes deutsche Staatsangehörige sind, für die die Bundesrepublik Deutschland die Schutzpflicht innehat. Dieser Schutzpflicht müssen auch wir als Bürger des einzig freien Teiles von Deutschland gerecht werden, da wir die Freiheit haben, dies auch zu tun.

Wer zu Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen schweigt, der macht sich mitschuldig!

Hartmut Koschyk
Bundesvorsitzender der Schlesischen Jugend, Bonn 1

*

Als ich den Artikel „Deutsche unter Warschaus Druck" von Ingo Urban las, war ich tief erschüttert.

Ich wußte bis heute nicht, daß noch so viele Deutsche in den Deutschen Ostgebieten leben, vor allem nicht, unter welcher Not und Unterdrükkung sie zu leiden haben.

Ich bin selbst Mutter von drei Kindern und kann mir vorstellen, was es für eine Mutter bedeutet, ein 12jähriges Kind in die Ungewißheit zu schicken, damit es den Deutschen in Freiheit von der Lage der Eltern berichten kann.

Warum hört man nicht mehr über dieses Thema? Tagtäglich engagiert sich irgendeine Protestbewegung für Menschenrechtsverletzungen auf einem fernen Kontinent. Wäre es nicht auch wichtig, sich für die Deutschen in Unfreiheit einzusetzen?

Mit freundlichen Grüßen
Elsbeth Fell, Wachtberg-Berkum

Für die Berichterstattung über die konkreten Verhältnisse, betreffend die Verweigerung der Grundrechte und -freiheiten, unter denen die Deutschen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, unsere Landsleute in Polen, zu leben und zu leiden haben, möchte ich der WELT und ihrem Redakteur Ingo Urban Anerkennung und Dank aussprechen.

Der bundesdeutschen Bevölkerung ist aufgrund mangelnden und parteiisch einseitigen Informationsdienstes unserer Medien weithin unbekannt geblieben, daß den in Schlesien noch lebenden Deutschen das Recht, ihre deutsche Muttersprache zu gebrauchen und zu pflegen, noch immer vorenthalten wird, sie im täglichen Leben im nationalen, gesellschaftlichen und kulturellen Bereich stets Diskriminierungen erfahren und nach wie vor die aussiedlungswilligen Deutschen von seiten der polnischen Behörden bösartigen Schikanen ausgesetzt sind.

Dietrun Günther
Hammelburg

In Ruhe lassen?

„Ein Wall von Hühnerköpfen gegen die Tollwutfront"; WELT vom 28. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

Fuchsvergasungen sind endgültig vorbei – weltweit! Dies ist das Ergebnis einer diesjährigen Tagung in der Bundesforschungsanstalt für Tier-Viruskrankheiten in Tübingen. Die Teilnehmer kamen aus den Kreisen der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der Bundes- und Ländervertretungen, des Tierschutzes und der Pharma-Industrie. Endlich hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß der Fuchs ein wichtiger und unentbehrlicher Baustein des Naturgefüges ist, den es nicht mit Blei und Blausäure zu vernichten, sondern zu erhalten gilt.

Die Tollwut soll durch Schluckimpfung eingedämmt werden. Hierzu wird der Impfstoff in Hühnerköpfe verbracht, die der Fuchs besonders gern verspeist. Der Impfstoff soll keinerlei Nebenwirkungen – auch bei Tieren anderer Arten – herbeiführen und einen hohen Grad der Immunisierung gewährleisten. Er wird auf Zellkultur-Basis gewonnen. – Von Tierschutzseite wurde sichergestellt, daß die „Schluckimpfung" nicht großflächig, sondern nur schwerpunktmäßig, also in besonders tollwutbefallenen Gebieten, erfolgt und auf das unerläßliche Maß beschränkt bleibt.

Diese Methode ist viel humaner als die Massenvernichtung aller erreichbaren Füchse auch während der Aufzuchtzeiten ihrer Welpen. Sie sollte unter kritischer Beobachtung und für nicht zu lange geduldet werden. Immerhin wird sich herausstellen, ob die Behauptung richtig ist, der Fuchs sei Hauptüberträger der Tollwut! Wenn er geimpft wird, müßte doch die Tollwut rasch verschwinden.

Bedenklich ist die Schluckimpfung deswegen, weil Pharma-Stoff in die freie Natur verbracht wird. Wildlebende Tiere und wildwachsende Pflanzen sollten aber endlich in Ruhe gelassen werden.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Dr. Klaus Sojka, Hamburg 61

Wort des Tages

„Wären die Menschen mit ihrem Glück so zufrieden wie mit sich, so wären die meisten glücklich."

Adalbert Stifter, österr. Autor (1805–1868)

Rabulistik

„Was Bahr sagte"; WELT vom 12. November

Sehr geehrte Redaktion,

- in seinem Schreiben an Alexander Haig, das Sie am 12. November als Leserbrief veröffentlichten, entlarvt sich Egon Bahr als meisterhafter Begriffsverwirrer.

Bar jeder Logik ist allerdings dieser Satz: „Verhinderung eines Krieges ist für mich gleichbedeutend mit Sicherheit". Denn Sicherheit bedeutet nach unserem (westlichen) Verständnis, daß die freiheitliche Lebensordnung nicht durch die sowjetische Tyrannei beseitigt werden darf.

Aber genau das könnte auch ohne Krieg geschehen, und zwar insbesondere dann, wenn wir uns aus dem Bündnis mit den USA herausmanövrieren! Da maßgebende Kräfte der Kapitulationsbewegung – die sich begriffsverfälschend und anmaßend „Friedensbewegung" nennt – den Ausstieg aus der NATO fordern, handelt es sich dabei keineswegs nur um eine vage Hypothese; schließlich werden die Eppler und Lafontaine nebst ihrer Anhängerschaft weder von Brandt noch von Bahr entsprechend zurechtgewiesen.

Im Gegenteil, mit Hilfe der Volksverführungs-Formel „Ohne den Frieden ist alles nichts" insinuieren diese Herren, notfalls gehe der Frieden vor – und man müsse dann eben „vorübergehend" etwas Unfreiheit in Kauf nehmen (Lafontaine in einer Sendung des WDR-III-Fernsehens). Jedenfalls dient dieser Slogan den radikalen Pazifisten zur Untermauerung ihres „Lieber rot als tot"-Standpunkts!

Ob es wohl ein Zufall ist, daß neben Bahrs Rabulistik im „Wort des Tages" ein Konfuzius-Zitat abgedruckt wurde, das mit den Worten beginnt: „Wenn die Sprache nicht stimmt, so ist das was gesagt wird, nicht das, was gemeint ist"?!

Mit freundlichen Grüßen
E. Hügel, Grefrath 1

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Mit der Goldmedaille der UFI – Union des Foires Internationales –, der höchsten Auszeichnung der internationalen Messevereinigung, wurde **Kurt Schoop** (63) auf dem diesjährigen Weltkongreß der UFI in Funchal ausgezeichnet. Schoop ist Vorsitzender der Geschäftsführung der Düsseldorfer Messegesellschaft mbH – NOWEA. Er war von 1969 bis 1973 Mitglied des Direktionskomitees der UFI und von 1973 bis 1982 ihr Vizepräsident. Seit Mai 1982 ist er stellvertretender Vorsitzender des Ausstellungs- und Messeausschusses der Deutschen Wirtschaft e. V. – AUMA.

*

Dem Seelsorger im katholischen Männerwerk, **Josef Müller**, Mönchengladbach, wurde für seine Verdienste um die Vermittlung eines berufsethischen Fundaments in der Polizei und im öffentlichen Dienst das Bundesverdienstkreuz am Band verliehen.

ERNENNUNG

Hermann Storm (67), Mitinhaber des Stahlhandelshauses Schmolz und Bickelbach, ist zum Generalkonsul des neu eröffneten koreanischen Generalkonsulats (zuständig für Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz) in Düsseldorf ernannt worden. Der langjährige Vizepräsident der IHK Düsseldorf und Präsident der deutsch-koreanischen Wirtschaftsvereinigung leitet damit die nach Hamburg und Berlin dritte konsularische Vertretung Koreas in der Bundesrepublik.

FUSSBALL / Österreich verlor in der Türkei – Interview mit Bundestrainer Derwall – Horst Franz Trainer in Dortmund

Ilyas Tüfekci nutzte Fehler von Koncilia

sid, Istanbul

Österreichs Fußball-Nationalelf schloß die Qualifikation zur Europameisterschaft 1984 in Frankreich mit einer schwachen Leistung und einer 1:3 (0:0)-Niederlage in Istanbul gegen die Türkei ab. Ein Fehler von Torwart Friedl Koncilia ebnete den Türken vor 32 900 Zuschauern nach sechs Niederlagen und 0:9 Toren im siebten Länderspiel gegen Österreich den Weg zum ersten Sieg.

Der Routinier ließ in der 62. Minute nach einer Flanke von Ismail den Ball fallen. Der kleine ehemalige Bundesliga-Spieler Ilyas Tüfekci war zur Stelle und erzielte das 1:0. Zuvor hatten die Österreicher hochkarätige Chancen zur Führung vergeben. Keglevits und der Bremer Bruno Pezzey schossen in der 51. und 52. Minute freistehend aus fünf Metern neben und über das türkische Tor.

Die Türkei erhöhte in der 70. Minute durch Selcuk, Schütze des Tores zum 1:0-Sieg über Nordirland, auf 2:0. Nachdem Österreich durch Baumeister (72.) den Anschluß-Treffer geschafft hatte, stellte erneut Selcuk mit einem Strafstoß (76.) den alten Abstand her. Degeorgi hatte Necdet gefoult.

Alle Ergebnisse der Gruppe 6:

Österreich – Albanien	5:0
Österreich – Nordirland	2:0
Türkei – Albanien	1:0
Nordirland – Deutschland	1:0
Österreich – Türkei	4:0
Albanien – Nordirland	0:0
Nordirland – Türkei	2:1
Albanien – Deutschland	1:2
Türkei – Deutschland	0:3
Österreich – Deutschland	0:0
Nordirland – Albanien	1:0
Albanien – Türkei	1:1
Albanien – Österreich	1:2
Nordirland – Österreich	3:1
Deutschland – Österreich	3:0
Türkei – Nordirland	1:0
Deutschland – Türkei	5:1
Türkei – Österreich	3:1

Die Tabelle

1. Deutschland	6	4	1	1	13:3	9:3
2. Nordirland	7	4	1	2	7:5	9:5
3. Österreich	8	4	1	3	15:10	9:7
4. Türkei	8	3	1	4	8:16	7:9
5. Albanien	7	0	2	5	3:12	2:12

So geht es weiter: 20. 11. 83 Deutschland – Albanien in Saarbrüken.

Unser Fußball am Boden? „Absolut dummes Zeug“

sid, Hamburg

Bereits vor dem Europameisterschafts-Qualifikationsspiel gegen Nordirland zog Fußball-Bundestrainer Jupp Derwall eine Bilanz dieses Jahres. Er gab dem Sport-Informations-Dienst Düsseldorf ein Interview.

Frage: Das Länderspieljahr 1983 ist fast beendet. Wie sieht Ihr Fazit aus, Herr Derwall?

Derwall: 1983 war ein sehr schweres Jahr, weil die Nationalelf immer noch im Schatten der Weltmeisterschaft von Spanien stand. Jede Kleinigkeit



Immer noch im Schatten der WM: Jupp Derwall. FOTO: HARTUNG

wurde ins Negative gedreht. Das stört die Arbeit, bringt Unruhe. Junge Leute wie Rolff, Meier, Waas oder auch Völler, die neu dazukamen, waren total verunsichert. Ich meine, die WM sollte man nun endlich vergessen, denn irgendwo muß ja einmal ein neuer Anfang sein.

Frage: Glauben Sie, daß der deutsche Fußball stagniert?

Derwall: Es ist absolut dummes Zeug, wenn es heißt, der deutsche Fußball sei am Boden. Nur haben auch wir nicht mehr die überragenden Spieler, die die Nationalelf praktisch unschlagbar machten. Das aber habe ich schon vor zwei Jahren gesagt. Doch hat es keiner geglaubt, weil unsere Vereine erfolgreich im Europacup spielten. Andererseits befinden sich jetzt viele hoffnungsvolle Leute auf dem Vormarsch. Die Einrichtung der Juniorenelf war die beste Idee des letzten Jahrzehnts.

Frage: Wie sehen Sie die Aussichten für die Endrunde der Europameisterschaft?

Derwall: Wir sind 1984 kein Favorit, andererseits wollen wir unseren Europa-Titel auch nicht kampflos abgeben. Die anderen Nationen stehen ja auch nicht gerade glänzend da, wobei ich gar nicht nur an Italien denke. Ich glaube, unsere Mannschaft ist noch nicht ganz so weit wie zum gleichen Zeitpunkt vor der EM-Endrunde 1980 in Italien. Es fehlt die Stabilität. Was aber nicht verwundert, weil ich in den elf Länderspielen nach der WM nicht zweimal hintereinander dieselbe Elf nominieren konnte. Die Verletzungsprobleme waren schon enorm.

Frage: Wie beurteilen Sie die Positionen der im Ausland spielenden Hansi Müller und Bernd Schuster, die in dieser Länderspiel-Woche fehlen?

Derwall: Bei Müller muß man schon eine gewisse Beständigkeit verlangen, ehe man ihn wieder holt. Schuster ist leider immer wieder durch Verletzungen zurückgeworfen worden. Aus der Erfahrung der WM, als mir nacheinander Schuster, Müller, Magath und Rummenigge ausfielen, muß ich alternativ aber auch ohne ihn planen. Schuster wäre trotz seiner Verletzung gerne zu den Länderspielen dieser Woche angereist, doch hat dies der FC Barcelona untersagt. Ist Schuster fit, kann er eine dominierende Rolle in der Nationalelf spielen.

Frage: Wie haben Sie die vielen Angriffe gegen Ihre Person und Ihre Arbeit verkraftet?

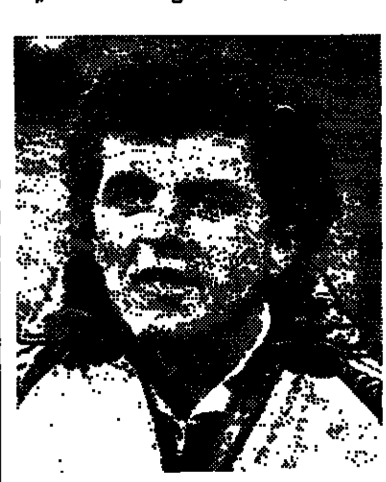
Derwall: Da lag einiges unter der Gürtellinie, und das bleibt nicht in den Kleidern stecken. Ich habe aber nie daran gedacht aufzugeben. Das wäre mir viel zu billig. Nach wie vor ist mein Verhältnis zur Mannschaft gut. Und auf diese Basis setze ich bei meiner weiteren Arbeit, und zwar auch dann, wenn mir mein Wille zur Kooperation mit den Spielern schon wieder als Autoritäts-Verlust angekreidet werden sollte. Ich kann nur immer wieder bitten, den Fußball schlechthin und unsere Arbeit fairer zu beurteilen.

Schatzschneider: Jetzt hat Olympia Vorrang

sid, Frankfurt

Beim deutschen Meister Hamburger SV hat Dieter Schatzschneider seit dem 8. Oktober das Tor nicht mehr getroffen, doch in Erich Ribbecks Olympia-Auswahl hat der Torjäger noch nie versagt. Deshalb ruht auf dem 25 Jahre alten Nachfolger von Horst Hrubesch auch ein Großteil der Hoffnungen beim entscheidenden Gruppenspiel in der Qualifikation für das Fußballturnier der Sommerspiele 1984 am Sonntag (16.45 Uhr) in Israel.

„Wir wollen gewinnen und dann



Respekt vor den Israelis: DFB-Trainer Erich Ribbeck. FOTO: RZEPKA

gegen Frankreich im Frühjahr die Olympia-Teilnahme schaffen“, sagt Schatzschneider. Die Worte zeigen, daß das Bloomfield-Stadion in Tel Aviv nur Zwischenstation auf dem Weg nach Kalifornien ist. „Los Angeles hat jetzt auch für mich klaren Vorrang vor der Europameisterschaft“, sagt der Mittelstürmer, der in der bisherigen Qualifikation die Hälfte der sechs Tore erzielt hat.

Die teilweise herbe Kritik in den letzten Wochen hat doch etwas an seinem Selbstvertrauen genagt. „Es ist schon zum Verzweifeln, wenn man aus den besten Torchancen einfach keine Treffer mehr macht“, sagt Schatzschneider. Deswegen sei er auch „ehrlich genug“, das Thema Nationalelf vorerst einmal zurückzustellen. Einen Nachholbedarf haben nach dem Ausscheiden aus dem Europacup und den Mißerfolgen in der Meisterschaft auch seine Hamburger Mannschaftskollegen Jimmy Hartwig, Jürgen Groh und Bernd Wehmeyer. Das Hamburger Quartett bildet wie schon beim 3:0 über Portugal die wichtigste Achse von Erich Ribbeck.

Der DFB-Trainer hat von dieser Erfolgsmannschaft bis auf den am Dickdarm operierten Braunschweiger Torwart Bernd Franke alle Mann an Bord. Damit könnte zum ersten Mal eintreten, was sich Ribbeck seit Antritt seiner Olympia-Mission schon immer gewünscht hat: „Einmal mit derselben Besetzung spielen!“

Bei Israels 1:0-Sieg über die Portugiesen vor drei Wochen beobachtete Ribbeck den Gegner vor Ort. Sein Eindruck: „In allen Gesprächen wurde deutlich, daß die Israelis alles daransetzen werden, um gerade gegen uns ihre letzte Chance zu nutzen.“ Die Gastgeber können freilich nur dann noch von Olympia träumen, wenn sie das DFB-Team bezwingen. Aus dieser Sicht stellt sich für Ribbeck die Ausgangsposition so dar: „Unser Vorteil liegt darin, daß Israel gewinnen muß, uns jedoch schon ein Unentschieden reichen kann.“

Die Entscheidung, wer im März/April gegen Frankreich um die Fahrkarte nach Los Angeles kämpft, fiele dann am 11. Januar in Lissabon. Wohl und Wehe der Olympia-Fußballer aus der Bundesrepublik wäre dann von den Portugiesen abhängig.

Die voraussichtliche Mannschaftsaufstellung: Zumdick (VfL Bochum) oder Junghans (Schalke 04) – Bast (Bayer Leverkusen) – Bockenfeld (Fortuna Düsseldorf), Dickgießer (Waldhof Mannheim), Wehmeyer (Hamburger SV) – Hartwig, Groh (beide Hamburger SV), Brehme (1. FC Kaiserslautern) – Bommer (Fortuna Düsseldorf), Schatzschneider (Hamburger SV), Mill (Borussia Mönchengladbach). In Reserve stehen: Buchwald (VfB Stuttgart), Geils (Arminia Bielefeld), Lux (Eintracht Braunschweig), Schreier (VfL Bochum).

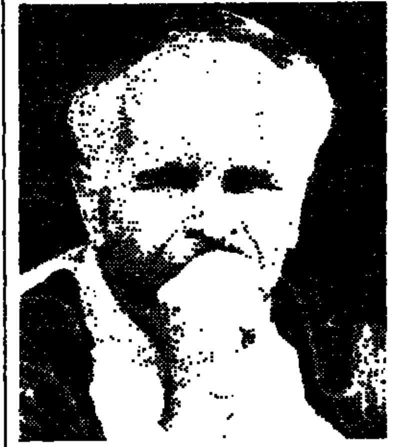
Die Tabelle

1. Deutschland	3	2	0	1	6:3	4:2
2. Israel	2	1	0	1	1:2	2:2
3. Portugal	3	1	0	2	3:5	2:4

„Wir kommen da raus. Ich rette Dortmund.“

JOACHIM NEUSSER, Dortmund

Am Buß- und Bettag überschlugen sich in Dortmund die Ereignisse. Nach der Absage von Eckhard Krautzun (Union Solingen) am Dienstagabend reagierte das Präsidium des abstiegsbedrohten Dortmunder Fußball-Bundesligisten blitzschnell und verpflichtete Horst Franz als neuen Cheftrainer. Der Nachfolger des entlassenen Uli Maslo und Interimscoachs Hans-Dieter Tippenhauer unterzeichnete einen Vertrag bis zum Saisonende. Der vorzeitig von Bayer Uerdingen geholte Tippenhauer ist



Der richtige Mann zur rechten Zeit? – Horst Franz. FOTO: MÜLLER

bei den Westfalen ab sofort nur als Manager tätig.

Noch am Dienstag war es den Dortmundern nicht gelungen, Eckard Krautzun zu verpflichten, den Solinger Trainer, der zuletzt bei München 1860 in der Bundesliga gearbeitet und im September 1979 entlassen worden war. Krautzun, mit dem Solingen seit Mitte September 13:3 Punkte holte und auf Platz fünf der Tabelle der zweiten Liga stieg, entschied sich gegen das Dortmunder Geld: „Der Verstand sagt ja, aber das Herz nein.“ Direkt nach dieser Absage verhandelte Dortmund mit Franz.

Dortmund ist für den 43 Jahre alten Horst Franz seit 1970 die achte Trainer-Station. Er war am 30. Januar 1983 beim Karlsruher SC beurlaubt worden und seitdem arbeitslos. Franz übernimmt heute das Training der Dortmunder Lizenzspieler.

Mit konsequenter und kontinuierlicher Arbeit will der neue Mann den 16. der Bundesligatabelle aus dem Abstiegssog ziehen. Franz: „Ich rette Borussia Dortmund. Mit diesem Spieler-Potential kommen wir da unten raus.“ Arminia Bielefeld bewahrte der neue Cheftrainer in den Spielzeiten 1980/81 und 1981/82 vor dem Abstieg. „Horst Franz ist in unserer Situation die beste Lösung. Er ist ein anerkannter Fachmann und besitzt psychologisches Format“, erklärte Tippenhauer nach der Verpflichtung.

Horst Franz wurden vom Dortmunder Vereins-Präsidium Verstärkungen in Aussicht gestellt. Die Verhandlungen mit Torjäger Jürgen Wegmann (Rot-Weiß Essen) werden fortgeführt. Die geforderte Ablösesumme von einer Million Mark für den 19 Jahre alten Mittelstürmer, der in dieser Saison bereits elf Treffer erzielte, wollen die Dortmunder nicht zahlen. Allerdings erhält die Borussia vom Essener Zweitliga-Verein für die nach Essen gewechselten Spieler Horst Freund und Joachim Wagner noch 180 000 Mark Ablöse.

Im nächsten Heimspiel am 26. November gegen Pokalsieger 1. FC Köln hat Horst Franz erhebliche personelle Probleme. Bernd Klotz ist nach seinem Platzverweis gesperrt, der Türke Erdal Keser sah am letzten Samstag in Mönchengladbach die vierte gelbe Karte. Verteidiger Lothar Huber fällt wegen einer Operation monatelang aus, und der Rumäne Marcel Raducanu erholt sich noch von einer Leistenoperation.

Hans-Dieter Tippenhauer soll umgehend den Aufbau einer neuen Mannschaft für die nächste Saison planen: „Ich bin froh, daß ich jetzt die Tätigkeit als Manager voll wahrnehmen kann. Eine Doppelfunktion in unserer derzeitigen Situation ist kaum möglich.“

Tippenhauer dementierte energisch Dortmunder Kontakte zum Uerdinger Libero Mathias Herget: „Wir haben mit Herget kein Wort über einen Transfer nach Dortmund gewechselt. Er hat sich bei uns selbst ins Gespräch gebracht.“

EISHOCKEY / Krise beim Favoriten Kölner EC

Einig sind sie nur in der Disziplinlosigkeit

dpa, Köln

Der Kölner EC führt im Vereinsnamen den bissigen Zusatz „Die Haie". Jetzt herrscht Sturm im Aquarium der Raubfische. Der Klüngel beim 1. FC Köln ist im Vergleich zur Krise beim Eishockey-Bundesliga-Klub Kölner EC ein liebenswertes Kaffeekränzchen. Dem 1:4 gegen den SC Rießersee folgte eine vereinsinterne Sperre der Stars Miroslav Sikora, Holger Meitinger, Markus Kuhl, Rob Tudor, Toni Forster und mit dem 1:5 beim ECD Iserlohn ein weiterer Bauchklatscher der Millionen-Truppe. Neben den sportlichen Rückschlägen droht weitere Unruhe im Verein: Am 25. November wird vor dem Amtsgericht Duisburg in der Verhandlung gegen den Schatzmeister Clemens Vedder der inzwischen drei Jahre alte Paßfälscher-Skandal der Eishockey-Bundesliga aufgearbeitet.

Der Kölner EC kommt aus den Schlagzeilen nicht heraus.

Auch dem als harten Zuchtmeister verpflichteten Tschechoslowaken Josef Golonka gelang es bisher nicht, aus den zusammengekauften Cracks eine Mannschaft im Mannheimer oder Landshuter Stil zu bilden. Dort gelten Solidarität, sogar eine Art Familienstimmung im Klubheim und auf der Eisfläche. Die Geschicklichkeit vieler Mannheimer Einzelspieler liegt zum Beispiel weit unter den Fähigkeiten der Kölner, aber die Geschlossenheit der Mannschaft macht es. Die Mannheimer haben keine Lücke in ihren Reihen, einer denkt an den andern und für den andern mit. In Köln scheinen dagegen alle Beziehungen zum Verein nur vom Geldbeutel diktiert zu werden.

„Ich stelle nur noch Spieler auf, die für Köln kämpfen", sagte der Trainer Golonka und setzte vor der Fahrt nach Iserlohn die fünf Stars vor die Tür. Das Präsidium unter Leitung von Heinz Landen ist entschlossen, dem Trainer den Rücken zu stärken.

„Wir brauchen endlich eine richtige Mannschaft", hatte Kölns Geschäftsführer Helmut Bauer vor der Saison gesagt. Aber vereint waren die Stars auch diesmal nur in Disziplinlosigkeit. Prügelszenen gegen Mannheim, das Horrorbild des Landshuter Auhuber mit blutverschmiertem Auge auf Kölner Eis, das Skandalspiel der Kölner in Landshut, die „Kriegserklärung" (Bauer) vor dem Rückspiel der Bayern am 4. Dezember, die zur Forderung einer Verbandsaufsicht führte – so sieht die bittere Realität aus.

Von den Namen her müßte der Titel wie eine reife Frucht den Kölnern vor die Schläger fallen. Nationalspieler gibt es zuhauf: Torhüter de Raaf, die Verteidiger Kießling, Gailer, Hiemer, das 19 Jahre alte Talent Krupp, die Stürmer Philipp, Kuhl, Truntschka, Meitinger (bester Torschütze der WM 1981), Schiller, der Kanadier Tudor. Allein auf sich gestellt sind sie aber nahezu wirkungslos. 1982 gegen Mannheim und 1983 gegen Landshut scheiterten die Kölner Stars gegen echte Mannschaften. Zur Zeit scheitern sie an sich selbst, wenn sie Golonkas Peitsche nicht doch noch zusammentreibt.

Wie für den krisengeschüttelten Kölner EC gab es auch für den Mannheimer ERC am Sonntag mit 3:4 in Landshut und am Dienstag mit 1:3 in Rosenheim zwei Niederlagen. Aber beim Tabellenführer ist der Friede noch ungefährdet. Der Zorn richtet sich mehr nach außen. „Das Spiel in Rosenheim kann man vergessen. Das ist kein Eishockey mehr, wenn nur provoziert und geschlagen wird", sagt Mannheims Trainer Ladislav Olejnik. Pavel Wohl, sein Kollege aus Rosenheim, sah es anders: „Wir haben durch eine disziplinierte Leistung gewonnen. Es war Härte gegen Härte, Taktik gegen Taktik." Bundestrainer Xaver Unsinn schüttelte nachdenklich immer wieder den Kopf und urteilte so: „Unsere Spitzenmannschaften spielen zur Zeit nicht mehr das Eishockey wie im Vorjahr. Es wird zuviel provoziert. Das muß wieder weg."

Unsinn kritisierte besonders den Rosenheimer Verteidiger Horst-Peter Kretschmer, dem er zwischenzeitlich eine neue Chance geben wollte, der jetzt aber wieder die Nerven verlor: „Die Attacke von Kretschmer gegen Adams war überflüssig, zudem war der Stock dabei im Spiel." Der Mannheimer Adams mußte mit Gehirnerschütterung und Nasenbeinbruch ins Krankenhaus. Schon in der neunten Minute wanderten vier Spieler nach einer Schlägerei für je fünf Minuten auf die Strafbank.

SEGELN / Gerangel um den Austragungsmodus des America's Cup 1987

„Made in Germany" bekommt Konkurrenz: Yacht „Berlin" am Start?

INGA GRIESE, Hamburg

Herausforderer und Titelverteidiger der begehrtesten Hochseesegel-Trophäe der Welt, dem „America's Cup", haben es in London nicht geschafft, den Modus für die Wettfahrtserie 1987 festzulegen. Der erste Sieg über die USA seit 130 Jahren durch die australische Yacht Australia II hat den Wettbewerb wesentlich verändert.

Aus wirtschaftlichen Gründen wollen die Herausforderer die Ausscheidungsregatten wieder vor Newport austragen. Denn die Werbewirksamkeit des Cups ist vor allen Dingen in den USA, wo das Segelereignis Titelseiten, Radio- und Fernsehprogramme füllt, sehr groß. Der australische Markt dagegen wäre für Sponsoren weniger interessant. Vor diesem Problem steht auch das deutsche „12er-Syndikat" unter Vorsitz des Hamburger Yachtmaklers Michael Schmidt. Mit Hilfe von Industrie und Wirtschaft sollen die zwölf Millionen Mark für das Projekt „Made in Germany" aufgebracht werden. Nach der Niederlage der Amerikaner im September zeigten die deutschen Sponsoren eine abwartende Haltung. Ein „Ja" sollte auch von der Entscheidung abhängen, daß die Ausscheidungsregatten vor Amerika gesegelt werden. Doch eine Einigung darüber kam in London nicht zustande. Der Modus ist noch offen, die Australier stehen vor großen Organisationsschwierigkeiten.

Der Royal Perth Yacht Club, der für die Durchführung der Wettfahrten 1987 zuständig ist, sieht sich vor großen logistischen Problemen. Denn Perth bietet nicht die erforderlichen räumlichen Möglichkeiten, alle zu erwartenden zehn bis zwölf Herausforderer mit ihren Schiffen und Besatzungen unterzubringen. Und auch für das Finale wäre Perth nicht gerüstet. Zur Zeit wird überlegt, ob man die Regatten vor Sydney oder Fremantle austragen könnte. Doch auch das Thema Newport ist noch nicht ausdiskutiert. Der Modus muß bis zum Jahresende endgültig feststehen.

Einige konkrete Beschlüsse gibt es aber: Vom 15. September bis 15. Oktober 1984 wird vor Sardinien die erste Zwölfer-Weltmeisterschaft ausgetragen. Bisher haben bereits drei amerikanische, drei italienische, eine englische, eine Schweizer und zwei deutsche Yachten ihre Nennungen abgegeben.

Der spektakuläre Flügelkiel der Australia II, der während des Cups in diesem Jahr zu Protesten führte, wird in Zukunft Standard sein. Während die australische Yacht einen Kiel mit einer Breite von 1,20 m hat, ist ab jetzt sogar eine Breite von maximal 3,60 m erlaubt. „Das bedeutet, daß alle bisherigen Konstruktionen veraltet sind und neu entwickelt werden müssen", erklärt Michael Schmidt.

Ohnehin wird man mit den endgültigen Bauplänen warten müssen, bis feststeht, wo gesegelt wird. „Denn die Bedingungen vor Fremantle sind anders als die vor Sydney oder vor Newport", sagt Schmidt, der sich mit den italienischen Seglern auf ein gemeinsames Training geeinigt hat, um Kosten zu sparen. Nach der Weltmeisterschaft 1984 werden die deutschen Schiffe vier Monate in Italien bleiben und von dort nach Amerika fahren, wo nochmals einige Monate gemeinsam trainiert wird.

Das Finanzierungsproblem der Yacht „Made in Germany" ist – wie in Italien und England – zwar noch nicht geklärt, doch beim 12er-Syndikat laufen die Vorbereitungen auf vollen Touren. Schmidt begibt sich morgen wieder auf Präsentationsfahrt, um noch mehr Sponsoren zu gewinnen. „Wir geben nicht auf", sagt Schmidt.

In aller Stille hat sich im eigenen Land Konkurrenz zum 12er-Syndikat entwickelt. Die Fördervereinigung „VAC" (Victory America's Cup) will mit der „Berlin" ebenfalls eine Herausforderer-Yacht stellen. Die Initiatoren Manfred Schreiber (Pinneberg), Johannes Pfeifer (Travemünde) und die Konstrukteure Scharping und Held (Hamburg) wollen mit Hilfe einer Stiftung das Zwölf-Millionen-Mark-Projekt realisieren. In einer Massenbewegung sollen „Freunde Berlins und des Segelsports" unter der Schirmherrschaft von Berlins Bürgermeister von Weizsäcker die Summe aufbringen. Die Bootspläne sind bereits in Kiel fertiggestellt worden.

Michael Schmidt hat allerdings Zweifel an dem Projekt: „Ich habe nichts gegen Konkurrenz, doch wie die ihr Konzept realisieren wollen, ist mir unverständlich." Die Mitglieder der VAC-Vereinigung entrichten pro Monat einen Beitrag von zwölf Mark. Auf drei Jahre gerechnet bräuchte man aber über 300 000 Mitglieder, um die Finanzierung zu sichern.

SPORT-NACHRICHTEN

Netzer: Entschuldigung

Hamburg (dpa) – Der Manager des Deutschen Fußball-Meisters Hamburger SV, Günter Netzer, hat sich bei Linienrichter Matheis entschuldigt. Netzer hatte Rummenigge bei seinem Tor im Spiel des HSV gegen München (0:1) im Abseits gesehen. Netzer: „Der Linienrichter war ein großartiger Mann, der mehr gesehen hat als wir alle. Ich wünsche dem HSV immer so fachkundige Leute."

Ohne Wunderlich

Düsseldorf (sid) – Bundestrainer Simon Schobel hat für die Handball-Länderspiele gegen Dänemark am 4. und 5. Dezember in Odense und Hamburg auf Erhard Wunderlich (FC Barcelona) verzichtet. Schobel: „Das hat mit der schlechten Form beim Supercup nichts zu tun. Der Verzicht war mit Wunderlich schon vorher abgesprochen. Ich will gegen die Dänen noch einmal experimentieren."

Patzke wird operiert

Leverkusen (sid) – Wolfgang Patzke (24), Mittelfeldspieler des Fußball-Bundesligaklubs Bayer Leverkusen, wird noch in dieser Woche an der Ferse operiert. Patzke, erst zu Saisonbeginn für 800 000 Mark Ablöse vom VfL Bochum verpflichtet, plagt schon seit Wochen eine Entzündung des Fersensporns.

Westphal gegen Connors

Antwerpen (sid) – Michael Westphal erreichte beim Antwerpener Tennis-Turnier die zweite Runde mit einem 6:4, 6:2-Sieg über den Amerikaner Nick Saviano. Er trifft jetzt auf Jimmy Connors. – Weitere Ergebnisse deutscher Spieler, in Ferrara: Beutel – Feigl (Österreich) 7:6, 7:5, Zipf – Mitton (Südafrika) 3:6, 7:6, 6:7. – Damen in Brisbane: Kohde – Henrickson (USA) 6:2, 6:2, Pfaff – White (USA) 6:3, 7:5, Graf – Sukowa (CSSR) 2:6, 3:6, Schropp – Moulton (USA) 1:6, 5:7.

Jassmann K.-o.-Sieger

Kassel (dpa) – Manfred Jassmann, Deutscher Boxmeister der Profis im Halbschwergewicht, besiegte in Kassel den Engländer David Conteh in der vierten Runde durch K. o. Der Kampf war als Qualifikation für die Weltrangliste ausgeschrieben.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Bundesliga, 23. Spieltag: Landshut – Freiburg 6:2, Düsseldorf – Schwenningen 0:4, Rosenheim – Mannheim 3:1, Iserlohn – Köln 5:1.

BASKETBALL

Bundesliga, Männer: Heidelberg – Gießen 68:60.

HANDBALL

Bundesliga, Frauen, Nord: Oldenburg – Minden 21:9, Süd: Waiblingen – Auerbach 13:13, Nürnberg – Würzburg 16:14, Berlin – Malsch 10:11.

TISCHTENNIS

Bundesliga, 7. Spieltag, Männer: Grenzau – Düsseldorf 9:5, Reutlingen – Bad Hamm 9:3, Jülich – Saarbrücken 4:9, Heusenstamm – Herbornseelbach 8:8, Altena – Bremen 9:7. – Frauen: Kaiserberg – Frankfurt 8:8, Kiel – Kronshagen 8:8.

FUSSBALL

Junioren-EM, Qualifikations-Gruppe 1: „DDR" – Schottland 1:1.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 3 000 000,00, 2: 276 475,80, 3: 9163,30, 4: 141,30, 5: 10,00. – **Toto:** 6 aus 45: Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 1 261 017,75, 2: 95 431,70, 3: 4273,30, 4: 76,80, 5: 7,00. – **Elferwette:** 1. Rang: 175 736,20, 2: 1936,40, 3: 122,30. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 76,10, 2: 12,50. – Rennen B: Klasse 1: 1566,80, 2: 267,50. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 42 936,80.

(Ohne Gewähr)

STAND PUNKT / Sowjetische Wunderbobs und das Schweigen über einen Unfall

Die olympische Saison der Bobfahrer hat begonnen. Aus dem Sauerland, vom Veltins-Cup, werden wahre Wunderdinge über die Schlitten der Sowjetrussen vermeldet: Windschnittig und eng wie das Cockpit eines Formel-1-Wagens, zentrale Vorderachse, die von einem Kugelgelenk fast immer konstant aufs Eis gedrückt wird. Einzelaufhängung der hinteren Kufen – wahrscheinlich. Die Technik der bisher im Bobsport noch nicht gestarteten Russen bleibt geheim. Noch nicht einmal die „DDR", im Sauerland traditionell auch vertreten, weiß nicht, was, wie und warum da etwas so gut läuft. An den russischen Fahrern liegt es nicht. Der ehemalige Weltmeister Stefan Gaisreiter sagt: „Die fahren durch die Eisröhre, da kommt einem das Grausen. Das ist einzig allein das Material. Da kannst du alle anderen Bobs verbrennen."

Wenigstens das ist eine Stimme aus der Bundesrepublik, der einst führenden Bob-Nation, zum internationalen Saisonauftakt im eigenen Lande. Was sonst? Es ist vergleichsweise nebensächlich, daß die Dortmunder Siegfried Rothe und Helmut Egler auf Platz acht hinter jeweils drei Schlitten aus der „DDR" und der UdSSR sowie einer Schweizer Mannschaft liegen.

Die Besten sind nämlich gar nicht dabei. Sie trainieren auf ihrer Hausbahn in Königssee mit Bundestrainer Wolfgang Zimmerer. Der sagt, dort könne man viel öfter starten. Ansonsten wird nicht nur geschwiegen, sondern sogar der Versuch gemacht, etwas zu verschweigen: Erst gestern wurde bekannt, daß der Bob von Klaus Kopp, Zweiter der Weltmeisterschaft im Vierer, umkippte, teilweise zerstört wurde und seine Insassen leicht verletzt wurden.

Warum diese Geheimniskrämerei, warum das Ausweichen vor dem Wettkampf im Sauerland? Ist das die sinnvolle Vorbereitung auf Olympia? Bahnrekorde sei Kopp in Königssee gefahren, doch das besagt gar nichts. Beim Veltins-Cup geschieht Wichtigeres. Und wer – wie Wolfgang Zimmerer – einen Unfall in der Öffentlichkeit totschweigen will, zeigt nichts anderes als Unsicherheit. Bobs in der falschen Kurve ...

DW.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44
Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61
Telex 8 587 756

Er ist der Marathon Man der Opernkommentatoren: Marcel Prawy

„Hofphantom" der Wiener Staatsoper

Im Grunde müßte er den Ehrentitel eines „Hofphantoms" der Wiener Staatsoper tragen. Denn Marcel Prawy ist weit mehr als nur Professor und Doktor. Mit einigem Fleiß und Glück kann das schließlich jedermann werden. Prawy aber hat sich zur Sage gemacht. Er ist die fleischgewordene Opernlegende.

So *kommt es auch, daß er, wenn er* von der Oper spricht, nur seine eigene Biographie herplaudern muß, und der ist keiner je müde geworden zu lauschen. Prawy ist noch das, was man in den gebildeteren Zeiten unseres Jahrhunderts einen Causeur nannte: ein Zauberkünstler der Zunge sozusagen, der blitzgescheit, kenntnisreich und unterhaltsam zugleich daherzureden versteht, daß es einem auf das vergnügteste die Sinne verschlägt.

Wer ihn je während endloser Pausen genüßlich hinter einer Logenbrüstung der Wiener Staatsoper hofhalten sah, gleich von zwei Fernsehkameras aus der Nähe und Ferne belauert, und das Nächst- wie das Fernst*liegende der Operngeschichte* aus unerschöpflich lebendiger Erinnerung heraufzitieren hörte, dem mußte es geradezu den Atem verschlagen. Gerade das aber tat es Marcel Prawy selbst nie.

Er ist der Marathon Man der Opernkommentatoren. Sein Kenntnisreichtum wie seine Begeisterungsfähigkeit sind einzigartig und werden nur noch von seiner Unaufhörlichkeit egalisiert. Das Großartige dabei: Prawys Beredsamkeit bleibt bei aller *wohlgeschmierten Rhetorik stets* duftig und amüsant. Er ist tatsächlich der Mann, den nicht Simplizität, son*dern Intelligenz populär gemacht* hat, und von dieser wieder die äußerst seltene Spezies, die sich nicht *immerfort nachdrücklich zur Schau* stellt. Prawy ist denn auch bei allem Showmangenie ein Meister des Understatement.

Alle großen Opernhäuser haben immer wieder Männer hervorgebracht, deren Position sich nie recht definieren ließ, deren Wirksamkeit hinter den Kulissen aber dennoch unentbehrlich war für den Gang der klingenden Kunstgeschäfte.

New Yorks Metropolitan betrauert noch immer den Tod des legendären

Bei Bio – ARD, 21.00 Uhr

Francis Robinson, der aus dem Büro des gleichfalls sagenhaften Impresarios Sol Hurok zur Oper hinübergewechselt war, *um am Ende unter* Rudolf Bing Pressesprecher des Hauses zu werden, dessen Charme und Glamour selbst die eingefleischtesten kritischen Opernhasser immer wieder erlagen. Robinson redete die Oper, selbst in ihren minderen Präsentationen, spielend zur Bestform hoch. Oper war ihm nun einmal eine Glaubenstatsache, und daran läßt sich nicht deuteln.

So geht es auch Prawy. Er war und blieb von Anfang an ein Opernfan tiefer musikalischer Gläubigkeit, der gar nicht versucht war, aus seiner selbstgewählten Kirche auszutreten, *nur weil einmal ein* Sopran *oder ein* Tenor partiell zu hoch oder zu tief sang, ein Dirigent patzte oder einem Regisseur *die Phantasie durchging.*

Als Wiener Staatsopern-Fan hatte er in seiner Jugend enthusiastischer *Maienblüte Jan Kiepura kennenge*kernt, den schmucken polnischen Tenor, der es zum Filmstar brachte. Er *und seine nicht minder berühmte* Frau Martha Eggerth engagierten sich Marcel Prawy als Privatsekretär, wahrscheinlich mit ähnlicher Aufgabe, wie sie Diaghilew dem 17jährigen Boris Kochno auf gleichem Posten gestellt hatte: sich unentbehrlich zu machen. Diese Arbeit hat Prawy in sechs Sprachen und vielen Ländern bis heute erfolgreich geleistet.

Für seinen Marcel Prawy hielt der liebe Gott, ein Freund der Oper seit je, überdies im reiferen Alter ein ganz besonderes Geschenk bereit: die neuen Medien – allen voran das Fernsehen. *Das nämlich brauchte nichts dringender als Meister des Smalltalk,* und gerade in dem war Prawy Großmeister mit seiner unerbittlich konzilianten Beredsamkeit.

Es muß gar nicht erst gesagt sein, daß Prawy sich trotz der Neuen Wiener Schule, trotz Schönberg, Berg und Webern für konservativ hält. Daß ausgerechnet er es aber war, der den Komponisten der vielgeliebten, vielgehaßten Heimatstadt Wien das Komponieren für die Staatsoper ausgeredet haben sollte (mit nachhaltiger Wirkung ja übrigens nur bei Webern) ist sicherlich nichts als Wiener Schmäh.

KLAUS GEITEL





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Luzie, der Schrecken der Straße
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Zum Sehen geboren
11.10 Umschau
11.25 Friedrich Luft im Gespräch mit Brigitte Horney
12.10 ZDF-Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.10 *Tagesschau*
16.15 Frauengeschichten
Brigitte Mira
Auftritt in eigener Rolle
Film von Constantin Pauli
17.00 Matt und Jenny
Die zwei Gesichter des Mr. Ross
17.25 Wie geht's?
Spaß für Mitdenker zum Begriff „Recht"
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Schlag auf Schlag
Mit Claus-Hinrich Casdorff
Gast: Otto Graf Lambsdorff
21.00 Bei Bio
Gespräche und Musik live
Mit Alfred Biolek und Samy Molcho, Professor Marcel Prawy, Emil, „Traumfabrik", Peter Herbolzheimer Rhythm Combination & Brass u. a.
22.00 Talentschuppen
Moderation: Dieter Pröttl
22.30 *Tagesthemen*
23.00 Gibt es so etwas wie Werktreue?
Robert Schumann als Symphoniker
Eine Sendung mit Michael Gielen
Es spielt das Sinfonieorchester des SWF
Trotz der Genauigkeit der Schumann'schen Schreibweise fordern *die Partituren den Dirigenten stets* zu einer gewissen Subjektivität heraus, da sie Sinn und Inhalt nicht von alleine hergeben. Bereits Gustav Mahler und George Szell retuschierten die Partituren Schumanns, um Melodie und Harmonik zu verdeutlichen. Verlassen sie damit die Grenzen der Werktreue?
23.55 Tagesschau

16.00 *heute*
16.04 Künstler verlassen den Elfenbeinturm
Kunst im Knast
Maler und Bildhauer arbeiten mit den Insassen von Strafanstalten
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mandara
Ein Mystery von Justus Pfaue
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Gast: Polnisches Tanzensemble *Mazowsze*
17.50 Flohmarkt
Der Marionettenheld
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mann, halt die Luft an!
Gehupt wie gesprungen
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Ein heiteres Spiel *für* gescheite Leute mit Wim Thoelke
20.50 Die große Hilfe
Bilanz der Aktion Sorgenkind
21.00 heute-journal
21.20 Die Bonner Runde
Gesprächsleitung: Johannes Gross
22.20 Das kleine Fernsehspiel
Der Sheriff aus Altona
Mit Horst Reckers und Manfred Möller u. a.
Zwei Männer – man kann sagen: zwei verkrachte Existenzen – starten in Altona in einem Kleinbus in Richtung Frankreich. Sie sind so etwas wie moderne „Kopfjäger", deren Aktionen in einer legalen Grauzone angesiedelt sind: Im Auftrag von Reedereien sammeln sie Seeleute ein, die ihre Schiffe in irgendeinem Hafen verlassen haben.
23.35 heute



Marcel Prawy, ehemals Chefdramaturg an der Wiener Staatsoper, ist *heute zu Gast* „Bei Bio", um 21.00 Uhr in der ARD
FOTO: MISERONY

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Luzie, der Schrecken der Straße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Die Rache des Ungeheuers
Amerik. Spielfilm, 1955
21.35 Jack Arnold erzählt (4)
21.45 *Geholt – Genutzt – Gehaßt*
Erfahrungen von Ausländern
22.15 Die Kennedy-Saga
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Luzie, der Schrecken der Straße
18.30 Aerobic – Fitness mit Vernunft (7)
18.45 Follow me
19.15 Was tun?!
Widerstand vor der Schultür
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Liane – Das Mädchen aus dem Urwald
Dt. Spielfilm, 1956
21.40 Bücherjournal
22.25 Beat-Club
23.25 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 *Luzie, der Schrecken der Straße*
18.30 Die Opodeldoks (1)
19.00 Vier fröhliche Frechdachse
19.10 Wildwestgeschichten
19.15 *Die ersten Menschen (7)*
20.00 Tagesschau
20.15 Drei Frauen
US-Spielfilm, 1976
22.15 Drei aktuell
22.30 Kulturkalender
23.00 Der lächelnde Jesus
23.30 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Das Lächeln der Vernunft (5)
Der Teufelsschüler
21.00 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg
21.45 Freiplatz
Nur für Rheinland-Pfalz
21.45 Fragezeichen
Reizwort: Waldsterben
Nur für das Saarland
21.45 TV-Club Saar 3

BAYERN
18.15 Avanti! Avanti! (9)
18.45 Rundschau
19.00 Der Diamantenprinz
20.45 Rundschau
21.00 Z. E. N.
21.05 Konzert frei Haus
21.50 Europa nebenan
22.35 Sperrfrist
23.20 Rundschau

Die Koalitionskrise in Paris wird unterdrückt

Kommunisten wollen die Regierung noch nicht verlassen

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Rasch gelegt hat sich die politische Aufregung in Frankreich über den brüsken Rücktritt des Direktors der staatlichen Kohlenbergwerke, Georges Valbon. Valbon, ein Kommunist und Mitglied des Zentral-Komitees der KPF, hatte dem Staatspräsidenten Mitterrand am Montagabend überraschend sein erst im Februar 1982 erhaltenes Amt mit der Begründung zurückgegeben, daß sein Auftrag mit der neuen Kohlepolitik der Regierung nicht mehr vereinbar sei.

Die Ernennung eines Kommunisten zum obersten Verantwortlichen *für den staatlichen Kohlebergbau* hatte symbolischen Charakter. Mitterrand wollte damit seinen Willen *dokumentieren, die Kommunisten* nicht nur mit vier Ministern in die Regierungsverantwortung einzubinden, sondern ihnen auch wichtige *wirtschaftliche Hebel in die Hände zu* geben: – aus Loyalität dem „Wahlhelfer" gegenüber gewiß, aber auch aus dem Kalkül, daß damit die Straße langfristig ruhiggehalten werden könnte.

Ein Kommunist als Kohlechef hieß aber auch, daß man den von jeher leidenden Kohlebergbau sanieren und zur nationalen Energiequelle Nr. 2 nach dem Atom machen wolle. Die Sozialisten hatten das mit dem Blick auf zwei Wählergruppen im Wahlkampf versprochen: die rund 60 000 Kumpels und ihre Familien, die noch *vom Kohlebergbau leben, und* die Gegner der Atomkraftwerke, denen man eine etwas umweltfreundlichere Energiepolitik *in Aussicht stellte.*

Sowohl Mitterrand als auch Mauroy wußten, daß dieses Ziel nicht oder nur unter untragbaren finanziellen Opfern erreicht werden konnte. In der Tat stiegen die Subventionen in allen Jahren regelmäßig. Aber die Sozialisten förderten weiter, bis Mauroy am 3. November das Handtuch warf. Auf einer Reise durch die Nord-Region sagte er den Kumpels, man müsse wählen zwischen einer „Reise bis *ans Ende des Tunnels*", an dem nur die Pleite des Kohlebergbaus stehen könne, oder dem Abbruch des Experiments *mit der Aussicht,* das gesparte Geld in neue, einträglichere Industrien zu stecken. Das Eingeständnis des Regierungschefs war der Anlaß für Georges Valbon, seinen Rücktritt einzureichen.

Die ersten Reaktionen der Kommunisten waren äußerst heftig. Zeitweilig sah es in Paris nach Regierungskrise aus. Nach vier schweren Rückschlägen der Kommunisten in den Nachwahlen zu den Gemeindewahlen (die KPF verlor seit dem März 35 Rathäuser im Raum Paris), nach Gerüchten um eine Ausbootung des Transportministers Fiterman aus der Regierung, tiefgreifenden Divergenzen mit den Sozialisten in der Außenpolitik (Tschad, Libanon, Euroraketen) und scharfer Kritik an der Austerity-Politik des sozialistischen Wirtschaftsministers Delors schien das *Faß voll zu sein. Die Unsicherheit* dauerte 24 Stunden. Dann verkündeten die KPF-Vorstandsmitglieder Lajoinie und Juquin nach einer ZK-Sondersitzung überraschend, daß von einem Bruch der Koalition keine Rede sein könne und die Kommunisten weiter loyal an der Verwirklichung der 1981 gesetzten Ziele mitarbeiten würden. Die Partei habe keinerlei „Doppelnatur", sie „lächle nicht im Ministerrat und schneide keine Grimassen in ihrem Hauptquartier", und sie „stehe voll hinter der Außenpolitik des Staatschefs".

Noch vor Ende des Monats soll ein Gipfeltreffen der beiden Parteichefs dieses Bündnis neu bekräftigen. Für das Einlenken der Parteiführung gibt es nur eine Erklärung: In der augenblicklichen Schwäche-Phase der Partei wäre die Isolierung tödlich. Das „kritische Mitmachen" ist das kleinere Übel und birgt die Aussicht, bei einem Scheitern der sozialistischen Austerity als die Partei dazustehen, die recht hatte.

KRITIK

Die stärkeren Argumente siegten

Gerd Jauch hat die Befürworter einer Abtreibung auf Krankenschein mit ihren Argumenten fair zu Wort kommen lassen: Man liefere die Frauen anderenfalls den Kurpfuschern aus, das Gewissen entbinde den Bürger nicht vom Gehorsam gegenüber den von der ehemaligen sozialliberalen Koalition beschlossenen Abtreibungsgesetzen, und überhaupt träfen von den dreistelligen Millionenbeträgen für die Abtreibung das einzelne Krankenkassenpflichtmitglied jährlich nur etwa 2,50 Mark.

Dennoch beantwortete das repräsentative Testpublikum die Frage **„Wie würden Sie entscheiden?"** (ARD) mit starker Mehrheit (25:17) dahin, daß diese Abtreibungsfinanzierung verfassungsrechtlich geschützten Grundrechten widerspricht (wobei der Schwangerschaftsabbruch zur Rettung des Lebens der Mutter nicht zur Debatte stand). Es siegten die stärkeren Argumente: Das Leben, auch das des Kindes im Mutterleib, bleibt höchstes Rechtsgut und darf nicht einer sozialen Notlage geopfert werden. Vorrang hat die Gewissens- und Glaubensfreiheit des Pflichtversicherungsmitgliedes, das solche Tötungen im Mutterleib als rechtswidrig erkennt und daher ablehnt.

Grundlage dieses ausgezeichnet aufbereiteten Falles war die Entscheidung des Sozialgerichts Dortmund vom 29. 9. 1981, das die Sache Karlsruhe vorgelegt hat.

OTTO GRITSCHNEDER

So etwas finden wir nett

Es geht nicht alles, wie man's will, im täglichen Geschäft, tausend Stricke und Schlingen bringen uns zum Stolpern – Mißgeschicke, die uns heiter stimmen, wenn sie anderen widerfahren – und dies gar nicht immer wegen unserer angeborenen Schadenfreude, sondern auch wegen der aufblitzenden Erkenntnis, daß sich der Mensch nach all den Plumpsen und Plümpschen meist wieder gesund aufrappelt.

Warum sich freilich **„Die Entspanner"** (ARD), ein im Ehebett dauerfernsehendes Paar, dem „Komischen aus der Nachbarschaft" (das die Ankündigung verspricht) erst via TV aufschließt? Ganz einfach: Weil das Ganze einen roten Faden braucht. Anders gesagt: Weil zu den alltäglichen Mißgeschicken von Fernsehautoren auch gehört, daß ihre Phantasie auf Grenzen stößt. Die wirft sich wohl vielversprechend auf die anschwellenden Tücken, überdreht sie sketchgerecht und erhitzt unsere Erwartung auf den Siedepunkt. Dann *aber – plumps – liegt sie da, läßt sie* uns im Stich, ohne Pointe und Pardon.

Ob wir die mitmenschliche Ungeduld in der Schlange vor der Kaufhauskassa mitmachen, ob wir zwei Raucher auf ihrem vergeblichen Weg zum Nichtrauchertum begleiten (ein Weg, der angesichts der qualmenden Chemieschlote im Hintergrund eher absurd erscheint) – wir tun es gerne und finden es nett.

HERMANN A. GRIESSER

Dank an Melanie

Man ist versucht, diesen Bericht mit dem Titel des ZDF-Films zu beginnen: **Liebe Melanie!** Denn was immer man zu sagen sich getraut, es wird zu einem bescheidenen Ausdruck der Ehrerbietung. Melanie Horeschovsky, die Melanie des Stücks, ist tot. Sie starb zwei Tage nach Beendigung der Dreharbeiten. Wir haben sie eigentlich auch so gesehen: Tot im Lehnstuhl, und das Bandgerät mit ihrer Stimme lief und lief.

Ein grandioser Filmschluß und ein makabrer dazu, denn erst nach ihrem Tode *hören wir nun ihre lebendige,* fröhliche, fast möcht' man sagen: mädchenhafte Stimme. Und da davon die Rede ist: Wie mädchenhaft verwandelten sich die Züge der 87jährigen Greisin, wenn sie lachte, wenn sie ihre Ärztin (Senta Berger) ansprach, wenn sie ihrer Schülerin (Eva Mattes) Mut machte!

Sie spielte das Leben einer alten Schauspielerin, die von ihrer gierigen Verwandtschaft ausgenutzt wird, aber *Hilfe und Liebe findet* bei den jungen Menschen ihrer Umgebung.

Sie spielte dieses Leben mit Güte und Sanftmut, mit Verschmitztheit und listiger Intrige, sie spielte die Melanie Horeschovsky, als wäre dies nur eine Rolle, die ihr einer auf den Leib geschrieben hatte, ihr, der Melanie Horeschovsky.

Man kann ihr nur Dank sagen: Liebe Melanie!

REGINA ROSTOW

Minister Südafrikas trat zurück: Korruptionsverdacht

Stephanus Botha wollte drohendem Skandal zuvorkommen

AFP, **Johannesburg**

Der südafrikanische Arbeitsminister Stephanus Petrus „Fanie" Botha, *zweitwichtigster Mann* in der Regierung, ist vor dem Hintergrund eines drohenden Skandals überraschend *zurückgetreten. Der 61jährige Mini*ster war wiederholt mit unlauteren Geldgeschäften in Zusammenhang gebracht worden. Seine Demission nahm Ministerpräsident Pieter Botha „mit Bedauern" an.

Die schnelle Annahme des Rücktrittgesuchs wurde in Pretoria als das Bemühen gewertet, den drohenden Skandal um den mit dem Premier nicht verwandten „Fanie" Botha abzublocken. Von der Konservativen Partei wurde er seit langem wegen seiner „reformistischen" Sozialpolitik angefeindet, die 1979 unter anderem zur Anerkennung schwarzer Gewerkschaften und der Aufhebung des weißen Arbeitnehmermonopols in bestimmten Beschäftigungsbereichen führte.

Die Konservative Partei hatte „Fanie" Botha auf dem Höhepunkt eines Wahlkampfes für drei Teilwahlen Anfang des Jahres beschuldigt, 1971 als Minister für Wasser- und Forstwirtschaft eine Schuld von fast drei Millionen Mark gelöscht zu haben, die teilweise auf sein persönliches Konto ging. Die Summe betraf ein Bewässerungssystem für ein Gelände, das zum Teil zu Bothas Privatbesitz gehört.

Mehrere Zeitungen schrieben gestern, ein ehemaliger Freund habe dem Arbeitsminister mit gerichtlichen Schritten gedroht, falls er eine schriftliche Zusage über die Vergabe *von Diamanten-Schürfrechten nicht* einlöse. Das Versprechen soll Botha als Bergbauminister 1979 General Johann Blaaun *gegeben haben, der sich* im Korea-Krieg auszeichnete und seit seiner Versetzung in den Ruhestand mit Waffen handelt.

Kohl: Ich bin für den Teamgeist dankbar

Kanzler-Erklärung zu Spekulationen um Kabinettsumbildung

DW. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat mit der Erklärung, es gebe „keinen Grund zu einer Regierungsumbildung" versucht, die Diskussion um den Eintritt von Franz Josef Strauß in die Bundesregierung zu beenden. Im Kabinett äußerte Kohl, wie Regierungssprecher Peter Boenisch vor der Presse sagte, sein ausdrückliches Bedauern darüber, daß die Diskussion über Veränderungen in seiner Ministermannschaft ausgerechnet in der Woche vor der Bundestagsdebatte über die geplante NATO-Nachrüstung ausgelöst worden sei.

Kohl erklärte:

„Zu Beginn der heutigen Kabinettssitzung möchte ich ein paar Worte zu der Diskussion über eine angebliche Umbildung der Bundesregierung sagen: Zunächst möchte ich deutlich mein Bedauern zum Ausdruck bringen, daß diese Diskussion in dieser Woche, am Vorabend schwierigster politischer Entscheidungen in der Sicherheitspolitik ausgelöst wurde. Ich möchte ausdrücklich allen Kabinettsmitgliedern meinen Dank für die ausgezeichnete Arbeit in den wenigen Monaten seit Bestehen der Bundesregierung aussprechen.

Wer weiß, welches Erbe wir übernommen haben, und was in diesen wenigen Monaten im Bereich der Außen-, Sicherheits-, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik notwendig war, um unser Gemeinwesen wieder auf solide Grundlagen zu stellen, der weiß auch, was die einzelnen Kollegen geleistet haben.

Ich bin für den Teamgeist und für das freundschaftliche Miteinander dankbar, und ich sehe keinen Grund zu einer Regierungsumbildung. Im übrigen lege ich Wert auf die Feststellung, daß auch keiner der Koalitionspartner solche Wünsche an mich herangetragen hat."

Die Erklärung Kohls wurde von Staatssekretär Boenisch vor der Presse verlesen. Boenisch wich allen inhaltlichen Fragen weitgehend aus: Kohl wünsche keinerlei Interpretation seiner Stellungnahme, und daran halte er sich. Die vom Kanzler in seinem Dank genannten Bereiche der Außen-, Sicherheits-, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik – die entsprechenden Ressorts sind von CDU- beziehungsweise FDP-Politikern besetzt – seien lediglich eine beispielhafte Aufzählung, sagte der Regierungssprecher. Nach seinen Angaben waren alle fünf CSU-Minister anwesend, als der Regierungschef seine Erklärung vortrug. Boenisch: Beim Dank des Kanzlers für die ausgezeichnete Arbeit hätten sie „dankbare Gesichter" gemacht.

Der CSU-Vorsitzende Strauß, dessen Eintritt in die Bundesregierung in den vergangenen Tagen von maßgeblichen CSU-Politikern verlangt worden war, hielt sich in einem Interview mit der Zeitschrift „Bunte" mit Kritik an der Regierungsarbeit in Bonn zurück. Er beschränkte sich auf den Satz: „Die Selbstdarstellung der Regierung ist zweifellos nicht immer so gewesen, daß ein bestmöglicher Wirkungsgrad erzielt wurde", und fügte hinzu, eine Tendenz zum Popularitätsverlust, wie verschiedene Meinungsumfragen signalisierten, sei „ohne Zweifel gegeben". Der CSU-Vorsitzende wies dabei auf die Übernahme der Regierungsverantwortung „unter den bekannten schwierigen Umständen" und auf die Notwendigkeit einschneidender Sparmaßnahmen hin. Er verband seine Kritik an der Öffentlichkeitsarbeit der Regierung mit dem Hinweis: „Alles, was sonst noch an kritischen Bemerkungen angebracht ist, soll tunlichst nicht in der Öffentlichkeit erfolgen."

Die Mutmaßungen über einen Wechsel von Strauß von München nach Bonn stehen im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) in der Spendenaffäre. Bei einer Aufnahme von Strauß in das Kabinett müßten zwei CSU-Minister ihren Posten aufgeben, wenn an bisherigen Absprachen festgehalten wird.

Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Gerhart Baum meinte, eine mögliche Kabinettsumbildung sei allenfalls eine Angelegenheit der CDU/CSU, nicht aber der FDP. Baum begrüßte ausdrücklich die Erklärung des Kanzlers vom Dienstag. Er bescheinigte Kohl „Handlungsfreudigkeit".

Seite 2: Das Machtwort

Weltweite Kritik an Abtrennung Nordzyperns

■ Fortsetzung von Seite 1

toriale Integrität und Einheit der Republik Zypern" und erklärte, sie erkenne weiterhin ausschließlich das Kabinett von Kyprianou als legitime Regierung Zyperns an.

Äußerst zurückhaltend verhielt sich die NATO. In Kreisen der Allianz wurde argumentiert, die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Athen und Ankara müsse für das Bündnis nicht zwangsläufig ein Thema sein.

Die Bundesregierung hat die Ausrufung des Türkenstaates auf Zypern bedauert und die Befürchtung geäußert, daß damit eine dauerhafte und gerechte Lösung des Zypern-Problems zusätzlich erschwert werde. Bonn appellierte an alle Verantwortlichen, sich unverzüglich um die Wiederaufnahme ernsthafter Verhandlungen zwischen den Volksgruppen zu bemühen.

In einem Kommentar der amtlichen Nachrichtenagentur Tass sprach sich die Sowjetunion für eine internationale Zypern-Konferenz unter Schirmherrschaft der UNO sowie für die Einheit des Inselstaates aus. Zugleich forderte Tass den Abbau der britischen Stützpunkte.

Die Proklamation des Separatstaates war vom Parlament der Zypern-Türken im türkischen Teil Nikosias am Dienstag einstimmig beschlossen worden. Der Präsident des türkisch-zyprischen Teilstaates, Rauf Denktasch, verkündete die Proklamation über den Rundfunk. Wie es in dem Parlamentsbeschluß heißt, will sich der nordzyprische Teilstaat an keinen anderen Staat anschließen, den Zielen der UNO-Charta verpflichten und blockfrei bleiben. Denktasch sagte, er biete den Griechen Zyperns Frieden und Freundschaft an. Er forderte sie zu Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung auf.

Die türkischstämmige Bevölkerung hat an der Gesamtbevölkerung Zyperns einen Anteil von etwa 18 Prozent. Der von den Türken kontrollierte Norden der Insel umfaßt knapp 37 Prozent des Gesamtterritoriums. Nach Ansicht von Beobachtern müssen die Türken nun befürchten, daß die Republik Zypern mit ihren 500 000 griechischen Einwohnern einen Anschluß an Griechenland suchen könnte.

Es ging nur 15 Minuten um Raketen

Lambsdorffs Gespräche in Moskau / Protest wegen Semjonow / Widerstand in Prag?

fhn./DW. Moskau/Bonn

Die Diskussion um die westliche Nachrüstung belastet offensichtlich nicht die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion. Die jüngste Tagung der gemeinsamen Wirtschaftskommission beider Länder, die gestern in Moskau zu Ende ging, hat unter der Stationierungsdebatte weder atmosphärisch noch in der Sache gelitten.

Auf die Verhandlungssituation in Genf angesprochen, erklärte der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Kostandow: „Wir haben nicht vor, unseren Kampf um den Frieden zu unterbrechen." Die Gespräche mit dem Westen würden dann zu Ende sein, wenn es die sowjetische Regierung für notwendig halte. Und unter Berufung auf Staats- und Parteichef Andropow fügte Kostandow hinzu, Moskau werde weiterhin alles tun, um die Lage in der Welt zu stabilisieren.

Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff berichtete, keine einzige Begegnung während der Kommissionstagung sei durch das Rüstungsthema belastet worden. Während seines Gesprächs mit Regierungschef Tichonow sei es 75 Minuten lang um den Warenaustausch gegangen, „und nur 15 Minuten um Raketen". Noch nie seit 1977, als er deutscher Ko-Präsident der gemischten Kommission wurde, habe er eine so intensiv geführte Gesprächsrunde erlebt, sagte Lambsdorff.

Der Minister verwahrte sich in Moskau gegen die „Einmischung" des sowjetischen Botschafters in Bonn, Wladimir Semjonow. Er, Lambsdorff, habe Ministerpräsident Tichonow dargelegt, daß die Art und Weise, wie Semjonow an Abgeordnete des Bundestages im Zusammenhang mit der Stationierungsdebatte herangetreten sei, von der Bundesregierung als „unerfreulicher Akt der Pression" angesehen werde. Semjonow hatte vor Folgen gewarnt, wenn der Bundestag am 22. November das Signal für die Raketenaufstellung gebe. Dann, so Semjonows Drohung, werde die Fortsetzung der Genfer Verhandlungen unmöglich.

In New York sprach US-Vizepräsident Bush von Widerstand in der tschechoslowakischen Führung gegen die Stationierung sowjetischer Raketen in der CSSR. Bush berief sich auf Eindrücke, die ein Kongreßabgeordneter von einer Reise nach Prag mitgebracht habe. Führende Politiker hätten dem amerikanischen Parlamentarier dort erklärt: „Wir wollen auf unserem Boden keine solchen nuklearen Mittelstreckenwaffen."

Am Wochenanfang hatte die Sofioter Führung in Abrede gestellt, daß auf dem Territorium Bulgariens sowjetische SS-20-Raketen aufgestellt werden sollen, falls die Genfer Verhandlungen scheitern. Staats- und Parteichef Schiwkoff erklärte, in drei Staaten sollten neue Kernwaffen stationiert werden – in der „DDR", in der Tschechoslowakei und „in einem Land nahe den Vereinigten Staaten". Dies wurde als ein Hinweis auf Kuba gewertet.

Nicht im Zusammenhang mit der westlichen Nachrüstung, sondern unter Hinweis auf die US-Intervention auf Grenada kündigte der kubanische Verteidigungsminister General Raul Castro an, daß Kuba in eine für die USA „uneinnehmbare Festung" verwandelt werde. Sein Land werde mit „Unterständen, Bunkern und Geschützstellungen" überzogen. Castro sprach bei einer Feier für in Grenada gefallene Soldaten.

Berliner FDP auf Genschers Linie

Auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe steht der NATO-Doppelbeschluß im Mittelpunkt

F. D./hey, Berlin/Bonn

Die Berliner FDP folgt uneingeschränkt der sicherheitspolitischen Linie des Bundesvorstandes der Freien Demokraten: Auf einem außerordentlichen Parteitag sprachen sich die Delegierten des Landesverbandes mit großer Mehrheit für eine Nachrüstung der NATO im Falle des Scheiterns der Genfer Verhandlungen aus. Sie forderten für diesen Fall allerdings „unverzüglich eine neue Verhandlungsrunde", um „doch noch zu einem Kompromiß zu kommen".

Ein Antrag aus linksliberalen Parteikreisen, eine Raketen-Stationierung ohne Rücksicht auf das Ergebnis der Genfer Verhandlungen zu stoppen, wurde mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt.

Die Friedens- und Sicherheitspolitik der 80er Jahre sowie die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses stehen im Mittelpunkt des 34. FDP-Parteitages, der morgen in Karlsruhe eröffnet wird. Es wird erwartet, daß die 400 Delegierten mit etwa 70 Prozent nach einer ganztägigen Diskussion einem Leitantrag der Parteispitze zustimmen werden, der vom FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher eingebracht wird.

In dem Papier, das heute nachmittag von Präsidium und Vorstand möglicherweise im Lichte der Genfer Verhandlungen noch überarbeitet werden soll, tritt die FDP-Führung bei einem Scheitern der Genfer Verhandlungen für die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen ein. Die Parteispitze fordert aber – wie die Berliner FDP – auch nach dem Beginn der Nachrüstung die Fortsetzung der Gespräche zwischen den Supermächten.

Darüber hinaus wird in dem sicherheitspolitischen Gesamtkonzept ein Verbot aller Atomwaffentests und chemischer Waffen verlangt und auf einen Vertrag über einen allseitigen Gewaltverzicht als Ergebnis der anstehenden europäischen Abrüstungskonferenz gepocht. In den bisher vorliegenden 17 Änderungsanträgen zu diesem Komplex werden unter anderem eine Verschiebung der Nachrüstung zugunsten einer Fortsetzung der Verhandlungen und wie auf dem Kölner Parteitag 1980 allenfalls eine seegestützte Stationierung gefordert.

Weiter geht man in der FDP-Zentrale davon aus, daß die Delegierten die Parteispitze deutlich wegen der Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen insbesondere beim Demonstrationsstrafrecht kritisieren werden.

Blüm strebt Lösung bei Frührente an

GISELA REINERS, Bonn

Bundesarbeitsminister Blüm (CDU) ist fest entschlossen, seinen Kabinettskollegen Stoltenberg und Graf Lambsdorff eine befriedigende Vorruhestandsregelung abzuhandeln. Heute treffen sich die drei Minister mit Bundeskanzler Kohl, der dem Vernehmen nach den Plänen Blüms zuneigt.

Blüm strebt eine Rahmenregelung für einen Ruhestand mit 58 Jahren an, bei dem der freiwillig ausscheidende Arbeitnehmer ein Ruhegeld erhält, das mindestens dem Arbeitslosengeld entspricht. Die freiwerdende Stelle soll dann mit Arbeitslosen oder Schulabgängern besetzt werden.

Der Wirtschaftsminister, der Arbeitszeitverkürzung grundsätzlich ablehnt, hatte einen Teilruhestand (halbierte Arbeitszeit) favorisiert, der Finanzminister Kostenneutralität des Vorhabens gefordert.

Wie verlautet, werden sich die Pläne Blüms nicht ohne Mehrkosten verwirklichen lassen. Sie seien jedoch vertretbar, so heißt es, wenn man berücksichtige, was für Ausgaben auf die Bundesanstalt für Arbeit im nächsten Frühjahr zukämen, wenn allein die IG Metall für die 35-Stunden-Woche streiken würde. Nürnberg müßte dann die Kurzarbeitsgelder für die Zulieferbetriebe zahlen.

Außerdem sei es sinnvoll, durch eine Vorruhestandsregelung, die auf fünf Jahre oder Jahrgänge beschränkt werde, die „Seiteneingänge" zum Rentenbezug zu stopfen. So stiegen die Zahlen derer, die über die 59er-Regelung oder Erwerbs- und Berufsunfähigkeit vorzeitig in Rente gingen. Zwar müßten die Unternehmen Erstattungen an die Bundesanstalt zahlen, wenn sie Arbeitnehmer mit 59 entließen, die dann nach einem Jahr Arbeitslosigkeit Rente beziehen dürften. Doch beriefe sich die Mehrzahl der Unternehmen auf Ausnahmeregelungen und zahlten nichts.

Von der Vorruhestandsregelung, die nur über einen Tarifvertrag geregelt werden soll, der dann ein Ausscheiden nach der 59er-Regelung ausschließt, verspricht man sich 100 000 freiwerdende Arbeitsplätze.

Winzers Sorgen

nl – Württembergs Winzer wollen mit einer offensiveren Verkaufspolitik Marktanteile, die ihnen nach den ernteschwachen Weinherbsten der Jahre 1980 und 1981 verlorengegangen sind, zurückerobern. Dies ist jedenfalls die von der genossenschaftlichen Verbandsspitze – für schwäbische Weine ist der hohe Erfassungs- und Vermarktungsanteil über Genossenschaften typisch – ausgegebene Devise.

Noch mit recht unguten Gefühlen denkt so mancher „Weinzahn" im Südwesten an jene Zeiten, in denen insbesondere die von ihm favorisierten *Rotweinsorten Trollinger* und Schwarzriesling aufgrund von zwei dürftigen Erntejahren unter Verknappungserscheinungen litten. Starke Preissteigerungen um bis zu 50 Prozent und Koppelgeschäfte, die für den Rotweinkauf eine bestimmte Abnahmemenge von Weißwein zur Bedingung machten, sorgten für viel Verdruß. Inzwischen hat sich das Bild gewandelt. Zwei überreichliche Weinherbste 1982 und 1983 haben die Rotweinlücke rasch geschlossen. Die quantitativ und qualitativ gute Ausbeute hat die genossenschaftlichen Sorgen eher wieder in die andere Richtung verstärkt. Man steht, auch wenn man dies nicht gern zugibt und auf die kräftig ausgebauten Lagerkapazitäten verweist, sozusagen bis zum Hals im Wein. Vermehrt auftauchende Sonderangebote in den Weinregalen zu deutlich reduzierten Preisen sind ein Zeichen für das im Verhältnis zum Angebotsdruck zu zögerliche Kaufverhalten. Marketingsünden der jüngsten Vergangenheit rächen sich offenbar. Sie sind auch so leicht nicht durch die Ankündigung von Preisreduzierungen auszubügeln. Schon gar nicht, wenn die Genossenschaften vorbauend davon reden, daß der 1983er Wein nicht so preisgünstig wie der Vorgänger sein könne.

Neuer Index

fu (London) – Der Financial Times-Index, der börsen-täglich die Kursentwicklung von 30 führenden Industriewerten an der Londoner Stock Exchange widergibt, soll demnächst *Konkurrenz erhalten. Dem hat jetzt* der Börsenrat in London zugestimmt. Und zwar soll ein Index veröffentlicht werden, der die Kursentwicklung von 100 ausgesuchten Aktien erfaßt, wobei die Index-Widergabe kontinuierlich erfolgt. Hinter diesem Entschluß steht nicht etwa ein ehrgeizig gewordener Börsenvorstand, sondern die direkte *Nachbarschaft. Die Londoner* Finanztermin-Börse, die in dem tempelähnlichen ehemaligen Börsengebäude gegenüber der Bank von England ihren Finanzterminhandel abwickelt, wird von März kommenden Jahres an auch den Terminhandel mit Aktienkurs-Kontrakten einführen. Damit können sich Investoren gegen Aktienkurs-Risiken absichern beziehungsweise Spekulanten versuchen, ihr Geschäft zu machen. Voraussetzung hierfür ist allerdings die *laufende* Information über einen amtlichen Kursindex. Doch nicht nur für die Finanztermin-Insider wird ein hundert Werte umfassender und permanent aktualisierter Index eine wichtige Bereicherung sein.

US-ENTWICKLUNGSHILFE / Keine gesetzliche Wohlverhaltensklausel

Wer Geld von Washington erhält, bestimmt auch weiter der Präsident

HORST-ALEXANDER SIEBERT, **Washington**

Zum erstenmal hat ein amerikanischer Präsident ein Auslandshilfegesetz unterzeichnet, das eine deutliche Warnung des Kongresses an die Empfängerländer in der Dritten Welt enthält. Dennoch darf die auf Drängen des republikanischen Senats im Vermittlungsausschuß zustande gekommene Strafandrohung nicht überschätzt werden: Von einer festgeschriebenen Wohlverhaltensklausel kann keine Rede sein; auch in Zukunft entscheidet das Weiße Haus allein über die Verteilung der bilateralen Entwicklungshilfe der USA.

Da Präsident Reagan *auf ein Veto* verzichtet hat, ist die Administration nur an die Auflage gebunden, bis zum 31. Januar eines jeden Jahres *beiden Häusern des Kongresses* einen vollständigen Bericht vorzulegen, „der über den Grad der Unterstützung der Außenpolitik der Vereinigten *Staaten durch die Regierung* des jeweiligen Staates Auskunft gibt". Die amerikanische Vertretung bei den Vereinten Nationen muß Angaben machen über die Abstimmungspraktiken und Erklärungen der betreffenden UNO-*Mitglieder* in der Generalversammlung und im Sicherheitsrat, soweit „Sachverhalte von größerer Wichtigkeit für die USA" berührt sind.

Weiter heißt es im Gesetz, daß dann keine vom Kongreß bereitgestellten Mittel an ein Land weitergeleitet werden dürfen, wenn der Präsident zu *dem Schluß kommt, daß es „auf* konsistente Weise in Opposition zur Außenpolitik der Vereinigten Staaten steht". Damit bleibt die Vergabe der Entwicklungshilfe eine Ermessensfrage der Administration, was schon bisher immer der Fall war, weil die Legislative in der Regel Gesamtbeträge zuweist, die von der Exekutive aufgeschlüsselt werden müssen. Letztlich befindet auch der Präsident *darüber, was in den Länderberichten* steht, die an den Kongreß geschickt werden.

Hingewiesen wird in Washington *auch darauf, daß die Senatoren* und Abgeordneten ohne weiteres genauere Vorbehalte und Bedingungen in das Gesetz hätten hineinschreiben können. Sie haben es mehrfach getan. So wird die US-Behörde für Internationale Entwicklung (AID) aufgefordert, das wirtschaftliche Hilfsprogramm für Syrien zu stoppen. Außerdem erhalten Regierungen, die, wie beispielsweise Kolumbien, nichts gegen den Rauschgifthandel unternehmen, vom 1. Januar an keine amerikanischen Hilfsgelder mehr.

In Gesprächen mit der WELT *machten Mitarbeiter* des Kongresses und der Administration darauf aufmerksam, daß die vom Gesetzgeber gewählte Formulierung Präsident *Reagan* rechtlich nicht bindet. Ein derartiges Vorgehen der Legislative könne höchstens als ein politisches Signal an die Adresse der Entwicklungsländer gewertet werden, „die in der Öffentlichkeit gegen die USA Front machen, aber insgeheim gern Dollargeschenke annehmen". Die Warnung der Legislative kann eine abschreckende Wirkung haben; es muß aber nicht sein.

Denn die in der „Joint Resolution 413" eingebaute Drohung ist in amerikanischen Gesetzen sehr häufig zu finden, so zum Beispiel auch im für Westeuropa wichtigen Export Administration Act. Die *inzwischen* übliche Prozedur – unter Präsident Carter schrieb der Kongreß Menschenrechtsauflagen in die Gesetze – ist wohl auch der Grund dafür, warum die großen amerikanischen Zeitungen in ihrer Berichterstattung die „Warnung" mit keinem Wort erwähnten. *Was der Kongreß zweifellos will,* sind zusätzliche Informationen, die er durch die Berichte erhält.

Geltend gemacht wird überdies in Washington, daß die USA längst praktizieren, was der Kongreß im Sinn hat. Das läßt sich in der Tat an den amerikanischen *Entwicklungs*leistungen, die nur 0,20 (Bundesrepublik: 0,40) Prozent des Bruttosozialprodukts ausmachen, ablesen. So stellten die Vereinigten Staaten im Finanzjahr 1983 nahezu 11,9 Milliarden Dollar an Auslandshilfe bereit. Aber nur 5,6 Milliarden Dollar fielen in den Wirtschaftsbereich, mehr als die Hälfte war Militärhilfe für ohnehin befreundete Staaten.

STEINKOHLENBERGBAU

In fünf Jahren gibt es 14 000 Bergleute weniger an der Ruhr

HANS BAUMANN, **Essen**

Der Aufsichtsrat der Ruhrkohle AG, Essen, hat gestern die Pläne des Vorstandes zur Anpassung der Förderung an den gesunkenen Bedarf gebilligt. Damit wird in den nächsten *fünf Jahren die Förderung um sieben* Millionen Tonnen auf 55 Millionen Tonnen im Jahr zurückgenommen. 14 000 Bergleute werden in dieser Zeit den *Ruhrbergbau verlassen* – und zwar durch vorzeitige Pensionierung.

Um auch die Halden *abbauen zu* können, werden im nächsten Jahr 20 und 1985 dann 15 Anpassungsschichten eingelegt (Kurzarbeit und Sonderausfallschichten), für die neben den 68 Prozent der Bundesanstalt für Arbeit die Ruhrkohle einen noch auszuhandelnden Beitrag zum Lohnausgleich zahlen wird. Der Förderabbau erfolgt durch Stillegungen (Gruben Gneisenau und Zollverein) sowie durch Verbund von Bergwerken. Zur Erhaltung der verbleibenden Förderkapazität werden künftig 1,7 Mrd. Mark im Jahr aufgewendet werden. Die laufenden Investitionen sollen nicht eingeschränkt werden.

Während man in den Revieren nicht voll zufrieden war mit dem Ergebnis der Bonner Kohlerunde, erklärte der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Friedrich Vogel, vor Journalisten in Essen, daß diese Runde in Bonn ein befriedigendes Ergebnis gebracht habe. An den Vorstandsvorsitzenden der Ruhrkohle AG, Karlheinz Bund, gewandt, meinte Vogel: „Wenn Sie ganz zufrieden wären, Herr Bund, dann hätten wir in Bonn sicher etwas falsch gemacht."

Vogel lobte den Fortschritt des Steinkohlenbergbaus nach Norden in Nordrhein-Westfalen. Nach dem Besuch der Kohle-Öl-Pilotanlage in Bottrop, die täglich 200 Tonnen Kohle durchsetzt, sagte er auf die Frage, welchen Standort denn nach seiner Meinung die kommende Großanlage zur Kohleverflüssigung haben werde: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß sie woanders steht als im Ruhrgebiet." Seine Begründung, da sich ja auch das Saarland um diese Investition bemüht: Eine solche Großanlage im Revier sei eine klassische Ergänzung zu der hier bereits vorhandenen Veredlungstechnik.

Auf die Frage, wann mit einer solchen großtechnischen Anlage gerechnet werden könne, wurde erklärt, daß die Anlage um so schneller gebaut werde, je eher die Entscheidung über den Standort falle. Diese Entscheidung wird 1984 erwartet. Dann könnte die Produktion gegen *Ende des Jahrzehnts* aufgenommen werden.

Vogel wies darauf hin, daß die neue Kohlenkrise im Revier keine Unruhe unter die Bergleute getragen habe. Mit Anpassungsmaßnahmen bei der Förderkapazität und den beschlossenen Anpassungsschichten sei eine „sozialverträgliche" Ausgangssituation für bessere Zeiten für die Kohle geschaffen worden.

Bonner Wendebalg

Von HEINZ HECK

Eine Ergänzungsabgabe durfte es nicht sein. Die hatte FDP-Chef und Außenminister Hans-Dietrich Genscher noch in der alten Koalition für „tot" erklärt und sich damit auch für FDP-Verhältnisse ziemlich festgelegt.

Die neue Koalition, angetreten unter anderem nach den Grundsätzen, „auf die Vereinfachung des Steuersystems hinzuwirken und zusätzliche Belastungen zu vermeiden", verstieß erst einmal gegen beide und führte eine Zwangsanleihe ein, offiziell eine Investitionshilfeabgabe, zinslos, versteht sich.

Eine Zwangsanleihe, deren Zwängen sich allerdings Unternehmer und Freiberufler mühelos entziehen können. Dazu ein Beispiel: Ein Verheirateter mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 150 000 Mark hat bei Anwendung der Splitting-Tabelle eine Steuerschuld von 55466 Mark. Hinzu kommt in den Jahren 1983 bis 1985 jeweils die Zwangsanleihe in Höhe von fünf Prozent oder 2773 Mark.

Ein Unternehmer, der den fünffachen Betrag, also 13 865 Mark, investiert, ist sie bereits los. Für seine möglicherweise ohnehin geplanten, ganz normalen Investitionen bekommt er – zumindest, was die Liquidität angeht – eine Investitionszulage, die mit 20 Prozent besonders üppig ausfällt.

Der Angestellte mit gleich hohem Einkommen *hingegen kommt* erst unter die Abgabe-Pflichtgrenze, wenn er sein zu versteuerndes Jahreseinkommen durch Ausweisung entsprechender Verluste unter die 100 000-Mark-Grenze (bei Verheirateten) senken kann. Gelingt ihm dies nicht, muß er zahlen und soll nach dem derzeit im Parlament beratenen Gesetzentwurf seine Zwangsabgabe in den Jahren 1990 bis 1992 zurückerhalten.

Es liegt nahe, daß diese Ungleichbehandlung Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit aufkommen lassen mußte. Dies ist zwar bereits bei drei Finanzgerichten – Hamburg, Freiburg und Köln – geschehen. Dennoch ist Finanzminister Gerhard Stoltenberg „unverändert der Überzeugung, daß die getroffene Regelung in Karlsruhe Bestand hat", wie er vor Journalisten erklärte.

Zweifel sind aber zumindest in der Unionsfraktion aufgekommen. Die CSU, seit jeher für eine Ergänzungsabgabe, bekam durch die Finanzgerichte Auftrieb. Sie erhält jetzt Unterstützung von Finanzpolitikern unter den CDU-Abgeordneten. Doch um des Koalitionsfriedens mit der FDP willen hat die Fraktionsführung das Thema begraben. Es ist aber auch für Koalitionsärger wie geschaffen. Denn vor der Bundestagswahl am 6. März hatte sich die Union die Nichtrückzahlbarkeit der Anleihe aufs Wahlpapier geschrieben und sie damit de facto zur Ergänzungsabgabe machen wollen. Die Positionen der beiden Koalitionspartner standen sich also unvereinbar gegenüber. Nach der Wahl mußten sie aufeinander zugehen: Es blieb beim Anleihecharakter, womit sich die FDP durchsetzte. Die Union erreichte im Gegenzug die Ausdehnung der Zahlungspflicht von ursprünglich zwei auf drei Jahre und den Aufschub des Rückzahlungstermins auf die jetzt vorgesehenen Jahre 1990 bis 1992. Das Ganze ein *einziges Trauerspiel,* das der noch jungen Koalition nach ihrem überzeugenden Wahlsieg erste Schrammen eintrug.

Doch das wäre alles in Vergessenheit geraten, wenn nicht jetzt in schöner Regelmäßigkeit ein Finanzsenat nach dem anderen diesen Wendebalg wegen der Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit gleichsam nach Karlsruhe expedierte. Das Thema ist damit Gegenstand eines Normenkontrollantrags beim Bundesverfassungsgericht. Bis zu einer Entscheidung der Karlsruher Richter bleiben die Zweifel. Doch damit nicht genug. Die praktischen Auswirkungen bekommt Bonn bereits bei den Zahlungseingängen zu spüren. So haben die Finanzgerichte den antragstellenden Firmen gestattet, die Zahlung auszusetzen.

Bonn wäre gut beraten, dem Votum aus Karlsruhe durch eine entsprechende Änderung des Gesetzentwurfs im parlamentarischen Verfahren zuvorzukommen. Die Einnahmen aus der Zwangsanleihe erhöben die Nettokreditaufnahme. Würde die Bundesregierung statt dessen die erwarteten Mittel auf dem Kapitalmarkt aufnehmen, so müßte sie dafür zwar Zinsen zahlen, doch scheint ein solcher Preis für die Wiedergewinnung der Glaubwürdigkeit in dieser Frage nicht zu hoch. Ein unbefriedigender Schwebezustand wäre beendet. Vor allem aber wäre, wenn sich die Karlsruher Richter viel Zeit ließen, zu befürchten, daß der Rückabwicklungsprozeß (mit Rückzahlung der bereits kassierten Gelder) noch aufwendiger würde.

AUF EIN WORT



„Wer den technischen Wandel übersieht, gefährdet die soziale Stabilität. Wer ihn überbewertet, gerät in die gleiche Gefahr. Denn die Vermutung einer Verdrängung des Menschen und seiner Arbeitskraft aus dem Prozeß beruht auf einem Denkfehler."

Hans L. Merkle, Vorsitzender der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH FOTO: JUPP DARCHINGER

Weniger Zuwachs bei Insolvenzen

dpa/VWD, **Wiesbaden**

Obwohl die Insolvenzen in den ersten drei Quartalen 1983 gegenüber der Vorjahreszeit mit mehr als 12 000 Fällen weiter zugenommen haben, ist die Welle von Konkursen und Vergleichen in den letzten Monaten deutlich abgeebbt. Insgesamt wurden von Januar bis September von den Amtsgerichten 12 157 Insolvenzen gemeldet, 6,6 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum, berichtete das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Die voraussichtlichen Forderungen bei diesen Pleiten wurden von den Gerichten auf etwa 8,4 Milliarden Mark *nach 7,3 Milliarden Mark* in den ersten neun Monaten 1982 veranschlagt. Im bisherigen Jahresverlauf ist die Zuwachsrate der Insolvenzen aber immer mehr abgeflacht. So wurden im dritten Vierteljahr 3,6 Prozent weniger Insolvenzfälle festgestellt als im dritten Quartal 1982.

OST-WEST-HANDEL

DIW: Enttäuschende Bilanz gemessen an Erwartungen

dpa/VWD, **Berlin**

Der Handel zwischen Ost und West stagniert weiter. Gemessen an den Erwartungen zu Beginn der 70er Jahre sei die Bilanz zehn Jahre danach enttäuschend, stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in seinem jüngsten Wochenbericht fest. Eine engere Handelsverflechtung zwischen Ost- und Westeuropa sei nicht eingetreten, eine stärkere Integration der RGW-Länder in die Weltwirtschaft ausgeblieben.

Hauptgrund dafür ist nach Ansicht des DIW, daß es den osteuropäischen Ländern nicht gelungen sei, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und ihre Exportindustrien den wechselnden Erfordernissen des Weltmarktes anzupassen. So sei der Anteil des Ost-West-Handels am Welthandel in der ersten Hälfte der 70er Jahre zwar um einen Prozentpunkt auf 5,5 Prozent gestiegen, im vergangenen Jahr aber wieder auf 4,8 Prozent zurückgegangen.

Inzwischen hätten die RGW-Staaten Anteile am Industriewarenimport der OECD-Länder an Lieferanten aus sogenannten Schwellenländern abtreten müssen. Eine Rolle spiele auch, daß die Fertigwarenausfuhr der kleineren Staaten des östlichen Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) in die Europäische Gemeinschaft durch Handelshemmnisse stärker behindert werde. Nur die sowjetischen Energie- und Rohstofflieferungen würden nicht diskriminiert.

Die Aussichten für den Ost-West-*Handel nennt das DIW „äußerst unsicher"*. Die Politiker und Planer der RGW-Staaten seien bisher nicht in der Lage gewesen, ein mittelfristiges Außenwirtschaftskonzept auszuarbeiten. Dies sei auch der entscheidende Grund für die wiederholte Verschiebung des Wirtschaftsgipfels der RGW-Staaten. Angesichts der vorsichtiger gewordenen Haltung westlicher Geschäftsbanken müßten die kleineren RGW-Staaten ihre zahlungsbilanzorientierte Westhandelspolitik „rigoros weiterführen".

PRIVATE KRANKENVERSICHERUNG

Die neue Gebührenordnung hat sich bisher bewährt

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die seit Anfang dieses Jahres geltende neue Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) hat ihre erste Bewährungsprobe bestanden. Das hat die repräsentative Auswertung von 3500 Rechnungen ergeben, die am 10. August 1983 bei den privaten Krankenversicherern zur Abrechnung eingereicht worden sind.

Nach den Worten des Vorsitzenden des Verbandes der Privaten Krankenversicherungen (PKV), Heinz Bach, hat sich dabei gezeigt, daß 91 Prozent der Abrechnungen bis zu dem *für überwiegend* persönliche Arzt-Leistungen geltenden Schwellenwert des 2,3fachen der Kassensätze ausgestellt waren, 87 Prozent der Abrechnungen *gingen für die* technischen Leistungen bis zum vorgeschriebenen Schwellenwert des 1,8fachen. Über die Schwellenwerte hinaus *bis zu den Höchstsätzen von 3,5-* beziehungsweise 2,5fach gingen 8,2 beziehungsweise 11,7 Prozent der Abrechnungen. Diese Höchstsätze wurden nur von 0,7 und 1,3 Prozent der Abrechnungen überschritten. Insgesamt lagen die niedergelassenen Ärzte mit Durchschnittsfaktoren von 2,2 und 1,8 niedriger als die leitenden Krankenhausärzte (2,7 und 1,9).

Bach wagte noch keine Antwort auf die Frage, in welchem Rahmen von der Möglichkeit der Abdingung der Gebührenordnung in Ausnahmefällen Gebrauch gemacht worden ist. Lege man den Prozentsatz der Rechnungen zugrunde, der die Höchstsätze überschritten hat, sei die Zahl der Abdingungen – selbst bei Chefärzten – gering.

Kritikbedürftig ist, so Bach, die in 75 Prozent aller Rechnungen feststellbare Tendenz zur Berechnung des Schwellenwertes als Einheitswert. Dies dürfte juristisch bedenklich sein, da die GOÄ die Gebühr „in der Regel zwischen dem Einfachen und 2,3fachen" vorsieht. Schlüsse auf die kostenmäßigen Auswirkungen der neuen GOÄ lassen sich noch nicht ziehen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

WestLB: Leistungsbilanz mit höherem Überschuß

Düsseldorf (Py.) – Selbst wenn die Exporte in den letzten drei Monaten des Jahres wieder stärker zunehmen sollten als die Importe, wird der Außenhandelsüberschuß der Bundesrepublik das Vorjahresniveau von 51,3 Milliarden Mark nicht mehr erreichen. Bis einschließlich September hatte sich ein kumulierter Saldo von 30,4 (36) Milliarden Mark ergeben. Nach Auffassung der Westdeutschen Landesbank, *Düsseldorf, stellt sich* jedoch die Leistungsbilanz in diesem Jahr besser als 1982 dar. Hier erwartet das Institut nach einer gegenüber dem Vorjahreszeitraum (neun Monate) ausgeglichenen Bilanz (1982: 3,5 Milliarden Mark) für das Gesamtjahr einen Überschuß von gut 10 (8,6) Milliarden Mark. Erstmals seit fünf Jahren seien die für die Bundesrepublik typischen Defizite in der Bilanz der Dienstleistungen und Übertragungen geringer ausgefallen als im Vorjahr.

Koenigs Börsenpräsident

Frankfurt *(cd.) – Karl Oskar* Koenigs, Teilhaber des Bankhauses B. Metzler seel. Sohn & Co., ist als Nachfolger des zurückgetretenen Ferdinand Graf von Galen (SMH-Bank) einstimmig zum Vorsitzenden des Vorstands der Frankfurter Wertpapierbörse gewählt worden. Koenigs, der von 1968 bis 1981 Börsenpräsident in Frankfurt war, kandidiert für dieses Amt auch für die nächste, 1984 beginnende dreijährige Wahlperiode.

Gutes Weihnachtsgeschäft?

Köln (dpa/VWD) – Der Einzelhandel *in der Bundesrepublik erwartet in* diesem Jahr vom Weihnachtsgeschäft einen zusätzlichen Umsatz von 19 Milliarden Mark. Wie die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels (HDE) in Köln weiter mitteilte, entspricht dies 4,3 Prozent des auf 445 Milliarden Mark veranschlagten Gesamtumsatzes 1983.

Höheres Wachstum erwartet

Bonn (dpa/VWD) – Die *Konjunktur*entwicklung in der Bundesrepublik wird in diesem Jahr voraussichtlich günstiger verlaufen als zunächst angenommen. *Zu diesem Ergebnis kommt* der interministerielle Arbeitskreis in seiner jüngsten gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Nach Informationen *aus* Regierungskreisen rechnet der Arbeitskreis jetzt für 1983 mit einem Wirtschaftswachstum von real 1,0 Prozent. Für das kommende Jahr erwartet der Arbeitskreis dem Vernehmen nach ein Wachstum von 2,0 bis 3,0 Prozent. Nach vorliegenden Informationen geht die Regierung jetzt von einer Arbeitslosenzahl von 2,25 Millionen im Jahresschnitt aus, nachdem sie im Jahreswirtschaftsbericht noch mit etwa 2,35 Millionen gerechnet hatte.

KWG-Novelle im Januar

Bonn (dpa/VWD) – Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg will den Entwurf einer Novelle zum Kreditwesengesetz (KWG) im Januar dem Kabinett zur Entscheidung vorlegen und hofft, daß dann der Gesetzentwurf im Laufe des Jahres 1984 *vom Parlament* verabschiedet werden kann. Dies teilte der Minister vor der Presse nach einer Kabinettssitzung mit, in der er *im Zusammenhang* mit den Vorgängen um die SMH-Bank auch über den Stand des Gesetzgebungsverfahrens berichtet hatte.

Thyssen: Symbolische Strafe

Luxemburg (dpa/VWD) – Der Gerichtshof der EG hat die Thyssen AG, Duisburg, wegen Überschreitung der Produktionsquoten für Stahl zu einer symbolischen Geldbuße von umgerechnet *zwölf Mark verurteilt. Mit* dieser Entscheidung setzte er eine von der EG-Kommission verhängte Geldbuße von rund 290 000 Ecu (690 000 Mark) auf fünf Ecu herab. Nach Angaben des Gerichtshofs hatte die Kommission dem Stahlunternehmen vorgeworfen, im 1. Quartal 1981 die erlaubte Produktionsmenge um 3871 Tonnen Stahl überschritten zu haben.

Eigenmittel erhöht

Düsseldorf (Py.) – Die Banque Nordeurope S. A., Luxemburg, hat im Geschäftsjahr 1982/83 (31. 3.) ihre Bilanzsumme um 8 Prozent auf 21,8 Mrd. Lfrs (1,08 Mrd. DM) gesteigert. Das Kreditvolumen des Instituts lag mit 17,5 Mrd. Lfrs (864 Mill. DM) um 2 Prozent über dem Vorjahr. Trotz der Schwierigkeiten auf dem Euromarkt erhöhte sich das Betriebsergebnis auf 205 (104) Mill. Lfrs. Nach ausreichenden Vorsorge*maßnahmen stieg der Gewinn nach* Steuern auf 23,7 (21) Mill. Lfrs. Sie wurden den Rücklagen zugeführt. Zur Mitte des Geschäftsjahres 1983/84 erreichte *das Kreditgeschäft* bei einer Bilanzsummenausweitung auf 26,9 Mrd. Lfrs (1,3 Mrd. DM) rund 12,1 Mrd. Lfrs (614 Mill. DM). Entsprechend der Geschäftsausweitung und der positiven Ertragsentwicklung erhöhten sich die Eigenmittel der Bank auf 753 Mill. Lfrs. (37,7 Mill. DM).

USA / Industrieproduktion weiter gestiegen

Der Aufschwung hält an

H.-A. SIEBERT, Washington

Die kräftige US-Konjunktur hat bisher kaum an Schwung eingebüßt. Das signalisiert die Industrieproduktion, die im Oktober um 0,8 Prozent gestiegen ist. *Die Abschwächung* gegenüber September und August, als das Plus jeweils 1,3 Prozent ausmachte, ist nicht das letzte Wort: Da im September in Amerika die Lagerbestände um 0,7 und die Endverkäufe um 1,5 Prozent zunahmen, müssen sich zwangsläufig die Räder schneller drehen. Immerhin liegt die Vorratshaltung noch um 2,1 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Es sieht so aus, daß US-Handelsminister Baldrige recht behält und sich die Wertschöpfung in den Vereinigten Staaten im vierten Quartal 1983 um sechs bis sieben Prozent preisbereinigt erhöht. In den drei vorausgegangenen Vierteljahresperioden wuchs das reale Bruttosozialprodukt um 7,9, 9,7 und 2,6 Prozent. Das Tempo wird damit den Aufschwüngen nach den sieben Rezessionen entsprechen, die seit 1945 registriert worden sind.

Seit November 1982, als die letzte Rezession in den USA ihren tiefsten Punkt erreichte, hat sich die Industrieproduktion um stolze 14,8 Prozent erhöht. Mit 154,8 hat der Index die im Juli 1981 (153,9) und März 1979 (153,5) aufgestellten Rekorde gebrochen. *Für die künftige konjunkturelle Entwicklung* ist wichtig, daß nun mehr Kapital- als Konsumgüter hergestellt werden (plus 2,2 und 0,3 Prozent im Oktober). Starke Anstöße gehen nach wie vor von der Rüstungsindustrie aus (1,2 Prozent).

Nach Angaben der US-Notenbank ist die Industrieproduktion in Amerika seit Jahresfrist um 14,1 Prozent gestiegen; bei Endprodukten betrug die Zunahme 10,9, bei Halbfertigwaren 15,7 und bei Vormaterialien 17,7 Prozent. In der Weiterverarbeitung erhöhte sich die Erzeugung um 15,7 Prozent, wobei 19,3 und 11,8 Prozent auf die Bereiche langlebige Gebrauchs- und Konsumgüter entfielen. Bei Investitions- und Rüstungsgütern wurde ein Zuwachs von 10,3 und 10,4 Prozent festgestellt.

Für Unternehmensanleihen (Bonds) betrug der Durchschnittszins in den USA im Oktober 12,79, für zehnjährige Treasury-Papiere 11,54 und für dreimonatige Treasury Bills 8,71 Prozent.

EIGENKAPITALQUOTE / Bundesbank: Insolvenzwelle durch Auszehrung

Ertragsschwäche bedroht Unternehmen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Eigenkapitalquote im Produzierenden Gewerbe und im Handel ist weiter gesunken. Nach einer Untersuchung der Bundesbank, die sich auf die Jahresabschlüsse von rund 20 000 Unternehmen stützt, ist der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme im letzten Jahr nochmals geringfügig von 18,7 auf 18,5 Prozent zurückgegangen. In der Periode 1970/74 lag die Eigenkapitalquote noch bei 25 Prozent, im Jahre 1965 sogar noch bei rund 30 Prozent.

Die langfristige Auszehrung der Eigenkapitalbasis hat maßgeblich zum Hochschwappen der Insolvenzwelle beigetragen, schreibt die Bundesbank in ihrem neuesten Monatsbericht. Solange mit Fremdkapital noch zusätzliche Gewinne erwirtschaftet wurden, die auch den Ertrag des Eigenkapitals steigen ließen, sei die immanente Gefährdung der Unternehmen durch die Kapitalschwäche nicht sichtbar geworden. Erst als eine zunehmende Zahl von Firmen in die Verlustzone geriet, wurde die existenzbedrohende Gefahr zu geringer Eigenmittelausstattung offenbar. Da sich die Unternehmen deshalb mit neuen Investitionsvorhaben zurückhielten und der Sicherung der Zahlungsbereitschaft Priorität einräumten, habe die Wirtschaft trotz erkennbarer *Ansätze zur Besserung der Betriebsergebnisse* erst mit Verzögerung und zunächst auch nur mit kleinen Schritten aus der Talsohle herausgefunden.

Im letzten Jahr haben die Unternehmen ungeachtet gewisser Erfolge bei ihren Bemühungen um Stärkung der Ertragskraft und bessere finanzielle Fundierung die in den Vorjahren entstandenen Probleme noch nicht überwunden, betont die Bundesbank. Inzwischen erkennt sie aber Fortschritte in dieser Richtung, die unerläßlich seien, wenn die Unternehmen auf Dauer ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten und ausbauen sollen, ohne die ihr Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum und zur Wiederherstellung eines befriedigenden Beschäftigungsstandes nicht zu sichern sei.

Nach der Untersuchung der Bundesbank blieben die Ertragsverhältnisse nach ersten vorläufigen Hochrechnungen auch 1982 noch angespannt. Der Jahresüberschuß vor Steuern erreichte etwa das Vorjahresniveau (122,5 Mrd. DM). Er fiel allerdings nach Steuern mit 45,5 Mrd. DM noch *um zwei Prozent niedriger aus* als im Vorjahr. Die Umsatzrendite hielt sich auf dem niedrigen Vorjahresniveau von etwa 1½ Prozent gegenüber 2,2 Prozent 1980 und 3,6 Prozent 1970. Diese Zahlen dokumentieren den Gewinneinbruch in den Jahren 1980/91, der inzwischen zum Stillstand gekommen ist.

Die Gesamterträge wurden 1982 vor allem durch weiterhin stark sinkende Gewinne im Baugewerbe und in Teilen des Handels gedrückt. Im Verarbeitenden Gewerbe standen Bereichen mit Verlustabschlüssen (Mineralölindustrie, NE-Metallerzeugung, Maschinenbau) andere Zweige mit spürbar gebesserter Ertragslage gegenüber, ohne daß es gelang, den Gewinnrückgang der beiden Vorjahre schon wieder auszugleichen; dies gelte, so die Bundesbank, für Teile der Chemischen und Elektrotechnischen Industrie und das Textilgewerbe.

GEMEINDEFINANZEN / Deutlich verbessert, aber

Noch keine Normalisierung

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Finanzlage der Gemeinden, die sich zu Beginn der achtziger Jahre zunächst gravierend verschlechtert hatte, zeigt jetzt, wie die Bundesbank *in ihrem Monatsbericht* hervorhebt, bemerkenswerte Ansätze zu einer Verbesserung. Das Defizit, das sich von 1979 bis 1981 auf gut zehn Milliarden Mark verdoppelt hatte, sank 1982 auf 7,5 Milliarden und dürfte 1983 weiter auf höchstens vier Milliarden Mark zurückgehen, nachdem das Minus im ersten Halbjahr aufgrund von Sonderumständen sogar auf 0,7 Milliarden begrenzt werden konnte.

Zur Verbesserung der kommunalen Finanzen trugen einmal höhere Einnahmen aus Steuern und Gebühren sowie sonstige laufende Zuweisungen von Gebietskörperschaften bei, zum anderen reduzierten die Gemeinden ihre Ausgaben. Die Ausgaben *für Sachinvestitionen, neben den* Personalausgaben der größte Block, haben sich in der ersten Hälfte dieses Jahres allein um 11,5 Prozent vermindert – eine Folge des starken Rückgangs der kommunalen Bauaufträge 1980/81.

Trotz der Fortschritte beim Abbau der Defizite kann man nach Meinung der Bundesbank aber noch nicht wieder von einer Normalisierung der Finanzlage sprechen. Das sei erst dann gerechtfertigt, wenn die Gemeinden mit ihren von Ende 1980 bis Mitte dieses Jahres von gut 88 auf knapp 103 Milliarden Mark gestiegenen Schulden nicht nur in der Lage sind, ihren Schuldendienst vollständig aus laufenden Einnahmen zu bedienen, sondern darüber hinaus auch wieder über mehr eigene Mittel zur Finanzierung neuer Investitionsvorhaben verfügen. Je mehr sich die Finanzlage bessert, um so eher könne man auch wieder mit einer Ausdehnung der kommunalen Investitionstätigkeit rechnen.

Schon jetzt deute sich an, so bemerkt die Bundesbank, daß die in den vergangenen Jahren stark gesunkene „freie Finanzspritze" wieder zunehmen wird. Gelinge es den Gemeinden, die Zunahme ihrer laufenden Ausgaben nachhaltig zu begrenzen, dann werde auch der finanzielle Spielraum für notwendige Investitionen wieder weiter.

EG / Sonderrat gibt Agrardossier an Fachminister zurück

Reform braucht noch Zeit

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Pläne für eine Reform der europäischen Agrarpolitik brauchen noch Zeit. Auch der bevorstehende EG-Gipfel wird nach Meinung Brüsseler Experten wohl nur allgemeine Grundsätze für eine Neuorientierung festlegen können, nachdem sowohl der von den Regierungschefs eingesetzte Spezialministerrat (Außen- und Finanzminister) sowie der Rat der Landwirtschaftsminister bisher den „Einstieg" in wirkliche Verhandlungen verpaßt haben.

Der Sonderrat hatte am letzten Wochenende das „Agrardossier" an die Fachminister zurückgegeben; diese beschränkten sich jedoch am Rande ihrer Brüsseler Routinekonferenz im wesentlichen auf die Kenntnisnahme eines Berichtes der griechischen Präsidentschaft über den Stand der Reformbemühungen. Er soll (nach internen Beratungen in den Hauptstädten) in ein umfassenderes Papier eingehen, das den Staats- und Regierungschefs für ihre Athener Zusammenkunft vom 4. bis 6. Dezember als Diskussionsgrundlage dienen soll.

Einig sind sich die Landwirtschaftsminister jedenfalls nach dem Agrarbericht darüber, daß die Gemeinschaft in Zukunft eine „vorsichtige und in manchen Fällen restriktive Preispolitik" treiben muß und für Überschußerzeugnisse Garantieschwellen einführen sollte, bei deren Überschreitung die Landwirte bestraft werden. Für Milch werden mehrere Optionen nebeneinander gestellt, ebenso für die von der EG-Kommission vorgeschlagene Fettsteuer und den Abbau der Währungsausgleichsbeträge im Handel.

Letzte Chance, diese Aussagen zu konkretisieren, ist eine allgemeine Ratssitzung am 28. November, an der auch die Finanz- und Landwirtschaftsminister teilnehmen werden. Die Aussichten, bei dieser Gelegenheit voranzukommen, sind allerdings *nicht vielversprechend*. Auch bei den anderen Schwerpunkten der EG-Reform sind die Verhandlungen bisher kaum über den Austausch von Erklärungen hinausgelangt.

CHARBONNAGES DE FRANCE / Koalitionskrise scheint ausgestanden

Regierung verspricht Strukturhilfen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Koalitionskrise, die der überraschende Rücktritt des kommunistischen Präsidenten der staatlichen Charbonnages de France (CdF) auszulösen schien, wurde durch das Versprechen der Regierung auf mehr „nationale Solidarität" für die von der Kohlenkrise betroffenen Bergarbeiter verhindert. Daraufhin stimmte die KPF-Fraktion der Nationalversammlung in der Nacht zum Mittwoch dem Budget des Industrieministeriums vorbehaltlich zu.

Die staatlichen Subventionen an die CdF wurden danach für 1984 auf 6,5 Milliarden Franc festgesetzt, was genau dem diesjährigen Betrag entspricht. Inflationsbereinigt werden sie aber um mindestens fünf Prozent gekürzt. Auf diesen Satz veranschlagt das Budget den nächstjährigen Preisanstieg. *Da aber die staatlichen* Sozialzuschüsse (beispielsweise Knappschaftsversicherung) real steigen werden, mußte die Produktionshilfe auch nominal gekürzt werden. Es handelt sich dabei um Subventionen, durch die die Einstandspreise der französischen Kohle auf das Niveau der Importkohle herabgeschleust werden. Dadurch wird eine künstliche Wettbewerbsfähigkeit auf dem Binnenmarkt herbeigeführt. Für diese Zwecke werden der CdF nächstes Jahr 3,9 (3,5) Milliarden Franc bereitgestellt.

Je Tonne geförderter Kohle könnte gleichwohl die Subvention etwas zunehmen, falls die französische Förderung weiter stark zurückgeht. Der Industrieminister hat sich aber nicht auf bestimmte Förderziele festgelegt. Die von der KPF und der kommunistisch geleiteten CGT-Gewerkschaft geforderte Fördersteigerung wird von den Sozialisten inzwischen abgelehnt. Staatspräsident Mitterrand selbst erklärte ausdrücklich, der Aufwand des Staates für die nationale Kohle müsse begrenzt werden.

Trotz der von 5,85 Milliarden Franc 1981 auf 6,5 Milliarden Franc 1982 gestiegenen laufenden Staatssubventionen verzehnfachte sich das Geschäftsdefizit der CdF von 0,07 auf 0,69 Milliarden Franc. In diesem Jahr dürfte es 1,8 Milliarden Franc erreichen. Die Verschuldung der CdF, die ihre Ertragsrechnung schwer belastet, liegt gegenwärtig bei 17 Milliarden Franc. Sie hat sich damit innerhalb von drei Jahren verdoppelt. Diese katastrophale Entwicklung ist nicht nur konjunkturell (Stahlkrise) bedingt. Die französische Kohleförderung ist auch aus strukturellen und geologischen Gründen besonders unrentabel.

Eine weitere Kürzung der von 20 Millionen 1982 auf rund 18 Millionen Tonnen in diesem Jahr reduzierten Förderung scheint danach unvermeidbar, um das CdF-Defizit und die *laufenden Staatssubventionen* abzubauen. Jede Zechenschließung soll aber durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze in anderen Industrien kompensiert werden.

BEWAG / Fünf Mark Dividende – Eine Mark Bonus

Zufriedenstellendes Ergebnis

Os. Berlin

Die bereits im Vorjahr verbesserte Ertragskraft der Berliner Kraft- und Licht (Bewag)-AG, Berlin, hat sich im Geschäftsjahr 1982/83 (30. Juni) weiter verstärkt. Das sagte Vorstandssprecher Dr. Wilm Tegethoff bei der Vorlage der Bilanz vor Journalisten. Er nannte das Ergebnis insgesamt zufriedenstellend, es sei wieder ohne die Zuhilfenahme von außerordentlichen Zuflüssen wie Investitionszulagen oder Verstromungszuschüssen erwirtschaftet worden.

Für das laufende Jahr erwartet er ein ähnlich gutes Ergebnis, wenn die Brennstoffkosten keinen Strich durch die Rechnung machen. Die Strompreise, die jetzt seit fast zwei Jahren unverändert sind, sollen bis Mitte nächsten Jahres und vielleicht darüber hinaus stabil bleiben. Bei einem um 4,9 Prozent auf knapp 2 *Mrd. DM* gestiegenen Umsatz ist der Brennstoffaufwand des Berliner Stromversorgungsunternehmens nur um 1,4 Prozent geklettert. Das Betriebsergebnis wird mit 167 (139) Mill. DM angegeben, das Ergebnis je Aktie mit 13,30 (12,61) DM.

Dennoch muß die Bewag zur Ausschüttung – der Hauptversammlung am 12. Dezember in Berlin sind neben unverändert 5 DM Dividende 1 DM Bonus aus Anlaß des 100jährigen Bestehens vorgeschlagen – die Rücklagen mit 25 Mill. DM in Anspruch nehmen. Das hängt damit zusammen, daß die Bewag 64 Mill. DM erhaltene Investitionszulagen zurückstellen muß, weil sie nach der neuen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs strittig sind. Auch die Rücklagen, die im Vorjahr noch 44,8 Mill. DM erhalten hatten, müssen diesmal leer ausgehen.

Für das neue Kraftwerk Reuter West, für das das Oberverwaltungsgericht Berlin den Bebauungsplan für nichtig erklärt hat, erwartet die Bewag keinen Baustopp. Allerdings würde sich die geplante Inbetriebnahme der beiden Kraftwerksblöcke von je 300 Megawatt in den Jahren 1986 und 1987 auf jeden Fall verzögern.

IBH-VERGLEICH / Ausländische Töchter betroffen

Heute neue Krisenrunde

Mainz/Frankfurt (wb./ed.) – Heute findet in Fankfurt ein zweites Gespräch zwischen Vertretern des Baumaschinenkonzerns IBH und dessen Vergleichsverwalter Wolfgang Petereit einerseits und wesentlichen Stützungsbanken der SMH-Bank andererseits statt. Ob IBH-Chef Horst Esch, der Anfang November den Vergleich für seine Mainzer Konzernholding anmelden mußte, an diesem Gespräch noch teilnehmen wird, war vorher nicht zu erfahren.

Wenn auch von den beteiligten Banken bislang wenig Bereitschaft zu weiteren Engagements bei IBH signalisiert wurde, so erwartet Petereit von der neuen Krisenrunde doch eine „gewisse Weichenstellung". Nach seiner Ansicht – und darin weiß er sich mit seinen „Kollegen" bei den ebenfalls in Vergleich gegangenen IBH-Beteiligungen Wibau, Hanomag und Zettelmeyer einig – hat die separate Sanierung einzelner Konzernteile wenig Sinn.

So wird es auch heute im wesentlichen darum gehen, die Realisierungsmöglichkeiten einer „großen Lösung" zu prüfen, wie sie von der Geschäftsleitung und dem Vergleichsverwalter „gemeinsam getragen" wird.

Konkursverwalter bestellt

London (fu.) – Die drei britischen Tochtergesellschaften der im Vergleich befindlichen Baumaschinengruppe IBH Holding AG, Mainz, die IBH Holding UK in Newbury, die Terex Limited in Motherwell (Schottland) und die Hymac Ltd. in Newbury, sind unter die Aufsicht von Konkursverwaltern gestellt worden. Diese werden versuchen, unter weitestgehender Substanz-Erhaltung die drei Firmen oder Teile davon zu verkaufen.

Dies gilt insbesondere für die Firmen Terex und Hymac, die vor allem Planierraupen und andere Erdbewegungsmaschinen herstellen, während die IBH Holding UK als verwaltungs- und vertriebstechnischer Brückenkopf der IBH Holding dient. Terex Ltd. ist eine 100prozentige IBH-Tochter mit rund 1400 Mitarbeitern. Hymac Ltd. (knapp 600 Mitarbeiter) gehört zu 98 Prozent zur IBH-Gruppe. Beide Unternehmen haben mehrere Produktionsstätten in Großbritannien.

Da es in Großbritannien nicht die Möglichkeit eines Vergleichsverfahrens gibt, sind unmittelbar nach der Bekanntgabe des IBH-Vergleichsantrags bei den britischen Tochterfirmen Receiver (Konkursverwalter) eingeschaltet worden, die zunächst die Betriebe weiterführen, aber gleichzeitig Kontakte mit Übernahme-Interessenten suchen. Ihr Ziel ist, die Unternehmen möglichst ganz zu verkaufen, um sowenig Arbeitsplätze wie möglich zu gefährden. Nur, wenn dies nicht gelingen sollte, werden Betriebsteile und Vermögenswerte veräußert, meist im Auktions-Verfahren.

Trotz der schwachen Lage im Baumaschinenbereich soll es inzwischen in Großbritannien Übernahme-Interessenten geben. Im Gespräch ist unter anderem die britische General Electric PLC, die eine Übernahme von Terex, einschließlich der amerikanischen Terex im Bundesstaat Ohio, erwägen soll. Möglich ist auch immer noch, daß sowohl Terex als auch Hymac einer neuen, verkleinerten IBH angehören könnten.

Großes Interesse sogar scheint in Großbritannien an einer ganzen oder teilweisen Übernahme der Wibau AG, Gründau, zu bestehen, die – wie berichtet – in der vergangenen Woche ebenfalls Vergleichsantrag gestellt hat. Bei der IBH-Holding in Mainz liegt ein Beteiligungspaket an der Wibau in Höhe von 36,6 Prozent. Bei den drei britischen Tochtergesellschaften der Wibau in Großbritannien, Wibau Winget Ltd. in Gloucester, Wibau Elaw Knox Ltd. in Rochester und Allatt, ist der Konkursverwalter inzwischen auch bestellt worden. Als Interessenten an Wibau werden in London erneut General Electric PLC sowie der Misch- und Investment-Konzern Trafalgar House PLC genannt.

Staat soll helfen

Paris (J. Sch.) – Die Schwierigkeiten des deutschen Baumaschinenkonzerns IBH haben jetzt auch die IBH-France in Saint Priest bei Lyon und deren Töchter Maco-Meudon, HB-Industries und Derruppe Industries erfaßt, die zusammen 1100 Personen beschäftigen und 700 Millionen Franc 1982 umgesetzt haben, davon die Hälfte im Export. Deren am Dienstag erfolgte Konkurseröffnung, die nach französischem Recht auch in einen Vergleich münden kann, soll den Weg zur Restrukturierung frei machen, erklärte die Verwaltung auf Anfrage der WELT. Der Schritt wird offiziell damit begründet, daß der Vergleich der IBH AG und die Schwierigkeiten der deutschen SMH-Bank den Sanierungsplan von IBH-France plötzlich zunichte gemacht hätten. Eine Ersatzlösung hätte aus zeitlichen Gründen nicht gefunden werden können.

Mit Hilfe des französischen Staates soll jetzt der Betrieb weiter fortgeführt und in Ruhe nach einem neuen Eigentümer Ausschau gehalten werden. Übernahmeverhandlungen würden dadurch erleichtert, daß die nicht genannten Defizite im Verlaufe dieses Jahres beträchtlich abgebaut werden konnten, erklärte die Verwaltung.

MÜNCHENER RÜCK / Auslandsgeschäft schnitt schlechter ab – Einbruch in der Kreditversicherung

Technischer Verlust, aber höhere Reservekraft

HARALD POSNY, **München**

Das weiter verschlechterte technische Ergebnis hat im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) das Gesamtergebnis der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, München, noch stärker als im Vorjahr belastet. Zwar konnte den mit Schwankungsrückstellungen von 29 (38) Mill. DM die offen ausgewiesene Reservekraft des Unternehmens gestärkt und das Ergebnis des allgemeinen Geschäfts erheblich gesteigert werden, doch reichte der auf 35,2 (45,4) Mill. DM abgeschmolzene Jahresüberschuß nur zur Zahlung der Dividende von 9 DM je 50-DM-Aktie nicht jedoch zu einer Dotierung der Rücklagen sowie der Sonderrücklage für Großschäden aus.

Gleichwohl betonte Vorstandsvorsitzender Horst K. Jannott, daß während der letzten 15 Jahre, die von zum Teil extremen Ergebnisausschlägen gekennzeichnet waren, kein Auszehrungsprozeß stattgefunden habe. Ganz im Gegenteil: Die bisherige Geschäftspolitik, die Reservekraft dem steigenden Beitragsvolumen und der sich ständig ändernden Risikolage anzupassen, habe sich als richtig und notwendig erwiesen. Andererseits habe man 1982/83 bei den inneren Reserven deutlich und stärker als im Vorjahr zulegen können.

Zur Anpassung des Eigenkapitals an den weiter gestiegenen Geschäftsumfang soll die Hauptversammlung am 9. Dezember der Erhöhung des Grundkapitals um 98 auf 475 Mill. DM zustimmen. Es sollen teileingezahlte Namensaktien im Nennbetrag von je 100 DM mit 50 DM Einzahlung und 50 DM Aufgeld ausgegeben werden. Jannott bezeichnete das Bezugsrecht (4:1) den günstigen Emissionskurs von 100 DM sowie die rückwirkende Dividendenberechtigung zum 1. 7. 1983 auf der gegenwärtigen Kursbasis von 120 DM „sehr attraktiv". Die Rendite von !4 Prozent sei bewußt mit Blick auf die zahlreichen Daueranleger angestrebt worden. Für die demnächst ablaufende Ermächtigung zur Kapitalerhöhung soll ein neues genehmigtes Kapital von 125 Mill. DM geschaffen werden.

Die Beitragssteigerung 1982/83 lag brutto wie netto deutlich unter den Wachstumsraten des Vorjahres (15,3 und 16,2 Prozent), wobei Ausland und Inland mit 4,1 (22) und 5,3 (10) Prozent Zuwachsraten weniger deutlich voneinander abwichen, das Auslandsgeschäft jedoch erstmals seit 4 Jahren geringer wuchs als das Inlandsgeschäft.

Entscheidend für das geringere Wachstum war der Beitragsrückgang in der Feuerversicherung des Inlands, der Transport- und Lebensversicherung sowie der beiden umsatzstarken Sparten Feuer- und Technische Versicherungen im Ausland.

Auch die Wechselkursänderungen dämpften das Beitragswachstum. Bei Kursparallelität wäre das Plus aus dem Ausland mehr als doppelt so stark gewesen. Die Steigerung der Bruttobeiträge um 400 Mill. DM ergab sich per saldo, so Jannott, aus Mindereinnahmen von jeweils 300 Mill. DM durch Währungsveränderungen sowie Kündigungen und Anteilsreduzierung im Bestand, denen 300 Mill. DM aus Neugeschäft und 700 Mill. DM aus natürlichem Zuwachs aus bestehenden Verträgen gegenüberstanden.

Im Ergebnis schloß das Ausland schlechter ab als das Inland, im Inland hat sich nicht nur das Kraftfahrt- und Feuergeschäft rapide verschlechtert, den größten Einbruch im Ergebnis brachte mit 60 Mill. DM Verlustpotential die Kreditversicherung. Im Ausland schlugen weniger Naturkatastrophen und Größtschäden, sondern überwiegend wie im Inland die große Masse des Geschäfts negativ zu Buch.

Für das laufende Jahr rechnet Jannott mit einer leichten Prämiensteigerung, im Inland mit 3 bis 4 Prozent, im Ausland jedoch nur bei stabilen Wechselkursen. Das technische Ergebnis werde sicher nicht besser ausfallen als 1982/83 Dank steigenden Kapitalanlagevolumens und höherer Kapitalerträge sei jedoch die Dividende auf das erhöhte Kapital nicht gefährdet.

Der Abschuß des südkoreanischen Jumbos durch Sowjet-Kampfflugzeuge wird die Münchner Rück voraussichtlich 15 bis 20 Mill. DM an Kasko- und Personenentschädigung kosten, der US-Hurricen „Alicia" 25 Mill. DM.

Münchener Rück	1982/83	± %
Bruttoprämie (Mill. DM)	9638	+ 4,7
Auslandsanteil (%)	47,5	(47,5)
Nettoprämie [1]	8408	+ 3,8
Selbstbehalt (%)	87,2	(88,0)
Aufw. f. Vers. Fälle	5554	+ 7,4
Vers. techn. Ergebn. [2]	–400	(–287)
Kapitalanlagen [3]	10132	+10,8
Kapitalerträge [4]	734	+ 15,0
in % d. Nettoprämie	**82/83**	**81/82**
vers. techn. Ergebnisse	– 4,8	– 3,5
vers. techn. Rückst.	162,6	175,3
Garantiemittel	195,9	185,2
Betriebskosten	2,1	2,0
Eigenkapital	9,6	9,9

[1] Bruttoprämie minus Rückversicherungsbeitr.; [2] nach Zuführung von 29,2 (38,1) Mill. DM zu den Schwankungsrückstellung.; und vor Abzug d. Aufw. f. eig. Verw.; [3] ohne Depotford.; [4] netto.

WOHNUNGSBAU

Beratungsservice für Hausbesitzer

dos. **Hannover**

Einen neuartigen Beratungsservice für Hauseigentümer hat jetzt der Genossenschaftsverband Niedersachsen in Hannover vorgestellt. Kernstück des Services ist ein „Modernisierungs-Kompaß", der von der Arbeitsgemeinschaft Wohnbaumodernisierung, einem Zusammenschluß führender Hersteller aus allen relevanten Bereichen, dem EN-OP-Institut für Energieberatung und -forschung, Offenau, sowie der Bausparkasse Schwäbisch Hall entwickelt wurde. Die Aktion ist zunächst auf Niedersachsen und Bremen begrenzt, soll aber ab Mitte 1984 bundesweit von den Volks- und Raiffeisenbanken angeboten werden.

Die Arbeitsgemeinschaft geht davon aus, daß der Sanierung und Modernisierung vorhandener Wohnungen gegenüber dem Neubau immer stärkeres Gewicht zukommt, die neutrale Beratung jedoch zu kurz kommt. Konservative Schätzungen rechneten mit einem jährlichen Modernisierungsvolumen von 60 bis 80 Mrd. DM in der Bundesrepublik. Fast alle vor 1973 errichteten Wohneinheiten seien allein in energietechnischen Belangen überholt. Der Hauseigentümer stehe vor einer unübersichtlichen Fülle von Spezialinformationen. Weil jedoch der Gesamtüberblick „rund ums Haus" fehle, sei das Risiko von Fehlinformationen und -investitionen groß.

Diese Lücke schließe der „Modernisierungs-Kompaß". Er basiert auf einem Fragebogen, der von Energiespartechnikern und Modernisierungsexperten entwickelt wurde. Dabei werden nicht mehr die einzelnen Komponenten des Hauses (Fenster, Außenwände, Heizanlage, Fußböden usw.) getrennt, sondern im Zusammenhang erfaßt und ausgewertet. Dies erfolgt im Rechenzentrum der Bausparkasse Schwäbisch Hall.

Zumindest vorerst wird der „Kompaß" für jeden Interessenten kostenlos erstellt. Alle Beteiligten versprechen sich von dieser Aktion, die auch die finanzielle Beratung durch die genossenschaftlichen Banken und die Bausparkasse Schwäbisch Hall umfaßt, belebende Impulse auf dem Gebiet des Wohnungsbaus.

Wieder Zuwachs im Neugeschäft

Sz., **München**

Nicht nur auf dem Neubausektor, sondern auch bei Modernisierungs- und Renovierungsmaßnahmen „tut sich wieder mehr" als erwartet. Ein deutliches Zeichen dafür ist, wie Gottfried Hofmann, Vorstandssprecher der Heimstatt-Bausparkasse, vor der Presse in München erklärte, das außerordentliche rege Zwischenkreditgeschäft, das in den ersten zehn Monaten 1983 im Vergleich zum Vorjahr dem Institut ein Plus von 40 Prozent auf 150 Mill. DM brachte.

Nach den recht schwierigen Bauspar-Jahren 1981 und 1982 sieht Hofmann dem Jahresergebnis mit Zuversicht entgegen. Insgesamt könne die Heimstatt ein Neugeschäft von 700 bis 800 Mill. DM erwarten. Im vergangenen Jahr war das Neugeschäft mit 656,8 Mill. DM um 18,1 Prozent niedriger ausgefallen. Per Ende Oktober 1983 konnte nun wieder ein Zuwachs von rund 11 Prozent auf etwa 600 Mill. DM Bausparsumme und bei der Anzahl der Verträge um ungefähr 13 Prozent auf rund 515 000 Stück erzielt werden.

Neue Kredite für Maxhütte

AP, **München**

Die in finanzielle Schwierigkeiten geratene Maxhütte in der Oberpfalz erhält weitere Kredite in Millionenhöhe. Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß teilte nach Angaben eines Regierungssprechers vor dem Ministerrat in München mit, die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt habe sich bereit erklärt, der Maxhütte ein Darlehen in Höhe von 35 Mill. DM zur Finanzierung des laufenden Umstrukturierungsprogramms einzuräumen. Strauß, der Mitglied des Verwaltungsrates der Kreditanstalt ist, erklärte weiter, damit sei die Voraussetzung für einen gleich hohen Kredit der bayerischen Landesanstalt für Aufbaufinanzierung geschaffen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Albstadt: Hans Richard Keinath, Inh. d. Fa. Hans Keinath, Wäsche u. Bekleidung; **Betzdorf:** Knautz Metallbau GmbH, Derschen; **Essen:** Degenhardt GmbH – Tief- u. Eisenbahnbau; **Euskirchen:** Manfred Wolfgang Pankuweit, Inh. d. Peter Haupt; **Frankfurt:** Action Video Filmvertrieb GmbH; Nachl. d. Ernst August Burghardt; MSP Microelectronic GmbH, Hattersheim 2; Erika Rogalski, Bad Schwalbach, Inh. d. Fa. Blumen-Import Rogalski; env Vertrieb europäischer Neuheiten GmbH & Co. KG; Rhein-Main-Fruchtimportges. mbH; **Friedberg (Hessen):** DSF Pumpen u. Motoren GmbH, Bad Nauheim; **Hamburg:** Günther Hartmann, Kaufmann, Alleininh. d. Günther Hartmann; Nachl. d. Karl-Heinrich Ramermann; KG f. Ges. f. Leichtmetallbau mbH & Co.; Beteiligungsges. Leichtmetallbau mbH; Madrigalfilm Produktionsges. mbH.

NAMEN

Kurt Bredehorst, Mitglied des Vorstandes der Düwag Aktiengesellschaft, Krefeld-Uerdingen, wurde am 12. November 60 Jahre.

York Seewald (32), geschäftsführender Mitgesellschafter des Stuttgarter Seewald Verlags, verläßt das Unternehmen (bleibt aber Gesellschafter) und wendet sich neuen Aufgaben zu.

Dr. **Erich Schmitt,** Vorstandsmitglied der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank, München, feierte am 14. November den 60. Geburtstag.

Martin Rösler, Firmengründer und persönlich haftender Gesellschafter der Rösler Offenthal KG und der Openfire Rösler-Kamine GmbH, wird am 20. November 70 Jahre.

Hanse-Merkur nach Fusion stärker

Py. **Düsseldorf**

Nach der Verschmelzung der Braunschweigischen Versicherungen (Leben und Sach), Braunschweig, mit der Hanse-Merkur Versicherungsgruppe (Kranken, Leben, Sach), Hamburg, wird die neugebildete Gruppe Ende dieses Jahres über ein Prämienvolumen von 485 (452) Mill. DM verfügen. Den überwiegende Teil davon wird mit 313 (299) Mill. DM weiterhin die Hanse-Merkur Krankenversicherung AG, die Muttergesellschaft der Gruppe, bestreiten.

Die durch Verschmelzung neu entstandene Hanse-Merkur und Braunschweigische Lebensversicherung AG wird zum Jahresende über eine Bestandsumme von 3,1 Mrd. DM, ein Prämienvolumen von 130 Mill. DM sowie über Kapitalanlagen von 900 Mill. DM verfügen. An der neuen Lebensversicherung hat die Hanse-Merkur Kranken 74 Prozent der Anteile, der bisherige Hauptaktionär der Braunschweigischen, die Versicherungsgruppe Hannover (VGH), hält weiterhin eine Schachtel. Die Gesamtgruppe zählt 970 000 Verträge in ihrem Bestand.

ITT hoffen auf höheren Umsatz

dpa/VWD, **Frankfurt**

Die in der ITT Gesellschaft für Beteiligungen mbH, Frankfurt, zusammengefaßten Gesellschaften erwarten im Vergleich zum Vorjahr überwiegend eine Umsatzerhöhung. Aufgrund des anhaltend starken Wettbewerbs sehen aber nicht alle Unternehmen des Teilkonzerns eine entsprechende Besserung des Ergebnisses, schreibt die deutsche ITT-Holding in ihrem Jahresbericht 1982. In der Holding sind die deutschen Interessen des US-Konzern ITT zusammengefaßt, darunter die Alfred Teves GmbH in Frankfurt.

Das Jahr 1982 schloß mit einem konsolidierten Jahresüberschuß von 81,1 Mill. DM ab, gegenüber einem Fehlbetrag von 29,4 Mill. DM 1981. Im vergangenen Jahr stieg der konsolidierte Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 3,5 Prozent auf 2,71 Mrd. DM. Einschließlich Mehrwertsteuer errechnet sich ein konsolidierter Gesamtumsatz von knapp 3,0 (1981: 2,88) Mrd. DM. Der Exportanteil am Nettoumsatz nahm auf 25,4 (24,6) Prozent zu. Die konsolidierten Gesellschaften beschäftigen insgesamt 19 710 (20 297) Mitarbeiter.

Weiterer Schritt zur Werften-Fusion

W. W. **Bremen**

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „Treuarbeit" hat grünes Licht für die Fusion von drei Werften im Land Bremen gegeben. Sie bescheinigte die Tragfähigkeit des Modells der Vorstände dreier Schiffbaubetriebe. Danach sollen die Bremer Vulkan AG, die Seebeckwerft und die Hapag-Lloyd-Werft in Bremerhaven verschmelzen; die AG „Weser" in Bremen wird geschlossen. Die Bremer Landesregierung will ihren finanziellen Beitrag zur Fusion leisten, wenn der Bund auch dem Konzept zustimmt und die beantragten Mittel bewilligt. 230 Mill. DM kostet die Fusion, von denen die öffentliche Hand und die Eigner der Werften je die Hälfte tragen sollen. Der Senat fordert vom Bund allerdings 75 Prozent der 115 Mill. DM. Insgesamt muß Bremen 50 Mill. DM aufbringen. Sollte die Fusion noch in diesem Jahr über die Bühne gehen, muß ein Nachtragshaushalt aufgestellt werden. Der Sozialplan für die 2000 Mitarbeiter der AG „Weser", die ihren Arbeitsplatz zum Jahresende verlieren, könne nur über die neu zu gründende Gesellschaft getragen werden.

ERFOLGREICH IM WETTBEWERB / Dr. Neuhaus Mikroelektronik KGaA

Den Gang an die Börse schon im Visier

KAREN SÖHLER, **Bonn**

Vor rund 140 Jahren betrachtete Engels die mechanischen Webstühle als arbeitsplatzraubende Errungenschaft der modernen Technik, heute sind es die Fortschritte auf dem elektronischen Sektor, die zu dem verärgerten Ausruf „Jobkiller" veranlassen. Damals wie heute wehren sich die einen, während die anderen sich den Gang der Zeit zum eigenen Vorteil machen.

Ein gutes Beispiel für letztere Gruppe bietet Gottfried Neuhaus mit seiner seit dem 1. März 1982 aktiv tätigen Dr. Neuhaus Mikroelektronik KGaA, Hamburg. Das viermonatige Rumpfgeschäftsjahr konnte das Unternehmen immerhin schon positiv abschließen, wenn auch nur mit einem Überschuß von 2000 DM bei einem Umsatz von 152 000 DM. Schon etwas mehr Eindruck machen die Ergebnisse des Geschäftsjahres 1982/83 (30. 6.): Umsatz 2,2 Mill., Bilanzsumme 1,2 Mill., Jahresüberschuß vor Steuern 68 000 DM. Dem Aufsichtsrat wird eine Dividende von sechs Prozent vorgeschlagen. Das Grundkapital beträgt 500 000 DM. Sicherlich – noch ist das Unternehmen ein Kleinkind unter den Großen der Wirtschaft. Aber Kinder wachsen bekanntlich.

Im Augenblick umfaßt die Leistungspalette des Unternehmens Beratung, Wartung von Systemen, Durchführung von Seminaren und natürlich Entwicklung von Mikrocomputersystemen, also Brain-, Hard- und Software, im Kundenauftrag. Ein typisches Neuhaus-Produkt: Gabelstapler, die im großen Lagersystemen die Vielzahl von Paletten ein- und ausstapeln, werden nicht mehr von einem Fahrer, sondern über ein Mikrocomputer-System gesteuert.

Als Voraussetzung für den Aufbau eines Unternehmens in so kurzer Zeit führt Neuhaus drei Gründe an: Fachkenntnisse, Erfahrung als Manager und Kapital. Die Ausbildung verschaffte sich der Wirtschafts-Ingenieur an der TU-Berlin, die Manager-Erfahrungen sammelte er beim Aufbau der ReMain GmbH, Hamburg, und das Kapital erwarb Neuhaus in Saudi Arabien, als er in Riad den saudischen Hafenminister Fayez Badr beriet. Mit Hilfe dieser drei Elemente eröffnete der nunmehr 29jährige zunächst ein Ingenieur-Büro. Die Erkenntnis, daß die erhoffte Expansion auf einer soliden Kapitalausstattung basieren sollte, veranlaßte Neuhaus, das Büro in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien umzuwandeln – mit einem Drei-Personen-Aufsichtsrat und nunmehr 20 Mitarbeitern. Die persönlich haftende Gesellschafterin HMI Mikroprozessoren GmbH, deren Geschäftsführer Neuhaus ist, hält über 50 Prozent der Stammaktien.

Mit dem bisher Erreichten gibt sich der Jungunternehmer nicht zufrieden. Ein Bereich „Eigene Produkte" soll geschaffen werden. Den ersten Schritt in diese Richtung hat Neuhaus schon gemacht: Im Frühjahr dieses Jahres ließ er die Firma Mikro Graf GmbH in das Hamburger Handelsregister eintragen. Weitere vier Projekte, zum Teil durch ein Sonderprogramm des Bundesforschungsministeriums finanziert, befinden sich in der Endphase ihres Entwicklungsprozesses. Mit allen Produkten glaubt Neuhaus günstig anzubieten, da die Systeme ausschließlich über Mikrocomputer laufen und nicht über die teuren Minicomputer.

Mit dem geplanten Gang an die Börse Ende 1984, Anfang 1985 und der damit verbundenen Kapitalaufstockung macht Neuhaus das Maß an Zukunftsperspektiven voll. Ein Unternehmer im wahrsten Sinne des Wortes.

Warenpreise – Termine

Bruchteilig fester schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Deutlicher zulegen konnte dagegen Kupfer. Fester in allen Sichten ging Kaffee aus dem Markt. Kurz vor Marktschluß wurde Kakao ebenfalls höher bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	15. 11.	14. 11.
Dez.	346,75	346,00
März	361,50	360,50
Mai	362,75	363,25

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	15. 11.	14. 11.
St. Lawrence 1 CW	237,90	geschl.
Amber Durum	262,80	geschl.

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	152,50	151,00
März	157,50	155,50
Mai	160,80	159,70

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	126,30	126,00
März	127,00	126,50
Mai	126,50	126,00

Hafer Chicago (c/bush)	15. 11.	14. 11.
Dez.	183,00	182,75
März	191,50	191,25
Mai	195,00	194,50

Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	358,50	355,75
März	357,50	354,75
Mai	356,25	353,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	15. 11.	14. 11.
Dez.	132,20	131,80
März	136,30	135,50
Mai	136,50	135,60

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	15. 11.	14. 11.
Dez.	148,36	148,11
März	143,60	143,10
Mai	139,00	138,70

Kakao New York ($/t)	15. 11.	14. 11.
Dez	2150	2103
März	2165	2125
Terminkontr. Mai	2197	2146
Umsatz	2212	5373

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	8,75	8,90
März	9,20	9,39
Mai	9,53	9,68
Juli	9,85	10,01
Sept.	10,06	10,20
Umsatz	8 195	7 630

	15. 11.	14. 11.
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	7,93	8,45

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	15. 11.	14. 11.
Nov.	1880–1884	1865–1866
Jan.	1883–1885	1865–1867
März	1851–1852	1833–1835
Umsatz	3606	3841

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1550–1551	1518–1520
März	1576–1577	1527–1528
Mai	1576–1577	1531–1532
Umsatz	8089	2772

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Dez	147,75–148,50	148,75–149,50
März	156,50	–
Mai	–	161,75–161,80
Umsatz	3189	4503

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	15. 11.	14. 11
schw. Sarawak spez.	335,00	335,00
weißer Sarawak	597,50	597,00
weißer Muntok	600,00	600,00

Orangensaft New York (c/lb)	15. 11.	14. 11.
Nov.	136,50	132,10
Jan.	124,40	123,70
März	124,95	122,00
Mai	121,70	120,90
Juli	120,60	119,80
Umsatz	300	–

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	15. 11.	14. 11.
Südstaaten fob Werk	50,00	geschl.

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	28,00	28,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	27,20	28,05
Jan.	27,35	28,10
März	27,80	28,60
Mai	28,00	28,75
Juli	28,25	29,05
Aug.	27,75	28,50
Sept.	28,15	27,10

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	29,50	geschl.

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	20,00	geschl.
Choise white hog 4% fr. F.	18,25	geschl.

Talg New York (c/lb)		
top white	10,25	geschl.
fancy	16,75	geschl.
bleichfähig	16,50	geschl.
yellow max. 10% fr. F.	15,00	geschl.

Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	41,85	42,60
Febr.	46,25	46,90
April	45,95	46,45

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	59,85	61,80
März	60,17	62,05
Mai	62,00	63,65

Häute Chicago (c/lb)	15. 11.	14. 11.
Ochsen einh. schwere River Northern	59,00	58,00
Kühe einh. schwere River Northern	55,00	55,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	819,00	826,00
Jan.	834,00	843,00
März	850,00	858,00
Mai	857,00	865,00
Juli	853,00	858,00
Aug.	831,00	834,00
Sept.	749,00	752,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	237,00	236,50
Jan.	239,00	238,00
März	240,50	239,50
Mai	238,50	238,00
Juli	238,00	236,50
Aug.	227,00	225,00
Sept.	214,00	211,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	15. 11.	14. 11.
Dez.	364,50	370,50
März	376,80	383,00
Mai	383,50	390,50

Kokosöl New York (c/lb)	15. 11.	14. 11.
Westküste fob Werk	40,50	geschl.

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	16. 11.	15. 11.
jegl. Herk. cif	930,00	950,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	515,00	505,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	675,00	675,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	187,00	193,50

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	897,50	900,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	301,00	307,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	15. 11.	14. 11.
Dez.	79,40	79,45
März	81,20	81,40
Mai	82,40	82,35
Juli	82,60	82,70
Okt.	76,65	76,85
Dez.	75,10	75,05

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS –1:	58,25	58,25

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	15. 11.	14. 11.
Dez.	411–415	412–415
Jan.	410–412	411–412
März	416–417	416–417
Umsatz:	49	9

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	15. 11.	14. 11.
Dez.	46,00	geschl.
März	46,50	geschl.
Mai	47,30	geschl.
Juli	47,40	geschl.
Umsatz:	0	–
Tendenz: nominell		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	15. 11.	14. 11.
Dez.	555,00–555,50	546,00–547,00
März	562,00–564,00	563,00–565,00
Mai	575,00–578,00	576,00–578,00
Umsatz:	135	56

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	15. 11.	14. 11.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	15. 11.	14. 11.
Nov.	13 546	13 540
Dez.	13 577	15 500

Kautschuk London (p/kg)	15. 11.	14. 11.
Nr. 1 RSS loco	79,00–80,25	–
Dez.	79,20–80,30	79,00–79,80
Jan.	79,60–80,50	79,30–80,00
Jan/März	79,80–80,00	79,40–79,60
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	15. 11.	14. 11.
Nr. 1 RSS loco:	258,00–259,00	unerh.
Dez.	261,25–261,50	unerh.
Jan.	265,00–265,50	unerh.
Nr. 2 RSS Dez.	255,50–256,50	unerh.
Nr. 3 RSS Dez	252,00–253,00	unerh.
Nr. 4 RSS Dez.	246,50–247,50	unerh.
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	15. 11.	14. 11.
BWC	480,00	480,00
BWD	470,00	470,00
BTC	475,00	475,00
BTD	470,00	470,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	15. 11.	14. 11.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	109,22–109,32	107,63–107,73
drittfolg. Monat	113,20–113,30	111,16–111,71
Zink: Basis London		
laufend. Monat	236,95–237,15	234,16–234,56
drittfolg. Monat	242,32–242,42	239,73–239,93
Produz.-Preis	249,03	247,17
Reinzinn 99,9%	3782–3820	3755–3792

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	15. 11.	14. 11.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	376,01–378,40	368,85–371,24
Blei in Kabeln	117,00–118,00	115,25–116,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	15. 11.	14. 11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	350–358	345–355
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	397–398	390–393
MS 63	392–397	387–391

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	15. 11.	14. 11.
(Ring./kg)	30,28	30,21

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	15. 11.	14. 11.
Leg. 225	400–413	400–413
Leg. 226	402–415	402–415
Leg. 231	432–445	432–445
Leg. 233	442–455	442–455

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	15. 11.	14. 11.
Platin (DM je g)	35,808	35,708
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 400	33 250
Rücknahmepr.	32 650	32 500
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 340	33 200
Rücknahmepr.	32 340	32 200
verarbeitet	34 990	34 840
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 075	32 900
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	793,00	780,90
Rücknahmepr.	765,20	753,60
verarbeitet	848,20	815,50

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	16. 11.	15. 11.
10.30	383,00	383,25
15.00	383,25	382,60
Zürich mittags	382,80–383,30	383,25–383,75
Paris (Ff/1-kg-Barren) mittags	100 000	100 200
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	607,95	610,50
3 Monate	621,40	624,05
6 Monate	635,00	638,00
12 Monate	663,30	668,05

Platin (£-Feinunze) London	15. 11.	14. 11.
fr. Markt	261,55	258,89
Palladium (£-Feinunze) London	–	–
f. Händlerpr.	97,80	97,20

New Yorker Preise	15. 11.	14. 11
Gold H & H Ankauf	383,25	382,80
Silber H & H Ankauf	905,00	891,00
Platin fr. Händlerpr.	386,00–388,00	386,00–388,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	144,00–146,00	143,00–145,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Nov.	907,80	905,70
Dez.	909,00	906,00
Jan.	917,70	916,70
März	931,00	926,00
Mai	951,00	951,00
Juli	965,80	964,00
Sept.	982,30	980,10
Umsatz	17 000	18 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	15. 11.	14. 11.
Nov.	62,65	62,05
Dez.	62,80	62,20
Jan.	63,55	63,00
März	64,75	64,15
Mai	66,00	65,20
Juli	67,45	66,80
Sept.	68,80	68,15
Umsatz	10 000	12 000

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	16. 11.	15. 11.
Kasse	1024,5–1025,5	1023,0–1024,0
3 Monate	1051,5–1052,0	1050,0–1050,5
Blei (£/t) Kasse	277,00–277,50	275,00–275,50
3 Monate	286,50–287,00	285,00–285,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	940,00–940,50	932,00–933,00
3 Monate	963,00–963,50	956,50–957,00
abends Kasse	–	935,50–936,00
3 Monate	–	958,00–959,00
(Kupfer-Standard) Kasse	925,50–926,00	919,00–920,00
3 Monate	948,50–949,00	942,00–944,00
Zink (£/t) Kasse	594,50–595,50	595,00–596,00
3 Monate	608,50–609,00	609,50–610,00
Zinn (£/t) Kasse	8640–8645	8655–8665
3 Monate	8760–8761	8775–8780
Quecksilber ($/Fl.)	–	317–320
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	75–77

Am 10. November 1983 starb

Rechtsanwalt

Dr. Wolf Meister

Direktor i. R.

Wir nehmen Abschied von einer Persönlichkeit, die über drei Jahrzehnte durch beispielhaften persönlichen Einsatz die Entwicklung der deutschen Lebensversicherung nach dem Kriege entscheidend mitgestaltet hat.

Mit dem Verstorbenen haben wir unseren Ratgeber und einen guten Freund verloren.

Wir werden ihm in Dankbarkeit ein ehrendes Gedenken bewahren.

Verband der Lebensversicherungs-Unternehmen e. V.
Der Vorstand

Nun aber bleibt
Glaube, Hoffnung, Liebe,
diese drei;
aber die Liebe ist die
größte unter ihnen.
1. Kor. 13, 13

Roland Wasmuht

Professor Dr.-Ing.

* 21. 7. 1902 † 14. 11. 1983

Wir danken ihm für seine Liebe und Treue.

Jobst-Thomas und Gabriela Wasmuht geb Deckert
Klaus und Ursula-Joana Sperling geb. Wasmuht
Klaus-Rupprecht und Monika Wasmuht geb. Siegel
Axel und Marie-Charlotte Plagemann geb. Wasmuht
Ingeborg Wasmuht geb. Oetzbach
und 14 Enkelkinder

4600 Dortmund 50, Am Ossenbrink 197

Die Trauerfeier mit anschließender Beisetzung findet statt am Freitag, dem 18. November 1983, um 11 Uhr in der Kirche St. Peter zu Syburg.

Statt zugedachter Kranzspenden wird im Sinne des Verstorbenen um einen Beitrag zur Erhaltung der Kirche St. Peter zu Syburg auf das Sonderkonto der Kreiskirchenkasse Syburg bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 001061100 gebeten.

Am 14. 11. 1983 verstarb unser ehemaliger, langjähriger Geschäftsführer Herr

Prof. Dr.-Ing. Roland Wasmuht

im Alter von 81 Jahren.

Der Verstorbene leitete von 1953–1969 erfolgreich die Geschicke unserer Firma. Ab 1969 stellte er sein fundiertes theoretisches Wissen und seine große praktische Erfahrung unserer Gesellschaft als Berater zur Verfügung.

In dankbarer Würdigung seiner Verdienste nehmen wir in aufrichtiger Trauer von einem Menschen Abschied, der uns durch Persönlichkeit und Leistung unvergessen bleiben wird.

Geschäftsleitung, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
Eisenbau Essen GmbH

Am 10. November 1983 verstarb im Alter von 73 Jahren Herr

Dr. jur. Wolf Meister

ehemaliges Vorstandsmitglied der Allianz Lebensversicherungs-AG und der Allianz Versicherungs-AG.

Die Arbeit für unsere Unternehmensgruppe und insbesondere für die Lebensversicherung war seine Lebensaufgabe.

Der Verstorbene wurde im Jahre 1947 in den Vorstand der Allianz Lebensversicherungs-AG berufen. Er erwarb sich große Verdienste sowohl bei der Lösung der Probleme, denen sich die Lebensversicherung nach der Währungsreform gegenübersah, als auch um den Wiederaufbau des Unternehmens. Seit 1969 gehörte er auch dem Vorstand der Allianz Versicherungs-AG an.

Ansehen und Bedeutung der Allianz Lebensversicherungs-AG sowie der gesamten Lebensversicherungsbranche sind von ihm entscheidend geprägt worden. Auch nach seinem Ausscheiden aus den Vorständen der Allianz Gesellschaften widmete er sich mit unverändertem Engagement den Grundsatzfragen der Lebensversicherung. Sein politisches Gespür, sein Fachwissen und seine Fähigkeit, das von ihm als richtig Erkannte überzeugend zu vertreten und durchzusetzen, begründeten die ihm auch außerhalb der Versicherungswirtschaft entgegengebrachte hohe Achtung und Anerkennung.

In Dankbarkeit nehmen wir Abschied von einem außergewöhnlichen Mann.

Stuttgart, den 17. November 1983

Die Vorstände
der
Allianz Gesellschaften

VERSTEIGERUNGEN

Konkursversteigerungen

Am Dienstag, dem 29. Nov. 1983, Beginn 11 Uhr, versteigere ich im Namen und für Rechnung des Konkursverwalters die modernen, teilweise neuwertigen Maschinen und Betriebseinrichtungen der Firma

Ludwig Loewe, Maschinenfabrik
Wiebestraße, 1000 Berlin 21 (Moabit)

Am Dienstag, dem 6. Dezember 1983, Beginn 10 Uhr, versteigere ich im Namen und für Rechnung des Konkursverwalters die gepflegten, teilweise neuwertigen Maschinen und Betriebseinrichtungen der Firmen

W. Eigemeier GmbH, Werkzeugbau
7107 Bad Friedrichshall–Jagstfeld, Friedrichshaller Straße 66/1

BBF & Co. – Baubeschlagfabrik –
6956 Neudenau, Auweg 1

Die Versteigerung findet statt in den Räumen der Firma Eigemeier in Bad Friedrichshall.

Werner C. F. Lüders
vereid. und öffentl. best. Versteigerer für Maschinen und Industrieanlagen
2000 Hamburg 52, Elbchaussee 184, Telefon (0 40) 8 80 80 22 / 23

Kataloge auf Anfrage

Renten abbröckelnd

Am Rentenmarkt herrschte Enttäuschung darüber, daß die überraschend günstige Geldmengenentwicklung in den USA den dortigen Rentenmarkt nicht beflügelt hat. Die Rentenhändler, die sich bislang in ihren kurzfristigen Dispositionen auf die US-Geldmengenzahlen gestützt hatten, waren ziemlich ratlos. Öffentliche Anleihen bröckelten bei kleinen Umsätzen bis zu 0,10 Prozentpunkten ab. D-Mark-Auslandsanleihen gaben ebenfalls leicht nach. Hier herrscht immer noch Verstimmung über den Emissionskalender mit einem Volumen von 2 Milliarden DM. Pfandbriefe tendierten unverändert.

Bundesanleihen

		15. 11.	14. 11.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,5G	100,5G
5½ Bund 78 I	1/84	99,9	99,9
6 dgl. 64 I	1/84	100G	100G
8 dgl. 76 I	2/84	100,4G	100,45
7 dgl. 77	3/84	100,1	100,1
7½ dgl. 76 II	4/84	100,4G	100,45
5 dgl. 78	5/84	99,5	99,5
6 dgl. 78 III	9/84	98,55	98,65
8½ dgl. 76	9/84	101,3	101,3
6 dgl. 78 IV	12/84	98,75	99,45
6½ dgl. 79	1/85	99,5	99,5
8½ dgl. 73 I	3/85	101,8	101,8
7 dgl. 78	4/85	99,95	99,95
7½ dgl. 79 II	6/85	100,1	100,1
7½ dgl. 79 I	7/85	100,9	100,9
8 dgl. 76 IV	10/85	101,6	101,6
5½ dgl. 78 II	3/86	96,05	96,05
5½ dgl. 78	5/86	95,45	95,5G
7½ dgl. 78 I	12/86	99,55	99,55
6½ dgl. 79	1/87	97,45	97,45G
7½ dgl. 78 II	1/87	99,3	99,3
6½ dgl. 77	4/87	97,7	97,7G
6½ dgl. 77	7/87	98,9	98,9
6 dgl. 77	10/87	95,1	95,1
6 dgl. 78 I	1/88	94,7	94,7
6½ dgl. 78 I	9/88	95,55	95,55
6½ dgl. 78 II	12/88	95	95G
6¾ dgl. 79	1/89	96,3	96,3G
7½ dgl. 79 I	4/89	97,05G	97,05G
10 dgl. 81	4/89	108,1	108,1
7½ dgl. 79 I	6/89	98,2	98,2
8 dgl. 79 I	7/89	100,15	100,15
8 dgl. 79 II	8/89	100,1	100,15
7½ dgl. 79 II	9/89	98,15	98,15G
7¾ dgl. 79 II	11/89	99,35	99,25
7¾ dgl. 80 I	1/90	98,6G	98,6G
10 dgl. 80	4/90	109	109
5½ dgl. 78	5/90	90,85G	90,85
8¼ dgl. 80 I	7/90	100,45	100,45
8¼ dgl. 80 II	11/90	100,45	100,5G
7¾ dgl. 82	11/90	98,15bG	98,2
9 dgl. 81	2/91	104,1	104,1G
10¾ dgl. 81	7/91	110,8	110,8
10½ dgl. 81	9/91	113,9G	113,9G
10 dgl. 81 II	12/91	109,85	109,85
9¾ dgl. 82 I	1/92	108,35	108,35
9¾ dgl. 82 II	3/92	108,35	108,35
6 dgl. 78 II	3/93	87,9	87,8
9,5 dgl. 82	4/92	107	107
9 dgl. 82	5/92	103,95	104
8½ dgl. 82	8/92	101,2	101,2
9 dgl. 82	8/92	104,1	104,1
8¾ dgl. 82	9/92	102,7	102,7
7¾ dgl. 82	12/92	98,75	98,65
7½ dgl. 83	1/93	95,15bG	95,1
7½ dgl. 83 II	3/93	95,2	95,15
7½ dgl. 83 III	5/93	96,2	96,2
8¼ dgl. 83	6/93	99,85	100
8 dgl. 83	7/93	98,4	98,4bG
8¼ dgl. 83 II	8/93	99,85	99,95
8¼ dgl. 83 III	10/93	99,85	99,9
8¼ dgl. 83 IV	11/93	100,25	100,25
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	101,1	101,15
8 dgl. 80 S.2	2/85	100,95	100,95
8¾ dgl. 80 S.3	2/85	101,3G	101,3G
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	102,35	102,35
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	101,95	101,95
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	101,35	101,35
8 dgl. 80 S.7	6/85	101,15	101,15
7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,5	100,5
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	101,6	101,6
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	102,5G	102,5G
9 dgl. 81 S.11	1/86	102,85	102,9
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	104,05	104
10 dgl. 81 S.13	3/86	104,5	104,45
9½ dgl. 81 S.14	4/86	103,65G	103,65G
10 dgl. 81 S.15	4/86	104,5	104,55
10½ dgl. 81 S.16	6/86	105,85	105,85
11 dgl. 81 S.17	8/86	107,4	107,4
10½ dgl. 81 S.18	10/86	106,85	106,65
10 dgl. 81 S.19	10/86	105,4	105,4
9½ dgl. 81 S.20	11/86	104,35G	104,35
10½ dgl. 81 S.21	11/86	106,25	106,25G
10 dgl. 81 S.22	11/86	105,65	105,65
9½ dgl. 81 S.23	12/86	104,3	104,3
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	105,05	105,05
9½ dgl. 82 S.25	3/87	104,5	104,6
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	103,8	103,9
9 dgl. 82 S.27	4/87	103,25	103,25
8½ dgl. 82 S.28	5/87	101,8	101,85
9½ dgl. 82 S.29	7/87	104,95	104,95
9 dgl. 82 S.30	8/87	103,4	103,45
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	102,8	102,8
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	101,3	101,3
8 dgl. 82 S.33	11/87	100,45	100,55
7¾ dgl. 82 S.34	11/87	99,7	99,75
7½ dgl. 82 S.35	12/87	98,8bG	98,9
7¼ dgl. 83 S.36	1/88	97,75	97,85
6¾ dgl. 83 S.37	3/88	96,15	96,15
7 dgl. 83 S.38	5/88	96,85	96,85
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	97,5G	97,5G
7½ dgl. 83 S.40	8/88	98,4	98,45
8 dgl. 83 S 41	6/88	100,1	100,2

Bundesbahn

		15. 11.	14. 11.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
7½ Bdbahn 72	2/84	100,2	100,2G
8 dgl. 72	9/84	101	101
8½ dgl. 76	9/84	101,3	101,3G
6 dgl. 78 III	11/84	99,5	99,5

		15. 11.	14. 11.
F 6½ dgl 79	2/85	99,6	99,6
8½ dgl. 73	2/85	101,85	101,8
7 dgl. 77	2/87	98,5	98,65
6 dgl. 77	9/87	94,85	95,55
6 dgl. 78 II	7/88	93,85	93,85
6½ dgl. 77	5/89	94G	93,9
8 dgl. 79 I	7/89	100,3	100,3
6 dgl. 78 I	2/90	90,7	90,8
8 dgl. 80 II	7/90	99,65	99,8
9 dgl. 81	3/91	104,2	104,2
10½ dgl. 81	9/91	112,25G	112,25G
10¼ dgl. 81	11/T	111,35G	111,3
8 dgl. 80 I	2/92	99,1	99,1G
10 dgl. 82	2/92	110	109,95
9½ dgl. 82	7/92	107,25	107,2bG
8 dgl. 82	11/92	98,5	98,85
7¾ dgl. 83	1/93	97	97
8¼ dgl. 83	10/93	100	100

Bundespost

		15. 11.	14. 11.
F 4 Abl 57*	4/84	100,6G	100,6G
8 Bdpost 72 II	12/83	100G	100,05G
5½ dgl. 68	6/88	98,4	98,4
8 dgl 72 I	9/87	100,4	100,4G
10 dgl. 81	3/89	108	108
10¼ dgl 81	6/89	109,35G	109,35G
8 dgl. 80	3/90	99,75	99,85
7¾ dgl. 80	8/90	98,6G	98,6
8¾ dgl. 80	12/90	103	103,05
10½ dgl. 81	10/91	112,5	112,5
9¾ dgl. 82	2/92	108,4	108,4
8¾ dgl. 82	6/92	102,7	102,9
8½ dgl. 82	10/92	101,45	107,45
7¾ dgl. 83	2/93	96,9G	96,9G
8½ dgl. 83	9/93	101,45	101,45

Länder – Städte

		15. 11.	14. 11.
S 6½ Bd.-Wttbg 78	86	96,25	96,75
8¼ dgl. 82	92	99,75	99,8
M 7 Bayern 68	86	99,75	99,75G
6½ dgl. 67	87	100G	100G
6 dgl. 68	85	98,25G	98,25G
7 dgl. 72	84	100G	100G
7½ dgl. 76	84	100,2	100,3
6 dgl. 78	88	93G	93,5
8¾ dgl. 80	90	102,1G	102G
8¾ dgl. 82	90	101,95	102,1G
7½ dgl. 83	93	95G	95
B 8½ Berlin 70	85	101,3G	101,3G
8 dgl. 72	85	100,7G	100,7G
7½ dgl. 76	84	100,3G	100,3G
7 dgl. 77	85	100G	100G
6½ dgl. 78	88	95,35G	95,35G
8¾ dgl. 80	88	102,8G	102,8G
Br 7¾ Bremen 71	87	100,5G	100,5
8 dgl. 72	87	100,75G	100,75G
7½ dgl. 83	93	94,75G	94,75G
H 8½ Hamburg 70	85	101,5G	101,5G
6¼ dgl. 77	92	94,9G	94,9G
8 dgl. 80	92	99,2	99,6G
9¾ dgl. 82	92	107,8	107,8G
7½ dgl. 83	92	85bG	85
F 8 Hessen 71	88	100,3	100,3G
6¼ dgl. 78	88	93,8	93,75
Hn6 Nieders. 69	84	99,85G	99,85G
8½ dgl. 70	85	101,75	101,4G
7½ dgl. 72	87	99,2G	99,2G
8 dgl. 72	87	100,3G	100,3G
7½ dgl. 79	87	98,25G	98,25
7¾ dgl. 82	92	96	98,5G
8 dgl. 83	93	97,5G	97,5
D 7½ NRW 71	83	100,05bG	100,05bG
7½ dgl. 83	93	94,75	94,5G
7¾ dgl. 83	93	96G	96
8½ dgl. 83	93	100,75	100,75
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99	99,3
8 dgl. 71	86	100,75	100,8
F 8½ Saar 70	85	100,75	100,75G
7 dgl. 72	87	98	98G
6 dgl. 78	88	92,75	92,65
H 5½ Schl.-H. 59	84	99,5G	99,5G
6 dgl. 64 II	84	99,5	99,5G
7¼ dgl. 72	87	98,75G	98,75G
8½ dgl. 73	85	101,25	101,25G
D 7 Essen 72	85	100G	100G
M 6 München 64	84	99,8	99,8G
S 7½ Stuttgart 71	86	100,25G	100,25G
7¾ dgl. 72	87	100,25G	100,25G
8 dgl. 83	93	98B	98B

Bankschuldverschreib.

	15. 11.	14. 11.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81
6½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	99	99G
F 7½ Bakola Pf 104	99,7T	99,7T
9 dgl. Pf 106	102,85G	102,85G
10 dgl. Pf 108	107,7G	107,7G
7 dgl. KS 132	94,85G	94,85G
8 dgl. KS 155	98,85G	98,85G
9 dgl. KS 169	102,15G	102,15G

	15. 11.	14. 11.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	90,25G	90,25TG
8 dgl. Pf 20	81G	81G
6¾ dgl Pf. 2	94,75G	94,75G
7 dgl. Pf 3	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 27	100,3G	100,3G
6½ dgl. KS 14	95,75G	95,75G
7½ dgl. KS 27	100,3bG	100,3bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,75G	123,75G
5½ dgl Pf 11	130,5G	130,5G
6 dgl Pf 34	77G	77G
6 dgl. KO Pf 50	99,5bG	99,5G
6½ dgl. Pf 10	81,5G	81,5G
6 dgl. KS 1	98,6G	98,6bG
M 8 Lda. Aufb. IS 15	96,25G	95,7G
8 dgl. IS 16	94,75G	94,75G
8 dgl. IS 17	93,5G	93,5G
8½ dgl. KO 49	101,5G	101,5G
8½ dgl. KO 48	101,5G	101,5G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	99,25G	99,25G
9½ dgl. Pf 105	101,5G	101,5G
10 dgl. KS 307	101,6G	101,6bG
9½ dgl. IS 726	102,25G	102,25G
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	119,5G	119,5G
5½ dgl. Pf 28	75G	75G
8 dgl. Pf 4	89G	89G
6½ dgl. Pf 3	85,5bG	85,5G
6½ dgl. Pf 12	85G	85G
7 dgl. Pf 20	95G	95G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	98,5G	98G
6 dgl. Pf 34	95,5G	95,5G
6½ dgl. Pf 37	98G	98G
8 dgl. Pf 51	100,5G	100,5G
Hn5 BrHann. Hypo. Pf 1	117G	117G
7 dgl. Pf 80	85,4G	85,4G
7½ dgl. Pf 87	90,7G	90,7G
6 dgl KS 29	78,45G	78,45G
7 dgl. KS 30	97,25G	97,25G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	115G	114G
5 dgl. Pf 54	115,75bG	114G
6 dgl. Pf 109	78G	78G
6½ dgl. Pf 123	85G	85bG
6½ dgl. Pf 141	85G	85G
7 dgl. Pf 143	90G	90G
8½ dgl. Pf 191	100,25G	100,25G
7 dgl. KO 113	100bG	100G
9 dgl. KO 217	101,5G	101,5G
9 dgl. KO 215	102G	102G
9¼ dgl. KO 218	102,35G	102,35G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	115,5G	114G
5½ dgl. Pf 50	73G	73G
6 dgl. Pf 64	99,95G	99,95G
9 dgl. KS 139	103,2G	103,2G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	100,8G	100,8G
9 dgl. Pf 239	102,6G	102,6G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	107,75G	107,75G
7 dgl. KS 35	98,4G	98,4G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	97,4G	91,4G
6 dgl. IS 71	99,3G	99,3G
6½ dgl. IS 73	95,8G	95,8G
6¾ dgl. IS 80	99,9	99,9
F 6 Dgz.Dt.Komm.KOS5-4	82G	82G
6 dgl. KO 46	78G	78G
7 dgl. KO 97	100,2G	100,2G
7½ dgl. KO 185	95,7G	95,7G
9 dgl. KO 129	102G	102G
10 dgl. KO 125	101,6G	101,6G
Hn6 Dt. Hyp. Hann. Pf 91	78G	78G
7 dgl. KS 107	99,3G	99,2G
10 dgl. KS 134	103,1G	103,1G
8¾ dgl. KS 140	101,5G	101,5G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	78G	78G
6¾ dgl. KS 259	98,55G	98,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	71G	71G
5½ dgl. Pf 59	78G	78G
5 dgl. Pf 152	78G	78G
B 9 Dt.Pf.Wt. Brl. 482	103,5G	103,5G
Br 8 Dt. Schiffbk. Pf 46	100,7G	100,7G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	98,5G	98,5G
6¼ dgl. Pf 60	94,15G	94,15G
8¼ dgl. Pf 74	97,55G	97,55G
6¼ dgl. Pf 76	96,05	96,05
Br 6½ dgl. Pf 77	93,5G	93,5G
6 dgl. Pf 42	99,75G	99,7G
8½ dgl. Pf 47	101,95G	101,95G
F 5 Pfl. Hypobk. Pf 66	68G	68G
5½ dgl. Pf 53	75G	75G
6 dgl. Pf 79	78	78
6 dgl. Pf 130	91,25G	91,25G
6½ dgl. Pf 133	87G	87G

	15. 11.	14. 11.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115G	115G
5 dgl 14	89,75G	89,75G
6 dgl 47	77G	77
10 dgl. IS 46	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl Pf 80	92,85G	92,85G
8 dgl Pf 73	100,2G	100,2G
4 dgl. KO 5	99G	99G
H 6 Hyp i.Hbg Pf 96	80,5	80,5
6½ dgl. Pf 80	89,25	89
8 dgl. Pf. 248	100,85G	100,85
9 dgl KO 125	100,4G	100,4G
8 dgl KO 175	100,75G	100,75
9 dgl. KO 259	102,15G	102,15G
9¾ dgl KO 262	102,25G	102,25G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	113G	113G
5 dgl. Pf 12	68G	68G
7 dgl. Pf 25	94,25G	94,25
10 dgl. Pf 40	102,5G	102,5G
6 dgl. KO 30	99,5G	99,5G
9¾ dgl. K 84	102G	102G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 11	86,25G	86,25G
7 dgl. Pf 12	90,6G	90,6G
4½ dgl. KO 6	100,25G	100,25G
5½ dgl. KO 4	100G	100G
7½ dgl. KO 80	100,4G	100,4G
8½ dgl. KO 81	99,25G	99,25G
S 8½ LKbK Badw. Pf 8	101G	101G
6 dgl. Pf 28	88G	88G
6 dgl. Pf 49	85,5G	85,5G
8 dgl KS 1	–	–
8¼ dgl. KS 8	100,5G	100,5G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	83,5	83,5
7 dgl. Pf 97	89,5	89,5
10 dgl. Pf 32	101G	101G
10 dgl. Pf 33	102,9G	102,9G
8½ dgl. KS 78	97,5G	97,5G
10 dgl. IS 95	108,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 5½ Münch.Hypo.Pf 100	84G	84G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	100,5	100,5
6½ dgl. Pf 42	98,5G	98,5G
Hn7 Nord. Lbk. Pf 1	93,5G	93,5G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	101G	101G
9 dgl. KO 53	102,25G	102,25G
7½ dgl. IS 6	98,6G	98,6G
10 dgl. IS 37	102,5G	102,5G
F 5 Pfälz Hypo. Pf 48	108G	108T
6 dgl. Pf 58	83,75G	83,75G
6 dgl. Pf 95	80G	80
7 dgl. Pf 114	100G	100
D 5 RW Bodencr. Pf C	122G	122G
5½ dgl. K	109G	109G
4 dgl. Pf 18	103G	103G
6 dgl. Pf 28	92G	92G
6¼ dgl. Pf 67	84G	84G
5½ dgl. KO J+E	110G	110G
9½ dgl. KO 58	102G	102G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	108G	108G
5½ dgl. Pf 109	68G	68G
7 dgl. Pf 125	96,25G	96,25G
7 dgl. Pf 128	88,5G	88,5G
8 dgl. Pf 177	104G	104G
9 dgl. Pf 167	100,5G	100,5G
6 dgl. KS 77	78G	78G
6½ dgl. KS 80/1	99,75G	99,75G
8½ dgl. KS 110	101G	101G
Br 5 St. Kr. Dt-Br Pf 17	110G	110G
5½ dgl. Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 38	83,75G	83,75G
5½ dgl. Pf 43	83,25G	83,25G
6 dgl. Pf 56	77,5G	77,5G
7 dgl. Pf 61	86,75G	86,75G
8 dgl. Pf 70	100G	100G
9 dgl. Pf 68	101,75G	101,75G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	99,9G	99,9G
M 6 Südboden Pf 41	88G	88G
5½ dgl. Pf 57	76TG	76G
6½ dgl. Pf 143	93,25G	93,25G
7 dgl. Pf 87	94bG	94,5bG
7½ dgl. Pf 104	95,5bG	95,5G
7 dgl. KS 49	92,5G	92,5G
7½ dgl. KS 81	99G	99G
8 dgl. KS 133	98bG	99,25G
8½ dgl. KS 132	101,25bG	101,5G
9 dgl. KS 185	102G	102G
9½ dgl. KS 171	104G	104G

	15 11.	14. 11.
M 5 Verbank Nbg Pf 55	116G	116G
6 dgl. Pf 95	78G	78G
7 dgl. Pf 100	99,25bG	99,25G
D 8 WestLB Pf 350	100,45G	100,45G
6¾ dgl. Pf 403	96,2G	96,2G
9½ dgl Pf 1007	105,65G	105,65G
8 dgl Pf 1015	99,5G	99,5bG
7 dgl. KO 556	99,35G	99,35G
6¼ dgl. KS 420	94,55G	94,55G
9¼ dgl. KO 1301	104,35G	104,35G
8½ dgl. KS 1278	101,35G	101,35G
8 dgl. IS 1512	99,7bG	99,7G
9¼ dgl. IS 1520	102,15G	102,15G
6½ dgl. IS 679	93,3G	93,3G
7½ dgl. IS 1503	100,45G	100,45G
D 4 Westf Land. Pf 4	98G	98G
6 dgl. Pf 16	94G	94G
6½ dgl. Pf 19	84G	84G
7 dgl. Pf 20	88,5G	88,5G
D 8½ Westf Hypo. Pf 550	100,3G	100,3G
9 dgl. Pf 564	102,6G	102,6G
9¾ dgl. KS 294	102,9G	102,9G
9½ dgl KS 324	106,1G	106,1G
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	76G	76G
7 dgl. KS 58	99G	99G
S 6¾ Wür. KoLa Pf 1	87,35G	87,35G
7 dgl. Pf 5	100,1G	100,1G

Sonderinstitute

	15 11.	14. 11.
D 6 DSLB Pf 28	83,5G	83,5G
6 dgl. Pf 47	79,5G	79,5G
7 dgl. Pf 53	88,5G	88,5G
5½ dgl. PF 99	93G	93G
8 dgl. Pf 104	97G	97G
8 dgl. Pf 165	99,75G	99,75G
5½ dgl RS 45	97,75G	97,75G
6 dgl. RS 73	95,75G	95,75G
8 dgl. RS 120	100,25G	100,25G
8½ dgl. RS 153	101,5G	101,5G
7 dgl. RS 162	95G	95G
9½ dgl. RS 172	104G	104G
9 dgl. RS 185	103G	103G
10 dgl. RS 193	104,5G	104,5bG
11½ dgl. RS 195	108G	108G
D 6½ IKB 69	100G	100G
F 7½ KFW 70	100,6G	100,6G
8 dgl. 70	101G	101G
8 dgl. 76	100,1	100,1G
7¼ dgl. 79	98	98G
10 Kredit 81	109G	109G
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	100,5	100,4
F 6 Lawi.Rentbk. RS 13	100G	100
6 dgl RS 14	99,3G	99,3G
6 dgl. RS 15	96G	96G
6 dgl. RS 16	95,75	95,75G
6 dgl. RS 19	97G	97G
6 dgl. RS 20	99,5	99,5G
6 dgl. RS 21	98,75G	98,75G
6 dgl. RS 28	99,1	99,1
7¾ dgl. RS 27	100,25G	100,25G
6½ dgl. RS 60	95,25	95,25
7 dgl. 94	95,25	95,25
7 dgl. 99	99,75	99,75
8 dgl. 101	99,5G	99,5G
7½ dgl. 102	97G	97G
9½ dgl. 126	104,5G	104,5G
D 7¾ LAG TS 76	100,15G	100,15
8 dgl. TS 78	101,1	101,1G
6½ dgl. TS 77	95,8	95,8G
5½ dgl. 78	92,7	92,7G
7 dgl. 79	97,3	97,3

Industrieanleihen

	15 11.	14. 11.
F 6 Badenwerk 64	99,5G	99,5G
6 dgl. 78	94,5	94,25G
5 BASF 59	98,5G	98,5G
5 Bayernw. 59	98G	98G
F 8 Chem. Hüls 71	100bG	100bG
7¾ Cont. Gum. 71	99,6G	99,6G
6 Dt. Texaco 64	99,5T	99,5bG
6 Gelsenb. 64	99,75T	99,75T
5½ HEW 62	96G	96G
7½ dgl. 71	99,25G	99,25G
7¾ dgl. 71	100G	100G
4½ Harpen 59	182G	182G
6 Hoechst 64	99,5T	99,5T
6 Hoesch 64	98,85	98,8T
7½ dgl. 71	99,25G	99,25G
7½ Karstadt 71	99G	99bG
7½ Kaufhof 71	99,25T	99,25bG
7¾ dgl. 77	99,5bG	99,75T
7½ dgl. 76	99	99
7½ Klöckner W. 71	98,75G	98,75G
8 dgl. 72	99G	99,25

	15 11	14 11.
F 6 Krupp 64	99,5T	98,75
6 Linde 64	98,75T	98,75T
5 Mannesmann 59	98,2G	98,2
6 Moselkraft 63	99,75bG	99,75G
6 NWK 61	98G	98G
6 dgl. 62	98G	96G
6 ObDon. Krwk. 64	94,5G	94,5G
D 6 Rat.Vdb. Stk. 68	99,25T	99,25T
F 5½ Rb.Briw. 58	100G	99,85G
6 dgl. 63	94,75T	94,75T
6 dgl 65	95T	95T
5½ RWE 58	99,8	99G
6 dgl. 63	95,25T	95,5T
6 dgl. 65	94,75	95T
7¾ dgl. 71	100	100
7 dgl. 72	98G	98G
8 Rh -M.-Don 62	96,5G	96,5G
6½ dgl. 68	98,5G	98,5G
8 Schleswag 71	100G	100G
5 STEAG 59	98G	98G
7½ Thyssen 71	99,5	99,5T
8 dgl. 72	100	100G
7½ dgl. 77	95,6T	95,6T
5 Veba 59	99,25T	99,25T
8 VEW 71	100bG	100,1G
6¾ dgl. 77	95,2G	95,2G
7 VW 72	98	98

Optionsscheine

	15 11	14 11.
F 11 BASF Over Zee 82	61,2	59
7½ Bayer Fin. 79	62,5	60
10½ Bayer Fin. 82	71,6	71
7½ BHF Bk. Int. 83	162	102
6¾ Ciba-Geigy 75	1070	1060
3¼ Commerzbk. 78	48	48
7 Combk. Int. Lux. 83	78,5	78
4½ Dt. Bk. Comp. 77	130bB	131
3½ Dt. Bk. Int. 83	101,2	101,5
8¾ Degussa 83	144,8	147
4 Dresdner Bk. Int. 83	64,5	63,8
10 Hoechst 75	329,7	314
6¾ dgl. 79	79,6	77,6
8 Hoechst 83	92,5	90,5
7½ Jap.Syn.Rubber 82	1905	1940
5¾ Jusco 83	3050	3050
Mitsui 82	288	288
7¾ Siemens 83	193,5	192
6½ Wells F. 73	296	296

Optionsanleihen

	15 11	14 11.
F 8½ BASF 74 m O	149	144,1
8½ BASF 74 oO	100,2	100,4
M 3½ Stumpf 88 mO	160B	160B
M 3½ Stumpf oO	79TB	79,9B

Währungsanleihen

	15 11	14 11.
F 8 Brasilien 72	99G	99G
8½ Kopenhagen 72	96,5	96,25G
9½ Norwegen 79	99G	99G

Optionsanleihen

	15 11	14 11.
F 7½ BHF Bk. Int.83 mO	109G	109G
7½ dgl. 83 oO	77,5G	77,5
3½ ComBk. Int. 78 mO DM	110,8G	110,8bG
F 3½ dgl. 78 oO DM	88,15	88
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	125G	125G
4½ dgl. 77 oO $	82	82,7
3¾ Dt. Bk. 83 mO	110,75	111
3¾ dgl. 83 oO	81,75	81,9
4 Dresd. Bk. 83 mO	109	109
4 dgl. oO	84,25	84,25
7½ Jap. Synth. 82	173G	174G
7½ dgl. 82 oO	99,8	99,8G
5¾ Jusco 83 mO	143G	142G
5¾ dgl. 83 oO	92,25	92,25
F 6½ Wells F. 73 mO DM	123G	123G
6½ dgl. 73 oO DM	96,25G	96,25G

Optionsscheine

	15 11	14 11.
F 8½ BASF 74	73	71
Stumpf 78	67bB	67

Wandelanleihen

	15 11	14 11.
F 5 Bayer 69	105,05	105,05
H 8 Beiersdorf 82	173G	173G
F 4½ Commerzbk. 78	99,8	99,8
D 9 Girmes 74	352	349
8½ KSB 83	122,5G	122,8

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Wandelanleihen

	15. 11.	14. 11.
F 4¾ AKZO 69	86G	86G
F 3½ All Nippon 78	93,5	93,5
F 3½ Asahi Opt. 78	131G	131
F 4¾ Canon Inc. 77	405G	407bG
F 3½ Cas. Comp. 78	274G	274G
F 5¾ Daiei Inc 80	122,5	121,5
F 4¼ Fujitsu Ltd. 78	640G	630G
F 5 dgl. 79	428G	420G
F 5¼ Hoogovens 68	88	88G
F 3½ Izumiya Co 78	107	106
F 3½ Jusco Co. 78	100	100,2
F 4 Kansai El 79	100,1bG	100T
F 6 Komatsu 78	157,5	156,5G
F 6 Konishiroku Pho. 81	123,25	127,5G
F 6¾ dgl 82	119,5G	120G
F 3½ Koraluen 78	93,75G	93,75G
F 7½ Kraft Inc 70	114G	113,5
F 3½ Marudai F 78	96,75	96bG
F 6 Michelin Int. 70	94G	94G
F 5¾ Minolta 77	216G	208G
F 4 dgl. 79	165,5G	163G
F 6¼ Mitsub. Ch. 76	213	207T
F 6,75 Mitsub. H 81	147,5	147,5
F 6 dgl. 81	112	112
F 6 Nichii Co Ltd 80	120G	120G
F 7 Nippon Sh. Gl 82	163,5G	161,75G
F 3¾ Nippon Sh. 78	151G	151G
F 3½ Nissan Mot. 78	94,5G	94,5bB
F 4 Nisshin Steel 78	140G	140G
F 6¼ Océ v. d. Gr. 69	100G	100G
F 3½ Olympus 78	240G	240G
F 3¼ Omron Tat 79	350G	350G
F 4¾ Onerg Fin 79	205G	210G
F 3½ Ricoh Comp 78	205G	205
F 6¼ Rothm. Int 72	95,25	94,5
F 3¾ SankyoElec. 78	116,2	113
F 3½ Sanyo Elec 78	175G	175G
F 3¾ Saiyu Stores 78	96,75G	95,75G
F 6¼ Sekisui 76	139,75	139T
F 3½ Stanley 78	138,5	134,55
F 6 Taiyo Yuden 82	124G	124G
F 5 Texaco Int 66	95,9	95,9
F 3½ Tok. Elec. 78	385G	385G
F 4¼ Tok Sanyo 77	280G	280G
F 4 Tokyu Land 79	107,5	107,3
F 3½ Trio Kenw 78	107G	108G
F 6½ Uny Ltd 79	166G	162,5

Ausländische Aktien

	15 11.	14. 11.
F L'Air Liquide	–	–
D Akzo	72,5	70,5
F Alcan	100	100
F Alcoa	115,1	117
F Alg.Bk.Nedld.	307G	307
F All Nippon Air	3,5G	3,5G
F Amax	64	64,5
F Am. Cyanamid	142bG	140T
D American Expr	93G	92
D Am Motors	21,4bG	21,5bG
F Am. T & T	165,1	171
F Amro Bank	51,5	52
F Anglo Am. Corp.	45	45
M Anglo Am. Gold	280	272,5
F Arbed	61	60G
F Asahi Chem.	4,4	4,25
M Atl. Richfield	115,7	118,1
H Atlas Copco	35G	35G
M Avon	64	63
D Baker Int.	48,1	52
F Bell Canada	22bB	20,5
F Banco de Bilbao	23,1	23,3
F Banco Central	23,5	23,6
F Banco Hisp. Americ.	19	19,4
F Banco de Santander	18,3	18,45
F Banco de Vizcaya	28,1	29
F Barlow Rand	29G	28,5
M Baxter Trav Lab.	145	140,5
D Beatrice Foods	84T	83T
D Bell Canada	67B	67
F Black & Decker	65,5G	65,5G
F Boeing	109,5	108
M Bougainville Copper	5,9bGxt	5,95
F Bowater	8,45	8,15
D BP	16,2	16,4
M Broken Hill	30,9	31,1
F Bull	12,6G	12,6bG
F Cdn. Pacific	107,5	107
F Canon	16	15,9
F Casio Comp.	16,4	16,4
F Caterpillar	115,5	118
D Ch. Manhattan	127	124G
F Chrysler	74,2	76,7
M Citicorp.	95,5	94,9
F City Investing	90,5	90G
F Coca-Cola	148,5	150
D Colgate	63bG	60bG
M Comm. Satellite	103,5	101,8
F Cons. Gold F.	20	19,6
D Cont. Group	135	133G
F Control Data	127	124
F Courtaulds	–	–
M CRA	13,45	13,4
M CSR	6,85	6,9
F Daiei	7,1G	7,1G
F Dart & Kraft	179	177,9
M De Beers Cons.	20,9	20,3
F Deere Comp.	99G	98,5
F Diam. Shamrock	61	62
M Digital Equipm.	197,5	189
M Disney Prod.	136	132,5
F Distillers	–	–
M Dome Petroleum	9,7	9,55
D Dow Chemical	91	92
D Dresser	55,5	55,5
M Driefontein Cons.	82	81
D DuPont	142,5	138
F Dunlop	–	–
D Eastern Air Lines	15,9	15,45
F Eastman Kodak	191	186
F Elf Aquitaine	55	54
F Embart	145G	145G
D Ericsson	135T	131G
D Esmark	218G	223G
D Exxon	101,9	102
D Fiat St.	4,7bG	4,65G
D dgl. Vz.	3,3G	3,3G
F Fisoider	–	0,05G
D Ficons	28G	27exD
M Fluor	45	45,3
D Ford	175	175
F Foseco Minsep	5,4G	5,5exD
F Fujitsu	15,3	15
F General Electric	149	146
F General Mining	57	58T

	15 11.	14 11.
D General Motors	206,5	206
D Gen. Shopping	410G	401G
M Getty Oil	199,8	201
D Gevaert	–	119T
F Goodyear	85	82,5
H Grace	120G	120G
D GKN	6,4G	6,4G
F Gulf	118,5	122
D Halliburton	102,1	103
M Hewlett Packard	99,5	96,3
D Highveld Steel	10,5G	10,5G
D dgl. o.O.	10,5G	10,5G
F Hitachi	965	970
M Holiday Inns	144	139,9
F Homestake	76,5	76
M Hongk. & Shanghai Bank	2,45	2,45
D Hoogovens	32,7	33,2
D Hughes Tool	53	53
F IBM	342	339
F ICI	22,9	22,7
M Impala Plat. Hold.	32,1	31,3
M Imperial Oil	78	79,5
F Inco	35,7	35,9
F Int. T & T	116,9	115
D Istituto Fin. Ind.	7,2G	7exD
F Italcementi	71G	72
F Izumiya	9,1T	9,1T
F Japan Line	1,85T	1,85T
D Jusco	9,3G	9,3G
F Kawasaki Kisen	1,5G	1,5G
F Kawasaki Steel	1,857	1,857
M Kloof Gold Min.	116	114
F Komatsu	5,5G	5,45G
D KLM	148	148
F Konishiroku Photo	7G	7G
F Kubota	3,3G	3,2
D Lafarge	82T	82T
D Litton Ind	174	170exD
F Lone Star	68bB	67
D LTV	40,8	40,5
M M.I.M. Hold.	18,1	18,15
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	3,1G	3,1G
F Marudai Food	6,8T	6,8T
D Matsushita El.	19G	19,3
M McDonald's	195bG	194,5bG
M Merril Lynch	95	92,5
F McDonnell D	161	149,5
M Minerals & Res.	26,3	25,8
D Minnesota M.	230G	228exD
D Minolta Camera	7T	6,8T
F Mitsubishi Chem.	2,9	2,95
F Mitsubishi El.	5	4,95
F Mitsui Bk.	4,9G	5
F Mitsui & Co.	3,8T	3,8T
F Mitsui Engin.	1,75T	1,8
F Mitsui O. S. K.	1,8G	1,8G
F Mitsum. El.	8,8	8,8
H Mobil Corp	80	–
F Monsanto	288G	291
F Montedison	0,30	0,3
F Murata	25,5T	25,5T
M Nat. Semicond.	146,1	143,5
D Nat. Westminster	23G	23G
F NEC Corp.	15,6	15,7
F Nestlé	5190	5213
F Nestlé Tz.	516T	519T
D Nikko Sec.	4,5G	4,5G
F Nippon Kokan	1,75	1,7bG
F Nippon Steel	7,5G	7,5G
F Nippon Yusen	2,5G	2,5G
F Nissan Motor	8	8G
F Nisshin Steel	1,6bG	7,5G
F Nissho - Iwai	3,4G	3,4G
D NL Industries	44G	43,5
F Norsk Hydro	174,7bG	174
H Occ. Petroleum	–	–
D Océ v. d. Grint	181G	176G
F Olivetti St.	5,55	5,4bG
F Olivetti Vz.	5	4,85bG
F Olympus Optical	11,5G	11,5G
H v. Ommeren	28G	28
F Onoda Tomesi	20	19,9

	15 11.	14 11
F Pakhoed	47	47,9
F Pakhoed 2	42G	42,5
M PanAm	21B	21,3B
D Parker Drilling	24,5	25
F Poko Wallsend	14,5	14,7exB
M Pepsi	89,5	101
F Pernod-Ricard	200G	205TexD
F Peugeot	64,8	65
F Philip Morris	182	183
H Philips	39,2	39,7
D Phoenix Ass	15G	13exD
F Pirelli	2,4	2,4
M Polaroid	98,5	94,5
M Prime Computer	41,9	42,5
F Procter & G	150G	150
D Ramada Inns	28,5	26,5
M Ranger Oil	29,4	29,4
F Rank Org	7,3	7,2bG
F Ricoh	11,6	11,5
F Rio Tinto NA-St.	23	22,2
F Rio Tinto Komm	21G	21G
H Robeco	286	287
F Rockwell	83,9exD	83
H Rolinco	276,3	275,5
F Rorento	178,5	180
F Rothmans Int	4,3	4,2bG
D Rowan Cos	29bG	29,8
H Royal Dutch	119,5	122
M Rustenburg Plat Hold	26,2G	25,9
F Sanko Steamship	2,4T	2,47
F Sanden Corp	6,8G	6,8G
M Santos	19	19,35
F Sanyo Elec.	5,45	5,45
F Sanwa Bk.	5,2G	5,2G
M SASOL	10	10,3
F Schlumberger	137	138
F Schw. Alum	90G	90G
F Schw. Bankverein PS	311,5	312
F Schw. Bankverein OR	7,2	7,25
M Sears, Roebuck	108,9	110
F Seiyu Stores	7,1G	7,1G
F Sekisui House	6,5T	6,5T
F Selected Risk	39G	39G
H Shell T & T	22G	22G
D Singer	72,5	72,4
F Snia Viscosa	1,95	1,94
D Solvay	159T	160T
D Sony Corp	40,4	39,2
D Sperry Corp	116,5	116,5
F Squibb	–	131exD
F Stanley Elec	8T	8T
F Steyr-Daimler-P.	21,1	21,3
F Sumitomo	5,4G	5,4bG
F Sumitomo Heavy	2,2T	2,2T
D Sumitomo Metal	1,78	1,78
D Sun	118T	117T
M Sunshine Mining	34	34
F Swissair	1113	1120G
F Taisei Kens	2,3T	2,4G
M Tandy	100,8	100,8G
F Tayo Yuden	13,5G	13G
F Tenneco	108,5	107,1
D Texaco	97	96,9
D Thomson-CSF	59	–
D Thorn Emi	24T	25G
F Tokyo El	13,5G	13,5G
D Tokyo Pac	290G	290G
F Tokyo Sanyo El.	6G	6G
D Toray	4,4G	4,4G
D Toshiba	4G	4,1G
F TRIO Kenwood	7,1T	7,1T
F TRW	209G	204
D UAL	90,5	89
H Unilever	209,5	208,5exD
F Union Carbide	175G	177
D Uniroyal	41	41
F United Techn.	176	182,5exD
F US Steel	74,5	73,8
M Vaal Reefs Expl.	276	265
D Vmf-Stork	71T	70T
D Volvo A	141G	141G
D dgl. Nam B	141G	141G
F Warner Commun	58	58,9
F Warner Lambert	77	76,1G
F Wells Fargo	100G	100
M Western Deep L.	128	126,5
M Western Mining	8,95	9,1G
M Westinghouse El.	128	126,5
F Westl.-Utrecht H.	89	87
D Xerox Corp.	124	124

Auszug:
„Amtsgericht Hamburg (41 C 156/81).

Versäumnisurteil In der Sache

Günther Groenewold, Heussweg 35, 2000 Hamburg 19 – Kläger –
Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Groenewold, Köncke, Rogge, Osterstraße 120, 2000 Hamburg 19,

gegen

Frau Iris Goldbecker, letzte bekannte Anschrift: Brigittenstraße 8–10, Appartemente 4, 2000 Hamburg 4, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, – Beklagte –

erkennt das Amtsgericht Hamburg, Abteilung 41a, durch die Richterin am Amtsgericht, Ziesing, aufgrund der am 29. 8. 1983 geschlossenen mündlichen Verhandlung für Recht:

I. Die Beklagte wird verurteilt,
1. an den Kläger DM 817,94 (achthundertsiebzehn 94/100 Deutsche Mark) nebst 15 % Zinsen seit dem 1. Juni 1981 zu zahlen,
2. an den Kläger weitere DM 226,85 (Zweihundertsechsundzwanzig 85/100 Deutsche Mark) nebst 4 % Zinsen seit dem 2. Juni 1983 zu zahlen.

II. Die Beklagte hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.
III. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Aktien überwiegend freundlich

Wieder Nachfrage nach Auto-, Chemie- und Elektrowerten

DW. – Obwohl der Berufshandel bemüht war, mit möglichst niedrigen Beständen in den Feiertag zu gehen und sich die Ausländer sowohl auf der Käufer- als auch auf der Abgeberseite befanden, blieb der Aktienmarkt widerstandsfähig. Unverkennbar war aber ein gewisses Maß an Nervosität, das auf die Schwierigkeiten im Stahlbereich zurückgeführt werden muß, wo sich – wie in den Börsensälen vermutet wird – in einigen Fällen die finanziellen Probleme gefährlich auftürmen. Stimmungsmäßig eine Stütze erhielt der Aktienhandel durch die im neuen *Monatsbericht der Bundesbank* enthaltenen positiven Konjunkturdaten.

Mit Aufmerksamkeit wird weiterhin die Entwicklung bei den Bankaktien verfolgt, wo die Papiere der Deutschen Bank einen Anstieg um 4,50 DM verzeichneten. Bayerische Vereinsbank lagen andererseits noch um 2 DM schwächer. Die Dresdner Bank konnte sich gut behaupten. Obwohl es nach dem kräftigen Vortagsanstieg um 15 DM auf 437 DM bei BMW zu Gewinnmitnahmen kam, lagen die Papiere mit 436 DM widerstandsfähig. Überrascht hatte erneut der Anstieg bei Hapag Lloyd, wo der Kurs in zwei Börsentagen ein Plus von 27 Prozent erreicht hat, ohne daß die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens dafür einen *Grund bietet*.

Düsseldorf: Am Lokalmarkt blieb es bei kleinsten Umsätzen uneinheitlich. Um je 4 DM kletterten Dt. Texaco und Thüringer Gas. Neckermann stiegen um 8 DM, Dyckerhoff VA um 9 DM. Leffers wurden um 10 DM höher taxiert. 3 DM abgeben mußten Bilfinger, 4 DM VDN. Um 5 DM ermäßigten sich Balcke Durr und Pegulan St. Audi NSU verbilligten sich um 8 DM.

Frankfurt: Der Aktienmarkt eröffnete gut behauptet. Erstmals im Telefonhandel gehandelt wurden Hagen Batterie mit 135 DM bei einem Emissionskurs von 120 DM. Neckermann stiegen um 5,50 DM auf 123,50 DM. Wibau gingen bei Doppelminus auf 29 DM minus 10 DM zurück bei nur 60 Prozent Abnahme und 15 000 Stück Umsatz. *Junge Aktien* fielen auf 25 DM. Kräftig erholt waren Banken, vor allem Deutsche Bank mit 308 DM plus 5,80 DM.

Hamburg: HEW lagen bei 103,50 DM (plus 0,50 DM) gut behauptet, während NWK-Vorz. im gleichen Ausmaß auf 169 DM nachgaben. Markt und Kühlhallen mußten mit 320 DM (plus 5 DM) bezahlt werden.

München: Agrob Vorz. verminderten um 1 DM auf 334 DM und Dywidag um 2 DM auf 171 DM. Gehe AG gaben um 8 DM auf 230 DM nach. Leonische Draht erhöhten um 4,50 DM auf 320 DM und Südchemie gaben um 1 DM auf 341 DM nach. Zahnräder Renk verloren 10 DM auf 255 DM.

Berlin: Rheinmetall konnten sich um 2 DM, Berthold um 2,50 DM, Dt. Hypobank Berlin und DeTeWe um je 5 DM verbessern. Bekula und Herlitz Stämme bröckelten um je 1 DM und Schering um 1,50 DM ab.

Nachbörse: knapp behauptet

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelter Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Mailand

Wien

Tokio

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Madrid

Hongkong

Singapur

Paris

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 15. 11.: 1086 Optionen = 55 350 (39 850) Aktien, davon 110 Verkaufsoptionen = 5 150 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 1-80/5,30, 1-85/2,90, 1-90/2, 4-80/9,70, 4-85/6, 4-90/3,40, 4-95/2,70, Siemens 1-338,05/52,30, 1-340/52,30, 1-340/52, 1-350/42, 1-360/32, 1-370/27, 1-380/20, 1-390/12,50, 1-400/9,15, 4-370/36, 4-380/28,80, 4-400/22,50, 4-420/12,50, 7-400/32, 7-410/25, 7-430/17,50, Veba 7-170/17, 7-190/5, BASF 1-144,30/22,80, 1-149,30/18,50, 1-150/18,15, 1-154,30/14,15, 1-160/8,90, 1-170/4,10, 4-149,30/23, 4-150/22, 4-160/15,60, 4-170/8,60, 4-180/5,50, 7-170/13,20, 7-180/10, Bayer 1-140/27, 1-146/20,60, 1-150/18, 1-156/12, 1-160/8,90, 1-170/3,90, 4-150/22, 4-160/14,60, 4-170/9, 4-180/5,30, 7-160/17,50, 7-180/10, Hoechst 1-134,50/48, 1-144,50/37, 1-150/32, 1-160/21, 1-170/13, 1-190/35, 4-160/24,50, 4-170/17,20, 4-180/12, 4-190/6,90, 7-180/19,40, 7-200/11, BMW 1-420/21,10, 4-450/25, 4-460/15, VW 1-200/30, 1-230/9,60, 4-200/40,50, 4-230/16, 4-240/11, 7-220/34, 7-250/15,40, 7-270/7, Conti Gummi 1-100/28, 1-110/17,50, 1-120/9,60, 1-130/4,90, 4-110/21,20, 4-120/13,40, 4-140/6, 7-130/15, 7-140/10, Lufthansa St. 1-140/3,15, 4-130/18, Vz. 4-120/14, Commerzbank 1-170/8,60, 1-180/4, 4-170/14,60, 4-180/9,40, 4-190/6,60, 7-170/20, 7-180/16, 7-190/10,30, 7-200/7,50, 7-210/4,50, Dt. Bank 1-310/11,40, 1-320/7,40, 1-340/3, 4-310/26,80, 4-320/20, 4-330/14,50, 4-340/10, 7-330/21, Dresdner Bank 1-170/9,40, 1-180/7, 1-190/2,40, 4-170/17, 4-180/10,60, 4-190/7, 7-170/25,20, 7-180/19, 7-190/12, 7-200/8, Hoesch 1-95/4,50, 1-110/1,50, 4-90/13, 4-95/8,40, 4-100/7, 4-110/4, 7-90/15, 7-100/11,40, 7-110/7,30, Mannesmann 1-140/3, 1-150/1,50, 4-140/10,40, 4-150/4,90, 7-130/22,20, 7-160/7, Thyssen 1-80/4,80, 4-80/7,40, 7-80/7,95, 7-90/6,90, Bekula 7-100/12,15, Daimler 4-720/29,80, Alcan 4-100/10,60, Chrysler 1-70/9,80, 1-80/3, Philips 4-40/4,80, 4-45/2,85, 7-40/6,85, Royal Dutch *1-100/35,20, 1-120/8,05, 7-130/8, Norsk Hydro 7-190/13.* **Verkaufsoptionen:** AEG 7-75/2, 7-80/4,80, Siemens 1-380/5,75, 1-370/6,50, Veba 7-170/8, Bayer 4-180/5, Hoechst 7-180/8, BMW 7-410/12, VW 1-230/8, 4-210/2,50, 4-230/3,60, 4-230/10, 4-240/18, 7-220/6, Lufthansa St. 7-130/5, Commerzbank 1-160/2, 1-170/5,60, 1-180/15, 4-170/6, 4-180/16,60, 7-170/8,10, 7-180/17,50, Dresdner Bank 1-170/3,50, 1-180/13, 4-170/5,30, Hoesch 4-90/2,50, 7-90/5,10, Mannesmann 4-140/7, 7-140/8, Bayr. Hypo 1-280/7,20, Bayr. Vereinsbank 1-320/17,50, Klöckner 7-40/5,90, Norsk Hydro 1-180/6,15. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 15. 11.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅛– 9½	5⅝–5⅞	3¼–3½
3 Monate	9⅞– 10	5⅞–6¼	4 –4¼
6 Monate	9¾–10	5⅞–6¼	4⅛–4⅜
12 Monate	10⅛–10⅜	6⅛–6⅜	4¼–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 15. November folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1405,00	1715,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1133,00	1340,71
5 US-Dollar (Liberty)	435,00	587,10
1 £ Sovereign alt	238,00	294,12
1 £ Sovereign Elizabeth II	232,00	287,28
20 belgische Franken	185,00	238,28
10 Rubel Tscherwonez	246,00	307,80
2 südafrikanische Rand	232,00	286,14
Krüger Rand, neu	1044,00	1230,06
Maple Leaf	1044,00	1230,06
Platin Noble Man	1064,00	1248,30
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	253,00	320,34
20 schweiz. Franken „Vreneli"	195,00	250,80
20 franz. Franken „Napoléon"	187,00	237,12
100 österr. Kronen (Neuprägung)	963,00	1161,66
20 österr. Kronen (Neuprägung)	192,00	241,68
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	132,24
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	437,00	538,08
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	103,00	140,22

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7,5 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

15. 11. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Ankfs.-Kurs⁴)	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York[3])	2,6734	2,6814	2,6540	2,63	2,72
London[1])	3,965	3,979	3,940	3,91	4,06
Dublin[1])	3,109	3,123	3,068	3,10	3,16
Montreal[3])	2,1615	2,1695	2,1468	2,11	2,20
Amsterd.	89,180	89,400	89,22	87,75	89,75
Zürich	123,700	123,900	123,80	122,25	125,00
Brüssel	4,916	4,936	4,884	4,75	4,97
Paris	32,790	32,950	32,29	32,00	33,75
Kopenh.	27,730	27,850	27,47	26,50	28,50
Oslo	35,900	36,020	35,335	35,00	36,75
Stockh.**)	33,810	33,970	33,405	32,75	34,50
Mailand[2]) **)	1,647	1,657	1,607	1,60	1,70
Wien	14,187	14,227	14,184	14,00	14,32
Madrid**)	1,730	1,740	1,666	1,61	1,73
Lissabon**)	2,100	2,120	2,010	1,50	2,30
Tokio	1,1405	1,1435	–	1,09	1,15
Helsinki	46,650	46,850	45,70	45,75	47,60
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,756	2,809	–	2,07	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4595	2,4785	–	2,38	2,49
Johannesbg.*)	2,260	2,288	–	2,27	2,52

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Ungeachtet des deutlichen Geldmengenrückganges von 2,5 Mrd. für M 1 zeigte die Dollarkursentwicklung am 15. 11. eine stabile Tendenz. Der Kurs bewegte sich bei nervöser Marktverfassung zwischen 2,6820 und 2,6730. Die Bundesbank verkaufte 15,2 Mill. Dollar zum Börsenkurs von 2,6774. Weiter im Aufwind lagen der Schweizer Franken mit 123,80 (+14 Pfg.) und der japanische Yen, der sich um 0,3 Prozentpunkte auf den neuen historischen Höchstkurs von 1,1420 befestigte. Gegenüber den übrigen amtlich notierten Währungen glichen sich die Plus- und Minus-Kursveränderungen der D-Mark weitestgehend aus. US-Dollar in: Amsterdam 2,9970; Brüssel 54,3750; Paris 8,1450; Mailand 1621,20; Wien 18,8420; Zürich 2,1627; Ir. Pfund/DM 3,116; Pfund/Dollar 1,4835; Pfund/DM 3,972.

Ostmarkkurs am 15. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Leicht befestigte Dollar-Zinssätze führten am 15. November im Tagesverlauf zu einer Erweiterung der Dollar-Abschläge gegen D-Mark.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,90/0,80	2,64/2,54	5,10/4,90
Pfund/Dollar	0,05/0,07	0,23/0,26	0,48/0,52
Pfund/DM	1,80/0,40	3,90/2,50	6,80/5,40
FF/DM	26/10	65/49	130/114

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 15. 11.: Tagesgeld 5,50–5,60 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 6,20–6,30 Prozent.

Privatdiskontsätze am 15. 11.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 15. 11.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50)–8,00 (6,71)–8,00 (7,11)–8,50 (7,42)–8,50 (7,60)–10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50)–8,00 (6,74)–8,00 (7,16)–8,50 (7,60)–10,00 (8,08)–10,00 (8,36). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,80, Rendite 7,85.

Mamsell inklusive?

P. Jo. – Altes Blech! Solche harten Worte sind nicht mehr angebracht. Denn altes Blech erweist sich inzwischen als recht gewinnträchtig. Besonders wenn es hübsch emailliert ist, um für Persil, Odol oder Schachenmeyer-Wolle zu werben. Wer noch solch ein altes Werbeschild an seiner Hauswand hat, sollte ein strenges Auge auf jeden haben, der sich dem Gebäude mit einem Schraubenzieher oder ähnlichen Werkzeugen nähert. Diese Schilder sind nämlich inzwischen des Sammlers Gier und des Auktionators Zier.

Bei Madame Boltz in Bayreuth, die sich auf kuriose Altertümlichkeiten spezialisiert hat, werden beispielsweise solche Blechschilder regelmäßig versteigert. Breitgestreutes wird da für 25 Mark ausgerufen, aber die Mitteilung, daß sich Küppersbusch-Herde „Millionenfach bewährt“ haben, schätzt man auf 800 Mark.

Da Maggi's Suppenartikel auf altem Blech Auktionspreise zwischen 80 und 200 Mark erzielen, mochte die Firma die Anhänger altbackener Werbung nicht auf diesen inzwischen teuren Weg stolpern lassen. Man machte deshalb eine Firma ausfindig, die die alte Technik noch beherrscht, und produzierte die Antiquitäten neu. Unter dem Slogan „Kunst & Küche“ bietet man nun per Anzeige „Emailschilder, die Geschichte machten, für Liebhaber und Sammler“ an. Und das preiswert. Denn was mit der Patina der Vergangenheit für 200 Mark ersteigert werden muß, ist neu für 69 Mark (plus Porto und Nachnahmegebühr) zu haben. Getreu dem Maggi-Motto: „Denn etwas Schönes braucht der Mensch.“

Da dennoch der Trend, Nippes aus Großmutters Küche und die Blechschilder der Tante-Emma-Läden in unserer Wohnung zu versammeln, ungebrochen ist, brauchen wir gewiß nicht mehr lange auf die schicke Kücheneinrichtung à la 1900 zu warten. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn gleich noch das obligate Dienstmädchen zu damaligen Preisen mitgeliefert würde. Aber so weit geht der Nostalgie-Service wohl nicht.

Interview mit Rudi Supek, Nestor der jugoslawischen „Praxis“-Gruppe

Wenn die Kader degenerieren

Rudi Supek (70), der hier in einem Gespräch mit der WELT zu den Problemen von Wissenschaft und Politik im kommunistischen Jugoslawien Stellung nimmt, war einer der herausragenden Gestalten auf dem soeben zu Ende gegangenen jugoslawischen Soziologenkongreß in Portoroz (vgl. DIE WELT vom 15. Nov.). Prof. Supek war der Spiritus rector der sogenannten „Praxis“-Gruppe, die von der Partei verboten wurde. Wegen seiner unerschrockenen Stellungnahmen gegenüber der kommunistischen Parteipolitik genießt er heute in seiner Heimat einen fast legendären Ruf.

WELT: Herr Prof. Supek, die jugoslawischen Soziologen hatten sich nach einer Pause von neun Jahren wieder zu einem Kongreß versammelt. Warum hat die Pause zwischen den Kongressen so lange gedauert?

Supek: Wir haben uns zuletzt 1974 versammelt. Aber dann kam es 1975 zu einem politischen Skandal. Damals wurde ich aufgrund einer Direktive des ZK-Sekretärs der jugoslawischen Kommunisten, Todo Kurtovic, als Vorsitzender der jugoslawischen soziologischen Gesellschaft abgesetzt, und zwar im Zusammenhang mit einer Arbeit für die philosophische Sommerschule von Korcula. Auch die Belgrader Professoren der Praxis-Gruppe wurden aus der Universität hinausgeworfen. Es kam also zur Intervention der Politik in die Wissenschaft. Danach kam die soziologische Gesellschaft in die Hände von Leuten, die – wie etwa Fuad Muhic aus Bosnien – gar keine Soziologen sind, die aber ausschließlich nach politischen Direktiven arbeiten und gegen die Interessen der Wissenschaft. Unter solchen Bedingungen konnten die jugoslawischen Soziologen nicht mehr arbeiten.

Es kam damals zu einer gewissen Re-Stalinisierung unserer Politik, welche die ideologische Linie für wichtiger hielt als die wissenschaftliche Qualifikation. Heute gibt es in Jugoslawien zwar Politiker, die diesen stalinistischen Kurs noch verschärfen wollen, aber es gibt auch andere, die absolut der Meinung sind, daß man gerade in der gegenwärtigen kritischen Situation mit den wissenschaftlichen Kadern vernünftiger umgehen muß. So hatten wir in Portoroz eine gute Atmosphäre, und ich hoffe, wir werden in Zukunft wieder die Möglichkeit haben, normal zusammenzukommen.

WELT: Das Thema des Kongresses lautete „Integration und Desintegration in der jugoslawischen Gesellschaft“. Welche desintegrativen Kräfte sehen Sie am Werk?

Supek: Es gibt bei uns einen Antagonismus zwischen den Funktionen der Macht und den Funktionen der Partizipation. Die Macht entwickelt sich zu einem desintegrativen Faktor. Wir haben im Grunde die gleichen Schwierigkeiten wie die Länder des „realen Sozialismus“, obwohl deren Organisationsmodell anders ist als unseres. Sie sind etatistisch organisiert, wir wollen nach den Grundsätzen der *Selbstverwaltung leben. Aber bei uns gibt es* inzwischen einen „dezentralisierten Etatismus“. Die vom Willen der Bürger entfremdeten *Machtzentren haben eine Nomenklatura* geschaffen, und die demokratischen *Mechanismen* funktionieren nicht mehr. Das hat sich besonders *auf die Kaderpolitik ausgewirkt,* und zwar im Sinne einer negativen Selektion. Die Politik war durchaus geneigt, jene Leute zu benutzen, die *bereit waren, gegen die Interessen* ihrer eigenen Berufsgruppe zu handeln. Einige dieser Leute konnte man hier auf dem Kongreß sehen, obwohl *sie sich nicht zu Wort gemeldet* haben.

Es gibt also bei uns eine absolut negative Konzeption der Kaderpolitik. *So ist Jugoslawien, das sich in* den 50er Jahren ungemein positiv entwickelte, heute völlig zurückgefallen, mit einer tief abgesunkenen Arbeitsproduktivität und der höchsten Inflationsrate in Europa.

WELT: Eines der Probleme Ihres Landes ist also, daß es keine Kommunikation zwischen Wissenschaftlern und Politikern gibt?

Supek: Früher waren unsere Verbindungen zu den Politikern sehr gut. Wir bekamen von ihnen finanzielle Mittel für unsere Institute und für unsere wissenschaftliche Arbeit. Zu einer Wendung kam es in den 70er Jahren, als es in Jugoslawien zum Nationalismus und danach zur Abrechnung mit dem Liberalismus kam. Was war typisch für den damaligen jugoslawischen Liberalismus? Daß die Parteischulen abgeschafft und statt dessen politische Fakultäten an den Universitäten geschaffen wurden. Damals verstärkte sich die Tendenz, daß die Wissenschaft als Basis für sozialistische Konzeptionen dienen sollte – nicht aber eine dogmatische Ideologie. Jetzt geht der Kurs in umgekehrter Richtung: Die politischen Fakultäten werden verboten und aufgelöst, und die politischen Schulen der Partei werden wieder gegründet. *Man will* sogar erreichen, daß diese Parteischulen den Titel eines Magisters oder eines Doktors verleihen können – obwohl ihre Ausbil*dungsprogramme unter jedem wis*senschaftlichen Niveau sind.

Das ist ein absolut negativer Kurs einer neuen Ideologisierung. So et*was macht nicht einmal mehr der* reale Sozialismus im Osten, denn die wissen, daß es ohne Wissenschaft keine Technologie, ohne Technologie keine *Industrie und ohne Industrie* keine Aufrüstung gibt. Bei uns in Jugoslawien werden Wissenschaft und Technologie absolut vernachlässigt. *Wir importieren unsere Technologie* – das heißt, die Kaufleute führen das große Wort und nicht die Wissenschaftler.

***WELT:** Welchen Ausweg sehen Sie?*

Supek: Wir müssen zu den normalen Kriterien des Funktionierens der Gesellschaft *zurückkehren. Das heißt,* wir müssen die normale Rolle der Wissenschaft, der Technologie und der Berufsverbände sicherstellen. *Wir müssen eine positive Selektion* der Kader sicherstellen – und das geht nur über eine Demokratisierung der Gesellschaft. Die Demokratie in *der Gesellschaft muß aber* in der kommunistischen Partei beginnen. Es muß bei den Wahlen zu den Parteigremien Listen mit mehreren Kandidaten geben. Wenn das verwirklicht wäre, würden gewisse Leute, die heute das große Wort führen, überhaupt nicht mehr gewählt. Das sind negative Persönlichkeiten, die sich aber ständig an der Spitze befinden, übrigens nicht nur in der Partei; der gegenwärtige Zustand reflektiert sich auf alle gesellschaftlichen Organisationen.

CARL GUSTAF STRÖHM



„Straff, straff, straff!“: Ernest Ansermet bei der Probe mit seinem *Orchestre de la Suisse Romande, kurz vor seinem Tode im Jahre 1969* FOTO: AP

Genf feiert 100. Geburtstag Ernest Ansermets

Champagner statt Brühe

Nicht so schlaff! Straffer! Straff, straff, straff!“ Man glaubt sich auf dem Exerzierplatz, so beißendscharf sind die Kommandos. Doch was uns aus dem Westschweizer Telekanal entgegendröhnt, wird nicht von irgendeinem Feldwebel skandiert, der seine Rekruten drillt. Es ist die Stimme des über siebzigjährigen Ernest Ansermet, der seinem „Orchestre de la Suisse Romande“ die harschen Marschrhythmen von Strawinskys „Geschichte vom Soldaten“ eingibt, die er einst gemeinsam mit dem Komponisten 1918 in Lausanne aus der Taufe gehoben hatte. „Raide, raide, raide!“ Immer wieder kommt es hart anfeuernd aus dem vom Markenzeichen eines weißen Spitzbartes grundierten Mund, dem die überhellen Augen unmißverständlich sekundieren.

Szenen eines Dirigentenlebens, *dem jetzt zum 100. Geburtstag* Ansermets (am 11. November) die Radio Television Suisse Romande und der Förderkreis des „OSR“ unter der Regie des *Briten* Berrie Gevin heiterrühmend nachgegangen sind. „A la Recherche d'Ernest Ansermet“: ein TV-Film, dessen dokumentarische *Proben- und Konzertaufnahmen* denn auch zu den wichtigsten und aufregendsten Ereignissen der Genfer Ansermet-Gedächtnisfeiern zählten. *Führten sie uns den Dirigenten* doch in völlig ungeschminkter Form in jenem exemplarischen Einsatz für seine Zeitgenossen vor, der seine Ein*maligkeit, seine Größe, seinen histo*rischen Rang ausmacht.

Denn wie sehr er auch in späteren Jahren dagegen revoltiert hat, als *Pionier der russischen und speziell* der französischen Moderne hat er seinen Ruhm begründet. An dem Genie eines Strawinsky, eines Ravel oder *Debussy hat er seinen Geist gewetzt* und in der persönlichen Begegnung jene interpretatorischen Maßstäbe gewonnen, die ihn in den Olymp der *international* gefeierten europäischen Dirigenten führten. „Er dirigierte niemals die Schlacken, immer nur die Glut“, urteilte bereits Ravel. *Und er selbst schätzte sich kaum* weniger hoch ein, wenn er die Impressionisten-„Gönner“ abkanzelte mit einem schroffen „Sie können *nicht unterscheiden zwischen Brühe* und Champagner“.

Er konnte es. An unzähligen, heute noch verfügbaren Plattenaufnahmen ist es nachzuprüfen. Und es gelang ihm so überzeugend, weil er sich immer an sein oberstes Gebot hielt, den musikalischen Phrasen nicht ein x-beliebiges Gefühl zu unterlegen, sondern das im Kontext der Komposition genau richtige. Daß er sich für diesen schwierigen Findungsprozeß, der wohl der eigentliche Schlüssel zu seinem Erfolg wurde, ein eigenes Instrument schuf und diesem, dem von ihm mitbegründeten „Orchestre de la Suisse Romande“ 50 Jahre lang vorstand, zeugt von seiner Willenskraft, seiner Weitsichtigkeit, aber auch von seinem klugen Patriotismus.

So war es natürlich kein Zufall, daß das „Orchestre de la Suisse Romande“ zum Hauptakteur der Genfer Festivitäten wurde. Gemeinsam mit dem Radio-Chor und dem Lausanner Pro-Arte-Chor führte es auf Wunsch der Witwe Ansermets unter Horst Steins impulsiver musikalischer Ägide das „Requiem“ von Brahms auf, zu dem sich Ansermet wie zu Beethoven in seinen späteren Jahren enorm hingezogen fühlte. Stein, noch bis 1985 Chef des OSR, fand bei dem mit viel Jugend durchsetzten Publikum in der Victoria Hall sehr starke Resonanz für seine aus großer Kompetenz und leidenschaftlichem Engagement erwachsenen Brahms-Schau. Edith Mathis war ihm dabei die glänzendste, bewegendste Solo-Partnerin.

Gegen dieses eindrucksvolle „Requiem“ fiel die Hommage à Ansermet auf der Genfer Opernbühne mit einer Neuinszenierung von Debussys „Pelléas et Mélisande“ leider ab. Eine noch unsicher mit realistischen Effekten hantierende Regie (François Rochaix), überforderte Sänger in den Titelrollen (Faith Esham und Jerome Pruett neben einem allerdings vorzüglichen Tom Krause als Golo), ein in Stilisierung erstarrendes Bühnenbild und eine musikalische Deutung (Jesus Lopez-Cobos), die aus schöner Dezenz und Sensibilität keine Funken zu schlagen vermochte, ließen jene *Tage zurückwünschen,* in denen Ansermet noch selbst als begeisternder Pelléas-Beschwörer am Pulte stand.

KLÄRE WARNECKE

JOURNAL

9. Kongreß der „DDR“-Künstler eröffnet

dpa, **Berlin**

Mit einem Bekenntnis zum „sozialistisch-realistischen Kunstschaffen“ wurde im Ostberliner „Palast der Republik“ der 9. Kongreß des „Verbandes Bildender Künstler der DDR“ eröffnet. Der Präsident des Verbandes, der Maler Willi Sitte, betonte in seinem Eröffnungsreferat, das Zentrum der Kunst in der „DDR“ bleibe ein „sozialistisch-realistisches Kunstschaffen, in dem der einzelne Künstler, ausgehend von seiner Individualität, sich gründlich mit der Wirklichkeit auseinandersetzt“. Daneben werde es auch weiterhin Künstler geben, fügte Sitte hinzu, „die aus anderen weltanschaulichen oder künstlerischen Haltungen heraus ein anderes Verhältnis der Wirklichkeit gegenüber haben“. Auch werde es Künstler geben, „die aus Furcht vor fehlender eigener Originalität und Modernität sich ängstlich an die anderswo gerade herrschenden Kunstmoden an*lehnen“. Dazu meinte Sitte: „Wir* werden, wie bisher, zu ihnen in einem ebenso verständnisvollen wie kritischen Verhältnis stehen.“ Dabei müsse man aber auf *die* „geschichtliche Erfahrung der deutschen Intelligenz“ hinweisen, „daß derjenige schuldig werden kann, der sich in brennenden Zeiten vorrangig um sein Innenleben müht, während der Feind vor der Tür steht, dessen Abwehr andere übernehmen sollen“.

Alfred Brendel erhält Frankfurter Musikpreis

Nea. **Frankfurt**

Der Pianist Alfred Brendel wird den mit 25 000 Mark dotierten Frankfurter Musikpreis für das Jahr 1984 erhalten. Die Überreichung dieses von den deutschen Musikinstrumentenherstellern und der Frankfurter Messegesellschaft gestifteten Preises soll auch diesmal wieder am Vorabend der Internationalen Musikmesse (4. bis 8. Februar 1984) stattfinden. Bei der Bekanntgabe des Preisträgers wurde Kritik daran geübt, daß nach dem Geiger Gideon Kremer und dem Organisten Edgar Krapp mit Brendel wiederum ein international bereits voll etablierter Künstler ausgezeichnet wird.

York Seewald verläßt Seewald Verlag

DW. **Stuttgart**

York Seewald, seit 1975 in der Öffentlichkeitsarbeit, in Presse, Werbung und Vertrieb des Stuttgarter Seewald Verlag tätig, verläßt das Unternehmen und wendet sich neuen Aufgaben zu. York Seewald zieht mit seiner *Entscheidung* Konsequenzen aus unüberbrückbaren Differenzen mit der Bielefelder Busse-Gruppe, die zu Beginn des Jahres als neuer Gesellschafter in den Seewald Verlag eingetreten ist. Seewald legt Wert auf die Feststellung, daß seine Entscheidung in voller Übereinstimmung mit dem Verlagsgründer, Heinrich Seewald, erfolgt ist.

Die Jahrestagung der Dramaturgen in München

RMB. **München**

Die XXXI. Jahrestagung der Dramaturgischen Gesellschaft (dg), Sitz Berlin, fand vom 13. bis 16. November in München statt. Zweck dieser Tagungen ist Erörterung und Formulierung der künstlerischen und gesellschaftspolitischen Vorstellungen und die Wahrung und Durchsetzung der beruflichen Interessen in diesem Bereich. Im Mittelpunkt dieser Tagung standen die „Neuen Medien“ mit einer Vorführung des Münchner Pilot-Projekts. Die Diskussionen kreisten um das Thema „wie kann sich das Theater dieser Medienwalze entgegenstemmen“. Neu gebildet wurde in München eine Arbeitsgruppe in der dg „Theater und Frauen“.

Zum 65. Geburtstag der Dichterin Jeannie Ebner

Wildnis früher Sommer

Der Vorname Jeannie Ebners ist kein Stück aus der Avantgarderobe, aus deren englischem Fundus sich fortschrittliche Autoren gern bedienen, sie selbst ist auch weder „in“ noch epigonal, sie ist einfach „da“, getrieben von dem bekannten Goethe-Wort, wonach „Schriftstellen eine unheilbare Krankheit ist, deswegen man wohltut, sich auch darein zu ergeben“.

Jeannie Ebner trägt ihren Vornamen daher, daß sie 1918, heute vor 65 Jahren, in Sidney geboren wurde, das sie allerdings mit zwei Jahren wieder verlassen sollte. Und wie sie selber sagt, ist sie kein weltfremdes Seelchen, sondern ein praktischer Mensch; sie übte bis zu ihrem fünfundzwanzigsten Jahr den Beruf einer Spediteurin aus.

Dann war sie jahrelang arbeitslos, worüber man in ihrem Erzählband „Erfrorene Rosen“ mit einem leichten Staunen über die Fassung, mit der sie das trug, nachlesen kann. 1952 erschien, wohl ein Ergebnis dieser Zeitspanne, ihr erster Gedichtband. Damals gehörte sie dem Kreis junger Autoren um Hans Weigel an, aus dem manche bedeutenden Schriftsteller von heute hervorgegangen sind, und übernahm dann für viele Jahre die Redaktion der vom Staat geförderten, das heißt, auf Sparflamme gehaltenen Monatsschrift „Literatur und Kritik“.

Inzwischen regnete es einige Literaturpreise zum Fenster ihres bescheidenen Redaktionszimmers herein, und vor fünf Jahren gab sie den frugalen Job sehr zum allgemeinen Bedauern wieder auf, den sie mit lautlosem Fanatismus und großer Sachkenntnis betrieben hatte.

Für ihre schriftstellerische Laufbahn sollte sich das nur vorteilhaft auswirken. Es kam bald eine Reihe von Büchern („Gedichte und Meditationen“, „Protokoll aus einem Zwischenreich“ und eine Neuauflage der „Wildnis früher Sommer“) heraus, es folgten immer neue Arbeiten, so daß man geradezu von einer zweiten Blüte ihres Schaffens sprechen kann (ihr Werk wird vom Grazer Verlag Styria betreut). Der Erfolg blieb ihr treu, man schätzt ihre teilnehmende Anschaulichkeit, den klaren Stil.

Was man besonders angenehm empfindet, ist die nachdenkliche Vernunft, die in allen ihren Romanen und Erzählungen am Werk ist. Sie scheint auf eine Verwandtschaft mit ihrem Onkel, dem Philosophen und christlichen Denker Ferdinand Ebner, hinzuweisen. Wie er sucht auch sie, obwohl nicht religiös erzogen, nach einer Antwort auf die Frage nach dem Sinn der Existenz.

Die Herdersche These, daß allem Lebendigen das Dasein Zweck und sein Zweck das Dasein sei, genügte ihm so wenig, wie sie ihr liegt. Sie ist eine genaue Beobachterin von Augenblicken und Gesten und spürt verborgene Regungen auf.

*Zum Unterschied von vielen Kolle*gen hat sie sich ihre politische Unabhängigkeit und ihre persönliche Freiheit erhalten, die sie mutig gegen endemische *Meinungen* verteidigt. Erst kürzlich wandte sie sich in einem Rundfunkgespräch gegen die populären und so einseitigen Bemühungen der *Friedensmarschierer,* mit einem Wort, sie läßt sich nichts vormachen und meidet darum wohl auch das elegische, das man von einer *schreibenden Frau nur allzu* schnell zu erwarten pflegt.

Durchaus könnte man auf sie das Wort anwenden, das ein Kenner auf Österreich gemünzt hat: Daß in diesem Land die Frauen tüchtig und die Männer schön seien. Hellwach zu sein heißt aber in ihrem Fall gewiß nicht, der Poesie zu entraten. Heimito von Doderer hat das in einer Würdigung ihres Könnens mit den Worten ausgedrückt: „Sie läßt die Zeit hinter sich und versucht zu träumen, was das wache Leben ihr nicht mit genügender Deutlichkeit verriet.“

ERIK G. WICKENBURG



Träumen, was das wache Leben nicht deutlich verrät: die österreichische Schriftstellerin Jeannie Ebner FOTO: DIE WELT

Wuppertal: „Ada und Evald“ von M. Maron

Süß-eitriger Striemen

Es sei eine „Uraufführung“, tu*schelte man fast ergriffen im* Parkett des Wuppertaler Schauspielhauses. Beinahe wäre es auch ein Regiedebüt gewesen. Aber die junge Dame, die dieses Debüt leisten sollte, kam mit der Sache nicht zurecht, so daß Wuppertals neuer Schauspielchef Dieter Reible eingreifen mußte und „*die Inszenierung zu Ende führte*“.

Das Stück heißt „Ada und Evald“ und stammt von Monika Maron, einer in Ost-Berlin lebenden Autorin vom Jahrgang 1941, die mit ihrem ökologischen Bitterfeld-Roman „Flugasche“ einigen Erfolg erzielte. Monika Ma*ron hat nicht eigentlich ein Werk fürs* Theater geschaffen; sie denkt als Erzählerin, also weder dialogisch noch dialektisch. „Ada und Evald“ ist wie *eine Geschichte* geschrieben, die mit verteilten Rollen vorgelesen wird. Das kann auf der Bühne nicht gut gehen.

Gezeigt wird *das Mädchen Ada* (Andrea Witt), das vor allem damit beschäftigt ist, ganz undramatisch auf jemand zu warten: auf ihren ver*heirateten Geliebten Evald (Michael* Wittenborn) nämlich, der offenbar ein Dichter ist oder doch sein möchte. Außerdem wartet Ada, wie wir erfahren, auf ihre „andere Möglichkeit“. Die spürt sie in sich und möchte sie so gern mitteilen. Die Schreibmaschine klappert.

Ada und Evald haben freilich nicht nur eine Schreibmaschine, beide besitzen – wie auch der später gezeigte Mörder X in seiner Gefängniszelle – eine Puppe, die ihnen aufs Haar gleicht, die sie lieben oder anbeten und mit der sie vor allem endlos sprechen.

Absonderliche Gestalten treten hinzu: ein Selbstmörder, der ständig einen Strick um den Hals trägt, ein Prediger, die Malerin Clairchen (Rena Liebenow), die am Ende einen Kastanienbaum heiratet und von dessen Rinde umfangen und aufgesogen wird, schließlich der besagte Mörder X.

Man könnte das alles, wie Frau Marons Verlag es auch tut, ein „Traumspiel“ nennen oder auch eine äußerst lockere Folge lyrischer Bilder. Aber dazu ist Frau Marons Sprache weder träumerisch noch lyrisch genug. Die Rede vom „Schrecken heller Sommernächte, wenn der Tod in alle Becken guckt“ mag vielleicht noch angehen. Doch Monika Maron schreibt auch: „Seit der Erfindung der Atombombe und der Elektronik würde selbst Gott die Erschaffung der Welt in einem Buch beschreiben und auf den Schöpfungsakt verzichten“. Oder, als Gipfel: „Die Erbärmlichkeit von Mode und Konservativismus sind (!) die Knuten, die unserer Scheinwelt jene süß-eitrigen Striemen beibringen, die zwischen Zufriedensein und Kotzen liegen.“ Da dauern einen die Schauspieler, die so etwas aufsagen müssen.

Zu allem Unglück hat es Frau Maron auch noch mit der Bildung, so daß man ständig alte Bekannte grüßen muß: Ein Schluck aus Thomas Manns „Joseph“-Roman, ein Tropfen Tschechow, ein bißchen Lob des Chaos à la Dostojewski, die Kneipe wie in Giraudoux' „Irrer von Chaillot“ und, wenn einer den anderen am Strick hinter sich her zieht, Pozzo und Lucky von Beckett. Man sieht: Der gescheiterten Regiedebütantin ist gar kein Vorwurf zu machen, denn inszenieren kann man das nicht.

Auch ein so erfahrener und einfallsreicher Mann wie Dieter Reible mußte hier das Handtuch werfen. Er läßt zu ebener Erde spielen und im ersten Stock, er verteilt die Schauplätze geschickt und findet tatsächlich hier und da überraschende und schöne Lösungen, zumal für den Kastanienbaum. Allein, auch er kann nicht verhindern, daß das Möchtegern-Stück, indem es zum szenischen Gebilde und damit Bild wird, vor allem seine Mängel vorzeigt.

Das Publikum in Wuppertal freilich war mit allem zufrieden. Es war ja eine „Uraufführung“! Also machte man sie zum bejubelten Erfolg. Provinz!

KATHRIN BERGMANN

KULTURNOTIZEN

Via Bildschirmtext werden ab Dezember die Buchempfehlungen der Deutschen Lesegesellschaft verbreitet.

Toru Yasunaga, Geiger aus Japan, ist zum neuen Ersten Konzertmeister des Berliner Philharmonischen Orchesters gewählt worden.

Krzysztof Penderecki dirigiert selbst die Uraufführung seines Cellokonzerts am 23. November in Washington; Solist ist Mstislaw Rostropowitsch.

„Tausendjähriges Peru“ ist der Titel einer Ausstellung, die die Essener Villa Hügel für Anfang 1984 vorbereitet.

Über 275 000 Besucher haben bisher in Lugano die Ausstellung „Mei*sterwerke des Impressionismus aus* sowjetischen Museen“ gesehen; die Schau wurde bis Mitte Dezember verlängert.

Die Emil-von-Behring-Preise der Universität Marburg gehen für 1982 an Robert Huber (Max-Planck-Institut Martinsried) und für 1984 an René Germanier (Seruminstitut Bern).

Hans Werner Richter wurde zum neuen Mitglied der Akademie der Künste in Berlin gewählt; ebenfalls zugewählt wurden Aaron Copland, Iannis Xenakis, George Crumb und Harald Hartung.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: *Jubiläumsnummer des „Magazine Littéraire“*

Eine Fahndungsliste für den Parnaß

Eine Literaturzeitschrift, die ihre Nummer 200 vorlegen kann, ist bei der heutigen Lage auf dem Zeitschriftenmarkt schon ein wenig ein Mirakel. Das im Jahr 1967 in Paris gegründete „Magazine Littéraire„ (F-75007 Paris, 40 Rue des Saints-Pères) ist nun bei dem doppelten Hundert angelangt. Das will etwas beißen in einer Zeit, in der etwa die von Joseph Breitbach gestiftete „Quinzaine Littéraire“ nach dem Tod ihres Gönners mit dem Bettlerhut herumgehen muß, um sich über Wasser zu halten.

Das „Magazine Littéraire“ ist ein in der Bundesrepublik noch wenig bekanntes Blatt. Das ist schade, denn es gibt kaum ein anderes Organ, das so gut über den Stand von schöner wie wissenschaftlicher Literatur unterrichtet. Das liegt zunächst einmal daran, daß es, im Gegensatz zur erwähnten „Quinzaine“ oder zur altehrwürdigen „Nouvelle Revue Française“ nicht Hausblatt einer Clique ist, *das nur subjektiv begrenzte* Ausschnitte aus der literarischen Produktion anbietet.

Das „Magazine Littéraire“ hat wirklich Magazincharakter. Die jeweils zwischen 80 und 90 Seiten starken Hefte im „Time“-Format (die Jubiläumsnummer ist doppelt so dick) sind von Abbildungen übersät und enthalten vor allem kurze Texthäppchen; die über mehrere Seiten sich hinziehenden Aufsätze sind rar. Beide Eigenheiten sind fruchtbar. Die Bilder: Würde ein geduldiger Leser ein Register der bisher 17 Jahrgänge dieser Monatsschrift erstellen, so könnte man wie in einem Verbrecheralbum der Literatur nachschlagen – auch vom allerletzten Autor ließe sich in einem der Bände ein Konterfei finden.

Die Häppchen: Sie erlauben eine schnelle Orientierung über den frankophonen Buchmarkt, der ebenso uferlos ist wie der deutschsprachige, und wir werden dabei nicht durch literarische Schlangenbeschwörer eingelullt. Eine Sache ist immer lang: das Dossier, das jede Nummer einleitet. In dieser Rubrik, die für das Magazin ein Markenzeichen geworden ist, werden jeweils einzelne Autoren (in diesem Jahr etwa Stendhal, Raymond Aron, Cocteau, Sarraute, Perec) nach einem bestimmten Ritus *vorgestellt: biographische Zeittafel* mit Kleinfotos, Beleuchtung von verschiedenen Standpunkten, reichhaltige Bibliographie. Zwischendurch betreffen die Dossiers auch Literaturgattungen (so 1983: Literatur über den Tod, frankophone Literatur aus Afrika, 20 Jahre Krimi).

In der Jubiläumsnummer hat das Dossier einen besonderen Inhalt: Es stellt mit kurzen Bio-Bibliographien und Foto ein „Who's who des zeitgenössischen Wissens“. zusammen. 96 *Autoren werden vorgestellt.* Wir kennen ja die Franzosen – bei wie vielen davon handelt es sich um französische (oder doch frankophone) Autoren? *Sie haben richtig geraten:* 84. Peinlich ist jedoch, daß der Jünger-Plagiator Attali aus dem Vorzimmer Mitterrands darunter ist. Als einziger Deutscher leider Habermas.

Dafür unter den restlichen 11 Ausländern immerhin Namen wie Eliade, Eysenck, Jakobson, Chomsky und Marshall Sahlins. Aber die Bedürfnisse der französischen Verleger werden ja etwas nachgeholfen haben. Anders kann man sich den konkurrenzlosen Abonnementspreis dieser Monatsschrift (15 Monate für 180 Francs im Inland und 230 Francs im Ausland) kaum erklären.

ANTON MADLER

Deutschlands höchste Quadratmeter werden noch weiter „geliftet“

Ausbaupläne für die Zugspitze stoßen nur auf mäßigen Widerstand bei Naturschützern

PETER SCHMALZ, **München**

Das Wetter sprang in diesem Herbst grausam um mit Deutschlands höchstem Berg. Über Wochen hinweg strahlte die Sonne vom blauen Himmel, die Sicht war frei bis weit ins Bayerische nach Norden und bis zu den Südtiroler Berggipfeln nach Süden. Aber keine Wolke wollte dem Dach der Deutschen den ersehnten Schnee spenden, während die spärlichen Reste schrumpften. Und so blieb dem Auge, das versehentlich nicht in die Ferne schweifte, der Blick frei aufs gemarterte Gestein vom Zugspitzplatt: Geröllbrocken, herausgesprengt für die Fundamente eines neuen Selbstbedienungsrestaurants, dazwischen rostiges Eisengeflecht, zerbeulte Blechdosen und gebrochenes Bauholz. Eine Abraumhalde knapp 3000 Meter über dem Meeresspiegel.

Doch gemach, den Heerscharen von Gipfel-Ski-Fans, die spätestens von Weihnachten an auf Deutschlands Piste Bretter und Puste prüfen, wird der Anblick des nackten Berges erspart bleiben, dank einer meterhohen Schneedecke, von der die Touristikbosse in Garmisch-Partenkirchen träumen und die ihnen kundige Meteorologen versprochen haben.

Gewinn gesichert

Dann wird das neue Restaurant mit 200 Sitzplätzen eröffnet sein und der höchste deutsche Skizirkus auf Hochtouren laufen: 900 Menschen können die 53 Jahre alte Zahnradbahn und die 23 Jahre junge Eibsee-Seilbahn Stunde für Stunde vom Tal aus gut 2000 Meter hochhieven, wo Gipfelseilbahn, Gletscher- und Hangbahn ebenso auf Kundschaft warten wie acht Skilifte, die stündlich 9600 Skifahrer über ihre Spuren schleifen können. Die Tageskarte für das Bahn- und Liftspektakel kostet 39 Mark und sichert der Bayerischen Zugspitzbahn AG einen erfreulichen Gewinn, was insofern bemerkenswert ist, als 40 Prozent aller im Bund Deutscher Eisenbahner vereinten deutschen Seilbahnen, Sessel- und Schlepplifte nichts als rote Zahlen einfahren.

Nun hat sich die Zugspitze schon seit geraumer Zeit als Besuchermagnet erwiesen, was der königlich-bayerische Vermessungsleutnant Karl Naus nicht ahnen konnte, nachdem er am 27. August 1820 erstmals den 2966 Meter hohen Gipel erklommen und später im Tal von „unwirklichem Gefels und Geschrove“ berichtet hatte. Doch noch im selben Jahrhundert wurde das „Münchener Haus“ des Alpenvereins eingeweiht, und Christine Schemmann schreibt in ihrem mit viel Fleiß recherchierten Buch „Wolkenhäuser“, der ersten gründlichen Geschichte der Alpenvereinshütten, von den Warnungen eines engagierten Bergsteigers, der über das „unnötige Wirtshaus“ wetterte, „in welchem man mit dem Maßkrug in der Hand den Sonnenuntergang betrachten wolle“. Ein anderer mahnte: „Man soll die stumpfe Menge nicht auf den Gipfel locken.“

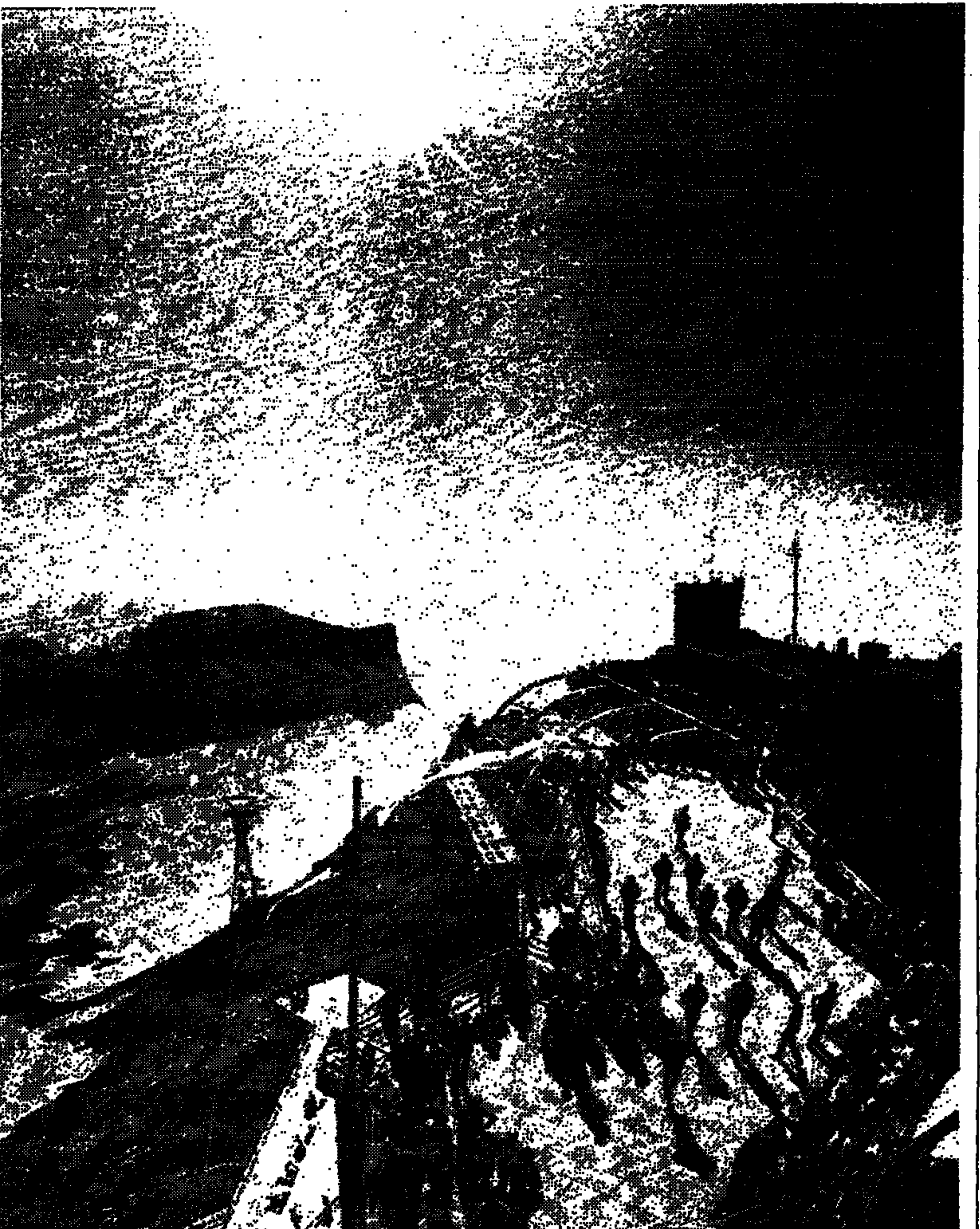
Die Worte verhallten im Föhnsturm, und 1923 kletterten bereits 28 900 Menschen zum Münchener Haus, das noch heute existiert, aber vom Gipfelbauboom hinter der futuristischen Glitzerfassade einer Richtfunkstation, den Sonnenterrassen und zwei Selbahngipfelstationen fast verschwindet. Nun werden im Jahr knapp eine halbe Millionen Besucher gezählt, sie kommen fast ausnahmslos mit Seil- oder Zahnradbahnen. Der Jogger, der die Bahnstrecke in 58 Minuten hochhechelte, blieb ebenso eine Ausnahme wie drei Autofans, die die Strecke vor fünf Jahren nachts mit einem sowjetischen Geländewagen bewältigten.

Noch mehr Besucher sollen es aber werden, die auf dem normalen Weg nach oben kommen. Dafür startet die Zugspitzbahn in diesen Tagen eine Kampagne in Japan, während Bahndirektor Peter Hirt überlegt, wie er selbst zu den Stoßzeiten einen größeren Ansturm verkraften könnte: „Wir könnten den einen oder anderen Zug mehr fahren lassen.“ Für den Triebwagen in Leichtbauweise müssen 4,5 Millionen Mark gezahlt werden.

Neuer Tunnel geplant

Noch teurer wird das, was Hirt seinen Wunschtraum nennt: eine optimale Nutzung der höchsten deutschen Quadratmeter. Vorerst werden zwei Skilifte verlängert, womit das Platt im Winter 84/85 mit zwei je drei Kilometer langen Abfahren werben kann, die olympischen Ansprüchen gerecht werden. Aber der nächste Schritt ist von Experten schon vermessen. Hirt will die Zahnradbahn, die im Fels unterm Schneefernerhaus endet, in einem neuen Tunnel abzweigen lassen und eine neue Bahnstation dort bauen, wohin die meisten Gäste ohnehin wollen: zu den Skiliften. Drei Millionen Mark soll der Vortrieb durch das Gestein kosten. Dafür können drei Seilbahnen am Platt entfallen und ersetzt werden durch eine Bahn, die von den Skiliften aus direkt zum 400 Meter höheren Zugspitzgipfel fährt.

Baupläne auf dem Platt stoßen bei Naturschützern nur auf mäßigen Widerstand. „Dort oben ist ohnehin nichts mehr zu verderben“, umschreiben sie ihre Zurückhaltung. Und die für die Genehmigungen zuständige Bezirksregierung läßt sich leiten von dem Gedanken, das Zugspitzplatt sei ohnehin ein „bereits intensiv genutztes Skizentrum“. Solche Rummelplätze auszubauen, entspricht zudem dem Wunsch des Alpenplans der bayerischen Regierung, die mit Großzügigkeit an diesen Orten ein striktes Skierschließungsverbot in noch unberührten Teilen des schmalen deutschen Alpenstreifens sichern will.



Nach dem Willen der Planer soll Deutschlands Dach sein Gesicht verändern. Das Schneefernerhaus ist in ihren Augen der einzige Negativposten in einer ansonsten erfreulichen Bilanz. FOTO: HEIDE REISS

Neue Anklage gegen Herstatt erhoben

dpa, **Köln**

Die mit 1,2 Milliarden Mark bislang größte Bankpleite der deutschen Nachkriegsgeschichte – der Zusammenbruch des Kölner Bankhauses Herstatt – wird wahrscheinlich doch noch einmal die Justiz beschäftigen: Neun Jahre nach dem spektakulären Ende der Privatbank im Juni 1974 hat die Kölner Staatsanwaltschaft wegen betrügerischen Bankrotts und Untreue erneut Anklage gegen deren Namensgeber Iwan D. Herstatt erhoben. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft hat ein medizinischer Sachverständiger jetzt festgestellt, daß der 69jährige Ex-Bankier für einen möglichen Prozeß zumindest in „beschränktem Umfang“ verhandlungsfähig ist.

Herstatt war im Zusammenhang mit der Bankpleite bereits im Jahre 1977 angeklagt worden. Das Verfahren gegen ihn hatte das Kölner Landgericht jedoch kurz nach seiner Eröffnung zunächst abgetrennt und dann im Januar dieses Jahres endgültig wieder eingestellt, da Herstatt seinerzeit nach Auffassung medizinischer Gutachter wegen seines schlechten Gesundheitszustandes nicht verhandlungsfähig war.

In mehreren Prozessen vor dem Kölner Landgericht waren zahlreiche ehemalige Mitarbeiter und Manager der Bank zum Teil zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Ihren Entschluß, Iwan Herstatt jetzt wieder anzuklagen, hatte die Staatsanwaltschaft nach eigenen Angaben gefaßt, weil ihr bekannt geworden sei, daß der 69jährige trotz seines angeblich schlechten Gesundheitszustandes wieder zu zahlreichen „Aktivitäten“ im In- und Ausland in der Lage gewesen sei.

Absturz: 4 Tote

dpa, **Bonn**

Nur 150 Meter von einem belebten Ausflugsrestaurant entfernt ist gestern eine Propellermaschine im Siebengebirge im dichten Nebel abgestürzt und in Flammen aufgegangen. Dabei kamen alle vier Insassen ums Leben. Die Maschine vom Typ Rockwell-Comander war in Hangelar bei Bonn gestartet. Elf Minuten später prallte das Flugzeug gegen die Kuppe des Ölberges, der gegenüber der Bundeshauptstadt liegt.

Noten-Problem

K. P. **Wien**

Groteske um eine neu in Umlauf gesetzte österreichische 1000-Schilling-Banknote: Niemand wollte den seit einem Tag kursierenden „Tausender“ akzeptieren, obwohl die neue Banknote ausführlich über die Medien der Öffentlichkeit vorgestellt worden war. Vor allem von Geschäftsleuten wurde der 1000-Schilling-Schein zurückgewiesen.

In La Paz entführt

dpa, **La Paz**

Der Leiter des Lufthansa-Büros in La Paz, Michael Wurche, ist am Dienstagabend von Unbekannten entführt worden. Die Kidnapper sollen einer bisher unbekannten Gruppe „Bewegung des 10. November“ angehören und ein Lösegeld in unbekannter Höhe gefordert haben.

Kostenloser Taxidienst

dpa, **Krefeld**

Ein gebührenfreies „Park- und Taxi-System“ bietet Krefelds Geschäftswelt an den vier „langen Samstagen“ vor Heiligabend. Besucher können ihr Auto vor der Innenstadt abstellen und kostenlos mit dem Taxi ins Zentrum weiterfahren. Die Kosten trägt der Einzelhandel.

Lebenszeichen von entführtem Brauerei-Chef

AP, **Amsterdam**

Die Entführer des niederländischen „Brauereikönigs“ Freddy Heineken und seines Chauffeurs Ab Doderer haben Vertretern des Brauereikonzerns nach den Berichten niederländischer Zeitungen von gestern ein erstes Lebenszeichen der beiden Verschleppten zugespielt. Es soll sich um ein Foto, das beide Männer mit einer Tageszeitung „jüngeren Datums“ zeigen, handeln. Es sei irgendwo in Amsterdam hinterlegt und dort von einem Beauftragten der Brauerei auf Anweisung der Entführer abgeholt worden, schrieb das Rotterdamer „Algemeen Dagblad“. Die abgebildete Zeitung trage ein Datum nach dem Mittwoch vergangener Woche, dem Tag, an dem die beiden Männer in Amsterdam überwältigt und verschleppt wurden.

Wegen der Nachrichtensperre wollten weder die Polizei noch Sprecher der Brauerei zur Darstellung des „Algemeen Dagblad“ Stellung nehmen. In Kreisen des niederländischen Justizministeriums wurde die Existenz des Fotos jedoch inoffiziell bestätigt. Die Amsterdamer Tageszeitung „De Telegraaf“ berichtete unterdessen, die Leitung des Heineken-Konzerns habe in dem Blatt eine weitere verschlüsselte Anzeige aufgegeben, in der die Entführer zur Kontaktaufnahme aufgefordert würden. Der Text der am Mittwoch veröffentlichten Anzeige laute: „Herzlichen Glückwunsch. Das Gras ist für den Hasen grün. Um an das Gras heranzukommen, muß er vorher Kontakt aufnehmen.“ Ähnliche Annoncen waren bereits am Freitag und Samstag im „Telegraaf“ erschienen.

Ein Rabbiner sucht seinen Retter

Ehemaliger KZ-Insasse will Wehrmachtsoffizier danken

DIETER J. OPITZ, **Tel Aviv**

Es war im Jahre 1944, als Rabbi Zvi-Elimelech Schönfeld im Alter von einunddreißig Jahren mit dem Leben abschloß. Seine junge Frau, ein Töchterchen und zwei Söhne waren tot. Ermordet. Er selbst war auf 38 Kilo abgemagert. „An jenem Tage war ich in Auschwitz Teil einer Menschenkolonne, die von der SS zum ‚Duschraum‘ getrieben wurde, als Gottes Hand eingriff.“

„Der Duschraum“, das war die Gaskammer. Wer dorthin gebracht wurde, war verloren. Aber diesmal wurde plötzlich eine kleine Gruppe aus der Reihe der ausgemergelten Gestalten geholt und in die zehn Kilometer entfernte Kleinstadt Brzece geschickt, um dort in einem Militärlager zu arbeiten. Unter den wenigen, die damals dem schon sicheren Tod entkamen, war der junge Rabbi aus dem karpatoukrainischen Munkatzsch.

„Wenige Tage nach unserer Ankunft in Brzece arbeitete ich gegen Abend in der Nähe der Unterkünfte, als jemand von drinnen an die Fensterscheibe klopfte und mich heranwinkte. Es war ein deutscher Offizier. ‚An diesem Fenster‘, so begann er, ‚werde ich jeden Tag Brot liegen lassen. Kommen Sie nach Einbruch der Nacht, nehmen Sie es und teilen Sie es mit ihren Freunden. Sie verstehen, daß dies gegen die Vorschriften verstößt. Aber da ich sehe, wie sie alle hungern und geschwächt sind, will ich Ihnen helfen, so gut ich eben vermag.‘“

Acht Monate war Schönfeld in Brzece, und jeden Abend fand er auf jener Fensterbank Brot und andere Lebensmittel, die er mit seinen Schicksalskameraden teilte. Und so überlebte er, was nach dem Willen Hitlers und Himmlers und ihrer Mordhelfer die „Endlösung der Judenfrage“ sein sollte.

Rabbi Schönfeld konnte vor einigen Jahren aus der Sowjetunion nach Israel auswandern, wo er ein – jetzt in englischer Sprache erschienenes – theologisches Buch über den Holocaust schrieb. Darin erzählt er auch die Geschichte von dem deutschen Offizier in Brzece. Er schreibt:

„Jüdische Weisheit lehrt, daß Gott viele Boten hat. In den Lagern, wo ein Gramm Brot wertvoller war als irgend sonst etwas, sorgte Er für mich durch die Hand eines Offiziers der Wehrmacht. Wenn dieser Fremde durch irgendeinen Zufall diese Zeilen liest oder von ihnen hört und sich als dieser Mensch erkennt, wäre es mir eine tiefe Genugtuung, ihm persönlich danken zu können.“

BGH: Kein Platz für „unheimliche heimliche Zeugen“

Wt. **Karlsruhe**

Der Große Strafsenat des Bundesgerichtshofs hat entschieden, daß sogenannte V-Leute vor Gericht ihre volle Identität offenbaren müssen. Das gelte immer dann, wenn (Vertrauens)-Leute der Polizei in der Hauptverhandlung auftreten. Aber auch in jenen Ausnahmefällen, in denen sie außerhalb der Hauptverhandlung von einem Richter kommissarisch vernommen werden, könne vom Grundsatz der Identitätsoffenbarung nicht abgegangen werden.

Das Gericht stellte zugleich fest, daß der Verteidiger des Beschuldigten in allen Fällen das Recht habe, bei der Vernehmung von V-Leuten anwesend zu sein. Dies sei aus rechtsstaatlichen Gründen im Interesse einer unbeeinträchtigten Verteidigung unabweisbar. Im Strafverfahren könne für den „unheimlichen heimlichen Zeugen“ kein Platz sein.

Mit dieser höchstrichterlichen Entscheidung wurde der über viele Jahre dauernde Streit beendet, ob V-Leute in Strafverfahren anonym auftreten dürfen. Zur Wahrung der Anonymität waren sie bisweilen vermummt vor Gericht aufgetreten, häufig wurden ihre Stimmen elektronisch verzerrt. Nachdem die Rechtslage jetzt geklärt ist, muß die Polizei künftig entweder ihre V-Leute „enttarnen“. Oder aber sie muß deren Tips dazu verwenden, selbst gerichtstaugliche Beweise zu beschaffen und kann dann die V-Leute im Hintergrund belassen.

Seite 2: V-Männer als Zeugen

Stehen Abgeordnete bald vor geschlossenen Toren?

Schreckschuß zur Beschleunigung des Bundestags-Umbaus

BIRGIT KRUMMACHER, **Bonn**

Die Bundestagsverwaltung hat es jetzt schwarz auf weiß: Wenn sich die Abgeordneten nicht in Kürze auf ein Konzept für den Umbau des Plenarsaales einigen, sitzen sie im Freien. Es könne nicht länger hingenommen werden, daß das Parlamentsgebäude weniger sicher als eine Turnhalle sei, schrieb der Kölner Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes der Behörde und drohte mit Schließung. Nachdem die Pläne für einen Neubau des Bundestages endgültig ad acta gelegt worden seien, meint Antwerpes, dem auch die zuständige Bauaufsichtsbehörde untersteht, dürfe die Sanierung des Sitzungssaales aus Sicherheitsgründen nicht länger hinausgeschoben werden.

Gegenüber der WELT erklärte der Regierungspräsident, ihm sei der Geduldsfaden gerissen. Die Bundestagsverwaltung wisse seit Jahren durch verschiedene Gutachten, daß der Plenarsaal in seinem jetzigen Zustand *nicht den Vorschriften* der Versammlungsstättenverordnung entspreche. Obwohl Gesundheit von Abgeordneten und Besuchern gefährdet sei, zeige im Hohen Haus niemand Eile.

Antwerpes beanstandet mehrere Mängel:

- Durch die Decke, die aus Holz und anderen brennbaren Materialien bestehe, seien Stark- und Schwachstromkabel gelegt. Dies bedeute ein erhöhtes Brandrisiko.
- Die Decke über der Presse- und Diplomatentribüne ist verglast. Bei größerer Hitze sei damit zu rechnen, daß die Scheiben auf den Besucherbereich herabstürzten.
- Der Fußbodenbelag sei nicht feuerfest. In der Lüftungsanlage, durch die auch das Plenum mit dem Kellergeschoß verbunden sei, fehlten Brandklappen. Im Keller befänden sich aber die Akten- und Lagerräume, die eine extreme Brandlast darstellten.
- Ferner gebe es keine Rauchabzugsöffnung. Gerade aber Rauch sei besonders gefährlich, da er zu schweren Vergiftungen führe und Rettungswege oft nicht erkennen lasse.

Für den Umbau des Plenarsaales hat der Regierungspräsident in seinem Schreiben noch keine Frist gesetzt. Daß er die Verfügung aber keineswegs nur als Formsache betrachtet, bekundet Antwerpes mit dem Hinweis, daß es in seinem Regierungsbezirk Konferenzräume gebe, deren Benutzung er aus weniger gewichtigen Gründen untersagt habe.

Zu dem Schreckschuß des Regierungspräsidenten, den dieser wohl mit Bedacht während der derzeit laufenden Beratungen für den Etat '84 abgab, erklärte ein Sprecher der Bundestagspressestelle, die Umbau- und Ausbesserungsarbeiten seien fest eingeplant. Danach soll die Renovierung im Jahre 1986 beendet sein. Während der Bauarbeiten werde das Parlament, wie bereits angekündigt, vorübergehend in ein altes Wasserwerk umquartiert.

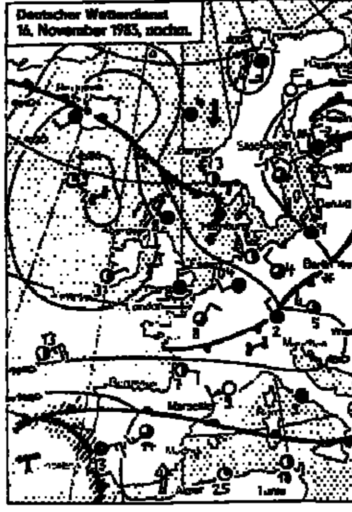
ZU GUTER LETZT

„SPD will Ausweitung des Pfändungsschutzes für Haustiere – Kein Kuckuck für Waldi“ – Aus dem SPD-Pressedienst.

WETTER: Stark bewölkt

Wetterlage: Von Nordwesten her wird wolkenreiche Meeresluft nach Deutschland geführt. Schwache Tiefausläufer streifen den Nordosten.

Vorhersage für Donnerstag:
Das gesamte Bundesgebiet und **Raum Berlin:** Überwiegend starke, nur gelegentlich auflockernde Bewölkung. Im Nordosten des Bundesgebietes und in Berlin zeitweise leichter Regen und Sprühregen, sonst weitgehend niederschlagsfrei. Nachmittagstemperaturen 4 bis 8 Grad, in den Mittelgebirgen knapp über dem Gefrierpunkt. Nachts Abkühlung auf 3 bis 0 Grad, nur im Süden und in den Höhenlagen leichter Frost. Schwacher bis mäßiger Wind aus Nordwest bis West.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C; bedeckt, still; Nebel; Sprühregen; Regen; Schneefall; Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H=Hoch-, T=Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Weitere Aussichten:
Keine durchgreifende Wetteränderung.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	4°	Kairo	26°
Bonn	5°	Kopenh.	5°
Dresden	1°	Las Palmas	21°
Essen	4°	London	8°
Frankfurt	3°	Madrid	14°
Hamburg	5°	Mailand	3°
List/Sylt	4°	Mallorca	19°
München	2°	Moskau	–6°
Stuttgart	3°	Nizza	12°
Algier	25°	Oslo	3°
Amsterdam	8°	Paris	8°
Athen	17°	Prag	1°
Barcelona	16°	Rom	9°
Brüssel	7°	Stockholm	–1°
Budapest	2°	Tel Aviv	25°
Bukarest	–2°	Tunis	18°
Helsinki	–2°	Wien	5°
Istanbul	6°	Zürich	3°

Sonnenaufgang* am Freitag: 7.45 Uhr, **Untergang:** 16.30 Uhr, **Mondaufgang:** 15.55 Uhr, **Untergang:** 4.52 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Wegen Überfüllung geöffnet . . .

GITTA BAUER, **New York**

Bürgermeister Ed Koch nannte seine Entlassungsaktion für Untersuchungshäftlinge einen Erfolg, weil damit die Überfüllung der städtischen Gefängnisse beendet sei. Von den 612 seit Anfang November auf freien Fuß gesetzten Gefangenen seien schließlich nur zwei unauffindbar verschwunden. Weniger glücklich mit Kochs Aktion, die ihm allerdings ein Bundesrichter beschert hatte, war eine 21jährige Frau, die von einem der Freigelassenen vergewaltigt wurde. „Das System stinkt mir“, sagte das anonym gebliebene Opfer. Ed Koch sprach von höherem Wahnsinn und machte die zu langsam arbeitenden Richter zum Sündenbock.

Die Stadt New York steht nicht allein da mit dem Problem der überfüllten Gefängnisse. Allein in den letzten beiden Jahren stieg die Zahl der Gefängnisinsassen in den USA um 11,5 bzw. 12,1 Prozent. Das Justizministerium zählte im vergangenen *März 425 678 Gefangene oder 175 auf* hunderttausend Personen. Nur die Sowjetunion und Südafrika verzeichnen einen höheren Prozentsatz von Menschen hinter Schloß und Riegel.

Auch Bürgermeister Kochs Entlassungsaktion ist nicht ungewöhnlich. Die Staaten Michigan, Iowa und Minnesota müssen ihren eigenen Gesetzen entsprechend Insassen entlassen, wenn die Verhältnisse in den Zuchthäusern zu qualvoll werden. Als ein Bundesrichter dem Staat Texas ein Minimum an Bewegungsraum für jeden Häftling vorschrieb, wich das Strafvollzugssystem auf Zwölfmannzelte aus.

Die American Correctional Association, eine Organisation von Vollzugsbeamten, sieht in ihren Richtlinien Badezimmergröße für eine Einmann-Zelle vor. Nur ein Fünftel aller Insassen kennt diesen Luxus. So erscheint es immer wieder als ein besonders gutes Jahr, in dem sich kein größerer Aufstand ereignet. „Es ist ein normaler Zustand der Dinge“, schrieb das Magazin „Time“, „daß sich im (kalifornischen) San Quentin mit seinen 2900 Insassen im letzten Jahr nur sieben Morde ereigneten und mindestens 54 weitere Häftlinge mit Messern oder Keulen verletzt wurden . . .“

Der Gefängnisboom ist nicht so sehr ein Anzeichen steigender Kriminalität, die – den letzten FBI-Ziffern zufolge – im Abnehmen begriffen ist. Es sind eine größere Verhaftungsquote und längere Haftstrafen, die die überalterten Gefängnisbauten aus den Nähten platzen lassen. 42 Prozent aller Anstalten sind ein halbes Jahrhundert alt. Neue Gefängnisse sind teuer, ihre Finanzierung muß, da sie das Budget eines Bundesstaates sprengen würde, über Anleihen aufgebracht werden. Über sie wiederum hat die Bevölkerung abzustimmen, und jedesmal geht dann ein Aufschrei durch die liberalen Reihen, die offenbar überfüllte alte Gefängnisse für weniger repressiv halten als einen modernen Neubau.

Eine Gefängnisreform steht schon seit langem auf der nationalen Agenda in den USA. Eine liberale Zeitung wie die „New York Times“ nennt die Überfüllung von Gefängnissen eine „krebsartige Nebenerscheinung unserer Verhärtung gegenüber Verbrechen“. Das Blatt muß aber einräumen: „Vielleicht reicht die Erfahrung (mit der Entlassung von Häftlingen in New York) beim nächsten Mal, wenn die Öffentlichkeit aufgefordert wird, mehr Geld für die Strafjustiz auszugeben oder ein Gefängnis in der Nachbarschaft zu akzeptieren.“

Schnee brachte das Chaos

AP, **Frankfurt**

Bewölkter Himmel beherrschte im ganzen Land den Buß- und Bettag. Nachdem am Dienstag erste Schneefälle dieses Herbstes in weiten Teilen der Bundesrepublik Deutschland zu chaotischen Verhältnissen auf den Straßen geführt hatten, brachte der Mittwoch mit milderer Meeresluft eine erhebliche Frostabschwächung. Gestern gingen Niederschläge nur in Nordhessen und Nordbayern zunächst noch als Schnee nieder. Nach Auskunft der Meteorologen des Deutschen Wetterdienstes in Offenbach liegt auch in Mittelgebirgen so wenig Schnee, daß die Wintersportler Ski und Rodel vorerst noch eingepackt lassen können. Zum Wochenende könne es zu Abkühlungen und möglicherweise auch Schneefällen kommen.

Die Schneefälle vom Dienstag haben nach Angaben des deutschen Wetterdienstes nur in Berlin, Hannover und Hof in Bayern zu etwa vier Zentimeter dicken Schneedecken geführt. Auch in den Mittelgebirgen, wie etwa auf dem Kahlen Asten im Sauerland und in Bad Marienberg im Westerwald, betrage die Schneedekke nur fünf Zentimeter, auf dem Großen Feldberg im Taunus sogar nur einen Zentimeter.

Autofahrer wurden gestern nur noch auf der Autobahn nach Nürnberg durch Schneeglätte erheblich behindert. Am Vortag war es durch Schneefall auch in Berlin zu Verkehrsbehinderungen gekommen. Der Berliner Stadtreinigung hatte die Tatsache, daß der erste Schnee gleichzeitig mit dem Berufsverkehr einsetzte, arg zu schaffen gemacht. So behinderten sich nach Angaben eines Sprechers der Stadtreinigung die 80 Granulatstreufahrzeuge und der übrige Verkehr gegenseitig. Die Polizei zählte von 6.30 bis 9 Uhr schon 237 Verkehrsunfälle mit sieben Verletzten.

In weiten Teilen Nordrhein-Westfalens war der Nahverkehr wegen Glätte am Dienstag morgen völlig zum Erliegen gekommen. Auf den Autobahnen des Ruhrgebiets gab es nach Angaben der Nachrichten- und Führungszentrale im Düsseldorfer Innenministerium zahlreiche Unfälle mit Blechschäden. Der Streudienst der Straßenbehörden war vom Schnee überrascht worden: Am Vortag hatte der Wetterbericht für Nordrhein-Westfalen steigende Temperaturen angekündigt.



Rotterdam, Standort für Handel und Industrie für die Niederlande, Benelux und Europa
FOTO: AART KLEIN

BENELUX

Als nach den Ölpreis-Schocks die drei Regierungen der Benelux-Länder jede für sich Wege aus der Krise suchten, geriet der wirtschaftliche Zusammenhalt in den Hintergrund. Der politische Konsens wurde jahrelang durch die Zusammenarbeit in der EG überflügelt. Heute hat sich das Bild geändert. Die drei Länder der Union haben wieder die Vorreiterrolle in Europa übernommen. Und die ähnlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Kurskorrektur verstärken noch den Gleichklang der Interessen der drei Unionsländer.

Im Haag regt sich vorsichtiger Optimismus für Ende der Flaute

Von BODO RADKE

Im Gegensatz zu vielen ihrer Landsleute, deren phantastischer Einsatz für irgendwelche Ideologien zum Lebensinhalt geworden zu sein scheint, halten die Chefs oder Manager niederländischer Wirtschaftsunternehmen an der traditionellen Tugend ihres Volkes fest, mit nüchternem Realismus an die Beurteilung von Situationen und deren voraussichtliche Entwicklung heranzugehen.

Um so schwerer wiegt der vorsichtige Optimismus, mit dem in diesen Kreisen die Chancen für eine Überwindung der Konjunkturflaute in absehbarer Zukunft eingeschätzt werden. Eine vom holländischen Zentralbüro für Statistik veranstaltete Umfrage bei allen Betrieben mit mehr als zehn Arbeitnehmern zum Thema Investitionsneigung ergab, daß für 1983 eine durchschnittliche Zunahme der Investitionen gegenüber dem Vorjahr um 9 Prozent zu erwarten ist. Damals war im Jahresvergleich noch ein Rückgang von 5 Prozent und 1981 sogar um 11 Prozent registriert worden.

Wobei der Präsident der Niederländischen Nationalbank, der frühere Finanzminister Wim Duisenberg, vor wenigen Tagen in seiner Rede vor den Mitgliedern der Vereinigung von Metall- und elektrotechnischen Industrie-Unternehmen die Vermutung äußerte, daß zur Zeit in vielen Firmen Gewinne zur Aufstockung des Eigenkapitals verwendet werden. Investitionen seien erst vorgesehen, wenn die politische Lage übersichtlicher geworden ist.

Dazu der Hinweis, daß im derzeitigen Verhältnis der niederländischen Wirtschaft zu den Politikern ihres Landes die Frage dominierend ist, ob die Koalitionsregierung von Christdemokraten und Liberal-Konservativen den Proteststürmen der Linksparteien und Gewerkschaften gegen ihren für die Jahre 1984 bis 1986 angekündigten Kurs standhalten kann. Der Umfang und Effekt jener Streikwellen, die von Angehörigen des öffentlichen Dienstes wegen angeblicher Benachteiligung gegenüber Arbeitnehmern der freien Wirtschaft in Gang gesetzt wurden, ist nicht vorauszusagen.

Fiskalische Entlastung der Unternehmen

Das seit November vergangenen Jahres amtierende Mitte-Rechts-Kabinett gilt als das wirtschaftsfreundlichste der letzten Jahrzehnte. Hinzu kommt aus der Sicht von Unternehmern das Positivum, daß Regierungschef Ruud Lubbers und Wirtschaftsminister Van Aardenne leitende Positionen im Betriebsleben innehatten, bevor sie sich der Politik zuwandten.

Der Haushaltsentwurf für das kommende Jahr wird weitgehend von dem Wunsch bestimmt, durch fiskalische Entlastung der Unternehmen eine Wiederbelebung der Wirtschaftsaktivitäten zu erleichtern.

Da indes das Abbremsen eines weiteren Zuwachses der Staatsverschuldung auch im Königreich der Niederlande zwingendes Gebot ist, enthält das Regierungsprogramm als Kehrseite der Medaille eine Fülle von Sparmaßnahmen für den Bereich des öffentlichen Dienstes und der Sozialleistungen. Diese Opfer für die davon Betroffenen, so heißt es in der Erläuterung, hätten zum alleinigen Ziel, eine Gesundung der Staatsfinanzen herbeizuführen und ein „modernisiertes, gerechteres und vor allem finanzierbares System sozialer Sicherheit" aufzubauen. Als Endeffekt würden alle Angehörigen des niederländischen Volkes davon profitieren.

Aber wie das nun einmal so ist: Auch in Holland hält sich die Bereitschaft zum Opferbringen in sehr engen Grenzen. Der Vorwurf der Oppositionsparteien und Gewerkschaften, die Mitte-Rechts-Regierung wolle in geradezu „unmoralischer Weise" auf Kosten der sozial Schwachen den Wirtschaftsunternehmen Wohltaten erweisen, findet in einem Teil der Bevölkerung keinen geringen Beifall. Und das bringt die christlich-demokratische Partei von Ministerpräsident Lubbers mit ihrem einflußreichen linken Flügel in eine Zwickmühle, während die Liberal-Konservativen auf Grund ihrer Wählerstruktur auf die Proteste keine Rücksicht zu nehmen brauchen.

In Hollands Wirtschaftskreisen gibt es Befürchtungen, daß in der christlich-demokratischen Regierungspartei Angehörige des linken Flügels mit ihrer Forderung nach Absage an die Liberal-Konservativen und Neuauflage einer Koalition mit der sozialistischen „Partei der Arbeit" die Oberhand gewinnen könnte. Der dann mit Sicherheit zu erwartende wirtschafts- und sozialpolitische Kurswechsel würde die Blütenträume einer Fortsetzung des Wirtschaftsaufschwungs zerstören.

Die Bundesrepublik ist der wichtigste Handelspartner

Für einen solchen gibt es konkrete Indizien. Im ersten Halbjahr 1983 hat sich der Außenhandel der Niederlande gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres sowohl auf der Export- wie auf der Importseite mengenmäßig um 4 Prozent vergrößert, wobei die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor der weitaus wichtigste Partner des Warenaustausches ist. Auf einen weiteren Aspekt der Notwendigkeit einer engen Bindung Hollands an den deutschen Nachbarn hat Nationalbank-Präsident Duisenberg in seiner schon erwähnten Rede hingewisen.

„Die Pflege des Gulden-Wechselkurses", sagte er, „muß auf die Entwicklung in der Bundesrepublik abgestimmt bleiben. Nur so können wir das Vertrauen in- und ausländischer Investitoren sicherstellen. Eine Abwertung des Gulden würde unsere Konkurrenzposition im Welthandel nicht vergrößern. Das kann nur durch Senkung der Produktionskosten in unseren Unternehmen und durch einen Regierungskurs erfolgen, der die Belebung der Wirtschaft – und damit eine Vermehrung der Arbeitsplätze – fördert."

Wieder in der Rolle des Vorreiters der Einigung

Von WILHELM HADLER

Feierlich geht es nur selten zu, wenn sich die Außenminister der Beneluxstaaten zu Konsultationen treffen. Bei ihrer letzten Zusammenkunft jedoch besiegelten sie ihre Beschlüsse mit Champagner. Grund war die Entscheidung über die Einführung eines „Einheitsdokuments" im Handel zwischen den drei Ländern. Es soll vom 1. Juli 1984 an die bisherigen unterschiedlichen Warenbescheinigungen ersetzen und den lästigen „Papierkrieg" an der Grenze dadurch erheblich verringern.

Anlaß zum Feiern bot vor allem die Tatsache, daß sich die EG schon seit Jahr und Tag vergeblich um eine derartige Vereinfachung bemüht. Zum erstenmal seit langem konnten sich die Beneluxpolitiker daher wieder in der Rolle von Vorreitern der Integration fühlen. Zuletzt war dies der Fall gewesen, als sie 1971 die Schwankungsbreiten zwischen ihren Währungen einschränkten und damit den Wechselkursverbund des Europäischen Währungssystems (EWS) vorwegnahmen. Die Wirtschaftskrise gab in der Folgezeit dann kaum noch Gelegenheit zu ähnlichen Erfolgserlebnissen.

Als die EG-Partner 1959 darangingen, ihre Zölle abzubauen, hatten die Beneluxländer unter sich die Zollunion für gewerbliche Erzeugnisse bereits seit elf Jahren verwirklicht. Der 1958 unterzeichnete Vertrag über die Gründung einer Wirtschaftsunion bildete in vieler Hinsicht das Modell für die heutige Zehnergemeinschaft. Trotzdem war nie die Rede davon, den Verbund ganz in der EG aufgehen zu lassen. Benelux, so postulierte damals der belgische Christlich-Soziale Jean Duvieusart, sollte Motor des Gemeinsamen Marktes werden und der europäischen Einigung stets ein Stück voraus sein.

Allerdings zeigte sich bald, daß die drei Länder ihren Integrationsvorsprung auf die Dauer nicht halten konnten. Wie später die EG als Ganzes machten sie die Erfahrung, daß die Koordinierung der Wirtschafts- und Währungspolitik sehr viel mühsamer ist als die Schaffung einer Zollunion. Hinzu kam, daß die wirtschaftliche Entwicklung in den Beneluxländern recht unterschiedlich verlief. Belgien wurde weit mehr von der Ölkrise betroffen als Holland, das auf seine Erdgasvorkommen setzen konnte. Luxemburg konnte die Krise in der Stahlindustrie weitgehend durch einen Ausbau des Großherzogtums zu einem internationalen Finanzzentrum kompensieren.

Insgesamt jedoch ist die Bilanz der Benelux-Zusammenarbeit durchaus positiv – nicht zuletzt, weil sich die EG meist noch schwerer tut, Fortschritte auf dem Wege zu einem gemeinsamen Binnenmarkt zu machen. So gelang es, die Personenkontrollen im Innern von Benelux abzuschaffen und an die Außengrenzen zu verlegen, die Weinsteuern zu harmonisieren, bei der Vermittlung von Arbeitskräften zusammenzuarbeiten und das Lebensmittelrecht anzugleichen. Im Straßenverkehr gibt es zwischen den drei Ländern keine quantitativen Beschränkungen mehr, wovon die EG nicht einmal träumt. Visa für Einreisende gelten automatisch für Holland, Belgien und Luxemburg.

Das alles wurde mit einem äußerst geringen Aufwand an Personal und Geld erreicht: Während die Gemeinschaft an die 15 000 Beamte beschäftigt, kommt das Sekretariat des Beneluxrates mit rund 80 Beschäftigten aus, die Kosten betrugen 1982 ganze 110 Mill. Belg. Franc (5,5 Mill. DM). Das EG-Budget belief sich hingegen (wegen der erheblichen finanziellen Transfers) auf über 50 Mrd. Mark.

Während in früheren Jahren die Bemühungen um den Ausbau der Benelux-Wirtschaftsunion weitgehend den Harmonisierungsversuchen in der größeren Gemeinschaft geopfert wurden, scheint deren permanente Krise die Rückbesinnung auf die Zusammenarbeit im kleineren Verbund zu fördern. „Wir wollen mehr als bisher vom Wert und Gewicht der Beneluxunion profitieren", versichert zum Beispiel der belgische Außenminister Leo Tindemans.

Bei einer Zusammenkunft im November 1982 haben die drei Regierungschefs die Weichen für eine engere Koodinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sowie für neue Fortschritte bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gestellt. Der Beschluß über das „Einheitsdokument" ist das erste Ergebnis dieser Neuorientierung. Für weitere Fortschritte spricht nicht nur die Tatsache, daß die drei Mitgliedsländer einen ähnlichen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung aufweisen und daß sich die Interessen von drei Partnern leichter unter einen Hut bringen lassen als von zehn oder demnächst zwölf EG-Ländern. Wichtig ist vor allem, daß der kleinere Zusammenschluß auch „menschlichere" Züge trägt als eine größere Gemeinschaft.

Schon 1968 konnte der spätere holländische Premierminister van Agt versichern: „Wir betrachten einander nicht mehr als ausländische Staaten."

Aus dem Inhalt

INTERVIEW MIT DEM NIEDERLÄNDISCHEN AUSSENHANDELSMINISTER FRITS BOLKESTEIN

„Bei Hochkonjunktur Nach-, bei schwacher Vorteile"

WELT: Wie beurteilen Sie die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden?

Bolkestein: Es gibt keine wirtschaftlichen Probleme zwischen beiden Ländern. Unser Handel verbessert sich allmählich. In den ersten 6 Monaten diesen Jahres hat sich der niederländische Export nach der Bundesrepublik um 5 Prozent gesteigert. Auch der deutsche Export nach den Niederlanden ist gewachsen, um 3,5 Prozent, das heißt, wir haben unsere Position gestärkt.

WELT: Wobei Sie ja traditionell einen Überschuß haben.

Bolkestein: Das stimmt für den Bereich der Energie und der Energieprodukte. Ich glaube nicht, daß die Bundesrepublik dadurch übermäßig belastet ist. Die Beziehungen entwikkeln sich sehr gut. Das ist eine gute Sache, denn ich möchte betonen, daß die Bundesrepublik für die Niederlande ökonomisch das wichtigste Land ist.

WELT: Spötter sagen, daß die niederländische Ausfuhr ziemlich einseitig auf Nahrungsmittel, Blumen und Energie aufgebaut ist und damit quasi eher die Außenhandelsstruktur eines Entwicklungslandes aufweist. Sehen auch Sie eine allzu starke Unausgewogenheit und noch mehr Möglichkeiten für hochwertige Güter?

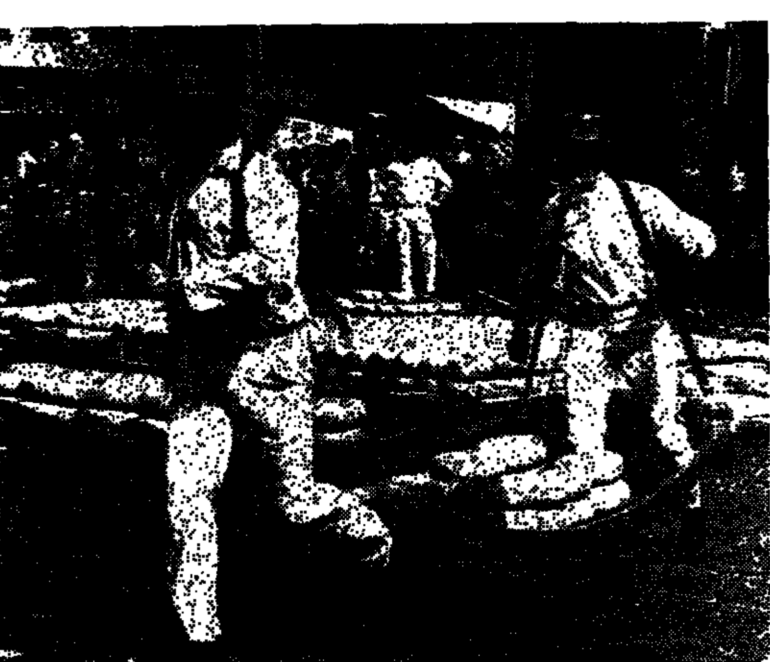
Bolkestein: Es ist wahr, daß wir viel Nahrungsmittel exportieren. Die Niederlande sind der zweitgrößte Exporteur der Welt – nach den USA – von Nahrungsmitteln und Agrarprodukten. Das ist für so ein kleines Land keine kleine Leistung.

Dies bedeutet aber auch, daß die Agrarwirtschaft in den Niederlanden hochentwickelt ist. Ein Viertel unseres Exports sind Agrarerzeugnisse. Das ist ein Export, der technologisch sehr stark unterbaut ist. Es gibt aber auch Nachteile im niederländischen Export.

Der Sektor Maschinen und Apparate ist nicht so stark wie in Deutschland, der Schweiz oder in Schweden, aber das hat auch eine gute Seite. Denn der Export von Kapitalgütern in die Dritte Welt ist viel risikoreicher als z. B. der Export von Blumen oder Butter in die Bundesrepublik.

Oft wurde gesagt, daß unsere Exportkonzentration nach Westeuropa nicht so gut sei. Aber jetzt sieht man, daß dies wohl der Fall ist, denn die Risiken in Europa *sind geringer* als in Asien.

Man kann die Sache also von zwei Seiten sehen: Bei Hochkonjunktur haben wir Nachteile, bei schwacher Konjunktur haben wir einen relativen Vorteil. Unsere Exporte gehen zu 80 Prozent in westeuropäische Länder, also in eine Region, die sich durch relative Stabilität auszeichnet. Wir möchten unsere Exporte beispielweise auf dem Gebiet der Investitionsgüter und anderer hochwertiger Produkte weiter ausbauen. Aber die Spötter haben unrecht: Die Niederlande sind eine moderne Industrienation, nur wissen es zu wenige.



Agrarriese Holland, Szene vom Käsemarkt in Alkmar FOTO: AP

WELT: Die deutschen Exporteure haben insbesondere in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre deutlich von ihrer einst sehr starken Position auf dem niederländischen Markt eingebüßt. Wo sind die Ursachen aus Ihrer Sicht?

Bolkestein: Ja, vielleicht, aber dieses Jahr haben sie wieder zurückgewonnen.

WELT: Worin liegen die Ursachen für diesen Aufschwung?

Bolkestein: Die Firmen aus der Bundesrepublik sind zu einer intensiveren Verkaufspolitik übergegangen. Vielleicht haben wir einen gemeinsa*men Fehler gemacht, daß wir und sie* es zu lässig, bequem und selbstverständlich hingenommen haben. In den Niederlanden ist man jetzt wachgeworden und vielleicht strengt man sich auch in Deutschland jetzt mehr an, um den Markt besser zu bearbeiten.

WELT: Niederländische Handelsbeziehungen haben sich bisher vorzugsweise auf Nordrhein-Westfalen und Norddeutschland konzentriert. Wie steht es mit dem Süden?

Bolkestein: Wir haben bisher den Süden Deutschlands vernachlässigt. Das soll anders werden. Damit will ich nicht sagen, daß wir Nordrhein-Westfalen vernachlässigen werden. Wir müssen dort bleiben und das verteidigen, was wir schon haben. *Jetzt müssen wir im* Süden Deutschlands neue Felder erobern. Ansatzpunkte bietet zum Beispiel die Zulieferindustrie.

Natürlich müssen wir konkurrenzfähig sein, das Produkt muß gut sein. Export ist auch eine Sache der Psychologie. Ich empfehle vor allem den niederländischen Klein- und Mittelunternehmern, sich stärker auch auf Süddeutschland zu konzentrieren. Wenn wir nach USA exportieren kön*nen, so können* wir dies auch nach Süddeutschland.

WELT: VFW-Fokker und Hoesch-Hoogovens sind spektakuläre Beispiele für gescheiterte enge Kooperationen. Wie bewerten Sie Stand und Zukunftsaspekte über die Grenzen *hinweggehender* Engagements angesichts weitgehend verflogener Europa-Visionen?

Bolkestein: Ihre Frage ist sehr komplex. Dies ist auch kein deutsch-nie*derländisches Spezifikum.* Ich glaube, je mehr der Staat interveniert, um so schwerer wird es für die Unternehmer, zu arbeiten. Jeder Staat ist geneigt, einen Schutzwall aufzubauen.

Ich glaube, *daß* es *einen* direkten Zusammenhang gibt zwischen Staatsintervention und supranationaler oder nationaler Kooperation. Es wird immer Möglichkeiten für über die Grenze gehende Engagements geben, aber dies setzt voraus, daß sowohl die deutsche als auch die nie*derländische Regierung* eine Politik der Zurückhaltung und nicht Intervention praktizieren. Die Unternehmen sollten selbst ihren Weg finden.

WELT: Läßt sich dies bilateral regeln?

Bolkestein: Wir haben ein Europa von *10* Staaten. Dabei können wir nicht auf die langsamsten Staaten warten. Wenn die Integration Europas nicht schneller vorangeht, dann müssen wir natürlich bewahren, was wir haben. Dann sollten Länder wie die Bundesrepublik und die Niederlande eine höhere Stufe der bilateralen Zusammenarbeit anstreben. Daraus könnte sich eine Schrittmacherfunktion ergeben.

WELT: Welche Chancen bieten sich für deutsche Investoren in den Niederlanden und womit kann man ihnen ein Engagement schmackhaft machen?

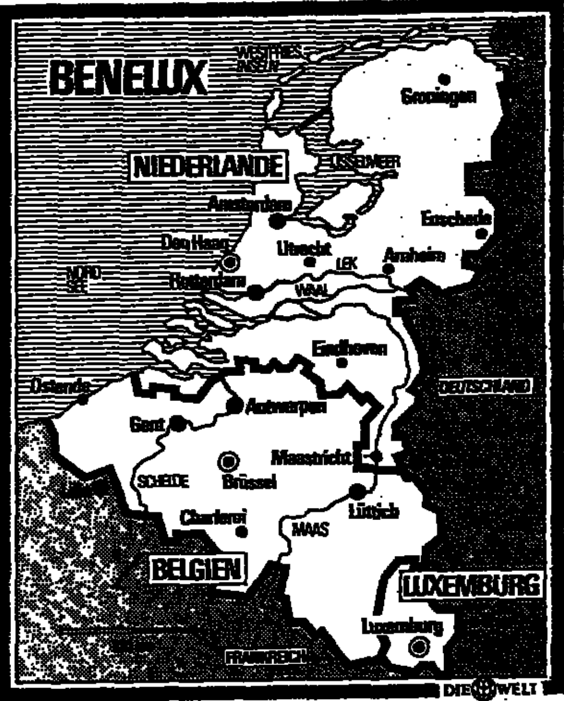
Bolkestein: Ich glaube, die beste Methode ist eine gesunde, makroökonomische und soziale Politik. Auch noch so große Verlockungen in Form von Prämien und zeitlich begrenzter Steuerfreiheit sollten eigentlich – einige Beispiele lehren dies – eine untergeordnete Rolle spielen.

Die Fragen für DIE WELT stellte Werner Neitzel

AUF EINEN BLICK

NIEDERLANDE
FLÄCHE
40 844 qkm
EINWOHNER
14,240 Millionen
BEVÖLKERUNG
Fast ausschließlich Niederländer. Etwa 250 000 Bürger aus den ehe*maligen Kolonien* (Indonesier, Surinamesen, Ambonesen und Südmolukker). Die Anzahl der Ausländer beträgt ca. 480 000.
RELIGION
1978 ca. 40 Prozent römisch-katholisch, 36 Prozent Protestanten verschiedener Kirchen (vor allem der Niederländisch Reformierten Kirche), 30 000 Juden und 23 Prozent ohne Angaben.
WIRTSCHAFT ALLGEMEIN
Die Industrie ist mit einem Beitrag von mehr als 40 Prozent zum Netto-Inlandsprodukt die wichtigste Erwerbsquelle des Staates. Es folgen Handel und Verkehr, Land- und Forstwirtschaft und die Fischerei.
WICHTIGE ADRESSEN
IN DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND
Königlich Niederländische Bot*schaft, Sträßchensweg* 10, 5300 Bonn 1, Tel. 23 80 91.
Generalkonsulate in Berlin, Düssel*dorf, Frankfurt, Hamburg und* München.
Niederländisches Fremdenver*kehrsamt, Schildergasse 84,* 5000 Köln, Tel. 23 62 62.
KLM, Korneliusstr. 9, 6000 Frankfurt, *Tel. 74 07 11.*
IN DEN NIEDERLANDEN
Botschaft der Bundesrepublik *Deutschland, 2517 EG Den Haag,* Grot Hertoginnenlaan 18–20, Tel. 46 92 06.
Generalkonsulate in Amsterdam und Rotterdam.
Deutsch-Niederländische Handelskammer, Nassauplein 30, 2585 EC Den Haag, Tel. 65 19 55.
Lufthansa, Amsterdam, Vijzelstraat 79, A-B, Tel. 26 35 11.

BELGIEN
FLÄCHE
30 513 qkm
EINWOHNER
9,848 Millionen
BEVÖLKERUNG
Gemeinschaftsstaat mit 57,1 Prozent niederländischsprechende Flamen, 32,7 Prozent französischsprechende Wallonen, rund eine Million flämisch- und französischsprechende Bewohner Brüssels und etwa 65 000 Deutschsprachige. Die Zahl der Ausländer betrug am 31. 12. 1977 mehr als 850 000.
RELIGION
Überwiegend römisch-katholisch, etwa 100 000 Protestanten und 35 000 Juden.
WIRTSCHAFT ALLGEMEIN
Belgien ist einer der wichtigsten Industriestaaten Europas mit umfangreicher Hochofen- und Metallindustrie. Wichtigste Rohstoffgrundlage sind die Steinkohlenlager. Der Fremdenverkehr ist stark auf die Nordseeküste ausgerichtet.
WICHTIGE ADRESSEN
IN DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND
Königlich Belgische Botschaft, Kaiser-Friedrich-Str. 7, 5300 Bonn 1, Tel. 21 20 01.
Generalkonsulate in Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg und München.
Deutsch-Belgisch-Luxemburgische Handelskammer, Cäcilienstr. 46, 5000 Köln 1, Tel. 21 39 86.
Belgisches Verkehrsamt, Berliner Allee 47, 4000 Düsseldorf, Tel. 32 60 08.
Sabena, Roßmarkt 10, 6000 Frankfurt 1, Tel. 29 50 61.



Benelux, die Union der Niederlande, Belgien und Luxemburg, verstand sich lange Zeit als Modell für eine europäische Integration. Als diese dann in der EG erfolgreich begonnen wurde, verlor die Union an Bedeutung. Heute, wo der europäische Einigungsprozeß stagniert, fällt Benelux wieder die Rolle eines Vorreiters zu. Und die drei Länder im Herzen Europas nutzen die Chance zu neuen Initiativen und Beschlüssen, an denen sich Europa orientieren kann.

IN BELGIEN
Botschaft der Bundesrepublik *Deutschland,* 1150 Brüssel, Avenue de Tervueren 190, Tel. 7 70 58 36.
Generalkonsulate in Antwerpen und Lüttich.
Lufthansa, Boulevard Anspach 1, 1000 Brüssel, Tel. 19 17 00.

LUXEMBURG
FLÄCHE
2 586 qkm
EINWOHNER
365 000
BEVÖLKERUNG
Die Luxemburger sind Moselfranken. Das Land ist stark überfremdet, der Ausländeranteil liegt bei ca. 30 Prozent. Die meisten sind Portugiesen (27,6 Prozent) und Italiener (23,1 Prozent), die vor allem im südluxemburgischen Industriegebiet arbeiten.
RELIGION
95 Prozent römisch-katholisch, ca. 3 900 Protestanten und etwa 1000 Juden.
STAATSFORM
Parlamentarisch-demokratische Monarchie. Parlament aus einer Kammer, deren Mitglieder für fünf Jahre gewählt werden. Außerdem ein Staatsrat, teils vom Großherzog ernannt, teils vom Parlament oder Rat nominiert.
WIRTSCHAFT ALLGEMEIN
Die Wirtschaft befindet sich seit mehreren Jahren in starken strukturellen Schwierigkeiten. Die Schwerindustrie, die einer der größten Stahlproduzenten Europas ist, ist noch immer die Hauptstütze der Industrie.
WICHTIGE ADRESSEN
IN DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND
Großherzogliche Luxemburgische Botschaft, Adenauerallee 110, 5300 Bonn 1, Tel. 21 40 08.
Luxemburgisches Fremdenverkehrsamt, Martin-Luther-Platz 27, 4000 Düsseldorf, Tel. 32 65 78.

IN LUXEMBURG
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, 20–22 Avenue Emile Reuter, Luxemburg, Tel. 2 67 91.
Deutsch-Belgisch-Luxemburgische Handelskammer, Luxemburg-Kirchberg, Rue Alcide de Gaspari 7, Tel. 43 58 53.
Lufthansa Luxemburg, Avenue de la Gare 63, Tel. 48 77 55.

GAS / Problemlos auch ins nächste Jahrtausend

Marketing-Plan befiehlt eine gelockerte Verkaufspolitik

Hollands Gasexporte sind für die Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland problemlos. Dies stellen alle Energieversorgungsunternehmen einhellig fest. Es zeigt, wie unbelastet das deutsch-holländische Energieverhältnis ist.

Gegenwärtig bestehen mit deutschen Erdgasunternehmen zehn Exportverträge. Davon laufen sieben über die niederländische Gesellschaft „Gasunie" mit Sitz in Groningen. Die größten deutschen Abnehmer sind Ruhrgas und Thyssengas. Ferner werden einige kleine Gasgesellschaften und zwei Elektrizitätsbetriebe beliefert. Daneben bestehen gesonderte Verträge zwischen drei Produzenten in den Niederlanden und deutschen Abnehmern für Gas aus der Nordsee (L-Blöcke) und dem Bergen-Feld in der Provinz Nord-Holland.

Rund 33 Prozent der gesamten westdeutschen Gasbezüge stammen aus Quellen in den Niederlanden (Norwegen 16, UdSSR 20 Prozent). In Mengen sind das 17,5 Milliarden Kubikmeter jährlich. Die Verträge mit den deutschen Gasunternehmen laufen bis 1996. Eine Verlängerung bis 1999 ist nach Ansicht der Regierung in Den Haag und der niederländischen Gasunternehmen möglich, aber noch nicht endgültig festgelegt. Anschlußverträge sind dagegen kaum wahrscheinlich.

Wie das Wirtschaftsministerium in Den Haag in einer Studie des „Allgemeinen Energierates" feststellte, können neue „Exportverpflichtungen nur eingegangen werden, soweit den Exporten Importgasmengen gegenüberstehen".

33 Prozent kommen aus den Niederlanden

Hierdurch soll vermieden werden, daß die Möglichkeit, Gas im eigenen Lande einzusetzen, verringert wird. Das Gutachten kommt aber auch zu dem Ergebnis, daß die Erdgaspolitik eventuell später neu formuliert werden muß, weil der inländische Gasverbrauch sinkt und sich die Gasvorräte günstig entwickeln. Der Rat kommt weiter zum Ergebnis: „Die Niederlande können aufgrund ihrer geringen Vorräte nie so hohe Lieferverpflichtungen eingehen wie Norwegen und die Sowjetunion."

Schon 1982 verkaufte die „Gasunie" weniger Gas als im Vorjahr. Laut Geschäftsbericht ging der Gasabsatz drastisch von 80,9 Mrd. cbm auf 70,8 Mrd. cbm (minus 12,5 Prozent) zurück. Im Inland wurden mit 36 Mrd. cbm (38,1 1981) 5,5 Prozent weniger Erdgas abgesetzt, die Exportmengen reduzierten sich um acht Mrd. cbm von 42,8 Mrd. cbm auf 34,8 Mrd. cbm. Dabei hielt die Bundesrepublik Deutschland mit 16,5 Mrd. cbm ihre Bezüge im wesentlichen aufrecht. Sie haben sich aber in den ersten vier Monaten dieses Jahres um 11,3 Prozent verringert.

Die sinkende Exportnachfrage zwingt zu einem Überdenken der Export-Politik. So wurde im Frühsommer dieses Jahres ein sogenannter „Gas-Marketing-Plan" von der „Gasunie" aufgestellt. Darin heißt es, daß die alten Erdgasziele der Niederlande (Streckung der Vorräte durch eine Verbesserung der Vorratsposition, Zukauf im Ausland und Einsparungen im Inland) zwar nach wie vor Gültigkeit haben, dennoch aber die restriktive Verkaufspolitik gelockert werden solle und müsse.

Dies sei möglich, so die Studie, weil sich in den Niederlanden selbst und in den Nachbarländern der Energieverbrauch vermindert und sich gleichzeitig die Angebotsseite von Erdgas verbessert habe. Die bekannten Erdgasreserven seien voraussichtlich größer als früher angenommen.

Die neue Marketing-Studie stützt sich auf eine Ausarbeitung der Gasgesellschaft unter dem Titel „Die holländische Erdgasplanung bis zum Jahre 2005", die vor zwei Jahren fertiggestellt und vorgelegt worden war. Darin heißt es: „Die Erdgaspolitik der Niederlande ist darauf gerichtet, eine möglichst lange wirtschaftliche Versorgung Hollands durch Gas zu gewährleisten. Dies soll durch folgende Maßnahmen erreicht werden:
- Durch eine selektive Marktstrategie, d. h. durch Förderung von Märkten, für die Erdgas besonders geeignet ist,
- durch die Förderung von Energiespartechniken,
- durch eine Schonung der holländischen Erdgasreserven
- durch eine aktive Einkaufspolitik.

„Nach unserem Urteil", so die Studie weiter, „wird der westeuropäische Erdgasmarkt bis etwa Anfang der neunziger Jahre mit einem relativ großen Überangebot konfrontiert sein. Dieses wird einerseits verursacht durch einen Rückgang der Nachfrage als Folge der wirtschaftlichen Rezession, der Einsparungen beim Energieverbrauch sowie der Substitution von Erdgas unter anderem auch durch Kohle. Andererseits dürfte das Angebot von Erdgas aus Algerien und der Sowjetunion größer werden. Im Laufe der neunziger Jahre ist jedoch eine allmählich zunehmende Nachfrage bei einer Angebotsverknappung zu erwarten, weil dann nach den bisherigen Planungen niederländische Lieferungen stark gedrosselt werden sollen. Wenn eine solche Situation eintritt, müssen wir unsere jetzigen Vorstellungen über die Streckung der Vorräte überdenken."

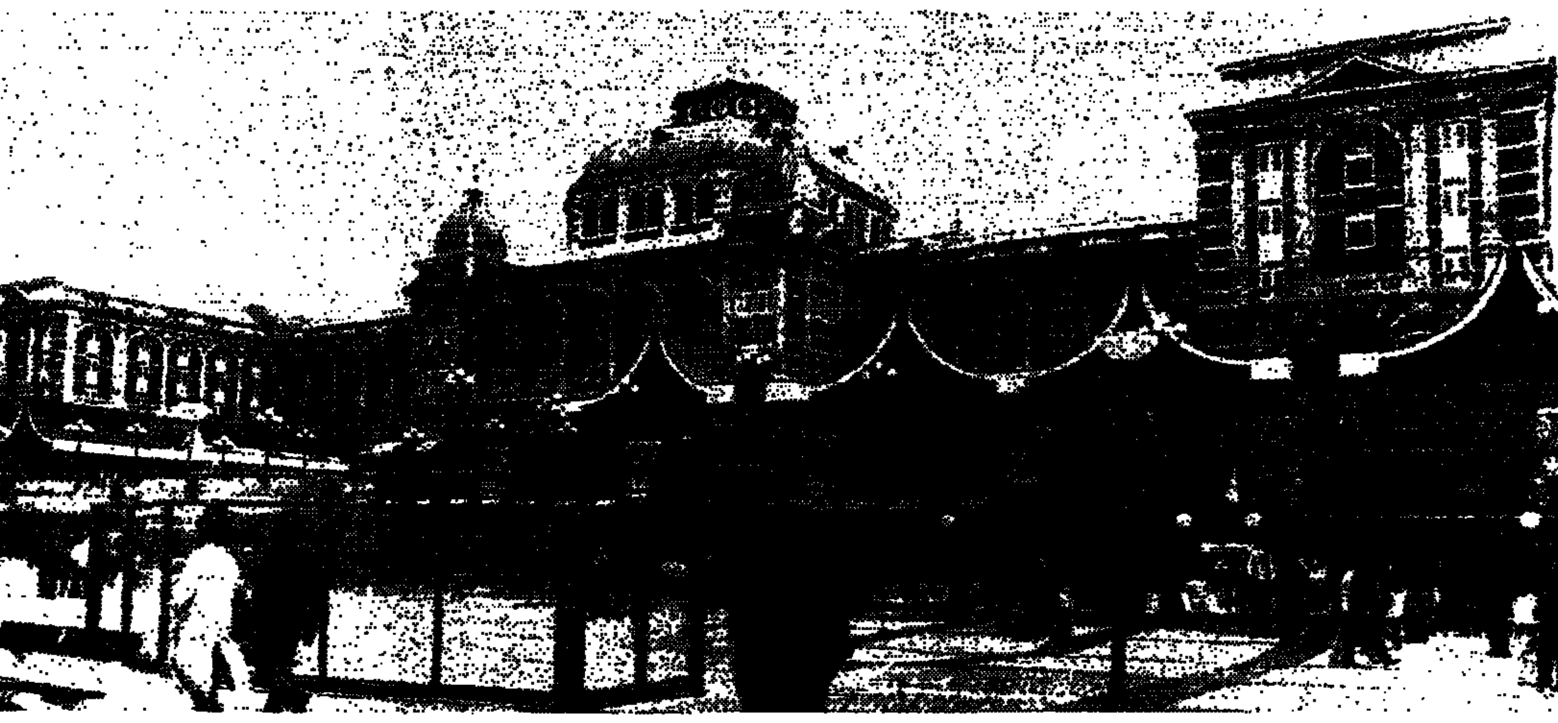
Weitere 1000 Mrd. unter der Erde?

Sämtliche Angaben in den Studien der „Gasunie" gehen davon aus, daß der Erdgasanteil am gesamten Energieverbrauch bis zum Jahre 2000 noch 38 bis 40 Prozent betragen wird, der Ölanteil aber von 40 auf unter 35 Prozent fallen wird. Das bedeutet, daß Holland im Jahre 2000 noch etwa 30 Millionen Tonnen Erdöl importieren müßte. Insgesamt gesehen kommen die Experten zu dem Ergebnis, daß „Holland zunehmend ein Energieimportland werden wird. Unter diesem Aspekt ist die Konservierung eigener Erdgasreserven von großer strategischer Bedeutung!"

Die nachgewiesenen Erdgasreserven (Stand 1. Januar 1983) belaufen sich auf 1530 Milliarden Kubikmeter, von denen sich 1490 Mrd. cbm unter dem niederländischen Boden und auf dem niederländischen Teil des Festlandssockels befinden.

Möglicherweise, so die „Gasunie", befinden sich weitere 1000 Milliarden Kubikmeter Gas in holländischer Erde. Insgesamt würden dann die Vorräte noch rund 60 Jahre reichen.

GUNDA FRIELING



Nur die Fassade ist geblieben, innen präsentiert sich das „neue" Kurhaus als modernes 420-Betten-Hotel. Foto: IVB

Faszination aus Tradition und Moderne

Als vor fast einem Jahrhundert Scheveningens „Kurhaus" mit seinen schloßartigen Dimensionen, luxuriösem Interieur und markantem Kuppelaufbau eröffnet wurde, glaubten die Verantwortlichen der Residenzstadt Den Haag, den Wettkampf um den attraktivsten Badeort an der niederländischen Nordseeküste besonders gegen den schärfsten Konkurrenten Zandvoort gewonnen zu haben.

Und nach den Ansprüchen der damals nur für längere Urlaubsaufenthalte am Meer in Frage kommenden Angehörigen einer ebenso dünnen wie gutsituierten europäischen Oberschicht stimmte das auch. Mit Hotels im Stile des Scheveninger „Kurhaus" konnten – oder wollten – weder Zandvoort noch die anderen um einen Ausbau dieses neuen Geschäftszweigs bemühten holländischen Küstenorte aufwarten.

Neuentwicklungsplan schuf „städtischen Badeort"

Für viele Jahrzehnte wurde Scheveningen, das sich unter Verzicht auf den sonst bei Niederländern weitverbreiteten Hang zum Understatment bald „Perle der Nordsee" nannte, jeden Sommer zum Ziel hochadliger Familien und später auch des reichen Bürgertums aus vielen Ländern Europas. Oft mit eigenen Zofen und Kammerdienern, auf jeden Fall aber mit ganzen Bergen von Gepäck erreichten sie das „Kurhaus", um dort Wochen oder gar Monate zu verbringen.

Den Ureinwohnern des Fischerdorfes Scheveningen, das viel älter ist als Den Haag, war das alles ein bißchen unheimlich. Aber sie, die es mangels dazu fähiger Männer nie zu einer selbständigen Gemeinde gebracht haben, fragte sowieso niemand nach ihrer Meinung. Den Haag, dessen Zentrum nur wenige Kilometer von den Küstendünen entfernt liegt, bestimmte über die Geschicke des „Weltbades Scheveningen". Und über stolze Erinnerungen an die Glanzzeit vergaß man offenbar, die Einrichtungen des Küstenortes den radikalen Veränderungen des Publikumsverhaltens in puncto Freizeit und Urlaubsfreuden nach dem Weltkrieg anzupassen.

In den sechziger Jahren jedenfalls war Scheveningen zu einer Karikatur dessen verludert, was es früher einmal für ganz Holland bedeutet hatte, bis sich Privatunternehmer und Den Haags Gemeindeväter 1973 zu einem globalen Neuentwicklungsplan aufrafften. Oberstes Ziel war dabei, einen „städtischen Badeort" zu schaffen, in dem ebenso „geurlaubt" wie ständig gewohnt und gearbeitet werden kann. Und der das ganze Jahr hindurch Besuchern und Einheimischen zusätzliche Attraktionen aller Art zu bieten hat.

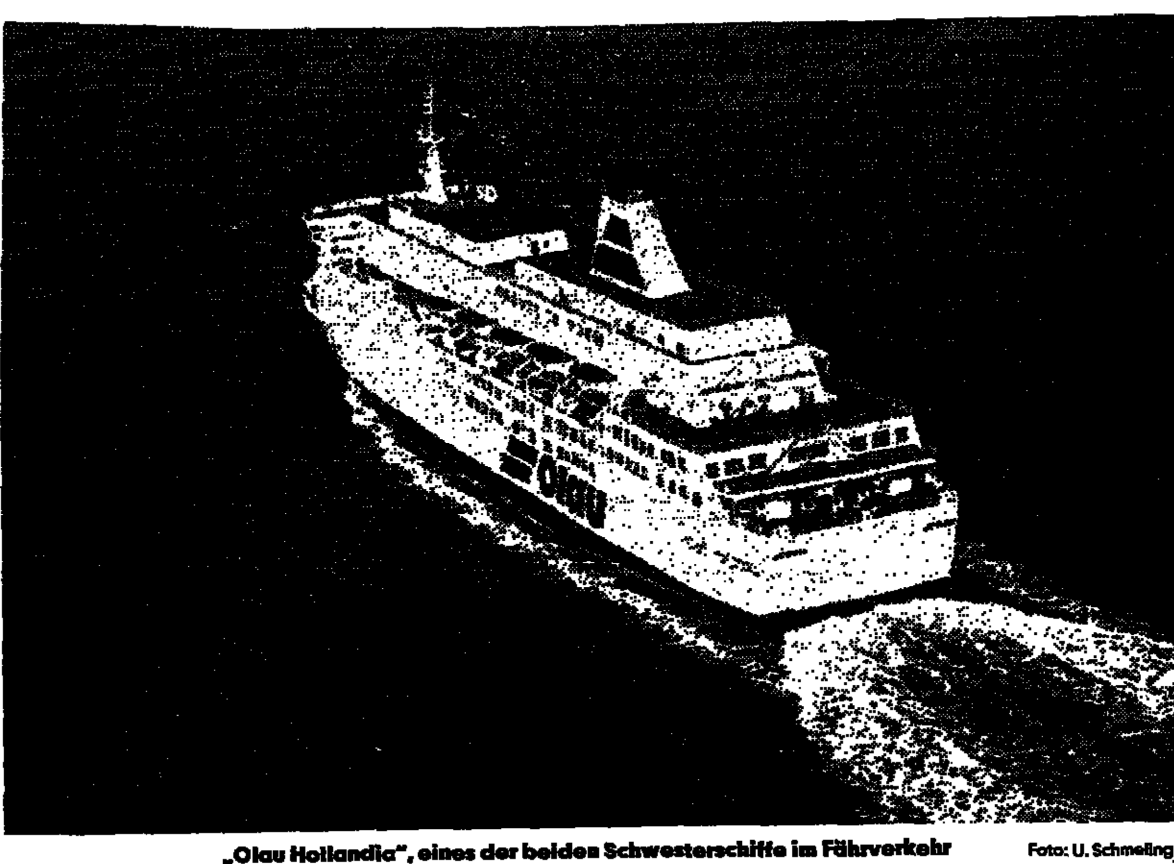
Amerikaner und Deutsche führen die Gästeliste an

Ursprünglich war vorgesehen, das altehrwürdige „Kurhaus", dessen Hotelbetrieb längst ruhte, einfach abzureißen. Unter dem Druck heftiger Proteste wurde dieses Vorhaben jedoch korrigiert. Von außen sieht das mächtige Gebäude besonders von der Seeseite heute noch fast genauso aus wie nach der Eröffnung im Jahre 1885. Im Inneren aber gibt es inzwischen alle Annehmlichkeiten eines Fünf-Sterne-Hotels plus köstlicher Dekorationen aus der guten alten Zeit. Und dazu in einem Seitenflügel eines der drei Spielkasinos, die das Königreich der Niederlande besitzt.

Ebenso wie die anderen Hotels und Familienpensionen Scheveningen braucht das „Kurhaus" nicht über Gästemangel zu klagen. Besonders Amerikaner scheint die Kombination von Tradition und Moderne zu faszinieren. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres hat sich der Anteil von US-Bürgern an der Gesamtzahl der Hotelgäste gegenüber der gleichen Periode von 1982 mit 17,9 Prozent fast verdoppelt. Unter den Ausländern folgen Deutsche mit 17,2 Prozent. Am Erstaunlichsten aber erscheint, daß es dem vom Steigenberger-Konzern gestellten Management gelungen ist, ihr luxuriöses Etablissement auch zu einer beliebten Unterkunft von Holländern zu machen. Diese stellten im ersten Halbjahr 1983 immerhin 35 Prozent der Gäste.

Rings um das „Kurhaus" sind im Zuge der Neugestaltungspläne viele gemütliche Lokale, moderne Appartementgebäude und eine weitläufige Ladengalerie entstanden. Allein in den Hallenbadkomplex mit allen Raffinement wurden umgerechnet über 20 Millionen Mark investiert. Und vor den Fenstern rauscht als größte Attraktion Tag und Nacht die Nordsee.

BODO RADKE



„Olau Hollandia", eines der beiden Schwesterschiffe im Fährverkehr Foto: U. Schmeling

VLISSINGEN / Kleiner Hafen kommt groß in Fahrt

Brücke zwischen Europas Autobahnen

Der 7. Mai 1982 war ein großer Tag für die kleine niederländische Hafenstadt Vlissingen. Auf der anderen Kanalseite, in Sheerness (England) taufte Prinzessin Margaret die neue Kanalfähre „Olau Britannia" (152 m lang, 14 990 BRT).

Einen Tag später legte der Neubau in Vlissingen an – damit fuhren zwei große und moderne Fährschiffe auf der Strecke Vlissingen (Holland) nach Sheerness (England). Denn ein Jahr zuvor war bereits die „Olau Hollandia", ein *Schwesterschiff des* Neubaus, in Dienst gestellt worden.

Mit diesen beiden Schiffen, den größten und modernsten Fährschiffen im Kanal überhaupt, wurde eine direkte Verbindung zwischen den deutschen und niederländischen Autobahnen (die Autobahn führt direkt bis an den Terminal in Vlissingen) und den britischen Highways und Motorways hergestellt.

Beide Schiffe eröffneten „eine neue Ära im Fährverkehr von den Benelux-Staaten und Frankreich nach England", so *Heinz Kerstan* von der Olau/TT-Saga Reederei in Hamburg. Denn die beiden größten und modernsten Kanal-Fähren gehören einer Hamburger Reederei, beide Schiffe haben Hamburg als Heimathafen.

Kerstan: „Beide Schiffe haben einzigartigen Kreuzfahrt-Standard: Alle Kabinen mit Dusche/WC, außerdem an Bord Swimmingpool, Sauna, Solarium, Trimmraum, Video-Kino, Kinderhort, Shopping-Center, mehrere Restaurants, Bar und Salons".

Die Schiffe verkehren abwechselnd täglich zwischen Holland und England. Nachts werden bis zu 1200, tags bis zu 1600 Passagiere befördert. Die Autokapazität beträgt 550 Wagen. Die Überfahrt von Vlissingen nach Sheerness (und umgekehrt) dauert tagsüber zirka sieben, nachts rund neun Stunden.

Die Schiffe fahren in Konkurrenz zu etwa 35 anderen Kanal-Fähren. Dafür ist die Bilanz für die ersten acht *Monate 1983 überaus erfolgreich.* Nach Mitteilung der Hamburger Reederei wurden von Januar bis Ende August 1983 insgesamt 509 315 Passagiere (plus 13,7 Prozent), 77 046 Autos (23,3 plus) befördert.

Ebenso erfreulich ist das Ergebnis im Frachtbereich, so Reederchef *Heinz Kerstan.* Bei den Exportwagen konnte ein Zuwachs von 95,1 Prozent (= 48 323 Stück) und bei den beförderten Frachtmetern ein Zuwachs von neun Prozent erzielt werden.

Die Reederei Olau Line entstand 1979. An ihr sind die beiden Hamburger Reedereien Aug. Bolten Wm. Millers Nachf. und die ihr nahestehende Trampschiffahrts-Gesellschaft zu gleichen Teilen beteiligt. Beide Firmen sind auch Gesellschafter der TT-Saga-Linie.

FRANZ WILD

MILCHPRODUKTE

Tröpfchen für Tröpfchen erfolgreich

Die Verbindung von bäuerlicher *Tradition mit modernster* Produktionstechnik zeichnet die niederländische Landwirtschaft aus. Cooperativen *erlauben es dem Landwirt,* seinen gewohnten Lebens- und Arbeitsrhythmus beizubehalten, die *technisch hochstehende* Verarbeitung erlaubt die Bedienung und Erschließung von Märkten auch außerhalb *der Landesgrenzen.*

Ein gelungenes Beispiel hierfür sind „B & B", die Coberco Milchwerke in *Deventer. Sie verfügen* über 25 Produktionsstätten, denen 12 000 genossenschaftlich organisierte Bauern und ihre rund 400 000 Kühe zuarbeiten. In den Milchwerken von „B & B" erstellen etwa 3000 Mitarbeiter 25 Prozent der gesamten holländischen Milchproduktion.

Neben Käse, Trinkmilch, Joghurt-Spezialitäten und Milchpulver nimmt die Kondensmilchproduktion eine zentrale Stellung ein. Aus dem Zentralwerk in Deventer wird Kondensmilch in die ganze Welt exportiert. Auch auf dem deutschen Markt sind die Niederländer gut eingeführt. Mit dem Werbeslogan „Dröpje voor Dröpje" gelang es ihnen, auch beim Nachbarn im Osten einen hohen Be*kanntheitsgrad und gute Marktanteile* zu erzielen.

Klassisch wird die Kondensmilch *aus Deventer in der Dose angeboten.* Doch um dem Verlangen nach umweltfreundlicheren Verpackungsmaterialien nachzugehen, bringt „B & B" jetzt auch Kondensmilch im „Pack" auf den Markt, im Karton. „Damit versuchen wir heute schon an den Markt von morgen zu denken", sagt man bei „B & B". Die Kartons enthalten eine Menge von 250 g, und die Kondensmilch wird in zwei Fettstufen angeboten, zehn Prozent und vier Prozent.

Das Niederländische Büro für Milcherzeugnisse (NB) ist mit den intensiven Bemühungen von „B & B" um den deutschen Markt verständlicherweise sehr zufrieden. Denn das NB-Konzept heißt, Produkte im Verbund bekanntmachen. Und die Werbung für Milch setzt auch Impulse für Käse aus Holland, den „Frau Antje", die bekannteste Gastarbeiterin in Deutschland, reichlich in den Medien propagiert. mm

WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN MIT DEN NIEDERLANDEN:

Produktionsprogramm ergänzt sich in wesentlichen Teilen

Von H. HENNIES-RAUTENBERG

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik sind schon immer sehr eng gewesen. Die direkte Nachbarschaft, der ähnliche kulturelle Hintergrund, weitgehend fehlende Sprachprobleme und nicht zuletzt die Übereinstimmung in den wirtschaftspolitischen Grundpositionen sind günstige Bedingungen für einen intensiven Wirtschaftsverkehr zwischen diesen beiden Ländern.

So stehen die Niederlande als Handelspartner der deutschen Wirtschaft traditionell auf dem 2. Platz hinter Frankreich (Handelswert 1982: 82 Milliarden Mark), eine Tatsache, die angesichts der mit 14 Millionen Einwohnern doch relativ geringen Größe dieses Landes erstaunen mag, für die es aber gute Gründe gibt.

Ein wesentlicher Grund ist der, daß sich das Produktionsprogramm beider Wirtschaften in weiten Teilen ergänzt. Die Niederlande besitzen eine leistungsfähige Landwirtschaft mit einer darauf aufbauenden bedeutenden Veredelungswirtschaft, eine umfassende Energiewirtschaft und eine starke *Grundstoffchemie.* Entsprechend groß ist das Gewicht von ernährungswirtschaftlichen Erzeugnissen (25%), von Energieträgern (35%) und von chemischen Produkten (15%) an den Warenlieferungen in die Bundesrepublik. *Die deutsche Wirtschaft dagegen* exportiert mit einem Anteil von 65 Prozent überwiegend Erzeugnisse der *Investitions-* und der Konsumgüterindustrie auf den Nachbarmarkt.

Attraktiver Markt für ausländische Anbieter

In der relativen strukturellen Einseitigkeit im warenproduzierenden Bereich der Niederlande, der aufgrund des starken Dienstleistungssektors bereits ein deutlich geringeres Gewicht innerhalb der Gesamtwirtschaft besitzt als zum Beispiel in der Bundesrepublik, liegt die besondere Attraktivität des niederländischen Marktes für ausländische Anbieter. Sie hat nämlich eine starke Abhängigkeit von Einfuhren zur Folge, wie an der Importquote von etwa 60 Prozent sichtbar ist. Pro Kopf der Bevölkerung wurden im Jahr 1982 Waren im Wert von 12 000 Gulden importiert; das war doppelt soviel wie in Frankreich und dreimal soviel wie in Großbritannien oder Italien. Besonders hoch ist der Einfuhranteil an der Versorgung mit industriellen Fertigerzeugnissen, d. h. von Konsum- und von Investitionsgütern. Bei Erzeugnissen der Verbrauchsgüterindustrien liegt dieser Anteil zwischen 40 und 50 Prozent, bei Produkten der Investitionsgüterindustrien erreicht er 60 bis 70 Prozent. Beide Märkte zusammen hatten im vergangenen Jahr einen Umfang von etwa 120 Milliarden Gulden.

Die deutschen Produzenten profitieren hiervon in erheblichem Maße. Sie bestreiten etwa ein Drittel der niederländischen Einfuhren in diesem Warenbereich. Ihr Anteil lag allerdings Anfang der siebziger Jahre mit rund 40 Prozent noch höher. Verstärkte Aktivitäten der Konkurrenz haben bei zögerlicher eigener Reaktion zu teilweise nicht unbedeutenden Marktanteilsverlusten geführt. Seitdem im Zuge *nachlassender* Absatzmöglichkeiten auf den Märkten der OPEC-Staaten, der Staatshandelsländer und der Entwicklungsländer den Hauptabsatzmärkten in der unmittelbaren Nachbarschaft größere Aufmerksamkeit geschenkt wird, wird jedoch eine *Stabilisierung der Marktposition* sichtbar, die nicht nur einen wieder steigenden Anteil an den niederländischen *Warenimporten zur Folge hat* (1982: 22%), sondern auch zu einem relativen Bedeutungsgewinn der Nie*derlande als Exportmarkt der deut*schen Wirtschaft geführt hat.

In die Niederlande gehen augenblicklich etwa 9 Prozent der deutschen Warenexporte. Der aufgestaute Investitionsbedarf der niederländischen Wirtschaft bietet der deutschen Investitionsgüterindustrie auch künftig gute Absatzmöglichkeiten. Aber auch die deutsche Konsumgüterindustrie kann ihre Marktposition in den Niederlanden noch ausbauen, wenn sie bereit oder in der Lage ist, ein qualitativ gutes Erzeugnis zu akzeptablem Preis anzubieten.

Nebenbei sei bemerkt, daß die deutsche Handelsbilanz mit den Niederlanden traditionell defizitär ist; im vergangenen Jahr ergab sich ein Defizit von 10 Milliarden Mark.

Enge Beziehungen zwischen beiden Ländern gibt es auch im Dienstleistungsbereich. Dabei sind es nicht nur die Touristen, die Dienste des Nachbarn in Anspruch nehmen, sondern vor allem auch die gewerbliche Wirtschaft und hier insbesondere die deutsche, die Umschlags- und Transportleistungen der Niederlande beansprucht, wobei Rotterdam als Tor zur Welt eine zentrale Rolle spielt. Pro Jahr werden in den Niederlanden rund 140 Millionen Tonnen Güter mit Ziel oder Herkunft Bundesrepublik geladen oder *gelöscht; 60 Prozent* davon sind Transitgüter über Rotterdam. Niederländische Fahrzeuge haben *hieran* einen Transportanteil von über 60 Prozent.

Grenzüberschreitende Kooperationen

Auch die bilaterale Dienstleistungsbilanz weist für die Bundesrepublik einen Negativsaldo auf. Einnahmen von 4 Milliarden Mark stehen im vergangenen Jahr Ausgaben in Höhe von 8 Milliarden gegenüber.

Der rege Waren- und Dienstleistungsverkehr ist verbunden mit umfangreichen und vielfältigen grenzüberschreitenden Investitionen und Kooperationen. Der beiderseitige Investitionsfluß hat einen Umfang von annähernd 1 Milliarde Mark im Jahr. Die spektakulären Fälle gescheiterter deutsch-niederländischer Zusammenarbeit können keineswegs als typisch gelten. Es gibt vielmehr eine Vielzahl weniger auffälliger, dafür aber sehr erfolgreicher Kooperationen zwischen deutschen und niederländischen Unternehmen.

Mit der Deutsch-Niederländischen Handelskammer in Den Haag steht der deutschen Wirtschaft ein kompetenter Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung.

FINANZZENTRUM AMSTERDAM / Eigene Rolle gefunden

Zunehmend werden die Flügel auch im westlichen Ausland ausgebreitet

Wer durch Amsterdam spaziert, wird merken, daß Geschichte und Gegenwart eng miteinander verknüpft sind. In den Grachten spiegeln sich die Fassaden der Häuser wider, welche die wohlhabenden Kaufleute im 16. und 17. Jahrhundert für sich bauen ließen. Unter ihnen waren auch Bankiers. Der Handel in Westeuropa in jenen Jahrhunderten wurde vorwiegend von Amsterdam aus finanziert. Damals schon war Amsterdam ein Finanzzentrum von Bedeutung.

Hinter den Fassaden sind jetzt zahlreiche Geschäftsräume verborgen und ein auffälliger Teil davon wird durch niederländische und ausländische Banken und Versicherungsgesellschaften eingenommen. Denn – auch heute noch, oder vielleicht heute wieder – ist Amsterdam ein Knotenpunkt finanzieller Aktivitäten.

Es trifft zu, daß sich intern in den Niederlanden eine Art Aufgabenverteilung vollzogen hat. Von den großen Städten richtet Rotterdam seine Aufmerksamkeit auf den Hafen, kennzeichnet Den Haag sich durch die starke Ballung behördlicher Instanzen, während Amsterdam sich wie ein Magnet für Finanzinstitute herausstellt.

Private Banken dominieren hier

Alljährlich wird von den größten Banken in der Welt eine Rangliste veröffentlicht, und jedes Jahr staunen Eingeweihte, wie ein so kleines Land sich mit einer derart großen Anzahl Bankinstitute präsentiert, die eine ziemlich vorgeschobene Stelle in der Liste einnehmen. Eine Stelle, die zu der Größe des Landes und der Anzahl seiner Bewohner in keinem Verhältnis steht. Dies dürfte historisch gewachsenen Situationen zugeschrieben werden, in denen die Menschen Gelegenheit bekamen, sich durch Übung zu fachkundigen Geldhändlern zu entwickeln. Fachkenntnisse und Erfahrung spielen im Bankwesen nun einmal eine große Rolle.

Daß Amsterdam ein Finanzzentrum ist, wird in erster Linie durch das private Bankwesen bestimmt. Zwar gibt es die Wertpapierbörse, die auch international eine hervorragende Stellung einnimmt. Auch die Bankgirozentrale, die einen zentralen Knotenpunkt im Netz des gemeinsamen Zahlungsverkehrs bildet. Ferner die Nederlandsche Bank, welche als „Bank der Banken" fungiert und die Kreditinstitute überwacht.

Es gibt in Amsterdam die Vertretung des Finanzministeriums (auf holländisch: de Agent van het Ministerie van Financiën), das in dieser Stadt Fühlung behält und Geschäfte tätigt auf dem Geld- und Kapitalmarkt. Es gibt die zahlreichen Versicherungsgesellschaften, welche als institutionelle Anleger ihre Rolle mitspielen. Die „Bank der Bondsspaarbanken" und das staatliche Institut, die „Rijkspostspaarbank" haben hier ihren Sitz, ebenso wie zwei Hypothekenbanken. Und in vielen Grachtenhäusern betreiben die Geldmakler und Effektenkommissionäre ihr Geschäft.

All dies wäre halb so eindrucksvoll, wenn sich Amsterdam darüber hinaus nicht als magnetisches Zentrum darstellen würde, wo sich eine Flut inländischer und ausländischer Banken und Dienststellen niedergelassen hat. Nahezu alle niederländischen Banken haben dort ihren Hauptsitz. Darunter die zwei sehr großen Universalbanken. Ebenfalls dazu gehört die Nederlandsche Middenstandsbank, die sich spezifisch auf die mittelständischen Betriebe richtet.

Es gibt denn auch keinen Zweifel, daß Amsterdam aus nationaler Sicht als finanzielles Zentrum bezeichnet werden kann. Schwieriger wird es, wenn die Frage lautet, ob dies auch international gilt. Festzustellen ist zunächst, daß es mehrere internationale Finanzzentren gibt. Nach weltweitem Maßstab trifft es zum Beispiel zu für Manhattan. Auf EG-Ebene gilt es für Frankfurt, Paris und Luxemburg. Dazwischen nimmt Amsterdam seine zentrale Stelle ein.

Die Anzahl offiziell eingetragener ausländischer Banken in den Niederlanden beträgt rund vierzig. Mehr als dreißig davon haben ihre Hauptverwaltung in Amsterdam. Eine ziemlich große Anzahl stammt aus den Vereinigten Staaten und Japan. Die starke Konzentration dürfte dem mit den Niederlanden geführten intensiven Handel zu verdanken sein, sowie dem Auslandshandel, welchen die übrigen EG-Länder in starkem Maße über die Niederlande lenken.

Übrigens werden auch andere Faktoren eine Rolle gespielt haben; das stabile wirtschaftliche und gesellschaftliche Klima, die freizügige Politik der monetären Behörden und der gute Ruf des niederländischen Bankwesens im Ausland.

Einer der am besten organisierten Märkte

Die wichtigste Ursache, die dazu beitrug, Amsterdam zu einem internationalen Zentrum auswachsen zu lassen, ist wahrscheinlich das sehr rapide und starke Wachstum des niederländischen Bankwesens in den letzten Jahrzehnten. Ebenfalls das Ausmaß in dem die Banken von den gebotenen Möglichkeiten Gebrauch zu machen wußten. Zur Illustration darf die Art gelten, in der diese Banken sich auf dem Eurowährungsmarkt betätigt haben. Die Forderungen der niederländischen Handelsbanken an das Ausland zeigten ab Ende 1961 eine Anstieg von 3 Milliarden Gulden auf über 100 Milliarden in diesem Jahr.

Außerdem breiten die niederländischen Banken in zunehmendem Maße ihre Flügel im Ausland aus, was die Amsterdamer Position als finanzielles Zentrum nur noch verstärken kann. Im Kielwasser dieser Entwicklung steigt auch der Umfang des inländischen Geld- und Kapitalmarkts, der sich immer schon als einer der am besten organisierten Märkte in Europa unterschieden hat.

Möglicherweise daher rührt das Phänomen, daß niederländische Banken sich an zahlreichen internationalen finanziellen Operationen beteiligen, was aus ihrer führenden Stellung in vielen internationalen Bankenkonsortien hervorgeht. J. C.

BELGIEN / Internationales Lob für die „Wende"

Der Flame Martens bringt die Wirtschaft wieder auf Kurs

Von WILHELM HADLER

Nachrichten aus der deutschen Wirtschaft sind in Belgien ebenso gefragt wie am Rhein oder an der Elbe. Nicht zuletzt von der konjunkturellen Entwicklung in der Bundesrepublik hängt es nämlich ab, ob die Belgier allmählich die Früchte ihrer Bemühungen um eine wirtschaftliche Gesundung ernten können.

Die im Februar 1982 eingeleitete „Wende" in der Wirtschaftspolitik hat bei der OECD, dem Internationalen Währungsfonds und der EG-Kommission viel Lob gefunden. Sie zielte vor allem darauf ab, die verlorengegangene Wettbewerbsfähigkeit belgischer Erzeugnisse auf dem Weltmarkt zurückzugewinnen und dadurch die Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Viele Jahre lang hatte das Land über seine Verhältnisse gelebt, als hätte es weder die Ölpreisexplosion noch die Notwendigkeit einer Modernisierung seiner veralteten Industriestruktur gegeben. Erst der Flame Wilfried Martens und seine bürgerliche Regierungskoalition aus Christlich-Sozialen und Liberalen brachten schließlich die Kraft zu den erforderlichen unpopulären Entscheidungen auf.

Der Zeitfaktor wird immer wichtiger

Neben einer kräftigen Franc-Abwertung um 8,5 Prozent waren dies besonders die vorübergehende Aussetzung der starren Indexbindung von Löhnen und Gehältern an die Preisentwicklung und Kürzungen im Bereich allzu üppiger Sozialleistungen. Den Unternehmen wurden darüber hinaus durch Steuersenkungen und Erleichterungen für Risikokapital kräftig unter die Arme gegriffen.

Dank dieser Maßnahmen gelang es, den Abwertungsvorteil für die belgischen Exporte zu sichern und die Lohnkosten wieder auf ein ähnliches Niveau zu bringen wie in anderen europäischen Industriestaaten. Die Folge war eine deutliche Stärkung der Rentabilität und Wettbewerbskraft. Langsam aber unverkennbar erkämpft sich die belgische Wirtschaft international wieder größere Marktanteile.

Aber was nützt die wiedergewonnene Exportfähigkeit, wenn die Handelspartner nicht importieren, weil die Konjunktur schwach ist und sich der Aufschwung nicht einstellen will? Wenigstens in dem Maße, wie der inlänische Verbrauch zurückgeht, sind die Belgier auf mehr Ausfuhren angewiesen. So erklärt sich der ungeduldige Blick auf die Bundesrepublik. Bonn ist mit Abstand der größte Handelspartner. Rund 70 Prozent der belgischen Ausfuhren gingen 1982 in die Europäische Gemeinschaft.

Zwar zeigen die jüngsten Zahlen, daß die Ausfuhren der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion (BLWU) in den ersten vier Monaten dieses Jahres dem Volumen nach im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres um 4,8 Prozent gestiegen sind (1982 nur 1,6 Prozent). Die Aufträge aus anderen EG-Ländern blieben jedoch weit hinter ursprünglichen Erwartungen zurück. Zugenommen hat vor allem die Nachfrage aus Ländern, mit denen bisher nur schwache Handelsbeziehungen bestanden. Bis Mai 1983 konnte das Handelsbilanzdefizit so von 169 auf 86 Milliarden Franc (4,3 Milliarden Mark) reduziert werden.

Nur ein deutlich ausgeprägter Konjunkturaufschwung könnte allerdings die Hoffnungen erfüllen, die die Regierung Martens mit bisherigen Erfolgen ihrer Wirtschaftspolitik verknüpft. Gemeint ist die Erwartung, daß höhere Exporte Erweiterungsinvestitionen möglich machen und diese wiederum neue Arbeitsplätze schaffen und die Staatsausgaben verringern.

Bisher ist es nicht einmal gelungen, die Zahl der Arbeitslosen zu stabilisieren. Das Haushaltsdefizit und die extreme Staatsverschuldung erzwingen nach wie vor hohe Zinsen, die Investitionen verteuern.

Für Martens wird deshalb der Zeitfaktor immer wichtiger. Er braucht vor allem im Kampf um die Sicherung der Arbeitsplätze Erfolge, wenn er die Belgier auch künftig zu Einkommensopfern und sozialem Verzicht anhalten will. Zwar hat der von den Gewerkschaften nur mühsam kontrollierte Streik im öffentlichen Dienst die Autorität der Regierung nicht wesentlich angetastet. Manche Politiker aber wurden doch recht hellhörig gemacht. Die Grenzen der Sparpolitik sind jedenfalls deutlicher erkennbar geworden.

Kritik an Halbherzigkeit der Reformpolitik

Dabei muß bedacht werden, daß Martens nur solange Erfolg haben kann, wie es ihm gelingt, „seine" christlichen Gewerkschaften nicht völlig dem Regierungskurs zu entfremden. Sie sind etwa gleich stark wie die sozialistischen, die sich schon im Oktober für einen Generalstreik eingesetzt haben. Da die sozialistischen Gewerkschaften ihre Hochburgen in Wallonien haben, die christlichen in Flandern, belastet ihr Wettbewerb das ohnehin prekäre Verhältnis zwischen den beiden großen Sprachgruppen. Die Unternehmer wiederum kritisieren, daß die Regierung ihren Reformkurs nur noch halbherzig verfolge.

Martens allerdings bleibt optimistisch, daß der Weg aus der Krise gangbar ist. Er ist überzeugt davon, daß es keine Alternative zu seiner Politik gibt. Die Oppositionsparteien scheinen es auch keineswegs eilig zu haben, seine Regierung aus dem Amt zu drängen.

HOTELLERIE

Zukunft liegt im Tower

Brüssel bietet seinen Gästen fast 17 000 Betten. Und jährlich werden es mehr. Doch damit wächst die Überkapazität. Denn der Tourist bleibt nicht mehr so lange wie früher in der Stade des Grand Place. Der Schnitt ist auf 2 bis 3 Tage gesunken.

Weltmeister im Kurzurlaub sind die Japaner. Sie schaffen Europa in zehn Tage (Pope included).

Einer der bekanntesten Brüsseler Hoteliers, Karl Foerster, sieht das mit Sorge. „Wir sind seit den goldenen Sechzigern stehen geblieben. Damals faszinierte uns der american way of life, der mit den großen Hotelketten Fuß in Europa faßte."

Die Hotels verwöhnten das Publikum mit einem Luxusservice, der bis dahin unbekannt war, selbst wenn es sich nicht um Luxushotels handelte.

Es boomten die Hotels, doch der Zuwachs an Kunden stagnierte Ende der Siebziger. Der Konkurrenzdruck verschärfte sich, auch Hotels mit bestem Namen boten sich und ihre Dienste dem Massentourismus an. Zu Sondertarifen wurden und werden ganze Bus- und Flugzeugladungen abgefertigt.

„Und da entstand ein gravierendes Problem, weiß Foerster vom Brüsseler Sheraton. „Der Geschäftsmann, der voll zahlt und der an Spitzenservice gewöhnt ist, sah sich plötzlich in der Lobby in der Schlange stehen."

So ist es heute in den meisten Hotels geblieben. Foerster sann auf Abhilfe und entwickelte ein Konzept in Anlehnung an Vorbilder in Stockholm, München und Tel Aviv, dessen wesentliches Element darin besteht, so Foerster, „den persönlichen Kontakt zwischen Hotelmanagement und Gast wiederzuentdecken. „Im „Tower-Service" des Sheraton wird dies heute schon realisiert. Der Gast wird mit Namen und Handschlag begrüßt und nicht von einem anoymen Boy, der rasch zu seinem Trinkgeld kommen will, aufs Zimmer geleitet, sondern von der Empfangsdame. Diese weiß zugleich, was in der belgischen und europäischen Hauptstadt los ist, wo man gut essen gehen kann, wenn man nicht das Feinschmeckerlokal im Haus, „Les Contes des Flandre" benutzen will, was die Bühnen und das Nachtleben bieten.

Dabei kam Foerster allerdings auch der Zufall in Gestalt von Edda Seifert-Vandenbergh zu Hilfe, die in sieben Sprachen fließend die ideale Besetzung für den Tower war. „Ich bemühe mich darum", sagte sie, „schon vorher den Namen des Gastes zu erfahren und das, was er in Brüssel zu tun hat. Entsprechend seinem persönlichen Geschmack versuche ich dann, ein paar Aufmerksamkeiten in sein Zimmer zu stellen, Blumen, Parfüm und etwas zu trinken."

Das „Tower-Service"-Konzept will Sheraton auf alle Benelux-Länder ausdehnen. ut.

INVESTITIONEN IN BELGIEN UND LUXEMBURG / Die Kleinen versprechen Märkte mit Dynamik

Hinter dem „belgischen Modell“ verbirgt sich die Förderung des Risikokapitals

Von G. MARMANN

Belgien und Luxemburg mit einer Gesamtfläche, die in etwa der von *Nordrhein-Westfalen* entspricht und deren Einwohnerzahl sechsmal kleiner ist als die der Bundesrepublik Deutschland, stellen einen vergleichsweise kleinen Wirtschaftsraum insbesondere innerhalb der EG dar.

Als Handels- und Wirtschaftspartner jedoch erlangten beide, die seit langer Zeit in einer Wirtschaftsunion zusammengeschlossen sind, ein an diesen Dimensionen gemessen wenig bekanntes bedeutsames Gewicht für die außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland.

Denn sie realisierten im vergangenen Jahr miteinander ein Außenhandelsvolumen von über 56 *Mrd. Mark*. Dies bedeutet, daß die Belgisch-Luxemburgische Wirtschaftsunion – BLWU – gut 20 Prozent ihrer Importe und Exporte mit der Bundesrepublik Deutschland erzielt, die damit ihr erster Lieferant und Kunde zugleich ist, während die BLWU sechster Lieferant und fünfter Kunde der deutschen Wirtschaft ist.

Daß dieser Außenhandel einige Milliarden über demjenigen liegt, den die Bundesrepublik mit der Sowjetunion und Österreich zusammen realisiert, *mag die* vielfach unbekannte Bedeutung dieser Wirtschaftspartnerschaft belegen. Die derzeit bekannten Zahlen deuten darauf hin, daß auch für 1983, und dies trotz der noch anhaltenden konjunkturellen Zurückhaltung der Märkte, ein erneutes reales Wachstum zu erwarten ist.

Intensive Außenhandels-Verflechtung

Wichtigste Produktgruppen in beidseitiger Richtung sind Beförderungsmittel, Maschinen und Apparate, chemische und pharmazeutische Produkte und edle Metalle, mineralische Produkte sowie Nahrungs- und Genußmittel.

Man muß diese intensive Außenhandelsverflechtung zwischen beiden Wirtschaftsräumen vor Augen haben, um der Wertung der Standorte und Investitionen in Belgien und Luxemburg gerecht werden zu können. Denn auch hier sind bemerkenswerte Fakten und Entwicklungen zu nennen.

So erreichten die deutschen Direktinvestitionen in der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion bis Mitte 1983 ein Gesamtvolumen von 9,5 Mrd. Mark. Damit ist die Bundesrepublik Deutschland bei weitem wichtigster Auslandsinvestor unter den EG-Partnern, dies sowohl bezüglich des Investitionsvolumens als auch *unter dem Aspekt der hierdurch geschaffenen Arbeitsplätze.*

Bemerkenswert ist dabei die Tatsache, *daß dieses Engagement der* deutschen Wirtschaft in Belgien und Luxemburg etwa 10 Prozent aller seit 1952 getätigten deutschen Direktinvestitionen darstellt. Als privilegierte Standorte sowie als Anlageländer rangieren demnach Belgien und Luxemburg in der Prioritätenskala der deutschen Wirtschaft hinter den Vereinigten Staaten an zweiter Stelle, weit beispielsweise vor Frankreich, Brasilien, der Schweiz, Kanada und den Niederlanden.

Standort- und Risiko-Diversifizierung

Aufgrund der immer zunehmenderen reziproken Kapitalverflechtungen sollte nicht unerwähnt bleiben, daß die BLWU mit Stand Mitte 1983 Direktinvestitionen in Höhe von 3,8 Mrd. Mark in der Bundesrepublik *getätigt hat und damit den sechsten* Rang aller Auslandsinvestoren in der Bundesrepublik mit einem Anteil von rund 6 Prozent einnimmt.

Wenn auch im Vordergrund jeder Investitionsüberlegung der Markt steht, so kann im Falle Belgiens und Luxemburgs nicht davon ausgegangen werden, daß hier das alleinige Motiv für die Standortwahl von über 1000 deutschen Unternehmen zu suchen ist. Zweifelsohne findet aufgrund einer traditionell offenen und liberalen internationalen Handelspolitik der *Unternehmer einen* exzellenten Testmarkt im weltweiten Wettbewerb. Dies gilt primär für Vertriebsunternehmungen, die von hier aus über den so erzielten „Binnenmarkteffekt“ hinaus weitere EG-Märkte erreichen können.

Anders gelagert ist jedoch die Vielfalt derjenigen deutschen Investoren, die sich für eigene Produktionsstätten entschieden haben, und die bisher schwerpunktmäßig in den Wirtschaftsregionen Antwerpen und Brüssel angesiedelt sind.

Dies gilt umso mehr, wenn man weiß, daß diese etwa 80 Prozent ihres Umsatzes im Export realisieren, wovon wiederum ein nicht unerheblicher Anteil für die Bundesrepublik bestimmt ist. Die Schwerpunkte dieses Engagements liegen für Belgien *in der Chemie*, der *Elektronik* und Elektromechanik, der Kfz-Industrie sowie im Dienstleistungssektor.

Eine wohlverstandene Standort- und Risikodiversifizierung hatte gerade in den sechziger Jahren aufgrund der vorteilhaften Investitionsfaktoren zu einem beachtlichen Boom der Auslandsinvestitionen in Belgien geführt, die jedoch in dem darauf folgenden Jahrzehnt in reine Erweiterungsmaßnahmen abflachten, weil sich *die wirtschaftlichen* Rahmenbedingungen sowie das unternehmerische Umfeld merklich ungünstiger gestalteten. Die Gründe hierfür sind hinreichend bekannt.

So sagte unlängst Vizepremier und Finanzminister Willy de Clercq auf einer Veranstaltung der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Handelskammer in Köln: „Es ist noch nicht lange her, da wurde Belgien als der kranke Mann Europas dargestellt.“ Diese Grundstimmung hat sich nachhaltig geändert, nachdem Ende 1981 *eine Mitte-Rechts-Koalition unter* Führung von Premierminister Martens eine grundlegende Reorientierung der wirtschafts- und finanzpolitischen Leitlinien eingeleitet und vorgenommen hat.

Im Vordergrund der hiermit verbundenen Maßnahmen steht die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmungen und damit verbunden die Aufhebung der automatischen Lohnangleichung an die Lebenshaltungskosten sowie eine Reduzierung der Belastung der Unternehmen bei den Sozialversicherungskosten.

Maßnahmen zur Investitionsförderung

Im Zentrum des gesamten Maßnahmenkataloges *stehen* jedoch *die* mittlerweile bereits unter dem Schlagwort „Das belgische Modell“ in die deutsche Wirtschaftspresse eingegangenen Initiativen zur systematischen Förderung des Risikokapitals und demnach der Investitionstätigkeiten, die nicht zuletzt vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit in Belgien zu sehen sind. Zu diesen Maßnahmen gehören u. a.

- die Herabsetzung der Körperschaftsteuer von 48 Prozent auf 45
- die Befreiung der Dividenden von der Körperschaftsteuer und der Einkommensteuer der natürlichen Personen im Falle von Kapitalerhöhungen und Neugründungen mit Investitionen als Voraussetzung
- Freibeträge bei der Einkommensteuer für den Kauf von Aktien oder Geschäftsanteilen
- Steuerabzüge für bestimmte Investitionen
- Herabsetzung der Umsatzsteuer von 17 Prozent auf 6 Prozent im Bausektor

Weitere Varianten der Investitionsförderung, die insbesondere auch für den ausländischen Investor interessante steuerliche Anreize bieten, sind hinzugekommen. Hierzu zählen in erster Linie die Koordinierungszentren für internationale Konzerne sowie eine zehnjährige Steuerfreiheit für Investitionen im Bereich der Spitzen*technologien.*

Infrastruktur und Dienstleistungen

Die Wirtschaft sowohl im In- als auch im Ausland hat auf diese Maßnahmen positiv reagiert, was sich nicht zuletzt in einer ungewöhnlichen Hausse an der Brüsseler Börse niedergeschlagen hat. Auch die *OECD bescheinigt diesem Konzept* gute Chancen, vorausgesetzt, daß es auch gelingen wird, die Verringerung der öffentlichen Defizite nachhaltig zu erreichen.

Mit der Standortbestimmung verbinden sich aber auch Fragen der Verkehrsinfrastruktur, der Garantie hochwertiger internationaler Dienstleistungsangebote, eines hochqualifi*zierten Arbeitskräftepotentials mit* entsprechender sprachlicher Vielfalt, international erfahrenes Management sowie nicht zuletzt Verwaltungen, die den Erfordernissen der Wirtschaft entsprechende Flexibilität entgegenbringen.

Wenn dies für Belgien aus konkreter Erfahrung heraus bejaht werden kann, insbesondere in bezug auf die hochspezialisierten Seehäfenstandorte, so gilt dies sicherlich auch in besonderem Maße für Luxemburg. Mit seinem zentralen Zugang zum europäischen *Markt, flankiert* mit der Präsenz wichtiger Institutionen der Europäischen Gemeinschaft und als privilegiertes Zentrum der nationalen und internationalen Kapitalmarktfinanzierung, bietet Luxemburg insbesondere auch für mittelständische Unternehmungen interessante Ansätze der Standortdiversifizierung und Unternehmenskooperation.

Liberale Wirtschaftspolitik, Stabilität und langfristiger sozialer Friede, Mehrsprachigkeit und naturgemäß kurze Verwaltungswege auf höchster Instanz stellen Eckwerte dar, die durch ein breit angelegtes Instrumentarium der Investitionsförderung sachgerecht ergänzt werden.

G. Marmann ist Hauptgeschäftsführer der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Handelskammer, Köln



Das Casino in Spa — FOTO: C.G.T.-ESTERHAZY

SPA / Wenn Interessen dicker als Wasser sind

Fünf Sterne für das Königs-Wasser

Die „Sunday Times“ stellte in ihrer Ausgabe vom *3. Februar 1980* eine Hitparade der Mineralwasser auf. Der erste Platz mit fünf Sternen wurde nur einmal vergeben an Wasser aus Spa *in Belgien. Es wurde* beschrieben als: „Klassisch, sauber, frisch, es war die erste Wahl aller Juroren.“

In Spa selbst, dem einst weltberühmten, heute indes etwas in den Schatten geratenen Kurort, kann man sich an den Quellen von der Qualität des Wassers überzeugen, entweder in den Kuranlagen oder bei Spa-Monopole, dem größten Limonaden- und Sprudelhersteller des Benelux-Gebietes. Spa-Monopole bringt täglich, wenn voll ausgelastet, etwa 3,5 Millionen Flaschen auf den belgischen Markt, den der EG-Staaten, exportiert in die USA und in andere Länder. 1983 wurden etwas über 4 Milliarden belgische Franc, das sind etwa 200 Millionen Mark, umgesetzt. Die mengenmäßige Umsatzsteigerung auf 3,5 Millionen Hektoliter entspricht einer Steigerung um 15 Prozent.

Das Wasser von Spa zeichnet sich dadurch aus, daß es fast salzfrei und von leicht saurer Reaktion ist. Das Wasser enthält kein Kohlensäuregas und praktisch keine Metallbestandteile. Mit 33 mg je Liter ist der Trokkenrückstand nach Verdampfung des Wassers äußerst gering.

Damit entspricht es den Empfehlungen der Fachleute. Die Weltgesundheitsorganisation WHO warnte davor, täglich mehr als 1,5 bis 2 Gramm Salz zu sich zu nehmen. In den westlichen Industrieländern liegt die Zahl heute bei 6 Gramm.

Folgen übermäßigen Salzgenusses sind u. a. erhöhter Blutdruck, was wiederum die Arteriosklerose begünstigt.

Für das Wasser „Spa-Reine“ lautet die „für das Behältnis vorgesehene Angabe“ des Zulassungsbescheids *des Bundesgesundheitsamtes: rein* natürliches Heilwasser, kohlensäurearm, streng kochsalzarm.“

Als Anwendungsgebiete nennt die *Zulassung: „Chronisch entzündliche* Erkrankungen der ableitenden Harnwege.“

Die Kurmöglichkeiten, die von den Anlagen in der Ardennenstadt geboten werden, gehen weit darüber hinaus. Die Vielfältigkeit der Therapien hat dazu geführt, daß in der englischen Sprache „a spa“ heißt: „eine Mineralquelle“ oder „eine Bäderstadt“.

In der Bundesrepublik ist Spa, anders als in England, heute relativ wenig bekannt. Dabei ist Spa innerhalb weniger Minuten von der deutschen Grenze bei Aachen aus zu erreichen. Der Grund für den geringen Bekanntheitsgrad ist daher wohl auch darin zu sehen, daß Spa-Monopol Probleme mit den deutschen Vertriebswegen hat.

Es wird zur Zeit nur in der 1,5-l-Plastik-Flasche angeboten, der gelegentlich – unbegründete – psychologische Vorbehalte entgegenstehen. Gerne würde man das Wasser auch in der 0,7-l-Einheitsflasche in der Bundesrepublik anbieten, was erhebliche betriebliche Erleichterungen mit sich brächte.

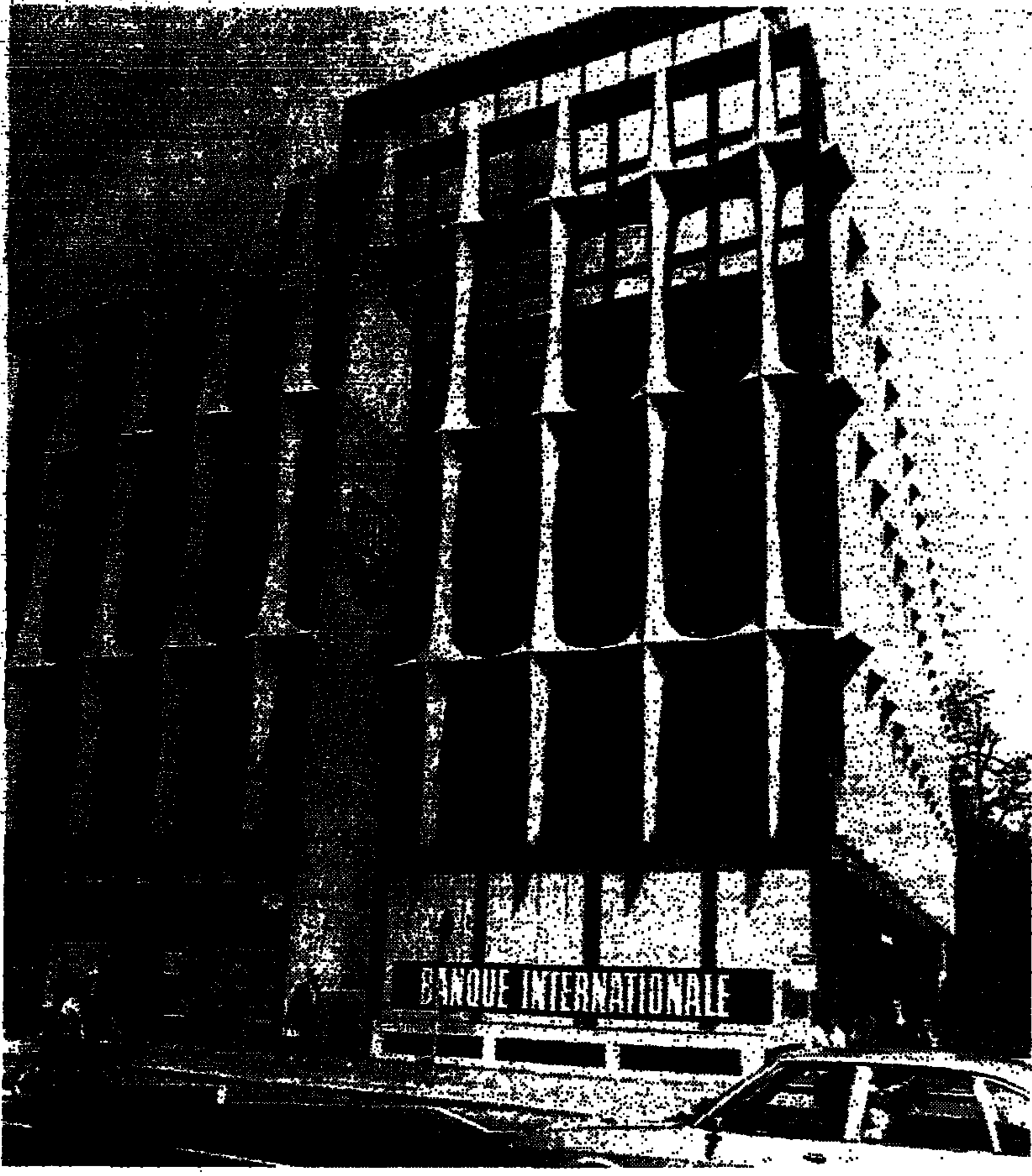
Aber die Vorsprache der Belgier stieß bei der „Genossenschaft Deutscher Brunnen“ auf taube Ohren. In einem Schreiben vom Mai dieses Jahres teilen die deutschen Konkurrenten mit: „Die deutsche Brunnenindustrie hat daher die Verwendung dieses *Leergutes auf die* in der Bundesrepublik ansässigen Mineralbrunnenbetriebe beschränkt und legt großen Wert darauf, diese Abgrenzung *auch in Zukunft beizubehalten*... Die Beschriftung dieser Emballagen als Leihflaschen Deutscher Brunnen allein schließt die Verwendung durch ausländische Brunnenbetriebe schon deshalb aus, weil sie zu einer Verbrauchertäuschung führen würde.“

Die Belgier wollen sich mit dieser *Antwort nicht zufriedengeben und* haben das Kartellamt in Berlin eingeschaltet. Es gilt nicht als ausgeschlossen, daß letzten Endes der Europäische *Gerichtshof in Brüssel eine Entscheidung* fällen muß.

Was die Hersteller von Spa auch stört, ist, daß von ihnen verlangt wird, eine Gegenindikation auf der Flasche abzudrucken. Sie sagen, natürlich entsteht Natrium-Chlorid-Mangel, wenn man sich ausschließlich von Spa-Wasser ernährt, weil das Wasser eben so salzarm ist. Von deutschen Konkurrenten wurde eine Gegenindikation nicht verlangt.

Das Gesetz jedoch verlangt sie von allen. Nur haben die deutschen Mineralwasserproduzenten eine Frist zugestanden bekommen, ihre alten Etiketten aufzubrauchen. Die deutschen Brunnen müssen Etiketten in Millionen-Stückzahl gehortet haben. Denn sie brauchen sie schon seit 1976 auf.

Die Belgier fühlen sich benachteiligt. „Man muß wirklich fragen, wie gemeinsam eigentlich der gemeinsame Markt noch ist, wenn er so durch nichttarifäre Handelshemmnisse ausgehöhlt wird“, lautet die bittere Bemerkung eines belgischen Diplomaten dazu. mm.



Bankfilialen prägen zunehmend das Stadtbild Luxemburgs und die Grundstückspreise FOTO: FERN MEHRING

FINANZPLATZ LUXEMBURG / Europas Gold-Claim

Den heimischen Kunden entdeckt

Für die brav angemeldeten 48 Flaschen Wormeldanger Koeppchen im Kofferraum interessierten sich die deutschen Zöllner in Wasserbillig ebensowenig wie für die nicht deklarierten Luxemburger Obstbrände *und den Tabak auf dem Rücksitz. Die* beiden Beamten, die meinen Wagen kaum weniger gründlich filzten als ihre Ostberliner Kollegen an der Sektorengrenze, suchten Feineres: Goldmünzen. Denn die gibt's in Luxemburg mehrwertsteuerfrei. Nur darf man sie nicht ohne Obulus an unseren Fiskus über die Grenze bringen.

Das umsatzsteuerfreie Geschäft mit Edelmetallen ist nur eine der vielen Spezialitäten im Finanzgeschäft, die das Großherzogtum Privatleuten, mittelständischen Unternehmern und großen Konzernen zu bieten hat.

Die Hauptstadt Luxemburg ist ein internationaler Bankplatz, eines der bedeutenden Zentren des weltweiten Euromarktes, an *dem Kredite* an mittlere und große Unternehmen ebenso gehandelt werden wie Kredite an fremde Staaten, die – Brasilien und Polen seien nur als Beispiele genannt – nicht immer nur erstklassige Schuldner sind. Wohl in keiner anderen Stadt derart bescheidener Größe gibt es so viele Banken wie dort: 115. Vor allem haben viele ausländische Institute Luxemburg zur *zweiten Heimat gemacht. Unter ihnen dominieren 30 Töchter deutscher* Geldhäuser, die hier vor allem das internationale Großgeschäft betreiben.

Die Sturm-und-Drang-Periode, die Luxemburg mit dem Recycling der Petrodollar-Milliarden erlebte, ist allerdings vorbei. Zu viele Schuldner, besonders in Entwicklungsländern, sind heute nicht mehr kreditwürdig. Daher konzentrieren sich die Aktivitäten der Eurobanken jetzt noch mehr als früher auf Kreditgeschäfte in der industrialisierten Welt, vor allem in Europa.

Reizvoll ist der Europlatz Luxemburg für die meisten Banken weniger *aus steuerlichen Gründen, denn das* Herzogtum ist kein Steuerparadies. Als paradiesisch empfinden allerdings viele Bankiers Luxemburg wegen seiner im Vergleich zu den meisten anderen Ländern weniger reglementierenden Bankengesetzgebung, die größeren geschäftlichen Freiraum läßt. Dank der Mindestreservefreiheit des Depositengeschäfts können die Banken am Euromarkt zum Beispiel höhere Guthabenzinsen zahlen und mit niedrigeren Kreditzinsen auskommen als in der Heimat. Kein Wunder, daß sich auch viele deutsche Unternehmen, und nicht nur ganz große, mit Krediten in Luxemburg eindecken.

Die von den Bankiers so geliebte größere Bewegungsfreiheit in Luxemburg ist freilich den Bankenaufsehern in vielen Ländern ein Dorn im Auge, besonders den deutschen. Sie wollen daher die in der Bundesrepublik geltenden bankpolitischen Regeln auch auf die Luxemburger Töchter deutscher Banken anwenden.

Anlaß, deren Aktivitäten stärker an die Kandare und auch Einblick in die Geschäfte zu nehmen, lieferten gerade erst kürzlich die Schwierigkeiten der SMH-Bank, die sich einen erheblichen Teil ihrer Probleme bei ihrer von der deutschen Aufsicht nicht kontrollierten Luxemburger Tochter einhandelte.

Unfälle wie dieser und die Pleite der Banco Ambrosiano Holding in Luxemburg hinterlassen zwar Spuren an diesem wichtigen europäischen Bankplatz. Aber es wird wieder Gras darüber wachsen. Dennoch wird sich vermutlich eine ohnehin seit ein bis zwei Jahren sichtbare Tendenz verstärken: Die Banken agieren zurückhaltender im risikoreichen internationalen Kreditgeschäft und konzentrieren sich *mehr auf die* Betreuung heimischer Kunden. Vor allem verstärken sie ihre Aktivitäten im Dienstleistungsgeschäft, für das sie weder ein großes Geschäftskapital aufbringen noch Risiken eingehen müssen.

Mit dieser Diversifizierung des Geschäfts, die Provisionen zu einer zweiten wichtigen Einnahmequelle neben Zinsen machen soll, wird der Bankplatz Luxemburg sein Gesicht ein wenig ändern. Aber er wird deshalb nicht unattraktiver. Im Gegenteil; neuer Service, besonders der beratende in der Geldanlage und Vermögensverwaltung für private Kunden, erschließt der Luxemburger Bankengemeinde eine neue Klientel. Das Großherzogtum beginnt sich zu einem Konkurrenten der Schweiz zu mausern.

Äußerste Diskretion ist schließlich auch in Luxemburg Ehrensache. Dafür sorgt das wasserdichte Bankgeheimnis. Und man kann sein Konto dort als „Code-Konto" führen lassen, das dem schweizerischen Nummernkonto vergleichbar ist. Selbstverständlich gibt es keinerlei Devisenkontrollen. Man kann in jeder beliebigen Währung Geld anlegen oder Kredit bekommen. Andernfalls hätte Luxemburg nie zu einem international bedeutenden Finanzplatz werden können, der nicht nur für große Konzerne, viele kreditsuchende Staaten und auch mittlere Unternehmen seine Reize hat, sondern auch für betuchte Privatleute, die Intimität in Gelddingen hoch schätzen.

CLAUS DERTINGER

LUXEMBURG / Wirtschaftskrise besser gemeistert als andere

Stahlriese Arbed stellt nicht mehr alleine das Inlandsprodukt

Von *WILHELM HADLER*

Alle spüren die Krise – auch die Luxemburger. Trotzdem ist unverkennbar, daß das Großherzogtum bisher besser mit seinen wirtschaftlichen Problemen fertig geworden ist als das Nachbarland Belgien.

Grund dafür ist vor allem, daß das kleinste EG-Land viel früher daran gegangen ist, sich den Herausforderungen der Strukturkrise im Stahlbereich zu stellen. Dabei kam dem Land zugute, daß es sich bereits in Zeiten der Hochkonjunktur um den Aufbau neuer Wirtschaftszweige bemüht hat.

Zwar stellte der Stahlgigant Arbed 1980 noch immer über 50 Prozent der gesamten industriellen Produktion Luxemburgs. Doch ist der Anteil der Stahlindustrie am Bruttoinlandsprodukt von einem Drittel auf ein Achtel zurückgegangen. Demgegenüber hat sich die Bedeutung des Dienstleistungssektors verdoppelt. Mit 115 Niederlassungen internationaler Banken ist Luxemburg in den letzten 15 Jahren zu einem der bedeutendsten europäischen Finanzplätze geworden.

Während die Stahlindustrie gegenwärtig noch 15 600 Arbeitsplätze hat, bringen es die Banken immerhin auf rund 8000 Mitarbeiter. Ebenso wichtig ist jedoch ihr Anteil an der Finanzierung der Staatsausgaben, nachdem der Arbed-Konzern mangels Gewinne seit Jahren als Steuerzahler ausfällt.

Auch die Arbeitnehmer müssen allerdings inzwischen tiefer in die Tasche greifen, um die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in Grenzen zu halten. Wie in Belgien folgten im Großherzogtum der Franc-Abwertung vom Februar 1982 eine vorübergehende Aussetzung der automatischen Anpassung von Löhnen *und Gehältern* an die Preisentwicklung, *drastische* Ausgabenkürzungen des Staates sowie eine Anhebung der indirekten Steuern.

Regierung, Industrie und Gewerkschaften arbeiten *zusammen*, um die Freisetzung von Arbeitspersonal auf ein Minimum zu beschränken. Trotz der Stahlkrise betrug die Zahl der Arbeitslosen in Luxemburg daher Mitte September nur 2464 bei einer Gesamtbevölkerung von rund 360 000. Hinter dieser geringen Rate verbirgt sich zwar die Tatsache, daß die Arbed mit Staatshilfe einen Teil ihrer Belegschaft „künstlich" weiterbeschäftigt. Im Vergleich zu anderen Ländern steht das Großherzogtum nach wie vor immer noch glänzend da.

Auch die Kaufkraftopfer durch Lohnausfall und Steuererhöhung werden die Luxemburger leichter verschmerzen können als andere Europäer. Ihr Lebensstandard hat sich nämlich – bezogen auf den privaten Pro-Kopf-Verbrauch – *zwischen 1960 und 1980 verdoppelt und liegt an der Spitze* der EG. Schon 1977 besaßen über 90 Prozent der luxemburgischen Haushalte ein Auto und Telefon. 58 Prozent der Arbeiter und 75 Prozent der Angestellten und Beamten hatten ein eigenes Haus oder Eigentumswohnung.

WIRTSCHAFTS- UND KONJUNKTURZAHLEN / Besserung

Wachsende Bedeutung des eigenen Dienstleistungssektors in Luxemburg

Für die Statistiker der Europäischen Gemeinschaft sind die Luxemburger *im Club der Zehn diejenigen* mit dem dicksten Geldbeutel. Bei allen Produkten, die auf einen hochwertigen Konsum hinweisen, liegen die 366000 Einwohner des Großherzogtums ganz vorn.

So kommen in Luxemburg, und dieser Vergleich wurde zuletzt 1980 gemacht, auf 1000 Einwohner 45 Personenwagen. Im EG-Durchschnitt waren es nur 31. Für die Bundesrepublik auf Platz 2 wurden 38 ermittelt.

Soweit die Statistik: Im Großherzogtum gibt es eine solche Fahrzeugdichte, weil hier im Herzen Europas eine Vielzahl von Banken, Speditionen und Dienstleistungsbetrieben residieren. Ihr Personal kann, auch wenn es aus dem Ausland kommt, *mit Luxemburger Kennzeichen relativ* preiswert die Straßen Europas bevölkern.

Aber noch etwas: Wenn alle Europäer so viele hochwertige Nahrungsmittel auf den Tisch bringen würden, wie dies in Luxemburg der Fall ist, dann wären die Überschuß-Probleme in der Gemeinschaft nicht so gravierend.

In den Statistiken der Gemeinschaft werden zwar Belgien und Luxemburg, die eine Wirtschaftsgemeinschaft bilden, zusammengefaßt, aber im Großherzogtum liegt der Pro-Kopf-Verbrauch noch höher. So essen die Belgier und Luxemburger im Jahresdurchschnitt 96 Kilogramm Fleisch, nahezu so viel wie in der Bundesrepublik, wo 98 Kilogramm *registriert wurden. Übertroffen wird* diese Menge nur noch von den Franzosen mit 108 Kilogramm. Für den EG-Durchschnitt wurden lediglich 88 Kilogramm errechnet.

Ähnlich sieht es mit Butter, dem Edelbrotaufstrich, aus. Hier liegt der Pro-Kopf-Verbrauch im EG-Durchschnitt bei fünf Kilogramm, in Belgien und Luxemburg sind es jedoch sieben Kilogramm.

Luxemburg hat eine eigene leistungsfähige Landwirtschaft, die aber nicht ausreicht, um die Bevölkerung zu ernähren. Das Großherzogtum muß Agrarprodukte und Nahrungsmittel importieren. Von der Gesamtfläche von 2586 Quadratkilometer werden 128 Hektar landwirt*schaftlich genutzt. Die nahezu 4150* landwirtschaftlichen Betriebe haben eine mittlere Nutzfläche von 30,8 Hektar, rund doppelt soviel wie in der Bundesrepublik.

Von den 160000 Erwerbstätigen in Luxemburg waren 1981 rund 9000 in der Landwirtschaft tätig. An der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen von 153587 Millionen luxemburgische Franc waren land- und forstwirtschaftliche Produkte mit 2656 Millionen beteiligt.

Allerdings entfielen auf Industrieerzeugnisse 40994 Millionen Franc und auf marktbestimmte Dienstleistungen 79969 Millionen luxemburgische Franc. Dieses zeigt die Verteilung der Gewichte in der Wirtschaft des Großherzogtums.

Gerade im internationalen Kreditbereich hat Luxemburg als Drehscheibe neben London und Zürich immer stärker an Bedeutung gewonnen. Heute gibt es kaum noch eine namhafte deutsche Bankengruppe die nicht in Luxemburg vertreten ist. Vor einem Jahr wurden im Großherzogtum 115 Bank- und Sparinstitute gezählt.

Immerhin sind im Dienstleistungsbereich von den 160000 Erwerbstätigen des Landes mehr als 91000 beschäftigt. In der Industrie waren es 1981 noch knapp 60000.

In der Industrie ist das Gewicht der Eisen- und Stahlindustrie mit einem Anteil von rund 40 Prozent nahezu übermächtig. Die Schwierigkeiten in diesem Bereich, der nicht auf Luxemburg beschränkt ist, hat in den vergangenen Jahren das Gesamtergebnis der Industrie des Großherzogtums nach unten gedrückt.

Innerhalb der Stahlindustrie, von der 13 Prozent der Erwerbstätigen direkt abhängen, wurde im vergangenen Jahr die Zahl der Beschäftigten um rund zehn Prozent auf 17500 verringert. Aus politischen Gründen ist es zum Beispiel der Muttergesellschaft von Arbed Saarstahl nicht möglich, die zugesagten 100 Millionen Mark der Tochter zu überweisen, obwohl dieses ein Bestandteil des Sanierungskonzepts sein sollte.

WILHELM ARDENNEN

AUSSENHANDEL

Fast alles mit den Nachbarn

Die Bundesrepublik ist mit weitem Abstand der wichtigste Abnehmer luxemburgischer Produkte. Rund dreißig Prozent der Ausfuhr des Großherzogtums flossen zum Beispiel 1981 in die Bundesrepublik, ein erheblicher Teil davon auf der Mosel.

Von dem luxemburgischen Gesamtexport von 88 563 Millionen luxemburgischen Franc gingen immerhin 26 439 Millionen in die Bundesrepublik. Belgien, das mit dem Großherzogtum durch eine Wirtschafts- und Währungsunion besonders eng verbunden ist, nahm nur für 14 949 Millionen Franc Waren und Dienstleistungen ab. Auf Platz 3 liegt Frankreich mit 13 728 Millionen Franc.

Bedeutsam und augenfällig ist, daß die Vereinigten Staaten bei den luxemburgischen Ausfuhren bereits den vierten Platz einnehmen. Die USA rangieren damit noch vor so wichtigen EG-Staaten wie den Niederlanden und Italien. Allerdings sind Luxemburgs Lieferungen in diese beiden Länder in den Jahren nach dem zweiten Ölpreisschock gesunken, während sich die Ausfuhr in die USA seit 1978 mehr als verdoppelt hat.

Dagegen haben sich die deutschen Bezüge aus dem Großherzogtum parallel zum Gesamtexport Luxemburgs entwickelt. Von 1978 auf 1979, also vor der drastischen Verteuerung des Schwarzen Goldes und der anschließenden *Rezession, gab es einen* Sprung nach vorn. Danach hielt sich der Zuwachs in engen Grenzen.

Auf der Einfuhrseite hatte die deutsche Wirtschaft 1981 ihren ersten Platz unter den Lieferanten Luxemburgs an Belgien verloren. Bei einem Gesamtimport von 105 755 Millionen Franc kamen 1981 allein zwei Drittel aus diesen beiden Ländern. Und zwar lieferte Belgien Waren und Dienstleistungen für 39 318 Millionen Franc, aus der Bundesrepublik waren es 36 315 Millionen.

Auch hier liegt Frankreich mit 12 997 Millionen auf dem dritten Platz.

Mit riesigem Abstand folgen dann die Niederlande und die USA mit *jeweils etwas mehr als 3000 Millionen* Franc. Die luxemburgische Handelsbilanz ist traditionell im Defizit. Dieser Fehlbetrag war 1981 auf 17 192 Millionen Franc gestiegen. Verglichen mit 1978, bedeutet dies mehr als eine Verdoppelung.

Zwar weist Luxemburg auch im Handel mit der Bundesrepublik traditionell ein Defizit auf. Es belief sich 1981 auf 9876 Millionen Franc. In den vergangenen Jahren hat es sich jedoch stets um diese Marke herum bewegt.

Bei den deutschen Lieferungen nach Luxemburg dominieren nach wie vor mineralische Produkte.

HANS DACHS

TOURISMUS / Ruhe und Abwechslung

Wildwasserfahrten auf Clerve, Wiltz und Our

Die großen und hektischen Wellen der leidenschaftlichen Fernsucht sind seit längerem ausgelaufen. Immer mehr Bundesbürger gehen auf Suche nach ruhigeren Ferienorten. Diese über lange Jahre zu verfolgende Änderung im Urlaubsverhalten führte dazu, daß auch Belgien, Holland und Luxemburg als Urlaubsländer entdeckt wurden und den Anschluß an den modernen Tourismus gefunden haben.

Die belgische Küste meldete für 1982 die beste Saison seit zwei Jahrzehnten, und in den Ardennen wurden Zuwachsraten von zwanzig Prozent notiert.

Auch für 1983 kann mit neuen Erfolgszahlen aufgewartet werden. So meldete Westflandern im Juli 1983 fünf Prozent mehr Besucher als im Vorjahr. Die Niederlande schätzen die Steigerung zum Vorjahr noch mit vorsichtigen „acht Prozent mehr Besucher".

Für diese positive Entwicklung des Tourismus in allen Benelux-Staaten gibt es mehrere Gründe. Zur allgemeinen Preisdisziplin bei gleichbleibend guter Leistung kommen vor allem für deutsche Besucher die sehr günstigen Umrechnungskurse, die geographische Nähe und der hohe Stand der Gastronomie zum Tragen.

Die Verkehrsnetze sind vorbildlich, bei vergleichsweise kurzen Entfernungen. Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel erhalten als Urlauber teilweise erhebliche Preisnachlässe. Die Vor- und Nachsaison weisen gesteigerte Nachfrage auf. Der Besucher macht zunehmend von den verbilligten Sonderangeboten für Wochenenden und Kurzurlaub in diesen Zeiten Gebrauch.

Im touristischen Vergleich der drei Benelux-Staaten bildet Luxemburg das Schlußlicht. Früher als ausgedehntes, verrußtes Industriegebiet verschrien, leidet es heute darunter, daß die Besucher es nur als Durchreiseland betrachten.

Dies ist unverständlich, denn nur 200 Kilometer von den deutschen Ballungsgebieten gelegen, bietet Luxemburg als Urlaubsland für Wanderer, Angler, Jäger und Wassersportler ideale Bedingungen. Zudem hat Luxemburg viel an landschaftlichen Schönheiten zu bieten. Neben den Ardennen im Norden des Landes, dem Stausee an der oberen Sauer, den Wildwassern Clerve, Wiltz und Our nimmt besonders die luxemburgische Schweiz das Auge gefangen. Sie beginnt direkt an der deutsch-luxemburgischen Grenze bei Echternach.

Der Name des Gebiets wurde geprägt von den vielen bizarren Felsformationen, den von Wildwasser durchtosten, tiefen Schluchten und durch eine abwechslungsreiche Hügellandschaft mit Weiden und Wäldern.

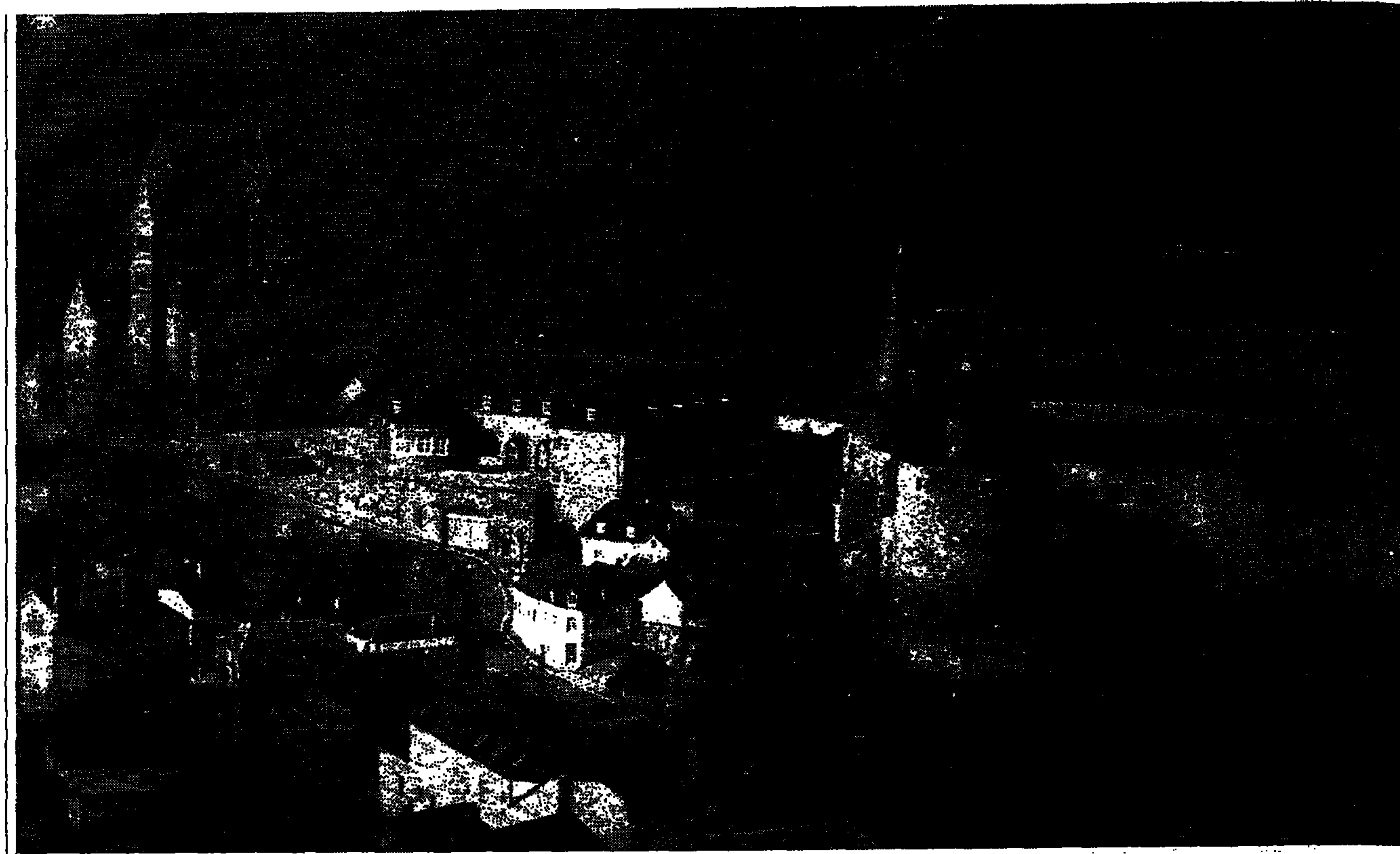
Wenn man das Urlaubsrezept der alten Römer „variatio delectat" (Abwechslung bringt Spaß) befolgen will, dann ist Belgien für Ferien und Erholung ideal. Denn es ist ein Land der Gegensätze: mächtige Wälder, öde Heidelandschaften, Sandstrand an der Küste, das kalt-schroffe Felsmassiv Ardennen-Héron, in Flandern die bunten Kulturstädte wie Antwerpen, Brügge und Gent, Schlösser, Burgen und Häfen – ein Land mit unzähligen bunten Bildern.

Devisenbringer Nummer eins ist die belgische See. Der belgische Nordseestrand ist 67 Kilometer lang, feinsandig und oft bis zu einem halben Kilometer breit. Die Seebäder Zoute, Ostende, Dünkirchen, De Panne und Blankenberge bieten Luxus, aber auch die vielen kleineren Orte haben ihre Reize und erfüllen viele Ansprüche.

Im Vergleich mit dem typischen Holland-Urlauber ist der Ferienreisende in Belgien kein eigentlicher „Festplatzgast". Die Zahl der Urlauber, die etwas sehen wollen, vom modernen Brüssel bis zum alten Gent, hat stark zugenommen.

Der deutsche Hollandtourist reist meist mit der Aussicht auf einen gemütlichen Badeurlaub an. Zandvoort, mit seinem steinfreien Sand und den vielen Angeboten für einen aktiven Urlaub, ist ein lebendiger, lebhafter Ort. Wenn allerdings am Wochenende die Amsterdamer zum Weekend einfallen, ist die Ruhe dahin. In Katwijk ist man da ungestörter. Scheveningen, am Westrand von Den Haag, imponiert mit pompösen Hotels und einer Vielzahl von kulturellen Veranstaltungen. Das distinguierte Nordwijk, wo sich vor schneeweißen Dünen die Prominenz trifft, war über lange Jahre das Urlaubsziel für Thomas Mann.

E. Sch.



Luxemburg ist nicht nur die Stadt, das Land ist reich an Naturschönheiten und verträumten Schlössern (unser Bild: Clervaux) FOTO: CAROLINE BRECHER-SCHULZ

Zahlen belegen die vollkommene Europäisierung der BLWU

Der deutsche Außenhandel mit Belgien und Luxemburg, die in der Statistik zusammengefaßt werden, hat sich selbst noch in den letzten Jahren recht dynamisch entwickelt. Zwischen 1979 und 1982 hat der Warenaustausch, also die Summe aus Ein- und Ausfuhren, immerhin noch um rund 13 Prozent zugenommen.

Dabei stiegen die deutschen Lieferungen von 26,8 auf 31,1 Milliarden Mark. Die deutschen Käufe in den beiden Nachbarländern nahmen von 23,4 auf 25,5 Milliarden Mark zu. Dadurch stieg der deutsche Überschuß von 3,4 auf 5,6 Milliarden Mark.

Die Struktur des Güteraustausches entspricht der, die zwischen zwei Industriezonen erwartet werden kann. Es dominiert der Handel mit Fertigwaren.

Die Bundesrepublik kauft lediglich für 1,6 Milliarden Mark Erzeugnisse der Ernährungswirtschaft in diesen beiden Ländern, die Produkte dieser Art für rund zwei Milliarden Mark auf dem deutschen Markt absetzen können. Rund 95 Prozent des Warenaustausches entfällt also auf Industrieprodukte.

Rund ein Viertel der deutschen Lieferungen entfällt allein auf Kraftfahrzeuge. Dieser Posten stand im vergangenen Jahr immerhin mit 7,9 Milliarden Mark zu Buche. 2,1 Milliarden Mark war der Wert der deutschen Verkäufe von elektrotechnischen Erzeugnissen.

Belgien und Luxemburg wickeln mehr als 20 Prozent ihres Außenhandels mit der Bundesrepublik ab. Sie ist in der Statistik sowohl auf der Einfuhr- als auch auf der Ausfuhrseite die Nummer 1.

Von der Gesamteinfuhr der beiden Länder, die für 1982 mit 2642 Milliarden belgischen Franc angegeben wird, kamen 528,6 Milliarden aus der Bundesrepublik. Auf dem zweiten Platz lagen die Niederlande mit 465,1 Milliarden belgischen Franc vor Frankreich mit 367,3 Milliarden Franc.

Auf der Ausfuhrseite ist das Bild ähnlich. Allerdings ist hier der Vorsprung der Bundesrepublik unter den Abnehmern der Produkte dieser beiden Länder nicht so groß. Von der gesamten Ausfuhr dieser beiden Staaten von 2394,5 Milliarden Franc gingen 489,8 Milliarden in die Bundesrepublik. Auf der zweiten Stelle lag Frankreich mit 464,3 Milliarden belgischen Franc.

Gegenüber diesem Land konnten die beiden damit einen Überschuß erzielen. Den dritten Platz hatten unter den Abnehmern die Niederlande mit 339,6 Milliarden Franc inne.

FRIEDRICH DEWEH

BENELUX
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg, Armel Guena, Brüssel